Februar/März 1990
Nr. 29 DM 4,-

Atom Express & Atommüllzeitung

atom

Energie-Kolonie DDR ?

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

SchwarzerFaden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Der Schwarze Faden will durch Diskussion und Information die Theorie und Praxis der anarchistischen Bewegung fördern und verbreiten. Er tritt für die Belebung eines libertären Gegenmilieus (Libertäre Zentren, Plenen, Föderationen, Kulturinitiativen etc.) ein und versucht Geschichte und Kultur von unten lebendig zu halten.

Inhalt von Nr.33

Radikale Linke von Michael Wilk
Fragen an die Hungerstreikbüros von Gerhard Linner
(Öko-) Feminismuskritik, Teil 1 von Janet Biehl
Namibia wird dekolonialisiert von Karola Fings
Interviews mit Rio Reiser, mit der RADIKAL und russ. Syndikalisten
Friedrich Wolf ein kommunistischer Heldenmythos wird entblättert von Wolfgang Fey
Außerdem: Berichte von Veranstaltungen; ein Romanauszug von Frank Harris Roman "Die Bombe" (Haymarket!); über die Situationisten und was so aus ihnen wurde; über die Erich Mühsamgesellschaft in Lübeck; über einen Herrn Stone, eine Institution der Gegenöffentlichkeit; dazu: Rezensionen über Frauenräte, Diebe, Autobanden, Barrikaden, eine Zeitschrift mit Lunte und andere das Leben erheiternde Dinge.

Einzelnummer: 6.-DM
Sondernummer Feminismus: 6.-DM (2.erweiterte Auflage)
Sondernummer Arbeit: 5.-DM
Nachdruck: Nr.0-12 Auszüge: 10.-
ABO (4 Nrn.): 20.-DM
Förderabo (8 Nrn.): 50.-DM

Redaktion Schwarzer Faden
Postfach 1159
7043 Grafenau-1
07033/44273

FORSCHUNGSJOURNAL
Neue Soziale Bewegungen

Aufsätze, Berichte, Kommentare, Analysen, Dokumente, Rezensionen, Bibliographie & Infomarkt: Termine, Material, Aktionen und Konferenzen. 4x pro Jahr auf 128 Seiten.

➡ Analyse statt Fiktion

Medien und Bewegungen - Bewegungen und Medien
Heft 1/89

Alternativökonomie zwischen Traum und Trauma
Heft 2/89

Institutionalisierungstendenzen in den Neuen Sozialen Bewegungen
Doppelnummer: Heft 3-4/89

SONDERAUSGABE
40 Jahre Bundesrepublik - 40 Jahre Soziale Bewegungen
Sonderheft / Oktober 1989

Ich bestelle:
☐ Jahres-Abonnement des Forschungsjournals NSB (DM 35,-- gegen Scheck)
☐ Einzelexemplar Nr. _____/89 (DM 9,80 per Scheck oder in Briefmarken)
Einzelexemplare des Jahrgangs 88 (Vorzugspreis von DM 6,80 per Scheck oder in Briefmarken)
☐ Geschlechterverhältnis in den NSB
☐ Parteien und NSB
☐ **Sonderheft 1989** (150 Seiten / DM 12,-- nur per Scheck oder in Briefmarken)

Name
Straße
PLZ, Ort
Datum *Unterschrift*
Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann.
Datum *Unterschrift* 9/89

Coupon an: Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen - c/o Thomas Leif, Taunusstraße 66, 6200 Wiesbaden

Alternative Kommunal Politik

„Kirchturmspolitik", „tagespolitisches Klein-Klein", „Gaslaternen-sozialismus"...

...lauten oft wenig schmeichelhaften Urteile über die kommunale Politikebene. Da wollen wir als grün-alternatives Zeitschriftenprojekt gegen halten, damit in den Rathäusern der Altparteienfilz aufhört.
Die AKP berichtet laufend über alle wichtigen kommunalpolitischen Fachthemen wie Abwasser, Privatisierung, Haushalt, Kultur, Gesundheit, Abfallbeseitigung, Städtepartnerschaften, Verkehr usw..
Ein Nachrichten- und Magazinteil, sowie die Rubriken Börse + Fundgrube, Kalender und Rezensionen runden die Zeitschrift ab und liefern vielfältigste Informationen und Anregungen für die eigene kommunalpolitische Praxis.

* * *

Die AKP erscheint 6-mal im Jahr à 68 Seiten. Das Einzelheft kostet 8,- DM (zzgl. 1,50 Versand), das Abo gibt es portofrei für 48,- DM.

Redaktion und Vertrieb:
ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK
Herforder Str. 92
4800 Bielefeld 1
(0521/177517)

Fachzeitschrift für grüne und alternative Kommunalpolitik

Impressum

Die **atom** ist eine Gemeinschaftsproduktion von Atom Express und atommüllzeitung.
Herausgeber: Atom Express und Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen.

Redaktionsadressen:
atom, Postfach 1945, 3400 Göttingen

atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg
Tel.: 04131/38707 oder 37835 (tagsüber)

V.i.S.d.bgl.P.:
Günter Garbers, Sabine Roisch, Bernd Weidmann

Bestellbedingungen:
Diese Ausgabe kostet 4,– Mark, für Bürgerinitiativen und Wiederverkäufer 3,– Mark. Ein Abo für fünf Ausgaben kostet 25,– Mark incl. Porto und Versand.
Förder-Abo: ab 35,– Mark
Konto: »atom«, G. Garbers
PSchA Hamburg, Nr. 378 14 - 206

Abo- und Bestellpost bitte nur an:
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

Spendenkonto:
Bernd Weidmann Sonderkonto
PSchA Hannover, Nr. 409898–304
Bitte keine Abo-Gelder aufs Spendenkonto!

Moderne Zeiten:
Wer für die atom Artikel schreibt, kann uns diese in Zukunft auch auf PC-Diskette abgespeichert zusenden (zusätzlich einen Ausdruck). Folgende Disketten können wir weiterverarbeiten:
1.) 3,5 Zoll-Disketten für Apple/Macintosh
2.) 5 1/4 Zoll-Disketten für MS-Dos-Laufwerk. Diese Disketten müssen auf 360 Kilobyte und einseitig formatiert sein.
Die Artikel müssen als Wordstar, Txt, Pagemaker oder Word-Perfekt Dokumente abgespeichert sein. Disketten und Ausdrucke bitte an die Lüneburger Redaktion.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem/ der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Archivarisches:
Dies ist die **atom** Nr. 29, Jan./Febr./März '90.
Nach der guten alten Zählweise, für FansSammlerInnen und NostalgikerInnen:
Atom Express Nr. 69
atommüllzeitung Nr. 55

Druck: Steidl, Göttingen

Redaktionsschluß für die nächste atom: Anfang März 1990

Inhalt

Schwerpunkt 1: Wendland

Hüttendorf und Großdemo in Gorleben: Die Pilotkonditionierungsanlage trifft auf großen Widerstand. Dabei bilden sich erste Strukturen eines grenzüberschreitenden Bewegung heraus.

Hüttendorf & Demo: Aktuelle Fotos 4
Gemeinsamer Widerstand gegen das Ost-West-Atomprogramm 6
Atommülltransporte: Neue Infos 10

Schwerpunkt 2: Energiekolonie DDR?

Die krisenhafte Energiesituation in der DDR ist ein gefundenes Fressen für die bundesdeutsche Atommafia. Gemeinsamer Widerstand ist notwendig.

Mit Braunkohle und Kernkraft in die Krise 14
Uranbergbau in der DDR 19
Die Katastrophe ist vorhersehbar 20
AKW Greifswald: Kurz vor dem Super-GAU 22
Töpfer-Besuch in Stendal 26
Gespräch mit einem Stendal-Techniker 29
Energiepolitik: Strategien der VDEW 32
Thesenpapier der GÖK zur „Entsorgung" 35

Internationales:
Die Bewegung in der UdSSR 37
Lügen über Tschernobyl 41
Argentiniens strahlende Zukunft 44
Die BRD und der weltweite Uranabbau 46
2. Weltstrahlenopfer-Konferenz 50
Klimakatastrophe: Der atomare Irrweg 52

Standorte:
Krümmel, Würgassen,
Mülheim-Kärlich, Lingen, Euregio, US-Müll 54
„Radi-aktiv" hört auf 64
Leserbriefe 66
Schwarzes Brett 68

Kriminalisierung:
Fritz Storim ist frei 72
radikal, Würgassen, Biblis 74
Startbahn-Prozeß: In Erwartung der Urteile 76

Hüttendorf und Demo

gegen die Pilotkonditionierungsanlage in Gorleben

Einen Tag, nachdem der Pilotkonditionierungsanlage in Gorleben die atomrechtliche Genehmigung erteilt wurde, besetzten mehrere hundert AKW-GegnerInnen aus dem Wendland das Baugelände und begannen, ein Hüttendorf zu errichten. Am Samstag drauf, 3. Februar, demonstrierten fast 10.000 Leute gegen die PKA. Fast 50 Trecker tuckerten in der Demo mit, Trabis nicht. Es waren aber viele AKW-GegnerInnen aus der DDR dabei. Gelegenheit zum Gegenbesuch gibt's für die bundesdeutsche Anti-AKW-Bewegung am 11. 3.: Dann ist Demo in Stendal

Pressemitteilung zur Platzbesetzung

Seit Beginn der Besetzung am Donnerstag, 1. Februar, sind ca. 60 Hütten entstanden. Heute am Sonntag sind ca. 200 - 300 Leute aus dem gesamten Bundesgebiet da. Nach einer unruhigen Nacht – Sturm und Rangeleien mit der Polizei – ist die Stimmung auf dem Platz nach wie vor gut. Nach der Devise „Unser Dorf soll schöner werden" wurden rund um das Dorf Barrikaden errichtet, und es wird weiter an den Hütten gebaut. Dabei handelt es sich um Prachtbauten, die zum Teil Platz für bis zu 20 BesetzerInnen bieten, und um Küchen- und Wohnbereiche, die sonnige, windgeschützte Innenhöfe und offene Kamine umfassen. Wir stellen uns also auf eine längere Besetzung ein, denn klar ist:
Wir bleiben hier, solange wir es für nötig halten!

Der in der vergangenen Woche von AtomkraftgegnerInnen gestellt Eilantrag gegen die sofortige Vollziehbarkeit der 1. Teilerrichtungsgenehmigung könnte den Baubeginn der PKA (Pilotkonditionierungsanlage) als Teil des „Entsorgungszentrums" um weitere 2 bis 3 Monate verzögern. Fällt eine erste, für diese Woche zu erwartende Stellungnahme des Gerichtes positiv für uns aus, so würde das für uns eine vorübergehende Verschnaufpause bedeuten – damit wir zu gegebener Zeit wieder auf dem Platz sind! Vorläufig wollen wir uns jedoch nicht von Vermutungen und Gerichtsentscheidungen abhängig machen, sondern die Dauer unserer Besetzung selbst und über unsere eigene Stärke bestimmen.

Auch wenn es die DWK und die niedersächsische Landesregierung im Moment auf eine Eskalation nicht anzulegen scheinen, so wird doch mit jedem Tag die Gefahr einer Räumung zunehmen. Wir können einer drohenden Räumung nur durch unsere möglichst massenhafte Präsenz auf dem Platz begegnen. Hierbei sind auch die Städte gefordert, eine ständige Besetzung der Hütten zu gewährleisten und somit die Leute im Landkreis zu unterstützen.

Also dann: Auf nach Gorleben!
Der Platz bleibt besetzt!

Unsere Platzbesetzung richtet sich nicht allein gegen den Bau der PKA. Zusammen mit der Demonstration vom 3.2. auf dem besetzten Platz und der Demo am 11. März in Stendal (DDR) wenden wir uns unter der Parole „Radioaktivität kennt keine Grenzen" gegen ein grenzenloses Atomprogramm.

Zur Zeit droht uns die Gründung eines „Vierten Reiches" – eines Gebildes aus DDR und BRD. Regierungsoffizielle und Oppositionspolitiker übertreffen sich darin, der Industrie – so auch der Atommafia – die Voraussetzungen zu schaffen, ihr menschenverachtendes Wirtschaften auf die DDR auszudehnen. In allen Kundgebungsbeiträgen auf dem besetzten Platz begründeten die einzelnen Rednerinnen und Redner, was ein Sprecher der BI Lüchow-Dannenberg so zusammenfaßte: „Diese Demonstration soll keine miese Kopie des deutschnationalen Taumels sein, der von so vielen Menschen in der BRD und der DDR Besitz ergriffen hat." Wir wollen nicht als alternatives Zugpferd vor den Karren der Gründung eines Vierten Reiches gespannt werden! ...

Nach Tschernobyl ging es der Atommafia schlecht – leider nicht so schlecht, daß es ihr den Garaus gemacht hätte. Im Moment sind sie dabei, sich zu berappeln. Die Hoffnung auf das Ost-Geschäft spielt dabei eine wichtige Rolle. In der DDR sind Produktion und Verbrauch von Energie verheerend geregelt. Mit ihrem „Öko-Angebot" von vier schwefelemissionsfreien AKW's statt Braunkohledreck hofft die Preussen-Elektra, ihr Versorgungsgebiet zu vergrößern. Mit bundesdeutscher „Sicherheitstechnik" für DDR-Schrottreaktoren möchte die KWU-Siemens wieder auf die Füße kommen.

Für die DDR, glauben wir, ist das schlecht. Für uns ist es furchtbar, wenn wieder Akzeptanz für eine in der Bevölkerung abgelehnte Technologie geschaffen wird, indem sie als bessere, als ökologische Alternative verkauft wird.

„Radioaktivität kennt keine Grenzen" – damit wollen wir die Grenzen aber nicht verwischen. Unser Hüttendorf ist eine Initiative nicht nur gegen das Atomprogramm, sondern auch gegen die Gründung eines Vierten Reiches.

Plenum des Hüttendorfes Gorleben
4. Februar 1990

Gemeinsamer Widerstand gegen das Ost- West-Atomprogramm

gegen PKA im Wendland...

Die vorerst letzte Hürde auf dem Weg zur Konditionierung nahm die Atomlobby am 19. Dezember 89 auf der Ratssitzung in Gorleben. Mehrheitlich stimmten die Kommunalpolitiker dem Bauantrag für die geplante PKA zu und bereiteten damit der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) als Antragstellerin ein nicht unbedingt zu erwartendes Weihnachtsgeschenk.

Im atomrechtlichen Anhörungsverfahren noch hatten die Gemeindevertreter dem Projekt eine deutliche Absage erteilt, zumal sie ihre Zustimmung zum Zwischenlager seinerzeit davon abhängig gemacht hatten, daß keine weiteren Atomanlagen im Wendland errichtet werden sollten. Auf einer im Herbst 89 stattfindenden BürgerInnenversammlung war ebenfalls ein klares Votum gegen die PKA gefällt worden.
Auf der maßgeblichen Ratssitzung jedoch stimmten von den neun Abgeordneten fünf für, aber nur drei gegen die Baugenehmigung; ein

Abgeordneter enthielt sich wegen Befangenheit der Stimme. Zu den Befürwortern gehörten einmal mehr Sozialdemokraten, obwohl sich die SPD in der Vergangenheit auf Kreis- wie auch auf Landesebene gegen den Bau einer Konditionierungsanlage in Gorleben ausgesprochen hatte. Ihr Hauptargument lautete, daß mit dem Bau der Anlage eine Vorentscheidung für das mehr als zweifelhafte Endlager im Gorlebener Salzstock getroffen werde. Die BI Lüchow Dannenberg kündigte rechtliche Konsequenzen an, weil ein Ratsmitglied, das sich an der Abstimmung beteiligt hatte, bei der Deutschen Gesellschaft für Bau und Betrieb von Endlagern (DBE) beschäftigt ist. Die DWK ist Gesellschafterin der DBE. Ein weiteres Ratsmitglied stehe in engen verwandtschaftlichen Beziehungen zur DWK. Die BI wies außerdem auf ein im Jahr 89 vom Bund an die Gemeinde Gorleben geflossenes Geldgeschenk von 300000 DM hin.

Unzulängliche Safeguard-Kontrollen

Der Gorlebener Ratsbeschluß erscheint umso unverantwortlicher, als die Mängelliste der geplanten Anlage kürzlich um einen weiteren Aspekt erweitert wurde. Den Äußerungen eines Vertreters des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) zufolge können bei der Konditionierungsanlage und dem Endlager für hochradioaktive Abfälle die sogenannten Safeguard-Kontrollen nicht eingehalten werden. Es handelt sich dabei um die Überwachung des Verlustes radioaktiven Materials bei gleichzeitiger Einhaltung höchstzulässiger Schwundquoten während des gesamten Prozesses von der Behandlung in der PKA bis zur Endlagerung. Eine Industriestudie der DWK und der "Münchener Apparatebau" besagt, daß das vorgesehene Konzept der Konditionierung und Endlagerung abgebrannter Brennelemente eine Meßungenauigkeit von 12% in Bezug auf die Safeguard-Kontrollen beinhaltet. Das bedeutet, daß in der projektierten Anlage in Gorleben mit einem vorläufigen Jahresdurchsatz von 35 t hochradioaktiven Materials ein Verlust von bis zu 42 kg Uran und Plutonium möglich wären. Eine abgezweigte Menge in einem solchen Umfang würde die Produktion mehrerer Atombomben ermöglichen. Das Problem umfassender Spaltstoffkontrollen ist eine grundsätzliche Schwierigkeit von Konditionierungsanlagen. Welche radioaktiven Elemente in den konditionierten Brennstäben in welchen Mengen die Anlage durchläuft, ist praktisch nicht genau festzustellen. In WAAs und AKWs kann das relativ exakt unter Wasser mit Hilfe der sogenannten Neutronenspektren analysiert werden, weil Wasser die von Spaltstoffen emittierten Neutronen abbremst (moderiert) und so der Messung zugänglich macht. In Konditionierungsanlagen ist das nach den gegenwärtig diskutierten Konzepten nicht mit hinreichender Genauigkeit möglich, weil sich der gesamte Prozess im Trockenen stattfindet. Mit den 12% Meßungenauigkeit werden Grenzwerte überschritten, die selbst von der International Atomic Energy Organization (IAEO) nicht mehr akzeptiert werden.
Auf die Anfrage der GRÜNEN im Bundestag, welche Konsequenzen die Bundesregierung aus den Ergebnissen der besagten Studie ziehe, gab der Parlamentarische Staatssekretär des BMFT Probst bekannt, daß für die "Pilotkonditionierungsanlage zur Endlagerung abgebrannter Brennelemente"..."gemeinsam mit Euratom und IAEO entsprechende Untersuchungen angestellt" würden. "Ein geschlossenes Safeguards-Konzept für die Pilotkonditionierungsanlage wird bis zu ihrer Inbetriebnahme zur Verfügung stehen. Der Erteilung einer ersten Teilerrichtungsgenehmigung nach dem Atomgesetz steht aus Safeguards-Sicht nichts im Wege".
Diesen Äußerungen zufolge scheint dem BMFT eine Nachbesserung des Projekts ungeachtet aller prinzipieller Probleme bei Spaltstoffkontrollen in Konditionierungsanlagen per se möglich. Die Frage, inwieweit die konzeptionelle Entwicklung der PKA die Bewältigung der Safeguard- Problematik eben gerade ausschließt, scheint keine Rolle zu spielen, geschweige denn irgendwelche Auswirkungen auf den Terminplan des Genehmigungsverfahrens zu haben.
Angesichts derartiger Tatsachen kann vor dem Hintergrund der drohenden 1. Teilerrichtungsgenehmigung (TEG) nur der Abbruch des Genehmigungsverfahrens und die Offenlegung der in der genannten Studie belegten Spaltstoffkontrollprobleme gefordert werden. Die von der Bundesregierung erteilte Konzeptgenehmigung
für die Konditionierungsanlage muß zurückgezogen werden.

Der Widerstand wächst

Aufgrund des sich als immer katastrophaler erweisenden Konzepts wird der Protest gegen die PKA ständig schärfer formuliert. Sogar wendländische Pastoren haben sich wie ehedem vor der Wendland-Blockade mit zehn Thesen gegen die PKA wieder in die öffentliche Diskussion eingemischt. Seit Wochen mobilisiert die BI Lüchow-Dannenberg intensiv auf den Tag X, den Tag des Baubeginns der PKA, hin.

Eine weitere Antwort auf das skandalöse Festhalten der Atommafia an dem Projekt war die "Fußgänger-Rallye" am 13. Jan. 90, durch die das Konzept der Sonntagsspaziergänge einen neuen Impuls bekommen sollte. Etwa 150 Anti-AKW-GegnerInnen beteiligten sich daran, indem sie in vier Gruppen das Lagergelände umschwirrten, um die gestellten Aufgaben zu lösen: So wurde eimerweise Erde vom Wall des Zwischenlagers abgetragen, Löcher in den Zaun um das Endlager geschnitten und ähnliche Attentate verübt. Ernsthafte Behinderungen seitens der Polizei gab es kaum.

Die Aktion verlief schwungvoll und läßt sich einordnen in die "Politik der kleinen Nadelstiche", die, wenig geeignet den Bauplatz zur Wiese zu machen, trotzdem permanente, provokative Präsens dokumentiert und Ansatzpunkte für eine weiterreichende Mobilisierung bietet.

Ost-West-Dialog in Gedelitz

Am darauf folgenden Sonntag fand das Gedelitz-Treffen statt. In der Gaststätte Santelmann hatte sich die erstaunliche Anzahl von über hundert VertreterInnen nord-, west- und vor allem ostdeutscher Anti-AKW-Initiativen getroffen, um über die Themenkomplexe "Anti-AKW-Widerstand in der DDR" und Widerstand gegen die PKA" zu diskutieren.

Die Behandlung des ersten Themas entwickelte sich eher als Informationsveranstaltung, auf der alte und neue Anti- Atom AktivistInnen aus Stendal, Wittenberge, Salzwedel und anderen Orten versuchten, einen Einblick in ihre Positionen zur Energiepolitik, die politischen Rahmenbedingungen ihrer Arbeit, in konkrete Handlungsansätze und ihre Perspektiven zu geben. Darüberhinaus wurde versucht, eine gemeinsame Einschätzung der energiepolitischen Situation der DDR vor dem Hintergrund westdeutscher Kapitalinteressen zu diskutieren.

In den Ohren mancher bundesrepublikanischer Atom-GegnerIn mögen einige der geäußerten Vorstellungen bruchstückhaft oder gar widersprüchlich geklungen haben. Ältere unter den Anwesenden werden Merkmale der eigenen anti-atompolitischen Geburtswehen wiedererkannt haben. Die diesen Eindrücken zugrunde liegende Ungeklärtheit mancher Positionen entspricht der aktuellen Heterogenität der Bewegung in der DDR. Sowohl in Bezug auf das Bewußtsein um die Atomenergieproblematik als auch in Bezug auf Strukturen und Konzeptionen befindet sich die Anti-AKW-Szene dort in einer Phase, in der allgemein konsensfähige Standpunkte erst noch entwickelt werden müssen. (Siehe hierzu auch die Artikel im DDR-Teil)

Daß auf einer Konferenz wie der in Gedelitz die gewonnenen Eindrücke mancher/m zum Wunsch gereichen, den "Brüdern und Schwestern aus dem Osten" zu unterstützen, ist grundsätzlich nicht zu kritisieren. Verdächtig ist jedoch eine Tendenz, die hinter der praktischen Hilfestellung eine Art Hegemonialverhalten spürbar werden läßt, das sich von dem etablierter Parteien etwa nicht grundsätzlich unterscheidet. Es soll hier nicht ein bewußter Hegemonialanspruch in Teilen der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung unterstellt werden, aber jede/r sollte kritisch prüfen, inwieweit die eigenen Angebote neben aller effektiven Unterstützung einen Zug beinhalten, den Atom-GegnerInnen in der DDR die eigenen Positionen und Erfahrungen aufzudrücken.

Viele der anwesenden DDR-BürgerInnen waren nach Gedelitz gekommen, um speziell zum Komplex Gorleben Informationen zu erhalten und Vorstellungen auszutauschen.

Dabei wurden die beschränkten juristischen Möglichkeiten der DDR'lerInnen gegen die geplante Konditionierungsanlage ebenso angesprochen wie die Organisation gegenseitiger Informationsabende.

Im Zentrum des gemeinsamen Interesse stand jedoch das Konzept einer Doppeldemo gegen das Atomprogramm in Ost und West. Sie soll zum einen am 3. Februar 90 in Gorleben den Widerstand gegen die PKA zum Ausdruck bringen, zum anderen am 11. März 90 in Stendal den Protest gegen den dort entstehenden AKW-Komplex formulieren. Ein Aufruf zu diesem Demo-Komplex war bereits im Vorfeld des Gedelitz Treffens entwickelt worden, lag damit vor und wurde ohne wesentliche Diskussion verabschiedet. Er ist derzeit über die BI Lüchow-Dannenberg zu beziehen.

Teil der Gorlebener Demokonzeption ist eine mögliche Platzbesetzung aus der Demo heraus. Überlegungen diese Besetzung von rechtzeitigen Informationen über den Rodungsbeginn abhängig zu machen, sind mittlerweile von der Wirklichkeit eingeholt worden.

Am 1.2.90 (zwei Tage vor der Demo) wurde der Platz besetzt (siehe aktuellen Bericht in dieser atom), da am 31.1.90 die Baugenehmigung sowie die 1. TEG erteilt worden war.

Die Diskussionen um Charakter und Details der Platzbesetzung hätten in Gedelitz allerdings intensiver geführt werden sollen. Eine kontroverse Auseinandersetzung mit diesem Thema wäre vermutlich produktiver gewesen. In Bezug darauf hätte sich auch die Diskussion mit den Leuten aus der DDR spannender entwickeln können. Hätten die DDR-Initiativen zu einer Platzbesetzung mit aufgerufen? Welche Aktionen hätten gemeinsam getragen werden können? Oder auch: Wie gehen wir auf der Stendal-Demo mit nationalistischen Wiedervereinigungsforderungen um? - Fragen die in der Debatte mit den ostdeutschen AtomgegnerInnen vielleicht verfrüht sind, die aber an die Substanz gehen und genau deshalb alle Beteiligten weiter bringen können.

Angesichts der aktuellen Ereignisse im Wendland hoffen wir auf eine Reihe von starken Anti-AKW-Aktionen, die dem Atomprogramm in Ost und West die Luft nehmen.

Atommafia in den Tagebau!

Tag der offenen Tür für DDR-BürgerInnen in Gor leben

Eingeladen von der "Gorleben-Kommission" und MdL Kurt-Dieter Grill (CDU), fanden sich am Morgen des 10. Januar 1990 tatsächlich über 70 Interessenten von SED bis zum Neuen Forum ein.

Ausdrücklich unerwünscht waren jedoch AtomkritikerInnen aus der BRD, denen sowohl der Zugang zu den Atomanlagen, als auch zur Gorleben-Kommission verwehrt blieb.

Selbst unserer Grünen Bundestagsabgeordneten Lilo Wollny wurde nicht wie sonst bei Abgeordneten üblich, der rote Teppich ausgerollt, sondern die Tür verschlossen gehalten!

Dies diente den eingelassenen DDR-BürgerInnen dann auch gleich als 1. Lektion in Sachen westlicher Demokratie.

Positv war dagegen die Reaktion der meisten DDR'ler, als wir mit einigen Leuten und Transparent einen Bus an der Zufahrt zum Zwischenlager stoppten und mit kritischer Information versorgten. Geradezu unheimlich wurde es dann einer Atomgegnerin aus Wittenberge, daß wir Gegner nicht mit hineindurften und sie statt dessen mit den ihr bekannten SED-Betonköpfen, die in der DDR die Umwelt auf dem Gewissen haben, zusammen eingeseift werden sollte. Sie blieb aus Protest draußen.

Am Nachmittag, im Saal der Alten Burg, wo mit DDR-Öffentlichkeit getagt wurde, waren hohe Tiere angereist (NDR, DPA und Lilo Wollny etc. waren ausdrücklich unerwünscht). So Dr. Walter Hohlefelder aus Bonn, Horst zur Horst der Leiter des PKA-Genehmigungsverfahrens aus Hannover und der DWK-Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Hermann Krämer.

Daß der Salzstock Gorleben nun doch nicht an der Elbe aufhört, mußte Dr. Helmut Röthemeyer vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) vorher denn doch zugeben. Woher er allerdings wußte, daß der Salzstock Rambow (der Teil auf DDR-Gebiet) eine grundlegend andere Struktur hat, die für die Nutzung des Salzstockes Gorleben von geringer Bedeutung sei, hat er bei seinem Bericht über den Stand der Erkundungsarbeiten nicht verraten.

Auch die geplante PKA hätte natürlich praktisch keine Auswirkungen auf DDR-Gebiet, trotzdem wird allen BürgerInnen das Klagerecht zugestanden, auch wenn sie vorher keine Möglichkeit hatten am Einspruchsverfahren teilzunehmen. Ministerialrat zur Horst vom nieders. Umweltministerium bekundete sogar Bereitschaft in der DDR Informationsveranstaltungen durchzuführen. Grund dieser DDR-Offensive der Atom-Mafia wird wohl sein, daß eine erneute Verfahrensbeteiligung für DDR-BürgerInnen mit neuem Erörterungstermin viel schwerwiegendere Folgen hätte, als die vielleicht viele Jahre dauernden Klagen. Im Gegensatz zu den Klagen, würde sich eine Verzögerung im Genehmigungsverfahren wahrscheinlich mit einer bis nach die Niedersachsenwahl verschleppten 1. Teilerrichtungsgenehmigung für die PKA auswirken! (Anm. atom: Mittlerweile ist am 31.1.90 die 1. TEG für die PKA erteilt worden - so schnell kann das gehen)

Dieter Sch.

Ost-West-Camp zwischen Himmelfahrt und Pfingsten 1990

Eurotopia oder wohin soll die ökologische Reise in Europa gehen?

Die gesellschaftlichen Veränderungen und zum Teil revolutionären Prozesse in den ost- und mitteleuropäischen Ländern haben scheinbar zu einer Auflösung des alten Ost-/West-Konfliktes geführt. Plötzlich scheint der Gedanke von einem gemeinsamen "Europäischen Haus" Wirklichkeit zu werden. Ein "Europäisches Haus", in dem der Westen mit seinem Denkmodellen und kapitalistischen und naturzerstörerischen Produktionsweisen zum Stein des Weisen wird. Statt einer militärischen Eroberung des Ostens setzt der Westen jetzt zu einer ökonomischen Eroberung an Eine neue Wirtschaftsmacht entsteht.

Im Westen werden alle Ansätze und Kritik an der kapitalistischen Lebens- und Wirtschaftsweise durch den Blick auf den Osten, der eine marode Wirtschaft, zerstörte Natur und verhärmte Menschen zurückgelassen hat weggespült.

Die Menschen im Osten starren erwartungsvoll auf die Hilfe aus dem goldenen Westen. Wohin wird die Entwicklung gehen, was wird als Ergebnis übrigbleiben - Eurokonzern??

Es besteht die Gefahr, daß sich eine eurozentrische Sichtweise durchsetzt, wo die dritte Welt, auf deren Kosten sich der Westen tagtäglich bereichert, ausgeblendet wird. Wenn von dem sogenannten Revolutionsjahr 1989 in den ost- und mitteleuropäischen Ländern nicht nur übrigbleiben soll: Im Westen nichts Neues, im Osten zwar Befreiung von stalinistischen Modellen, aber Übernahme kapitalistischer Zwänge, Deutschtümelei und Wiedererstarken nationalistischer Tendenzen in vielen Ländern, dann gilbt es für die vielfältigen ökologischen und sozialen Bewegungen in West- und Osteuropa, ihre Utopien verstärkt in die gesellschaftliche Diskussion zu werden.

Gibt es für uns ein Gegenmodel von dem sogenannten Europäischen Haus, in dem wir uns alle wiederfinden?

Wir wollen mit vielen Menschen aus West- und Osteuropa unsere Gedanken austauschen, uns an der Vision eins **"Eurotopia"** versuchen. Die Geschichte zwingt uns zu neuen Ansätzen, zur Entdeckungsreise nach Gemeinsamkeiten und zur Überwindung der Grenzen in unseren Köpfen.

Lüchow-Dannenberg, das Wendland an der alten Nahtstelle zwischen Ost und West, tiefste Provinz im Herzen Europas, einerseits ökologische Nische als Ergebnis des Ost-/West-Konfliktes, gleichzeitig durch seine atomaren Endlagerprojekte Ausdruck kapitalistischen Wirtschaftens, wo die Provinz zur Abfallkippe des sogenannten technischen Fortschritts und die innere Kolonisation augenscheinlich wird, lädt zu dieser Perspektivsuche ein.

Aber auch das Lüchow-Dannenberg, das Wendland, welches sich seit 13 Jahren gegen diese Entwicklung zur Wehr setzt und Widerstand leistet, wo Menschen mit konservativen Wertvorstellungen und Menschen mit linken Lebensentwürfen zu Gemeinsamkeiten gefunden haben, wo vor 10 Jahren das Modell einer anderen Gesellschaft, die "Freie Republik Wendland" durch Bulldozer und mit Polizeigewalt plattgewalzt wurde.

Auch wenn die Megamaschine scheinbar unaufhaltsam die ökologische Zerstörung und Ausbeutung bis an den Abgrund weitertreibt, bleiben wir unverbesserlich: Wir wollen unseren Träumen, Utopien und den Realitäten ein Forum geben. Wir wollen mit alten und neuen Freundinnen und Freunden aus anderen Regionen und Nationen phantasieren, suchen und finden, streiten und feiern!

Wir wollen Erfahrungen, Gedanken und Utopien austauschen - zur Ökologie, Atomanlagen und deren Entsorgung, Friedenspolitik, neuem Rechtsdruck, neuen Widerstandsformen, Lebensperspektiven, Wirtschaftsweisen und, und, und...

Forum: Ökologische Annäherungsversuche - Grenzüberschreitungen zwischen Ost und West

Während im Zuge der revolutionären Veränderungen in den osteuropäischen Ländern die ökonomische Misere und der ökologische Raubbau zum beherrschenden Thema wurde, sonnt sich der goldene Westen im Lichte eines wirtschaftlichen Muskelprotzes und ökologischen Musterknaben Europas. Die westlichen Industriestaaten schicken sich an, jetzt den Osten ökonomisch zu erobern und mit ihrer industriellen Megamaschine zu beglücken. Vergessen scheint, daß der Westen seinen Lebensstandart tagtäglich auf dem Rücken der Ausbeutung und ökologischen Ausplünderung der dritten Welt betreibt. Bedeutet letztentlich die Veränderung in Osteuropa den Sieg des kapitalistischen Produktions- und Wertesystems, der den weltweiten Nord-Süd-Konflikt verschärfen wird?

Welchen Weg werden und können die ökologischen und sozialen Bewegungen in Osteuropa einschlagen, um einen Weg aus der Krise in Ihren Ländern zu weisen, der weder eine Übernahme des westlichen Zivilisationsmodells noch einen Rückgriff auf stalinistische Zentralplanungsmodelle beinhaltet?

Wie können die westlichen Ökologiebewegungen einen radikalen Wandel in ihren Ländern beschleunigen und der Gefahr entgehen, in der aktuellen Osteuphorie und Europaduselei zu verfallen oder sich sogar an die Eroberung des Ostens mit einem ökologischen Mäntelchen zu beteiligen?

Wir wollen in diesem Forum die verschiedenen Ansätze und Perspektiven der Realisierungs- und Umsetzungschancen einer ökologischen Wirtschaftsweise in Europa diskutieren. Die Chancen zum Kennenlernen, gegenseitiger Unterstützung und Hilfestellung

wahrnehmen, wobei wir davon ausgehen, daß in jedem Land spezifische Probleme und Besonderheiten zu berücksichtigen sind. Von daher kann es sicherlich nicht darum gehen, dem westlichen Industrialisierungsmodell mit seiner Tendenz zur Vereinheitlichung aller Arbeits- und Lebensverhältnisse in Europa ein einheitliches Alternativmodell entgegenzusetzen. Vielmehr wollen wir an einem Zukunftsmodell arbeiten. einer Utopie, die den Weg der ökologischen Reise weist.
Geplant sind Veranstaltungen, Diskussionen im Kleinen und Begegnungen mit Menschen, ihrer Arbeit und Lebensweise. Geplant sind auch Besichtigungen von Landwirtschaftsbetrieben und Produktionsstätten in der Region Wendland und in der Altmark in der DDR.

Forum: Atom-Energie

Die Entwicklung in Osteuropa droht der westlichen Atommafia neue, scheinbar unbegrenzte Märkte zu eröffnen.
Unter dem Deckmantel der *"besseren Sicherheitstechnik"* und der *"ökoligischen Energie"* geht es in Wahrheit darum, das große Geld mit der gefährlichsten aller Energiearten zu verdienen und die Staaten der RGW wirtschaftlich abhängig zu machen.
Doch spätestens seit Tschernobyl wissen alle, daß die schrecklichen Folgen der Atomindustrie grenzenlos sind. Seit Jahren kann die Atommafia nur überleben, weil sie sich über Staatsgrenzen hinweg organisiert hat. Bereits heute werden die Weichen gestellt, um mit der Realisierung des EG-Binnenmarktes eine europäische Atomindustrie zu schaffen, die über genügend Kapital verfügt und so jegliche nationalen Ausstiegspläne verhindern kann.
In der katastrophalen Energiesituation im Osten wittern die westlichen Elektrokonzerne neue Absatzchancen. Eine Zusammenarbeit der Atomindustrie über Grenzen hinweg verhindert aber auch jede wirksame Kontrolle und ermöglicht damit kriminelle Geschäfte.
Die Erforschung alternativer Energien und die Unterstützung von Energiesparmaßnahmen wurden bisher von den Regierungen völlig unzureichend gefördert. Sie setzen noch immer auf den Atomkurs.
Die Ökologiebewegungen in Ost und West sind daher aufgefordert, sich dieser Situation zu stellen und neue Antworten zu finden.
Eurotopia bietet dafür ein Forum. Im Rahmen des Bereichs "Atom-Energie" wird es Informationen sowohl zu den verschiedenen atomaren Anlagen und den politischen Folgen der Atomenergie als auch zu alternativen Energieformen geben.
Darüberhinaus ist ein Informationsaustausch über den jeweiligen Stand der Energieprogramme in Ost und West geplant. Außerdem soll über eine Zusammenarbeit über Grenzen hinweg in überregionalen und regionalen Strukturen beraten werden. Darüberhinaus wird der Versuch unternommen, zu gemeinsamen Einschätzungen der zukünftigen Entwicklung im Energiebereich zu gelangen.

Forum: Rechtsradikale - Ein europäisches Problem

Der Rechtsradikalismus in Europa ist in den letzten Jahren wieder zu einer erheblichen Gefahr geworden; ob Republikaner in der BRD, Le Pen in Frankreich oder die Wahlerfolge autorität-konservativer Parteien in Norwegen und Dänemark: Fast überall zeichnet sich ein Trend ab, der hinführt zu einfachen Antworten, die nur Scheinlösungen bieten, zu Rückgriffen auf Parolen und Gedankengut, von denen wir dachten, sie seien endgültig widerlegt oder ausgestorben. In jüngster Zeit gibt es Versuche, rechtsradikale Strömungen in der DDR und im Ostblock auszunutzen und auch dort eine Partei nach altem Vorbild zu etablieren. Immer noch gilt die Brechtsche Warnung:***"Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch"*** - auch wenn inzwischen der alte Wein in neuen Schläuchen gereicht wird.
Wie dieser Entwicklung zu begegnen ist, welche Wege zu finden sind zwischen einem historisch orientierten Antifaschismus einerseits und der Verharmlosungsstrategie andererseits, darüber soll im Rahmen von Veranstaltungen diskutiert und informiert werden.

Forum: Außerparlamentarische Bewegungen in der Erstarrung?

Der Wandel von radikaldemokratischen und ökologischen Basisbewegungen zu politischen Parteien vollzog sich in den Ländern Osteuropas und der DDR in atemberaubenden Tempo.
Ein Mehrparteiensystem und Parlamentswahlen, der Parlamentarismus schlechthin ist im Aufwind.
Im Westen verlassen sich die Bewegungen zunehmend auf parlamentarische Kräfte. Auflösungserscheinungen sind überall sichtbar.
Auch in der BRD versetzt die Hoffnung auf rot-grüne Regierungsbündnisse die außerparlamentarische Bewegung in Agonie, trotz der Einsicht, daß mit der Stimmabgabe in einer *"repräsentativen Demokratie"* die Menschen weit entfernt von Selbstbestimmung sind.
Denn noch immer ist richtig: Wer seine Stimme abgibt, wird sprachlos, hat nichts mehr zu melden.
Warum gelingt es nicht, so grundlegende Einsichten lebendig zu halten, in Bewegung zu leiben? Was haben wir dem Renouveau des Parlamentarismus entgegenzusetzen?
Welche gesellschaftlichen Utopien haben wir jenseits von kapitalistischer Demokratur und diktatorischem Sozialismus?
Darüber wollen und müssen wir sprechen, denn nach der (parlamentarischen) Besoffenheit folgt bekanntlich die Ernüchterung.
Vielleicht gelingt es uns, den Kater zu vermeiden:
Also:"(K)eine Bewegung?!"

Kontakt:

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.,
Geschäftsstelle Drawehner Str. 3. 3130 Lüchow, Tel. 05841/4684

Atomtransporte Hamburg - La Hague

Seit Mitte November 89 rollen sie, Woche für Woche, aus Krümmel, aus Stade, seit Januar 90 auch aus Brunsbüttel: Jeden Montag geht aus einem oder auch mal aus zwei der norddeutschen AKW's ein Transport mit abgebrannten Brennelementen auf die Reise nach La Hague.

Die Waggons aus Krümmel fahren dabei am helligten Tag quer durch Hamburger Stadtgebiet. Am Montagnachmittag wird dann auf dem Rangierbahnhof Maschen im Süden der Stadt erstmal eine Zwischenlagerung - sprich ein mehrstündiger Zwischenstop eingelegt. In der Nacht geht es dann weiter über Osnabrück und Recklinghausen quer durch das Ruhrgebiet bis die strahlenden Waggons am nächsten Morgen auf dem Gelände des Rangierbahnhofs Köln-Gremberg eintreffen.

Gremberg ist Knotenpunkt für alle La Hague-Transporte aus Norddeutschland. Jährlich werden hier etwa 50 Waggons mit hochradioaktiven abgebrannten Brennelementen durchgeschleußt. Dienstagmittag verläßt die heiße Fracht Köln. Der Güterzug hält sich rechtsrheinisch bis Neuwied, überquert bei Koblenz den Rhein und ist am Spätnachmittag in Trier. Von dort ging es früher weiter nach Saarbrücken und zu Grenzübergang Forbach.

Dies wurde gleich nach Beginn dieser Transportserie geändert.

Der Atommüll fährt von Trier zum Grenzübergang Perl/Apach an der Mosel und dann an Cattenom vorbei zum Rangierbahnhof Woippy bei Metz. Dort treffen auch die Transporte aus Süddeutschland ein, die weiter über Saarbrükken - Forbach abgewickelt werden.

Ein möglicher Grund für die neue Strecke: Seit dem Herbst 1989 sind die Rangierarbeiter in Saarbrücken mit persönlichen Dosismetern ausgerüstet. Durch diesen mehrmonatigen Versuch will das Bundesbahnzentralamt Minden Beweisen, daß die in einer Studie des Öko-Instituts für die Gewerkschaft der Eisenbahner beschriebenen Strahlungefahren für Bahnarbeiter so nicht vorhanden sind. Zeitgleich mit dem Anlaufen dieses Projektes werden 50 % der Transporte über eine andere Strecke abgewickelt. Seltsam?

Die Transporte, die so oder ähnlich ja schon seit Jahren laufen, haben diesen Winter für beträchtliches Aufsehen gesorgt: Entlang der ganzen Strecke haben Anti-AKW-Gruppen die Züge beobachtet und die geheimen Transporte ins Licht der Öffentlichkeit geholt. Große Versunsicherung unter betroffenen Eisenbahnern erregte ein ausführlicher Bericht der Illustrierten "Quick" (!) über die Transporte durch Hamburg. In Krümmel wurde am 12.12.89 die Abfahrt eines Waggons durch eine Blockade kurzzeitig verzögert, in mehreren Städten fanden Aktionen an Bahnhöfen statt, Veranstaltungen zum Thema fachten die öffentliche Diskussion an.

Unklar ist noch, inwieweit es an den Orten entlang der jetzt bekannten Strecke gelingt, die Betroffenheit und Ängste der Bevölkerung in aktiven Widerstand umzusetzen.

jost

Atommülltransporte

Neckarwestheim 1989

Da hat sich in der schwäbischen Provinz, weitab von allen Zentren der Bewegung, im letzten Frühjahr und Sommer einiges getan.

Basierend auf einer fast lückenlosen Recherche, werden durch einige spektakuläre Aktionen gegen Atomtransporte aus dem AKW Neckarwestheim die bisher geheimgehaltenen hochgefährlichen Nebeneffekte der Atomindustrie zum Thema Nr. 1 entlang der Strecke.

Hilflose Polizei, empörte Bürgermeister, diskutierende DorfbewohnerInnen und dazwischen einige wenige AktivistInnen: Das ist der Hintergrund vor dem die im Januar erschienene 92-seitige Broschüre der Tübinger Aktionsinitiative gegen Atomanlagen 8TAIGA9 und der Stuttgarter Aktion Strom ohne Atom ein wahres Feuerwerk an detailierter Information ausbreitet.

Die Broschüre kann Gruppen an anderen Standorten oder Transportstrecken geradezu als Lehrbuch für die eigene Arbeit dienen und reiht sich damit in die Linie der Broschüren aus Lübeck und Nürnberg zum gleichen Thema ein.

Auf über 60 Fotos kann sich jederfrau einen Eindruck von den verschiedenen Transporten und Aktionen machen. Über 20 Karten, Grafiken und Tabellen fassen die Fülle von Daten übersichtlich zusammen.

Ergänzt werden die Ausführlichen Teile über Recherche, Aktionen und Reaktionen vor Ort durch allgemeine Artikel zu Gefahren von Atomtransporten, Europäisierung der Atomwirtschaft und schließlich Daten über Daten.

Die Broschüre macht deutlich: Es kann sich wirklich lohnen, auch mit relativ wenigen Leuten ganz aktiv in die Maschinerie des Atomtodes einzugreifen.

Bleibt zu hoffen, daß dieser Gedanke ansteckt...

Die **Broschüre** ist zum Preis von 6,00 DM zu bestellen bei TAIGA, v/o. Andreas Linder, Melanchtonstr. 23, 7400 Tübingen, Tel.: 07071/ 26908.

Ab 10 Exemplaren Bestellung noch noch 5,00 DM pro Stück.

jost

Treffen am 20/21.01.90 in Mannheim

Ein Schwerpunkt der Anti-AKW-Bewegung war in den letzten Jahren die Arbeit gegen Atomtransporte. Besonders mobilisierend und erfolgreich waren dabei vor allem norddeutsche Gruppen. Die Stichworte Wendland, Tag X, Warten auf den Castor, Lübeck, Emden sprechen für sich.

In Süddeutschland, die Initiativen waren bisher stark auf Wackersdorf fixiert, wird das Thema erst entdeckt. Die ersten waren wohl Nürnberger BI´s, die sich darauf vorbereiteten, daß ihre Stadt durch die Transporteflut zur WAA zum atomaren Durchgangsbahnhof wird.

Dies ist, zum Glück, nicht eingetroffen. Doch die Transporte finden trotzdem statt. Sie rollen eben weiter nach La Hague und in Zukunft auch verstärkt nach Sellafield.

Diese Transporte mit abgebrannten Brennelementen wurden Anfang 1989 zum Schwerpunktthema einiger Gruppen, denen es dann auch gelang, sämtliche Fuhren aus dem AKW Nekkarwestheim zu veröffentlichen und entlang der ganzen Strecke durch verschiedene Aktionen auf die Hintergründe und Gefahren der Transporte aufmerksam zu machen.

Angesteckt von den Neckerwestheimer Erfolgen und sicher auch bedingt durch die notwendige Umorientierung nach dem Wackersdorf-Aus beginnen sich nun immer mehr Initiativen mit dem Thema zu beschäftigen.

Aufgrund der Tatsache, daß sämtliche Transporte mit abgebrannten Brennelementen aus süddeutschen AKW´s über die Strecke Mannheim - Kaiserslautern - Saarbrücken - Forbach nach Frankreich laufen bot es sich an, die Zusammenarbeit zwischen Gruppen in diesem Einzugsbreich zu intensievieren. Zusammenarbeit ist auch gerade deshalb so wichtig, weil der Kampf gegen die Transporte meistens sehr lokal geprägt ist. Atomtransporte ermöglichen und verlangen in jedem Ort, den sie tangieren, eine durch die Betroffenheit der Menschen getragenen Protest.

Wenn es nun gelingt, diese lokalen Proteste in einen größeren Zusammenhang zu setzen, wenn es gelingt, über die Betroffenheit angesichts der Unfallgefahr und Strahlenbelastung zu einer breiteren Bewußtseinsbildung hinsichtlich Entsorgungsnotstand und hinsichtlich dem ganzen Atomprogramm zu kommen, so ist dies die Basis für breiten und effektiven Widerstand.

Mit dieser Perspektive trafen sich am 20. und 21. Januar 1990 in Mannheim 50 VertreterInnen von Gruppen aus ca. 20 Städten zur "Süddeutschen Konferenz gegen Atomtransporte."

Unterstützt von einigen auswärtigen Gruppen aus dem Norden wurden Ansätze zur Vernetzung gesucht. Im Mittelpunkt stand zuerst der Informations- und Erfahrungsaustausch. Die meisten süddeutschen Standorte waren vertreten.

Einige Erfahrungen aus den Neckarwestheimer Vorgängen lassen sich leicht auf andere Standorte übertragen. Trotzdem sind die Ausgangssituationen recht unterschiedlich. Es gibt AKW´s bei denen inzwischen soweit recherchiert wurde, daß es sich anbietet, zu Aktionen überzugehen. An anderen Standorten fängt die mühsame Informationsbeschaffung erst an. Auch dies ein Motiv für eine engere Vernetzung: Bisher wurden viele Recherchearbeiten doppelt und dreifach angegangen, da es am notwendigen Informationsaustausch gefehlt hat. Viele Ideen für eine phantasievolle Öffentlichkeitsarbeit wurden nicht weitergegeben...

Neben dem Informationsaustausch standen drei Bereiche im Mittelpunkt der Konferenz.

1. Die Vernetzung der süddeutschen Gruppen soll vorangetrieben werden. Dazu wird die Mannheimer Initiative beauftragt, in ihrem neuen Büro ein Archiv für alle zum Thema notwendigen Materialien einzurichten. Alle Initiativen, die zum Thema arbeiten, sollen ihre Rechercheergebnisse, Flugblätter, Zeitungsartikel usw. an das Mannheimer Büro senden. Somit haben alle die Möglichkeit über Anfragen in Mannheim an die notwendigen Infos zu gelangen.
Außerdem soll ein schneller Austausch zwischen Standort- und Streckeninitiativen bei anstehenden Transporten organisiert werden.
Weitere Ideen, für die sich allerdings auf der Konferenz niemand verantwortlich erklärt hat: Zentrale Materialherstellung, wie z. B. Plakate, Flugblätter, Aufkleber, Diavorträge, Videos usw., Erstellung kleiner Falbtlätter mit Basisinfos für Transporte-Initiativen, wie z.B. Strecken, Waggons, Behälter, Firmen, Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit, Kommunales, Brennstoffspirale, Gefahren usw.
2. Als konkrete gemeinsame Aktion gegen die Transporte wurde vorgeschlagen, an einer Transportestrecke, bei einem bestimmten, vorher festgelegten Transport, an möglichst vielen Orten gleichzeitig Aktionen zu machen. Diese Aktionen können sich in Aufwand und Intensität stark unterscheiden, die Wirkung entsteht durch die Gleichzeitigkeit bei einem Transport.
3. Die erwarteten Transporte von US-Atombombenmüll zur Asse, die ja zuerst zum Kernforschungszentrum Karlsruhe laufen werden beschäftigen viele der anwesenden Initiativen. Die Überlegungen zu Gegenmaßnahmen werden in dieser atom geschildert.

Wer an genaueren Ergebnissen der Konferenz interessiert ist und sich am süddeutschen Transporte-Netzwerk beteiligen will, wende sich an das

Anti-Atom-Büro, C3,19, 6800 Mannheim 1

**Jährlich werden in ca. 80-100 Transporten abgebrannte Brennelemente aus bundesdeutschen AKWs zur französischen Wiederaufarbeitungsanlage. (WAA) La Hague gebracht.
Überall an den Transportstrecken sind in den letzten Monaten Gruppen entstanden, die die Atommüllzüge beobachten, öffentlich machen und wenn möglich, zu behindern.
Seit Januar 1989 konnten aus folgenden AKWs Transporte beobachtet werden:**

MO/DI	09/10.01.89	Philippsburg 2	11 Brennelemente (BE)
MO/DI	16/17.01.89	Krümmel	32 BE
	16/17.01.89	Stade	
MO/DI	23/24.01.89	Stade	
MO/DI	20/21.02.89	Philippsburg 1	32 BE
DI/MI	07/08.03.89	Neckarwestheim 1	7 BE
MO/DI	13/14.03.89	Krümmel	32 BE
	13/14.03.89	Neckerwestheim 1	7 BE
MO/Di	20/21.03.89	Philippsburg	
	20.03.89	Stade nach Karlsruhe (KFK)	
DO/FR	30/31.89	Obrigheim	
MO/DI	03/04.04.89	Neckarwestheim 1	7 BE
MO/DI	10/11.04.89	Krümmel	32 BE
	10/11.04.89	Neckarwestheim 1	7 BE
MO/DI	22/23.05.89	Neckarwestheim 1	7 BE
MO/DI	12/13.06.89	Neckarwestheim 1	7 BE
MO/DI	19/20.06.89	Neckarwestheim 1	7 BE
MO/MI	04/06.09.89	Grafenrheinfeld	
MO/DI	18/19.08.89	Philippsburg 1	17 BE
MO/MI	25/27.09.89	Grafenrheinfeld	
MO/DI	25/26.09.89	Phillipsburg 1	17 BE
MO/DI	20/21.11.89	Krümmel	32 BE
MO/DI	27/28.11.89	Krümmel	32 BE
	27/28.11.89	Stade	7 BE
MO/DI	04/05.12.89	Stade	7 BE
FR/SA	08/09.12.89	Biblis	11 BE
MO/DI	11/12.12.89	Krümmel	32 BE
MO/DI	18/19.12.89	Krümmel	32 BE
MO/DI	08/09.01.90	Krümmel	32 BE
	08/09.01.90	Stade	7 BE
MO/DI	15/16.01.90	Krümmel	32 BE
MO/DI	22/23/01.90	Krümmel	32 BE
	22/32.01.90	Brunsbüttel	
	22/23.01.90	Neckarwestheim 1	(unsicher)

Strecken:
Stade, Krümmel und Brunsbüttel über Hamburg - Maschen- Osnabrück - Recklinghausen - Köln
Ein weiteres norddeutsches AKW (11.12.89 und 15.01.90) nach Köln
Grafenrheinfeld - Schweinfurt - Würzburg - Frankfurt - Worms- Ludwigshafen
Biblis - Worms - Ludwigshafen - Mannheim
Philippsburg - Bruchsal - Heidelberg - Mannheim
Obrigheim - Heilbronn - Heidelberg - Mannheim
Neckarwestheim - Heilbronn - Heidelberg - Mannheim

Alle Strecken aus Norddeutschland laufen auf dem Rangierbahnbhof Köln - Gremberg zusammen. Von dort fährt ein Zug über Neuwied - Koblenz - Trier - Grenzübergang Perl/Apach nach Woippy bei Metz und von dort nach La Hague.
Bis zum 21.11.89 liefen die Transporte noch von Trier über Saarbrücken zum Grenzübergang Forbach.
Seit dem 28.11.89 geht alles aus dem Norden über Perl/Apach.
Alle Strecken aus Süddeutschland laufen auf dem Rangierbahnhof Mannheim - Hochstätt zusammen (Ausnahme Grafenrheinfeld über Ludwigshafen).
Von dort geht es über Kaiserslautern - Saarbrücken zum Grenzübergang Forbach und auch nach Woippy. Ab dem Rangierbahnhof Woippy laufen alle Transporte mit abgebrannten Brennelementen aus bundesdeutschen AKW's auf einer Strecke nach Valognes bei La Hague.

jost

Energiekolonie DDR?
Versuch einer Einschätzung

Die DDR steckt in einem Energie Dilemma. Mit sechzehn veralteten und maroden Braunkohlenkraftwerken (82 % Anteil an der Stromerzeugung) und mit vier Schrottreaktoren des Atomkomplexes Greifswald (10 %) - die jeden Moment die Katastrophe, den Super-GAU - auslösen können, versuch die DDR-Führung die Stromversorgung des Landes mühsam aufrecht zu erhalten. In den Braunkohleabbaugebieten im Zittauer-, Cottbusser- und Leipziger Raum stinkts. Die Luft ist so schwer vom SO_2 (Schwefeldioxid), NO_x (Stickoxide) und vom Staub, daß die Menschen nicht mehr atmen können.
Pro Kopf rieseln in der DDR 239,50 kg Schwefelimmission (= 36,9 t/km²) nieder. Das ist ca. fünfmal mehr als in westeuropäischen Ländern. Im Raum Halle liegt die Lebenserwartung sechs Jahre unter dem DDR-Durchschnitt. Dazu kommen die Probleme des Braunkohletagebaus. Riesige Löcher und Abraumhalden haben die Natur unwiederbringlich zerstört und den Menschen durch Umsiedlung das soziale Gefüge geraubt.
Jährlich werden 320 Mio. t Braunkohle gefördert. Das Verhältnis Kohle/Abraum ist 1:9. Es gibt Pläne schon in Kürze mit der Braunkohlenförderung nördlich von Berlin im Gebiet Bernau - Biesenthal - Eberswalde zu beginnen.
Die Luft ist nicht zu atmen, die Baggergiganten fressen sich immer weiter. Die Bevölkerung hat die Nase voll davon.
Damit sieht die Atomlobby der BRD ihre große Chance. Sie bieten der DDR: Saubere Luft durch Atomkraftwerke. Vier 1.300 MW Reaktoren vom Typ Biblis, gebaut von der KWU/Siemens, wollen die Preußen Elektra und die Bayernwerke kostenlos in der DDR errichten lassen. Was in der BRD seit Jahren nicht mehr möglich ist, soll jetzt im Eiltempo in der DDR vollzogen werden. Die Zeit drängt, sagen sie. Der westdeutsche Energiemarkt der Energieversorgungsunternehmen ist gesättigt. Die KWU/Siemens braucht dringend neue Aufträge, um ihre Reaktorindustrie aufrecht zu erhalten.
Gemeinsam mit der DDR-Führung wurde ein energiepolitischer Marschallplan ausgearbeitet. Das Investionsloch DDR, verspricht hohe Wachstumsraten für das westdeutsche Kapital. Als Rückzahlung der Kredite soll die DDR 50 % des in den vier AKW´s erzeugten Stroms in das westdeutsche Leitungsnetz einspeisen. Für Mitte der neunziger Jahre forderte der ehemalige Veba Chef Bennigsen-Foerder neue Atomkraftwerke in der BRD zu bauen, da einige alte (z.B. Stade und Würgassen) bis zum Jahr 2.000 stillgelegt werden müßten.
Offensichtlich sieht die westdeutsche Atommafia ihre energiepolitischen Perspektiven in der DDR, deshalb will sie den von Bennigsen-Foerder geforderten Ersatz-AKW´s bei Leipzig, Rostock und Dessau errichten.
Baut sie etwa darauf, daß die Bevölkerung der DDR die Atomlobby als Erlöser vom Braunkohlenschmutz akzeptiert?
Wollen sie die Konfusion, ausgelöst durch die politischen Umwälzungen in der DDR, und das Interesse der Bevölkerung erstmal Parteien zu bilden, die kriminellen Praktiken des Stasi aufzudecken, die Wahlen am 18. März durchzuführen etc. nutzen, um ihre Interessen leichter durchzusetzen?

Auch die Anti-AKW-Bewegung hätte bisher noch wenige Gelegenheit gehabt, sich zu formieren, eine breite Öffentlichkeit anzusprechen und den Widerstand zu organisieren.
Telefone, Fotokopierer, Druckmaschinen stehen kaum zur Verfügung. Alles um den Atomstrom galt bis vor kurzem als strenge von der Stasi gehütetes Staatsgeheimnis.
Informationen über Ausbaupläne neuer und über Störfälle der bestehenden Atomanlagen wurden systematisch unterdrückt.
Kurz gesagt: "Standortvorteile", die sich die Atommafia gegen über den derzeitigen politischen Gegebenheiten in der BRD ausrechnet.

Gibt es Perspektiven des gemeinsamen Widerstands ?

Ein Anfang für einen gemeinsamen Widerstand ist gemacht. Auf dem Gedelitztreffen am 14. Januar riefen BRD- und DDR-Gruppen aus Stendal, Salzwedel und Wittenberge gemeinsam zu Demonstrationeen am 3. Februar gegen die Atomanlagen in Gorleben und am 11. März gegen den Bau des AKW´s in Stendal auf. Die expansive Atompolitik in Ost und West muß verhindert werden. Es geht nicht nur um den Export westdeutscher AKW´s in die DDR oder die atomare Zeitbombe Greifswald, sondern auch um die an der deutsch/deutschen Grenze angesiedelten/geplanten Atomanlagen, angefangen beim Zwischen-, Endlager und dem AKW-Bau in Stendal und dem Endlager Morsleben bis hin zum Schacht Konrad und der Asse bei Salzgitter.
Die Zeiten sind vorbei, in denen die Menschen der jeweils anderen Seite des Stacheldrahtes nicht mitreden durften. Ein gemeinsamer Widerstand von Ost und West gegen die Atomanlagen, die beide Seiten gleichermaßen bedrohen, ist möglich geworden. Dabei kann es nicht die Perspektive der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung sein, in der DDR widerstandspolitische Entwicklungshilfe zu leisten. Weil hier im Westen scheinbar nichts mehr zu bewegen ist, schauen viele hoffnungsvoll nach Osten, in der Erwartung, daß die politischen Umwälzungen in der DDR der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung neue Impulse geben. Allzu schnell kommt es zur Überschätzung der eigenen Stärke, in dem der Atommafia in der BRD nur noch der letzte Todesstoß gegeben werden müßte und die DDR demnächst alle AKW´s stillegt.
Es ist wohl eher eine Illusion zu glauben, das zukünftige Energieprogramm als Anti-AKW-Bewegung mitgestalten zu können. Wichtig ist und bleibt der Erhalt der Handlungsfähigkeit im eigenen Land, denn das stärkt den Widerstand auf beiden Seiten.
Jetzt wäre es an der Zeit, nachdem die erste Hektik der Aufbruchsphase vorrüber ist, sich näher kennenzulernen und eventuell gemeinsame Positionen und Perspektiven auszuarbeiten. Die BI Umweltschutz im Landkreis Lüchow-Dannenberg schlägt dazu ein Ost-West-Camp zwischen Himmelfahrt und Pfingsten im Landkreis vor (siehe Aufruf dazu im Wendlandteil). Weiterhin ist ein grenzüberschreitender Zusammenschluß zu diskutieren, in dem Informationen ausgetauscht. Aktionen koordiniert, Inhalte diskutiert ect. werden können (Beispiel Euregio-Konferenz gegen Atomanlagen im Dreiländereck BRD, Niederlande und Belgien).
Wir wollen jetzt nicht vorschnell Aktionen, Zusammenschlüsse etc. vorschlagen, m denn das müssen die Diskussionen und der Kontakt der nächsten Zeit zeigen.
Die Doppel-Demo in Gorleben und Stendal ist einerster Versuch, die Frühjahrskonferenz Ende März/Anfang April in Braunschweig eine Möglichkeit sich kennen zu lernen und das Ost-West-Camp im Landkreis Lüchow-Dannenberg die erste Gelegenheit in einem größeren Rahmen näher in Kontakt zu kommen.

Mit Braunkohle und Kernkraft in die Krise

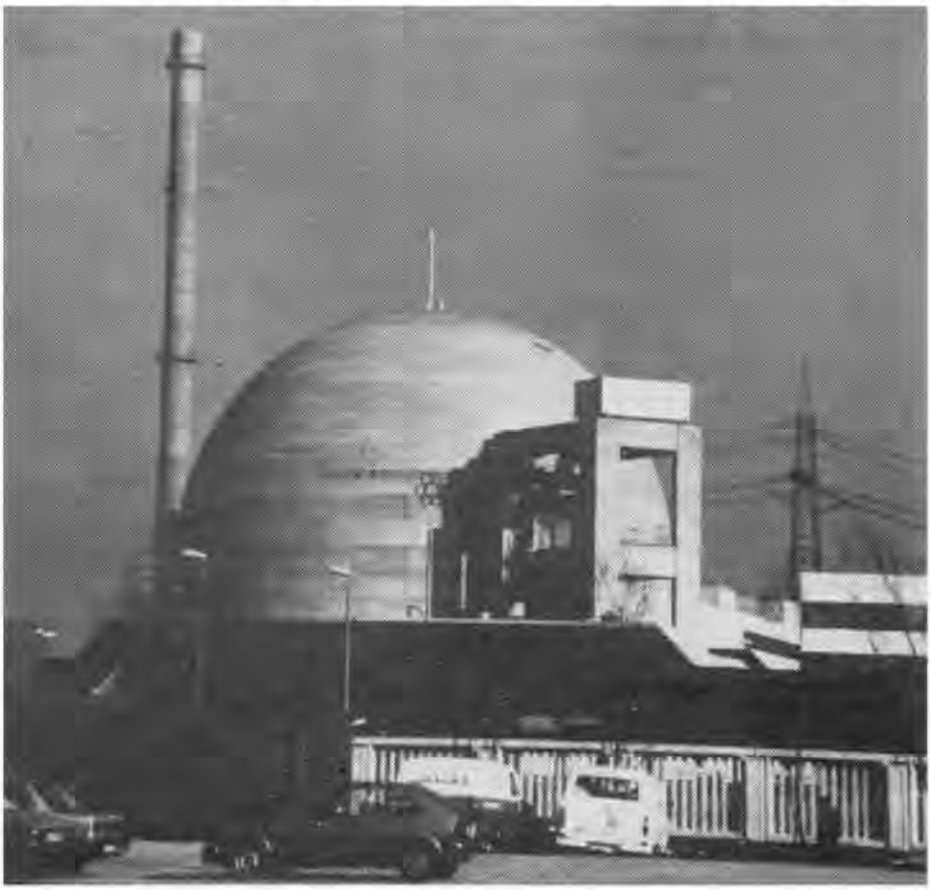
Studie »Energie und Umwelt« aus der DDR

Die auf Braunkohle und Kernenergie orientierte Energiewirtschaft der DDR belastet in einem so hohen Maße Umwelt, Gesundheit und soziale Beziehungen der Menschen, daß eine Überprüfung der bisherigen zentral strukturierten Energieversorgung und eine Umorientierung im Umgang mit Energie dringend erforderlich ist. Die DDR trägt schwere Verantwortung für die Schwefeldioxid-Belastung Europas.
Jedoch: Die zur Umorientierung erforderlichen beträchtlichen finanziellen Mittel aufzubringen, ist derzeit volkswirtschaftlich schwer möglich. Mit desto stärkeren ökologischen und wirtschaftlichen Belastungen ist deshalb künftig zu rechnen.
Zu diesem Ergebnis kommt der Unterausschuß "Energie" des Ausschusses "Kirche und Gesellschaft" in einer im Auftrag der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen der DDR erarbeiteten Studie "Energie und Umwelt" (USB-Nr. 146/89). Die Studie wurde im Dezember 1988 mit der Losung "Kehret um und glaubt an das Evangelium" abgeschlossen und jetzt vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR veröffentlicht.

Braunkohle ist zugleich der wichtigste Primärenergieträger und der wichtigste Grundstoff der chemischen Industrie in der DDR. Das zeigt die jetzt vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR veröffentlichte Studie "Energie und Umwelt" (USB-NR. 146/89). 70, 2 % des Primärenergieumsatzes in der DDR erfolgt heute in Form von heimischer Rohbraunkohle. Erdöl hat einen Anteil von 13 %, Erdgas von 7, 8, Steinkohle von 5, 1 und Kernkraft von 3, 7 %. Insgesamt betrug 1985 der Primärenergieeinsatz 3.714 Peta-Joule oder gut 1 Billion Kilowattstunden, einschließlich der Umwandlungs-, Transport- und Anwendungsverluste.
Zum Vergleich: In der Bundesrepublik wird insgesamt etwa die dreifache Menge Primärenergie verbraucht, jedoch nur zu 8 % in Form von Braunkohle, dafür zu 19, 6 % als Steinkohle, 42, 1 % als Erdöl, 16, 8 % als Naturgas, zu 10, 9 % in Form von Kernenergie und zu 1, 8 % als Wasserkraft. Dabei hat Rohbraunkohle weniger als ein Drittel des Energieinhaltes von Steinkohle. Insgesamt wurden so pro Kopf der Bevölkerung in der DDR etwa 20 % mehr Primärenergie verbraucht als in der Bundesrepublik. In Fachpublikationen der DDR wird berichtet, die DDR nehme nach den USA und Kanada den 3. Platz in der Welt beim Primärenergieverbrauch pro Kopf ein.
Etwa 2170 Peta-Joule oder 600 Milliarden Kilowattstunden, das sind 58 % der Primärenergie, stehen in der DDR nach deren Umwandlung noch als Gebrauchsenergie zur Verfügung. Davon gehen noch einmal rund die Hälfte im Rahmen der Anwendung verloren, einen Nutzen bringen schließlich nur noch knapp 30 % der ursprünglich eingesetzten Energiemenge.
Etwa 76 % der Gebrauchsenergie wird in Form von Wärme gebraucht (36 % zur Raumheizung und 40 % als Prozeßwärme, überwiegend in der Industrie), wird in der DDR-Energiestudie abgeschätzt. Für den Antrieb elektrischer Maschinen werden danach außerdem in der Industrie 6 % und im Haushalt 1 %, für Licht 2 % und für den Verkehr 15 % der Gebrauchsenergie aufgewandt.
International sprechen die Voraussagen für den künftigen Energieverbrauch von immer geringeren Zunahmen und bleiben für den Anfang des nächsten Jahrhunderts in der Größenordnung der heutigen realen Werte. Dabei hat die Internationale Atomenergieagentur IAEA ihre Vorhersagen für den Ausbau der Kernenergie seit Anfang der siebziger Jahre bis heute auf etwa ein Zehntel der einstmals prognostizierten Werte zurückgenommen. In dem Umfang, in dem Voraussagen eher die Wünsche und Absichten der Prognostiker als zwingende gesellschaftliche Entwicklungsmuster widerspiegeln, fand auch in der DDR ein Wandel statt. 1970 wurde für das Jahr 2000 noch ein Primärenergiebedarf von 4190 Peta-Joule (entsprechend 1, 16 Billionen Kilowattstunden) vorhergesagt, wobei 14 % auf feste Brennstoffe, 28 % auf Erdöl, 12 % auf Erdgas und 46 % auf die Kernenergie entfallen sollten. Dabei sollte die Braunkohle offenbar durch Kernenergie ersetzt werden. Dies geschah nicht und der Anteil der Braunkohle blieb bis heute praktisch unverändert hoch.
Nach der Ölkrise und nach Tschernobyl sieht nun die Prognose für das Jahr 2000 wie folgt aus: weiterhin 73 % feste Brennstoffe (Kohle) und nur 8 % Erdöl, 7 % Erdgas sowie eine Zunahme von heute 3, 7 auf künftig 12 % bei der Kernenergie bei insgesamt wiederum 4120 Peta-Joule (1, 14 Billionen Kilowattstunden). Jedoch auch nach den letzten veröffentlichten Prognosen müßten bis zum Jahre 2020 oder 2030 noch etwa 25 Kernkraftwerksblöcke zu jeweils 1000 Megawatt elektrischer Leistung errichtet werden. Auf regenerative Energiequellen wie Sonne, Wind und Wasser wollen die staatlichen Energieplaner der DDR keine Hoffnungen setzen.

Die DDR fördert die meiste Braunkohle, hat aber nur geringe Vorräte

Mit einer Fördermenge von 312 Millionen Tonnen Braunkohle im Jahre 1985 liegt die DDR mit Abstand an der Spitze der Förderländer. 1986 hatte der XI. Parteitag der SED beschlossen, die Braunkohleförderung im Jahre 1990 auf 330



bis 335 Millionen Tonnen zu steigern. Pro Kopf der Bevölkerung waren dies im Jahre 1985 18, 7 Tonnen, vor 6, 5 in der Tschechoslowakei. In anderen Industriestaaten liegt die Braunkohleförderung meist bei deutlich unter 1 Tonne pro Kopf und Jahr. Dabei besitzen etwa die Sowjetunion 3316 Milliarden Tonnen an geologischen Braunkohle-Vorräten, die USA 2313 , die Bundesrepublik 56 und die DDR lediglich 46 Milliarden Tonnen.
Werden heute noch mehr als die Hälfte des elektrischen Stromes in der DDR mit Hilfe von Braunkohle erzeugt (51, 3 % im Jahre 1985), so sollen es nach den geltenden Vorhersagen im Jahre 2000 immer noch 40, 9 % und im Jahre 2020 noch 28, 2 % sein.

In 40 Jahren Braunkohle-Tagebau bei Berlin

Jährlich fallen in der DDR 3000 bis 4000 Hektar oft dicht besiedelter Flächen oder Gebiete mit bester Bodenqualität dem Braunkohle-Tagebau zum Opfer, berichtet die von der Evangelischen Kirche in der DDR veröffentlichte Energiestudie. Betroffen sind besonders die Bezirke Cottbus, Halle und Leipzig. So seien bereits 1980 in der DDR 75 Ortschaften abgebaggert, rund 30 000 Einwohner umgesiedelt, 130 Kilometer Eisenbahnstrecken, 210 Kilometer Straßen und 70 Kilometer Flußläufe verlegt gewesen. Es sei zu erwarten, daß bis zum Jahr 2000 etwa 21 neue Tagebaue erschlossen werden und weitere 35 bis zum Jahr 2030. Das betroffene Gebiet werde vermutlich bis in den Nordosten und Westen Berlins reichen.
In 36 Tagebauen fallen etwa 2 Milliarden Kubikmeter nur zum Teil nutzbares Grubenwasser an, was zur Absenkung des Grundwasserspiegels führt. Diese Menge stellt etwa die Hälfte der Grundwasserförderung der DDR dar. Etwa 60 % des in Berlin ankommenden Spreewassers besteht aus Grubenwässern, die im Niederlausitzer Braunkohlerevier gefördert wurden, berichten die Autoren der Studie.

Die DDR exportiert den meisten sauren Regen pro Kopf der Bevölkerung

Die DDR ist nicht nur bei der Braunkohleförderung führend, sie liegt auch mit den dem "sauren Regen" zugrundeliegenden Schwefeldioxid-Emissionen pro Kopf der Bevölkerung beziehungsweise pro Quadratkilometer Bodenfläche an der Spitze aller Industriestaaten. Schwefeldioxid entsteht in der DDR in starkem Maße bei der Verbrennung von Braunkohle. Absolut gesehen lag im Jahre 1982 in Europa die Sowjetunion mit 25, 5 Millionen Tonnen Schwefeldioxid an der Spitze, vor Großbritannien mit 4, 25 Millionen Tonnen, der DDR mit 4, 0, der Bundesrepublik mit 3, 51 und der Tschechoslowakei mit 3, 37 Millionen Tonnen. Pro Kopf der Bevölkerung waren es 1982 in der DDR 239, 5 Kilogramm, vor der Tschechoslowakei mit 217, 4, Ungarn mit 160, 7, Finnland mit 116, 3 und der Sowjetunion mit 92, 3 Kilogramm. Die Bundesrepublik liegt danach an fünfzehnter Stelle mit 59, 2 Kilogramm Schwefeldioxid pro Kopf und Jahr . Pro Quadratkilometer Bodenfläche emittiert die DDR jährlich 36, 9 Tonnen Schwefeldioxid, vor Belgien mit 26, 6 Tonnen, der Tschechoslowakei mit 26, 3, Ungarn mit 18, 5 , Großbritannien mit 17, 4 und der Bundesrepublik mit 14, 1 Tonnen.

Bronchitis und Bronchialasthma sind in Europa am schlimmsten in der DDR

Die gesundheitlichen Belastungen der Bevölkerung der DDR sind beträchtlich, erklären die Autoren der DDR-Energiestudie: Im Bezirk Cottbus wurde in den am stärksten durch den Braunkohle-Tagebau und Großkraftwerke belasteten 5 Kreisen Cottbus, Forst, Guben, Hoyerswerda und Weißwasser die größte Zunahme an bösartigen Krebserkrankungen festgestellt. Die Sterblichkeit von Männern in der DDR an Bronchitis, Lungenemphysem und Bronchialasthma ist mehr als doppelt so hoch wie der europäische Durchschnitt und die höchste von 20 europäischen Ländern.
Bei einer Senkung des Eintrags von Schadstoffen in lufthygienisch hochbelasteten Gebieten um die Hälfte könnten nach Meinung der Autoren der Studie die allgemeine Sterberate um 4, 5 % sinken, die Lebenserwartung um 3 bis 4 Jahre anwachsen und ein Viertel der bösartigen Geschwulste der Atemwege auf lange Sicht ebenso vermieden werden wie 10 bis 15 % der Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Moderne Kohlekraftwerke sind besser als ein Ersticken in Gips aus der Abgasentschwefelung

Die DDR bemüht sich seit Jahren um ein geeignetes eigenes Verfahren zur Abgasentschwefelung. Das favorisierte Kalksteinadditivverfahren ist jedoch im Großmaßstab nicht einsetzbar, weil zu große Mengen Kalkstein über große Entfernungen abtransportiert werden müssen und der entstehende Gips in solchen Mengen nicht verwendbar ist, wird in der DDR-Energiestudie erklärt. Es könne auch nicht eingeschätzt werden, ob auf dem internationalen Markt angebotene Lösungen für die Braunkohlequalität in der DDR und für die vorhandenen Blockgrößen der Braunkohlekraftwerke anwendbar sind. Wie die DDR ihre 1985 eingegangene Verpflichtung im Rahmen der 1979 beschlossenen Konvention von Helsinki über grenzüberschreitende Luftverschmutzung realisieren wird, sei noch nicht erkennbar. Immerhin sollen danach bis 1993 die Schwefeldioxidabgaben um etwa ein Viertel auf rund 3 Millionen Tonnen jährlich gesenkt werden. Die Ausrüstung eines in Bau befindlichen Kraftwerksblocks in Rummelsburg mit dem weltbesten Verfahren nach Wellmann-Lord wird aus finanziellen Gründen gegenwärtig als Sonderfall angesehen.
Eine überzeugendere Möglichkeit zur Senkung der Schwefeldioxid- und Stickoxid-Abgaben bei gleichzeitiger starker Einsparung von Braunkohle wird darin gesehen, die überalterten Braunkohlekraftwerke durch moderne mit Wirbelschichtfeuerung ausgerüstete zu ersetzten.

Ökologie-Steuern nach japanischem Vorbild empfohlen

Die Autoren der Studie weisen zudem auf ein fernöstliches Beispiel hin: Japan hat sich entschlossen, drastische Maßnahmen zur Senkung der Schwefeldioxid-Emissionen zu ergreifen. Diese werden in Abhängigkeit vom Belastungsgrad des jeweiligen Gebietes gestaffelt mit hohen Steuern belegt. 1984 mußten in Osaka 12 900, in Tokio 7807, in Yokkaichi 5091 und sonst umgerechnet 745 DM pro Tonne Schwefeldioxid gezahlt werden. Diese Steuern sind so hoch, daß die Emittenten die erlaubten Grenzwerte schon aus finanziellen Gründen nicht ausschöpfen können. Würde das DDR-Braunkohlekraftwerk Jänschwalde in Osaka stehen, so müßten für die jährlich abgegebenen rund 200 000 Tonnen Schwefeldioxid 2, 58 Milliarden DM Steuern gezahlt werden, rechnen die Autoren der Studie vor. Es sei unmittelbar einsichtig, daß unter einem solch gezielten Druck sehr schnell effektive Kraftwerke mit hochleistungsfähigen Entschwefelungsanlagen gebaut werden würden

Der Kernenergieanteil in der DDR ist noch vergleichsweise gering

Zum Ende des Jahres 1987 waren in der DDR 5 Kernkraftwerksblöcke mit insgesamt knapp 1700 Megawatt elektrischer Leistung in Betrieb. In Bau befanden sich 6 weitere mit insgesamt gut 3400 Megawatt (1 Megawatt = 1000 Kilowatt).
Zum Vergleich: In der Bundesrepublik waren 231 Kernkraftwerksblöcke mit knapp 19 000 Megawatt in Betrieb und 4 mit weiteren rund 4000 Megawatt in Bau. Darüber liegen die USA mit 106 in Betrieb befindlichen Kernkraftwerksblöcken mit insgesamt knapp 93 000 Megawatt elektrischer Leistung, die Sowjetunion mit 56 Blöcken und rund 33 600 Megawatt, Frankreich mit 53 Blöcken und gut 49 800 Megawatt, Großbritannien mit 38 Blöcken und gut 10 200 Megawatt und Japan mit 36 Kernkraftwerksblöcken und knapp 26 900 Megawatt.
Der Kernenergieanteil an der Elektrizitätserzeugung betrug nach einer Übersicht der Internationalen Atomenergieagentur IAEA in Frankreich nahezu 70 %, in Belgien mehr als 65 %, in Korea, Taiwan und Schweden um 50 %, in Ungarn, der Schweiz und Finnland um 40 %, in der Bundesrepublik, Spanien, Japan, Bulgarien und der Tschechoslowakei um 30 %, in den USA, Großbritannien, Kanada und Argentinien unter 20 % und in der Sowjetunion und der DDR etwas über 10 %.
Von 1938 bis 1984 wurden in der westlichen Welt etwa 777.000 Tonnen Uran abgebaut, davon über zwei Drittel in Kanada, den USA und Südafrika. Gegenwärtig werden in der westlichen Welt etwa 40 000 Tonnen Uran pro Jahr gefördert. Die Sowjetunion fördert nach westlichen Schätzungen etwa 7000 Tonnen Uran pro Jahr und erhält von den anderen Staaten des östlichen Wirtschaftsblocks RGW jährlich insgesamt 10 500 Tonnen Uran. Nach anderen Quellen geschieht die Uranförderung innerhalb des RGW zur Hälfte in der Sowjetunion, zu 30 % in der DDR, zu 10 % in der Tschechoslowakei und zu jeweils 3 bis 5 % in Rumänien und Ungarn.

Der Uranbergbau in der DDR ist einer der bedeutendsten

In der DDR erfolgt der Uranabbau und die Aufbereitung des Erzes durch die Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG) "Wismut". Der Schwerpunkt des Abbaus liegt dabei heute im Raum Gera-Ronneburg bei Schmirchau, Beerwalde, Reust, Drosen, Paitzdorf. Aus den dortigen Gemeinden wird berichtet, daß Erz mit einem für die Aufbereitung zu geringen Urangehalt zusammen mit dem anfallenden Abraum auf großen Halden abgelagert wird. Mehrere Quadratkilometer große und etwa 30 bis 50 Meter hohe Tafelhalden befinden sich bei Loitzsch, Kauern, Ronneburg und Grobsdorf, 70 bis 100 Meter hohe Spitzhalden prägen am Stadtrand von Ronneburg das Bild der Landschaft. Die Halden reichen unmittelbar bis an bewohnte Grundstücke, Ortschaften, an Rinderweiden und andere landwirtschaftlich genutzte Flächen.
Auf einigen Halden wird eine Berieselung mit Schwefelsäure durchgeführt, um die im Abraum vorhandenen Uranreste möglichst weitgehend zu nutzen. Die Schwefelsäure und das darin enthaltene Uran werden aufgefangen und der Aufbereitung zugeführt. Diese erfolgt in Crossen/Zwickau in einer alten Anlage in Seelingstädt bei Gera. Die ausgelaugten Erzreste (99, 85 % des bearbeiteten Erzes) werden mit Wasser vermischt in offene Absetzbecken gespült und dort endgelagert. Solche großen Absetzbecken befinden sich bei Oberrothenbach für Crossen und östlich von Woffersdorf für Seelingstädt.

Die Umweltbelastungen durch den Uranabbau werden auch in der DDR nicht beherrscht

Im Vergleich zu den anderen Stationen des Brennstoffzyklus bestehen im Uranbergbau und bei der Erzaufbereitung deutlich höhere gesundheitliche Gefährdungen, die wegen der langen Halbwertszeiten der an die Erdoberfläche gelangenden Radionuklide über extrem lange Zeiträume bestehen bleiben, erklären die Autoren der DDR-Energiestudie. Wie auch in anderen Gebieten der Erde, in denen Uran abgebaut wird, werden nicht nur die Bergarbeiter gesundheitlichen Belastungen ausgesetzt. So ist in den Gemeinden des betroffenen Gebietes eine erhöhte Sensibilität und Beunruhigung gegenüber einer vermeintlich zunehmenden Anzahl von Krebs-Todesfällen bei Erwachsenen, Leukämiefällen bei Kindern, Hodenkrebsfällen bei jungen Männern und zeitweiliger Impotenz bei Bergleuten unübersehbar, wird erklärt. Im Geraer Gebiet, in Schlema und im Umfeld der Schlammabsetzanlage und des Aufbereitungsbetriebes Crossen, so in Crossen selbst, in Oberrothenbach und Königswalde klagten viele Menschen über ständige Müdigkeit, die sie an anderen Orten nicht verspüren. (Vgl. dazu ausführlich Michael Beleites (1988): Pechblende - Der Uranbergbau in der DDR und sein Folgen; Strahlentelex 37 und 38/1988.)
Es erscheint nicht gerechtfertigt, die Besorgnisse der Bevölkerung der Uranabbaugebiete als übertrieben oder unbegründet einzustufen, nur weil es darüber in der DDR keine Veröffentlichungen gibt, erklären die Autoren der DDR-Energiestudie. Bemerkenswert sei, daß in der Bevölkerung über Phänomene berichtet wird, die auch in der internationalen Fachliteratur mit dem Uranbergbau verknüpft werden. Wohl wegen der schlechten Informationslage der Bevölkerung halten die Autoren der vorliegenden Studie es für höchst unwahrscheinlich, daß die Berichte aus den Gemeinden in irgendeiner Weise durch diese Fachliteratur beeinflußt oder auch nur angeregt wurden.
Die Fixierung der DDR auf den Ausbau der Kernenergie hat zur Folge, daß die Investitionsmittel für eine umfassende Modernisierung der alten Braunkohlekraftwerke und erst recht für den vernünftigeren Neubau von dezentral arbeitenden Blockheizkraftwerken mit energiesparenden und umweltfreundlichen Verbrennungsverfahren fehlen, wird in der vorliegenden Studie beklagt. So schaukelten sich Schwefeldioxid-Belastungen, Verwüstung ganzer Landstriche durch Braunkohletagebaue einerseits und die Gesundheitsgefährdung durch Uranabbau und den Betrieb von Kernkraftwerken andererseits auf.

60 Kilometer nordwestlich von Berlin liegt das Kraftwerk Rheinsberg mit der meisten entweichenden Radioaktivität

Dabei werden nicht nur die durch den Uranabbau verursachten schweren Umweltbelastungen auch in der DDR nicht beherrscht. Die radioaktiven Emissionen des alten Kernkraftwerks Rheinsberg und der Blöcke 1 bis 4 des Kernkraftwerks bei Greifswald liegen zudem beunruhigend hoch über denen moderner Kernkraftwerke. Auf der Grundlage vor vom Ministerrat der DDR veröffentlichten Daten vergleichen die Autoren der DDR-Energiestudie die radioaktiven Emissionen der 4 Druckwasserreaktorblöcke Greifswald mit jeweils 440 (insgesamt 1760) Megawatt installierter elektrischer Leistung sowie die des 70 Megawatt-Reaktors Rheinsberg mit dem Druckwasserreaktor Biblis A (1300 Megawatt) in der Bundesrepublik und dem sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl vom Typ des graphitmoderierten Druckröhrengenerators (RBMK) und Zustand vor der Katastrophe mit 2 Blöcken von je 1000 Megawatt. Danach betrugen die Jod-131-Emissionen von Biblis A im Jahre 1985 insgesamt 37 Millionen Becquerel, diejenigen von Greifswald in 1985 insgesamt 3996 Millionen, diejenigen von Rheinsberg im Jahre 1980 insgesamt 82 325 Millionen und ebenfalls 1980 diejenigen von Tschernobyl insgesamt 185 000 Millionen Becquerel. Oder anders ausgedrückt: Je 1000 Megawatt installierter elektrischer Leistung bringt das Kernkraftwerk Greifswald im Normalbetrieb 76 mal soviel, das Kernkraftwerk Rheinsberg 39 731 mal soviel und das Kernkraftwerk Tschernobyl 3125 mal soviel Jod-131 ab wie das Kernkraftwerk Biblis A.
Für die Emissionen radioaktiver Edelgase werden für dieselben Jahre 1980 beziehungsweise 1985 angegeben: knapp 3 Milliarden Becquerel pro Jahr für Biblis A, über 158 Milliarden für Greifswald, über 650 Milliarden für Rheinsberg und 10 360 Milliarden Becquerel pro Jahr für die ersten beiden Tschernobyl-Blöcke. Relativ zu

Biblis A und pro 1000 Megawatt installierter elektrischer Leistung emittieren damit die Kernkraftwerksblöcke Greifswald 39 mal soviel, das Kernkraftwerk Rheinsberg 4049 mal soviel und die ersten beiden Tschernobyl-Blöcke 2258 mal soviel Becquerel radioaktiver Edelgase.
Greifswald liegt etwa 170 Kilometer nördlich von Berlin, vor der Ostseeinsel Rügen, Rheinsberg rund 60 Kilometer nordwestlich.

Strahlengrenzwerte sind in der DDR höher als in der Bundesrepublik

Die erheblichen nationalen Unterschiede in der Höhe der Grenzwerte belegen, daß man noch nicht wirklich verstanden habe, auf wievielen Wegen und auf welche Weise radioaktive Strahlen den Organismus schädigen, erklären die Autoren der DDR-Energiestudie. Sie befürchten, daß die Gefährlichkeit der Radioaktivität immer noch unterschätzt wird.
So gilt für die Bevölkerung in der Bundesrepublik ein Höchstwert von 30 Millirem, der bezogen auf die Ganzkörperbelastung durch künstliche Radionuklide aus Atomanlagen pro Jahr nicht überschritten werden soll. In der DDR liegt dieser Wert bei 500 Millirem. Für die Schilddrüse sind es in der Bundesrepublik 90, in der DDR 5000 Millirem.

Evakuierungspläne erst 13 Jahre nach Inbetriebnahme erarbeitet

Die Auswirkungen eines schweren Unfalls in einem Kernkraftwerk wurden weder von den USA (Harrisburg 1979) noch von der Sowjetunion (Tschernobyl 1986) bewältigt. Ein kleines Land im dichtbesiedelten Mitteleuropa würde einen solchen Unfall ökologisch, sozial und ökonomisch kaum überstehen, meinen die Autoren der DDR-Energiestudie. Im Jahr nach Tschernobyl, so wird berichtet, erklärte der Generaldirektor des Kernkraftwerks bei Lubmin in einer Kulturbundveranstaltung in Greifswald, daß man dabei wäre, Evakuierungspläne zu erarbeiten - immerhin 13 Jahre nach Inbetriebnahme des ersten Kernkraftwerksblocks. Im Vergleich zu Tschernobyl wohnen um das Kernkraftwerk bei Lubmin etwa sechsmal und um das Kernkraftwerk bei Stendal etwa zehnmal soviele Menschen.
Die Unmöglichkeit, Katastrophen auszuschließen, die Belastungen der Umwelt und der Gesundheit über ungewöhnlich weite Gebiete und lange Zeiträume, die Unmenschlichkeit, ausnahmslos fehlerfrei arbeiten zu müssen, das ungewöhnliche internationale Ausmaß an Berufsblindheit, Voreingenommenheit, Bestechlichkeit, Unehrlichkeit und Skrupellosigkeit unter leitenden Mitarbeitern der Kernenergiewirtschaft, die große Anzahl technisch noch ungelöster Fragen insbesondere im "hinteren Teil" (Wiederaufarbeitung und (End-)Lagerung) des Brennstoffzyklus, die Unmöglichkeit, die Teile des Brennstoffzyklus vor Terroristen oder kriegerischer Einwirkung zu schützen und die Unmöglichkeit, die Bewegung der Spaltstoffe lückenlos zu überwachen führen die Autoren zu dem Schluß, daß selbst eine Nutzung der Kernenergie als Übergangslösung nicht gerechtfertigt werden kann.

Kernkraft erzeugt womöglich weniger Energie als ihre Anlagen verschlingen

Zur Energiebilanz des Brennstoffzyklus wird auf eine bemerkenswerte Studie von J. W. Strom van Leeuwen (1984, 1985) verwiesen. Sie stützt sich auf eine detaillierte Analyse der internationalen Fachliteratur und versucht, trotz der insbesondere noch für die Wiederaufarbeitung und (End-)Lagerung im Brennstoffzyklus bestehenden Unsicherheiten zu begründeten Schlußfolgerungen zu gelangen. Danach ist es durchaus möglich, daß mit extremen Kosten ein System errichtet wird, das insgesamt mehr Energie verbraucht, als es zur Verfügung stellt. Dieser absurd erscheinende Fall wird umso wahrscheinlicher, je detaillierter das "hintere Ende" des Brennstoffzyklus mit Wiederaufarbeitung und (End-)Lagerung mit in die Analyse einbezogen wird. Wird die Energie für Abriß der Kernkraftwerke und Wiederaufarbeitungsanlagen erst in den Jahrzehnten nach der Stillegung der Anlagen benötigt werden, spricht van Leeuwen davon, daß wir mit der nuklearen Stromerzeugung ein Energiedarlehen für 50 bis 170 Jahre aufnehmen, von dem wir zwar heute profitieren können, das aber die nächsten Generationen womöglich teuer zurückzahlen müssen, um die unerwünschten Folgen dieser Energieproduktion halbwegs bewältigen zu können.
Der Anteil des Natururan (Uranoxid) liegt heute in der DDR bei überwiegend 0,05 bis 0,2 % des abgebauten Erzes. Bei einem Gehalt von 0,1 % Uranoxid liefert so die Nutzung der Kernenergie im günstigsten Fall das 4,5 fache, im ungünstigsten Fall nur 60 % jener Elektrizitätsmenge, die bei direkter Nutzung der fossilen Brennstoffe gewonnen werden könnte, falls diese nicht zum Aufbau von Kernenergieanlagen verwandt würden, rechnen die Autoren der DDR-Energiestudie. Bei einem Gehalt von 0,01 % Uranoxid sei bestenfalls das 1,6 fache, im ungünstigsten Fall die Hälfte er direkt herstellbaren Elektrizitätsmenge über die Kernenergie zu erzeugen. Muß die zur Aufrechterhaltung des nuklearen Systems erforderliche Energie auch aus diesem System selber bereitgestellt werden, so liefert es bestenfalls das 2, 5- (bei 0, 1 % Uranoxid-Gehalt) beziehungsweise 1, 2 fache (bei 0, 01 % Uranoxid im Erz), im ungünstigsten Fall und ein Viertel beziehungsweise ein Fünftel der eingesetzten Strommenge.

"Kehret um...": Plädoyer für einen rationelleren Energieeinsatz

Die Autoren der DDR-Energiestudie äußern sich verwundert darüber, daß bei Themen wie "Energieeinsparungen" und "Wärmedämmung" häufig skeptisch die Frage nach dem dafür erforderlichen Energieaufwand gestellt werde, jedoch im allgemeinen nicht für die Nutzung der Kernenergie.
Energieeinsparung werde in der DDR zwar als wesentlicher Teil einer vernünftigen Energiepolitik verstanden, die erreichten Ergebnisse blieben jedoch weit hinter dem praktisch Durchführbaren zurück. Der mögliche Beitrag der "regenerativen Energiequellen" (Biogas, Sonne, Wind, Wasser, Erd- und Meereswärme, Wasserstoff) zur Energieversorgung der DDR sei unter Vernachlässigung der internationalen Entwicklung bis in die jüngste Vergangenheit als unbedeutend eingeschätzt worden. Die Bevölkerung der DDR nehme zudem wenig Anteil am Energieproblem. Die ständigen Sparappelle könnten angesichts fehlenden Problembewußtseins, künstlich gestützter Energietarife, vielfältiger Energieverschwendung im Wirtschafts- und Kommunalbereich und fehlender technischer Mittel für individuelle Selbsthilfe nichts ausrichten.
Rund 217 Millionen Kilowattstunden Gebrauchsenergie oder rund 306 Millionen Kilowattstunden Primärenergie, das sind 42 % der Rohbraunkohleproduktion oder 30 % des Primärenergieverbrauchs, wurden 1985 in der DDR zum Heizen von Gebäuden eingesetzt. 5 bis 40 % davon hätten eigentlich ausreichen müssen, um denselben Effekt zu erzielen, rechnen die Autoren der Studie. Jedoch wiesen die bis Anfang der siebziger Jahre industriell errichteten Wohnbauten grobe bauphysikalische Män-

gel und Schwachstellen auf. Große Wärmeverluste erforderten zusammen mit geringen Wirkungsgraden nur bedingt regulierbarer Heizungsanlagen einen unvertretbar hohen Energiebedarf. Aus umweltpolitischer Sicht wäre eine nachträgliche Wärmedämmung nahezu der gesamten Wohnungs- und Kommunalbauten, die einer Einsparung von mindestens 60 % der Heizenergie entspricht, zwingend notwendig.

Investitionen für Wärmedämmung haben sich bereits nach 2 bis 3 Jahren ausgezahlt. Investitionen zur Energieerzeugung erst nach 17 Jahren.

Verbessere man zum Beispiel die Wärmeisolierung der Neubauten durch eine Erhöhung der Wärmedämmstoffdicken von derzeit 50 bis 60 Millimeter auf wenigstens 100 Millimeter, so führe das zu einem Mehrbedarf des Wärmedämmstoffes Kamilit-Wolle von 0,5 bis 1 Tonne je Wohnung, was einem zusätzlichen Elektroenergieeinsatz von 1300 bis 2600 Kilowattstunden bei der Baustoffproduktion entspreche. Die damit erreichbare Senkung des Wärmebedarfs einer solchen Wohnung betrage aber 2700 bis 4200 Kilowattstunden pro Jahr, so da der einmalige, bei der Isolation investierte Energieaufwand bereits innerhalb von 2 bis 3 Jahren beim laufenden Heizenergieaufwand eingespart ist. Führe dagegen die Energiewirtschaft eine Investition zur Energiebereitstellung in Form des Aufschlusses eines Braunkohle-Tagebaus, dem Bau eines Kraftwerkes und so weiter durch, so dauere es durchschnittlich 17 Jahre, bis das eingesetzte Geld Gewinn abwirft.

Ohne Umorientierung gibt es größte ökologische und wirtschaftliche Schwierigkeiten

Möglichkeiten zur Energieeinsparung sehen die Autoren in der DDR neben denen bei der Raumheizung und Wärmedämmung, speziell auch durch technische Änderungen und (Verhaltens-) Umstellungen beim Kochen (Verwendung von Kaffee- und Teemaschinen, kleinere Backröhren, sparsamer Einsatz von Kochplatten, Kochen mit Biogas), Waschen (bessere Heizenergieausbeute durch externe Warmwasserzufuhr zur Waschmaschine), Kühlen (bessere Isolierung von Kühlgeräten) und Beleuchten (Einsatz von lichtstarken Sparlampen). Das Ausmaß des Erfolges ist davon abhängig, wie schnell solche Einsparmaßnahmen durchsetzbar sind und wirksam werden, wie weit zusätzlich erneuerbare Energiequellen wie Biogas und Sonne, kleinere Blockheizwerke und Wärme-Kraft-Koppelung Verwendung finden.

Insgesamt gelangen die Autoren der DDR-Energiestudie zu folgenden Schlußfolgerungen für den Haushaltsbereich in der DDR:

Der Primärenergiebedarf der Haushalte wird 1990 gegenüber 1985 voraussichtlich auf etwa 105 bis 107 % und bis zum Jahr 2000 auf 110 bis 113 % ansteigen. Rechnet man die derzeitigen staatlichen Tendenzsparmaßnahmen auf dem Gebiet der Raumheizung in Neubauwohnungen nicht mit ein, würde der Primärenergiebedarf im Vergleich zu 1985 im Jahr 1990 auf maximal 108 % und im Jahr 2000 auf maximal 115 % ansteigen.

Relativ einfache Einsparmaßnahmen hätten dagegen im Fünfjahrplanzeitraum 1986 bis 1990 ausreichen können, um sowohl den Elektroenergieverbrauch als auch Primärenergieverbrauch gegenüber 1985 konstant zu halten.

Aufgrund des gewaltigen Gefahrenpotentials der Kernkraftwerke und der starken Umweltschädigungen und Gesundheitsbelastungen auch durch die Nutzung der Braunkohle, werden stärkere Energiesparmaßnahmen bis zum Jahr 2000 für notwendig gehalten.

Dabei könne der Elektroenergieverbrauch bereits durch den Einsatz moderner Technik entsprechend den international erarbeiteten Möglichkeiten auf sein 1980er oder 1985er Niveau herabgedrückt und der Pimärenergieverbrauch auf 75 bis 93 % seines 1985er Wertes gesenkt werden.

Das bedeutet, daß im Haushaltsbereich der DDR im Jahr 2000 ohne anteiligen Strom aus Kernkraftwerken und mit einer geringeren Braunkohlemenge als 1985 auszukommen wäre. Bei zusätzlichen Einsatz von Biogas wäre sogar eine Absenkung der anteiligen Braunkohlemenge auf 60 bis 70 % denkbar.

Energiesparmöglichkeiten in der DDR-Industrie werden nicht genutzt

Einsparungen im Industriebereich wären wesentlich leichter realisierbar als in Haushalten,

wird erklärt. Es liege ein nicht unbeträchtliches anwendungsbereites Einsparpotential vor, das unter anderem infolge unzureichender Rationalisierungsmaßnahmen und instabiler Betriebsabläufe nicht genutzt werde. Die Autoren der DDR-Energiestudie führen auch in der Industrie diverse Einsparmöglichkeiten sowohl bei der Elektroenergie als auch bei der Wärmeenergie an und beklagen dabei veraltete Technologien. Der hohe Nutzen etwa der Kraft-Wärme-Kopplung sei in der DDR erst sehr spät erkannt worden, so daß bei der gegebenen Rohstofflage der geeignete Zeitpunkt für eine optimale Lösung womöglich bereits überschritten sei.

Als besonders krasses Beispiel von Energieverschwendung werden 12 überalterte Karbidöfen des VEB Chemische Werke Buna genannt. Um Erdöl zu ersetzen, werde unter sehr hohem Aufwand Karbid erzeugt. Neben der Bindung von mehr als 500 Megawatt installierter elektrischer Leistung werde auch die Umwelt in fast beispielloser Weise verschmutzt. Bisher, so wird erklärt, werde in Buna Äthylen (u. a. Ausgangsstoff zur Produktion von Kunststoffen und synthetischem Kautschuk) aus Kalziumkarbid hergestellt. Die Selbstkosten der Äthylenherstellung auf Karbidbasis betragen 1200 Mark pro Tonne, bei der Verwendung von Erdöl als Ausgangsstoff nur 770 Mark pro Tonne. Allerdings müßten dann jährlich etwa 5 Millionen Tonnen Erdöl importiert werden.

Unter Berücksichtigung des internationalen Entwicklungstandes könnten im Verkehrsbereich mindestens 2, 2 Millionen Tonnen Erdöl (von 4, 4 Millionen Tonnen 1985) durch energiesparende Motoren freigesetzt werden, meinen die Autoren der DDR-Energiestudie. Vermutlich würden 20 bis 30 % des Benzinverbrauchs ausreichen, wenn kraftstoffsparende Autos verwendet würden.

Unterstelle man ein ähnliches Bedarfswachstum wie in den Haushalten auch in den übrigen Bereichen der Volkswirtschaft, sowie ähnliche Auswirkungen von speziellen Einsparmaßnahmen, dann könne für das Jahr 2000 der Verbrauch von Steinkohle, Erdgas und Erdöl etwa auf dem gleichen Stand wie 1980 oder 1985 gehalten und der Verbrauch an Braunkohle um bis zu 35 % verringert werden. Auf Kernkraft und Stromimporte könne dann verzichtet werden, wenn zusätzlich Biogas, Sonne und Wind in geringem Umfang ebenfalls genutzt würden. Die amtlichen Prognosen gehen im Gegensatz dazu von einer Steigerung des Primärenergieverbrauchs im Jahr 2000 um knapp 13 % (von rund 1,03 Billionen Kilowattstunden in 1985 auf knapp 1, 16 Billionen im Jahre 2000) aus.

Es müsse bewußt gemacht werden, erklären die Autoren der DDR-Energiestudie, daß wirtschaftliche Strukturschwächen und mangelndes Problembewußtsein in der Bevölkerung dafür verantwortlich sein können, daß weiterhin Braunkohleabbau in starkem Umfang betrieben wird und möglicherweise nicht auf Kernkraftwerke verzichtet werden könne. Das wiege umso schwerer, als beide Energieformen hohe finanzielle Aufwendungen erfordern und damit direkt den Lebensstandard beeinträchtigen. Darüber hinaus müsse sich die DDR den Vorwurf gefallen lassen, mögliche ökologische und gesundheitliche Schäden nicht ernst zu nehmen.

Referenz:
Unterausschuß "Energie" des Ausschusses "Kirche und Gesellschaft" im Auftrag der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR: Energie und Umwelt, Berlin 1988, USB-Nr. 146/89, Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, Auguststr. 80, DDR-1040 Berlin.

(Der Artikel wurde dem Strahlentelex 64-65/ 1989 entnommen, Strahlentelex: Turmstraße 13, 1000 Berlin 21, Tel.: 030/3948960)

GaU heißt für uns immer noch:
Größter angenommener Umsatz!

Ihre Atomindustrie

Uranbergbau in der DDR

Werte Redaktion "atom"!

Im November war ich zu Gast in der "Kurve" in Wustrow, hielt dort u. a. ein Exemplar Eurer Zeitschrift in Händen.

Heute nun bitte ich um Eure Unterstützung.

Es gibt in unserer Region ein versprengtes Häuflein Leute, die, mehr oder weniger gruppenweise, sich gegen den Uranbergbau engagieren, d. h. gegen die systematisch und mit großtechnischen Mitteln seit vielen Jahren betriebenen radioaktive Verseuchung einer ganzen Region (Wismut, Ronneburg..., habt Ihr sicher schon gehört). Sie tun dies z. T. schon länger; vor der Wende illegal, heute genauso erfolglos, aber mit mehr Spielraum und konfrontiert mit anderen Abwehr-Methoden (Beschwichtigung und Lüge statt der früheren Kriminalisierung).

Wir sind nicht nur an Kontakten zu Euch interessiert, sondern es ist auch eine unserer wenigen Möglichkeiten, überhaupt noch etwas unternehmen zu können, nachdem hierzulande eine Öffentlichkeit auch heute kaum zu bekommen ist (die Medien haben Angst; es ist zu heiß, das Thema) und eine weitverbreitete Unkenntnis auch unter den Kritikern über das tatsächliche Gefahrenpotential vorherrscht. Grob gesagt, ist man im allgemeinen der Meinung, wenn nur die Grenzwerte einigermaßen eingehalten werden, kann man damit leben. Fragen der Niedrigstrahlung, der verschiedenen Strahlen und ihrer verschiedenen Wirkung auf den Organismus, die Luft-, Gewässer- und Nahrungskettenbelastung, Meßverfahren und -geräte... darüber herrscht weitgehend Unkenntnis, und Informationen sind schwer zu bekommen. Es gibt keine unabhängige Behörde, das sogenannte Staatliche Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz ist der Bock im Garten, wie der Name ja schon vermuten läßt und wie viele Erfahrungen und Kontakte bestätigen.

In der beiliegenden Zeitung - es ist übrigens neben einer zeitgleich im Vogtland erschienen die erste und einzige unabhängige in der DDR - ist das Problem ein wenig angegangen, wenn auch natürlich ganz exemplarisch zunächst. Aber hier liegt eine Chance: Wenn es gelingt, die Endverwahrung durch den Verursacherbetrieb zu erzwingen, dann ist eine Exempel geschaffen, das höchstwahrscheinlich weite Kreise ziehen würde... Es ist noch alles offen, könnt Ihr uns Eure Zeitschrift schicken und auch in anderer Weise helfen?

Hat es z. B. überhaupt Sinn, wenn ein unabhängiges Institut zu uns zum Messen käme? Es soll ein Hilferuf sein und ist vielleicht mehr als das: es kommt die Zeit, da wir an "gemeinsamer Front" kämpfen werden. Die anderen machen das auch so, oder was ist dran an dem Gerücht, daß RWE (?) uns mit vier Atomkraftwerken beglücken will?

Wir hoffen sehr auf Eure Antwort und grüßen herzlich,

Elke und Ralph H.
Blankenhain, den 14.1.90

(Wer mit den Beiden Kontakt aufnehmen möchte schreibe bitte an die Redaktion der atom - Lüneburger Adresse - wir leiten dann die Post weiter)

Die Katastrophe ist vorhersehbar

Sicherheitsanalyse der Gruppe Ökologie von 1987

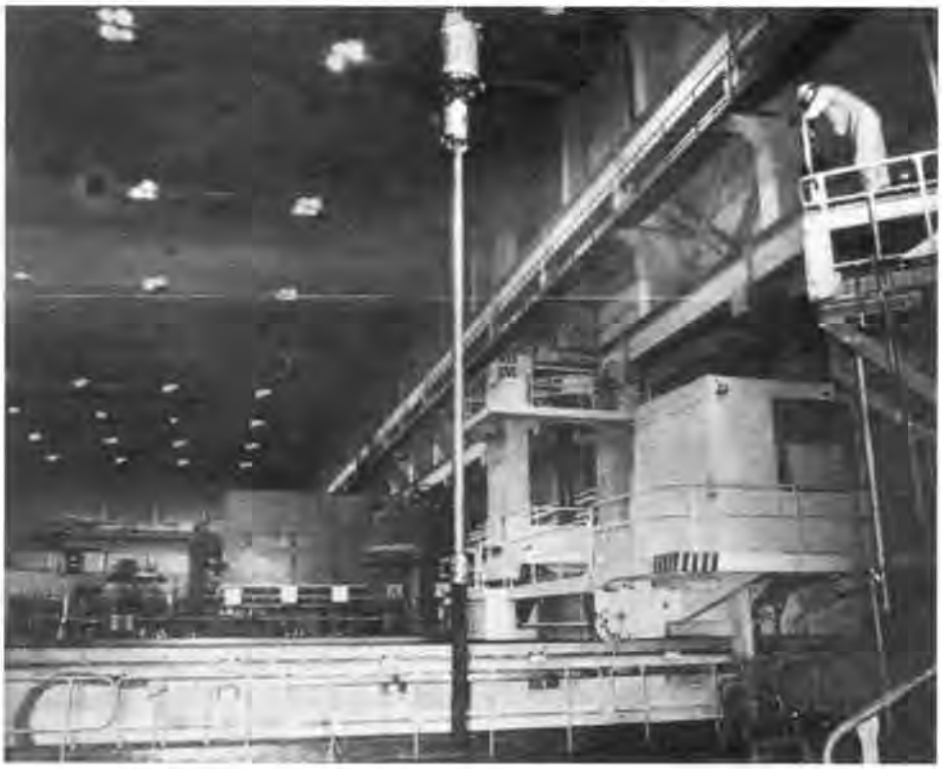
Bei dem folgenden Text handelt es sich um die Zusammenfassung einer Studie, die die Gruppe Ökologie Hannover im Auftrag von Greenpeace zu einem der weitverbreitesten Reaktortypen in der Welt, dem WWER 440, erstellte. Der Analyse vorangestellt ist eine wesentliche Anmerkung von Helmut Hirsch, Mitarbeiter der Gruppe Ökologie:

Eines muß klar sein: Nur wer auch die Gefährdung des eigenen Landes, sowie der Nachbarländer, durch die eigenen Atomanlagen ernst nimmt, darf erwarten, daß seine Bedenken zur Gefährdung durch ausländische Atomanlagen ernst genommen werden. Schließlich befindet sich z. B. der Standort der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf in der BRD nur rund 30 km von der tschechoslowakischen Grenze entfernt; und das AKW Krümmel liegt noch näher an der Grenze zur DDR. Die beste Position aus moralischer, aber auch aus völkerrechtlicher Sicht, haben gegenüber ausländischen Kernanlagen zweifellos Staaten, die selbst schon auf Atomkraft verzichtet haben — freilich nur solange, wie sie nicht durch Importe von Atomstrom indirekt für die gefährdenden Anlagen mitverantwortlich werden... In diesem Sinne erwarten die Autoren/innen, daß die vorliegende Arbeit Denk- und Handlungsansätze für die Auseinandersetzung mit der Atomenergie insgesamt, und nicht mit einem Reaktortyp, liefern wird.

Zusammenfassung:

1. Der WWER-440 zählt zu den weltweit häufigsten Reaktortypen. Fast jeder zehnte aller in Betrieb und Bau befindlichen Kraftwerksreaktoren zählt zu dieser Baulinie. Er ist der einzige zur Zeit in Bulgarien, der DDR, Polen, Rumänien, der CSSR und Ungarn betriebene Reaktortyp (abgesehen von einem WWER-70), und wurde als einziger in der Sowjetunion entwickelter Reaktor auch in Nicht-RGW-Staaten exportiert (zwei Blöcke nach Finnland). Die Standorte befinden sich häufig in Grenznähe, und auch nahe bei Großstädten (z.B. Berlin, Brno, Wien, Kopenhagen).
2. Ein internationales Expertenkomitee, das im Auftrag von Greenpeace 1986 das Gefahrenpotential aller heute weltweit kommerziell eingesetzten Kraftwerksreaktoren untersuchte, kam zu dem Schluß, daß sämtliche modernen Reaktortypen in Ost und West in der Größenordnung etwa gleicher (Un-)Sicherheit liegen. Schwere Unfälle mit katastrophalen Auswirkungen — wie in Tschernobyl, und schlimmer — sind bei allen Reaktoren möglich. Das Expertenkomitee konnte keinen Reaktortyp identifizieren, der wesentl ich sicherer wäre als der Durchschnitt. Es zeigte jedoch einige Reaktorrtypen auf, die deutlich schlechter liegen als der Durchschnitt: darunter der WWER-440.
3. Der WWER-440 wurde in der Sowjetunion entwickelt: 1964 ging der erste Vorläufer-Prototyp WWER-210 (Druckwasserreaktor mit 210 MW elektrische Leistung) in Nowo-Woronesh in Betrieb. Über zwei weitere Prototypen führte die Entwicklung zu dem ersten standardisierten sowjetischen Reaktortyp WWER-440 (erster Block: Nowo-Woronesh-3, Inbetriebnahme 1971). Bis heute werden fast alle Anlagen von der sowjetischen Atomindustrie errichtet. Eine Ausnahme stellen die tschechoslowakischen Kernkraftwerke ab Bohnice-3 dar, die von der tschechoslawakischen Firma Skoda in Lizenz gebaut werden. Die Weiterentwicklung führte zu dem größerenTyp WWER-1000.
4. Der WWER-440 ist ein Druckwasserreaktor (leichtwassergekühlt und -moderiert, mit zwei Kühlkreisläufen). Sein Reaktorkern enthält rd. 40 to Kernbrennstoff, der dem westlicher Druckwasserreaktoren vergleichbar ist (leicht angereichertes Uran) und wie bei diesem in einem einzigenReaktordruckbehälter enthalten ist. Er ist mit zwei Turbogeneratoren mit je 220 MW elektrischer Leistung ausgestattet. Es werden sets zwei Reaktoren in einem Gebäude gemeinsam errichtet (Doppelblockanlage). Kernkraftwerke mit WWER-440 Reaktoren sollen auch zur Fernwärmeerzeugung herangezogen werden; dies wird dadurch begünstigt, daß sie häufig in der Nähe von Ballungszentren lokalisiert sind.
5. Wie bei allen — auch bei den westlichen — Druckwasserreaktoren ist die Integrität des Reaktordruckbehälters von größter Bedeutung: Sein Versagen (Bersten) kann nicht beherrscht werden, und führt zu einem katastrophalen Unfall. Bei einer Reihe von WWER-440 Reaktoren sind die Schweißnähte des Druckbehälters aufgrund von Verunreinigungen besonders sprödbruchgefährdet. 10 ältere Anlagen weisen überdies keinen Korrosionsschutz im Inneren des Reaktordruckbehälters auf. Eine weitere Schwachstelle im Inneren des Reaktordruckbehälters auf. Eine weitere Schwachstelle bei 17 Anlagen sind die Hauptkühlmittelpumpen.
6. Sämtliche WWER-440 Reaktoren haben einen besonders unzureichenden Sicherheitseinschluß (Containment). Die Druckfestigkeit ist sehr gering. Die Gefahr eines frühzeitigen Versagen durch Aufbau von Überdruck im Reaktorgebäude nach Bruch einer Kühlmittelleitung und Ausströmen von Dampf aus dem Primärkühlkreislauf ist besonders groß. Je früher der Sicherheitseinschluß bei einem schweren Unfall versagt, desto früher sind die radioaktiven Freisetzungen und desto weniger Zeit verbleibt für Maßnahmen des Katstrophenschutzes.
7. Bei etwa der Hälfte aller WWER-440 (die erste Generation) sind Notkühlsystem sowie System zur Druckabsenkung innerhalb des Sicherheitseinschlusses nur in Ansätzen vorhanden. Daher können sich schon aus relativ kleinen Lecks und anderen Störungen katastrophale Unfälle entwickeln.
8. Auch die zweite Generation der WWER-440 weist ein erhöhtes Risiko von Kernschmelzunfällen mit frühem Containmentversagen auf. Notkühl- und Druckabbausysteme sind weiter entwickelt und erheblich komplexer als bei der ersten Generation. Das Druckabbausystem ist jedoch anfällig für Störungen (Vibrationen in den Kondensationskammern). Sicherheitstechnisch nachteilig ist weiterhin eine starke Vermaschung von Notkühl- und Druckabbausystem. Der Bruch einer Hauptkühlmittelleitung (2 F-Bruch) sollte von den Sicherheitssystemen der zweiten Generation beherrscht werden. Aufgrund der Wechselwirkung verschiedener Sy-

WWER 440 in Greifswald



steme, die in ihrem Funktionieren z.T. voneinander abhängig sind, kann schon eine kleine Panne bewirken, daß auch hier die Situation außer Kontrolle gerät.

9. Die beiden WWER-440 in Loviisa (Finnland) wurden mit westlicher (US-) Sicherheitstechnik nachgerüstet. Sie wurden dabei mit einem Eis-Kondensor-Containment ausgestattet, das von allen Containmenttypen amerikanischer Druckwasserreaktoren die geringste Druckfestigkeit aufweist und auch sonst sehr negativ einzuschätzen ist.

10. Über real aufgetretene Störfälle in WWER-440 wird in der veröffentlichten Literatur so gut wie nicht berichtet. Geheime Störfälle aus den Incident Reporting Systems in der IAEA und der OECD/NEA belegen jedoch zahlreiche in der Praxis aufgetretene Sicherheitsprobleme: Leckagen in Primärkreislauf, Undichtigkeiten an Dampferzeugern, Störungen und Verschleißerscheinungnen bei Ventilen und Dichtungen, Probleme in den elektrischen Systemen.

11. Der gefährlichste der hier erstmals veröffentlichten Störfälle ereignete sich am 21.2.83 in Kozloduy,Bulgarien:Nach einem elektrischen Defekt öffneten zwei Ventile am Druckhalter des Primärkreislaufs. Der Druck im Primärkreislauf sank rasch ab, der Reaktor wurde abgeschaltet. Es gelang nicht, die Ventile wieder zu schließen. Nach weiterem Verlust von Kühlmittel wurde die Notkühlung aktiviert. Ein drittes Ventil konnte geschlossen werden; die Lage war wieder unter Kontrolle. Die Einspeisung von kaltem Notkühlwasser in den heißen Reaktordruckbehälter bedeutete akute Gefahr von Sprödbruchversagen einer Schweißnaht — der betreffende Block in Kozloduy gehört mit hoher Wahrscheinlichkeit zu jenen Anlagen, deren Schweißnähte dafür besonders anfällig sind.

12. Es ist nicht möglich, die Wahrscheinlichkeit für einen schweren Unfall in einem WWER-440 (oder einen anderen Reaktortyp) zuverlässig zu bestimmen. Die Unsicherheiten und Wissenslücken sind groß. Zur groben Orientierung kann aber eine Bandbreite abgeschätzt werden, in der diese Wahrscheinlichkeit liegen könnte. So liegt z.B. die Wahrscheinlichkeit einen schweren Unfall am Standort Dukovany in der CSSR in der Zeitspanne von 1987 bis 2000 bei 0,6 % bis 20 %. Es ist somit klar, daß es sioch keineswegs um ein vernachlässigbares Restrisiko handelt.

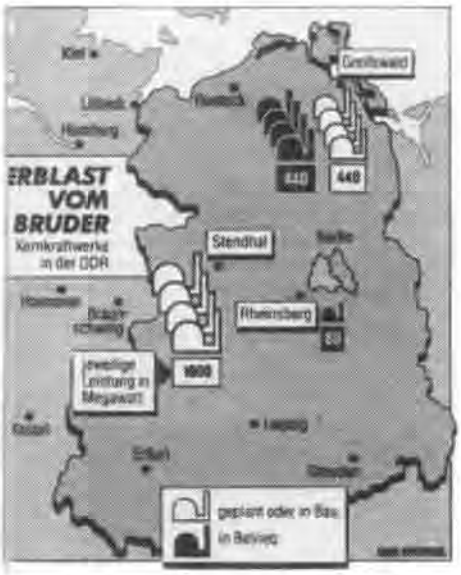
13.Ein Unfallablauf (von vielen möglichen) könnte, wie in Kozloduy 1983, mit dem Öffnen und Offenbleiben eines Druckhalterventils beginnen. Die kalte Hochdruck-Notküleinspeisung führt zu starker Belastung der Werkstoffe („Thermoschock") und zum Abreißen einer Hauptkühlleitung. Eine kleine Nachlässigkeit bei der Überprüfung der Sicherheitssysteme (etwas zu niedriger Wasserstand in einem Tank des Druckbau-Sprinklersystems) schaukelt sich zum Zusammenbruch des Druckabau-, und kurz darauf auch des Notkühlsystems auf. (Es handelt sich in dém hier betrachten Unfallszenario um eine Anlage der zweiten Generation.)

14. Der Sicherheitseinschluß versagt in diesem Falle innerhalb einer Unfallminute. Er weist bereits ein großes Leck auf, als im Laufe der nächsten Stunde der Kern schmilzt. Während des Kernschmelzens werden radioaktive Stoffe in großen Mengen an die Atmosphäre freigesetzt. Ein weiterer Freisetzungsprozeß erfolgt, wenn die Schmelze den Druckbehälter durchdringt

WWER 440 in Greifswald

und beginnt, mit dem Beton des Gebäudes in Wechselwirkung zu treten. Die radioaktiven Freisetzungen sind vergleichbar denen des Tschernobyl-Unfalls, bei manchen Radionukliden (z.B. Jod-131) sogar deutlich größer, obgleich es sich beim WWER-440 um einen erheblich kleineren Reaktor handelt als beim RBMK-1000.

15. Trotz der hohen Freisetzungen ist der betrachtete Fall noch weit vom schlimmstmöglichen entfernt. Die verstärkende Wirkung von Explosionen während des Unfalls wird nicht berücksichtigt; weiterhin wird angenommen, daß die anderen Blöcke am gleichen Standort nicht in Mitleidenschaft gezogen werden, und daß keine Freisetzung aus dem im Reaktorgebäude befindlichen Lagerbecken für abgebrannten Kernnbrennstoff erfolgt.



22. Die überaus kurze Vorwarnzeit macht Gegenmaßnahmen wie Evakuierungen völlig unmöglich. Selbst eine raschestmögliche und effektive Verständigung der Behörden bringt letzlich nur den Vorteil, daß kurzfristig und gezielt mit Messungen begonnen werden kann und Maßnahmen zur Verringerung der Strahlenbelastung über die Nahrung etwas früher als geplant und eingeleitet werden können. Trotz der auf der Sondersitzung der IAEA im September 1985 in Wien beschlossenen Konvention über frühzeitige Benachrichtigung bei einem nuklearen Unfall, die am 27.10.86 in Kraft trat, darf aber nicht von einem raschen und effizienten Informationsaustausch ausgegangen werden.

24. Der Reaktortyp WWER-440 war bisher kaum Gegenstand kritischer Analysen. Die vorliegende Studie will hier den Anfang machen, diese — angesichts der Sicherheitsdefizte des WWER-440 besonders gravierende — Lücke zu schließen. Sie soll jedoch nicht so verstanden werden, daß nur dieser Reaktortyp Anlaß zur Sorgen gebe. Dies trifft keineswegs zu. Nur wer deutlich macht, daß er/sie die Gefährdung ernst nimmt, die von den Atomanlagen des eigenen Landes ausgeht, kann glaubwürdig auf die Gefährung durch Atomanlagen anderer Länder hinweisen.

Stillegung sofort !

In Greifswald stand ein Super-GAU kurz bevor

Ganz Nordeuropa stand 1976 kurz vor der Katastrophe als durch einen Kabelbrand fünf von sechs Kühlpumpen des AKW Greifswald (DDR) versagten und alle Anzeigegeräte im Kontrollraum ausfielen.
Ein Beinahe Super-GAU, den die alte SED-Regierung streng geheim gehalten hatte und auch dem Umweltminister Töpfer, der den Atomkomplex im Januar '90 besuchte hatte, nicht verraten hatte.
Am 29. Januar veröffentlichte der SPIEGEL einen Artikel, der einen Horrorchronik eines zweiten Tschernobyl gleicht.
Fazit des Berichts:
Jeder Tag, an dem einer der spröden Druckbehälter der fünf Reaktorblöcke nicht explodiert ist und seine radioaktiven Strahlenwolken über ganz Nordeuropa verteilt, ist ein Glückstag!

Im folgenden wird erst der Störfallhergang von 1976 beschrieben. Das war aber nur die Spitze des Eisbergs.
Anschließend folgt eine kurze Auflistung einiger Störfälle von 1974 bis heute.

Einmal beruhte die Handlungsfähigkeit nur noch auf einem simplen Zufall; und bis heute hat die DDR-Regierung verheimlicht, daß 1976 äußerst knapp eine Katastrophe vom Ausmaß der Kernschmelze im ukrainischen Tschernobyl verhindert wurde.
Es sei schon "wie ein *Wunder*" gewesen, so ein damals eingesetzter Sicherheitsingenieur, daß nicht *"weite Teile Norddeutschlands, Dänemarks und Schwedens"* radioaktiv verseucht wurden.
Wegen unzulässiger Manipulation an der Erdungsanlage durch einen Elektromeister, der einen Mitarbeiter einwies, geriet ein Kabelnetz der von der Sowjetunion gelieferten Kernkraftanlage vom Typ WWER-440 (siehe auch folgenden Artikel) in Brand.
Mehrfach geprüfte Schutzvorrichtungen fielen total aus. Die von Diesel-Generatoren betriebene Notstromanlage, die bei Störfällen die wichtigsten Aggregate des Atomkraftwerks wie die Pumpen des Notkühlsystems mit Strom versorgen soll, versagte: *"Auch die Kabel der Notstromversorgung haben gebrannt."*
Funktioniert hat allein die Schnellabschaltung, der *"Havarie-Schutz, erster Ordnung"*. Die Absorberkassetten fielen zwischen die Brennelemente und unterbrachen die Kettenreaktion. Höchste Gefahr aber ging weiterhin von der Restwärme von etwa 80 Megawatt aus: **Die Kernschmelze drohte.**
Der Ingenieur: *"Die Zeitbombe tickte"* - nur wenn es gelang, die ungeheure Energie fortlaufend durch Kühlwasser abzuleiten, war die Katastrophe zu verhindern.
Sämtliche sechs Pumpen zum Abführen der Wärme im Normalbetrieb des Reaktors waren durch den Brand außer Funktion. Zum Notkühlsystem gehörten weitere sechs Pumpen, von denen fünf sich nicht aktivieren ließen.
"Durch einen reinen Zufall" war wegen Instandhaltungsarbeiten die sechste Notpumpe nicht an die Stromversorgung des brennenden Blocks I angeschlossen, sondern auf das Netz des Reaktor-Blocks II geschaltet.
Im Kontrollraum waren alle wichtigen Anzeigegeräte ausgefallen, *"alles war tot"*. Niemand, so berichtet der Ingenieur jetzt, habe den Zustand des Reaktors genau analysieren können. Stundenlang - während die Feuerwehr bei starker Rauch- und Giftgasentwicklung den Brand bekämpfte - habe man gewartet: *"Kommt es zur Kernschmelze, ja oder nein?"* Die Pumpe schaffte es.
Unter strenger Geheimhaltung wurden dann - auch unter Armee-Einsatz - die Brandherde gesäubert. Mit einer für DDR-Verhältnisse ungewöhnlichen Schnelligkeit wurde Block I repariert und nach etwa vier Monaten wieder in Betrieb genommen.
Atomkontrolleur Sitzlack, vor wenigen Monaten noch strenger Hüter der DDR-Nuklear-Geheimnisse, unterwirft sich neuerdings willig dem Urteil, das letztlich von bundesdeutschen Atom-Kontrolleuren bestimmt wird: *"Wir sind ganz entschieden entschlossen, diese Empfehlung umzusetzen."* Schlimmstenfalls müsse er eben seine Unterschrift für einen Weiterbetrieb gefährlicher Atomanlagen *"verweigern."*
Die Atommeiler von Greifswald haben, wichtigster Mangel, keinen Sicherheitsabschluß aus Stahl und Beton, kein Containment; ein GAU ist also schon bei einem simplen Flugzeugabsturz denkbar, so - fast geschehen - beim Absturz einer sowjetischen MiG im Jahre 1986, nur einige Flugsekunden von Lubmin entfernt.
Kommt es zu einer *"Haverie"*, öffnen sich bei steigendem Druck *"Überströmklappen"* im Gebäude, die Radioaktivität entweicht ungehindert. Eine solche Konstruktion setzt auf die Festigkeit des stählernen Druckbehälter.
Der vor 20 Jahren verwendete Stahl enthält Kupfer und Phosphoranteil. Durch den 25jährigen Beschuß mit Neutronen während des Betriebes hat sich die Atomstruktur des Stahls verändert, das Material wurde spröde. Dadurch besteht bei Druckaufbau die Gefahr plötzlichen Reißens - das wäre ein zweites Tschernobyl.
Auch aus westdeutschen Meilern ist das Risiko bekannt, so aus dem KKW Stade. Dort allerdings gibt es zwischen Reaktorkern und Gefäßwand einen relativ breiten "Wasserspalt", in dem das Wasser den Neutronenbeschuß "moderiert" und der Stahl weniger leidet. Die Sowjet-Gefäße haben keinen Platz für soviel Wasser. Sie durften in den siebziger Jahren nur so breit werden, daß sie noch mit der Eisenbahn an ihren Einsatzort gelangen konnten - ein wahrlich beängstigendes "begrenzendes Kriterium" für Reaktorbauer.
(...)
Darin wird befürchtet, es könne zu einem **plötzlichen Rohrbruch im nuklearen Kreislauf** kommen, ohne daß vorher ein kleines Leck aufgetreten wäre, bei dem die Reaktor-Mannschaft noch handeln kann. **Ein vollständiger Rohrabriß bedeutet mit hoher Wahrscheinlichkeit die Kernschmelze mit katastrophalen Folgen.**
In der Bundesrepublik müssen Reaktoren ein Leck von 60 Zentimeter gerade noch verkraften können; die Greifswalder Meiler sind nur für ein Löchlein von 23 Millimetern *"Bruchquerschnitt"* gerüstet.
Ist das Prinzip *"Leck vor Bruch"* nicht gesichert, das hat Birkofer vorläufig und bei begrenzter Kenntnis der Anlage ausgerechnet, werde es beim Bruch einer größeren Leitung rasch zur Kernschmelze kommen.
Bis zum Versagen der Kerntragplatte dauerte es dann nur 64 Minuten, der Reaktorgefäßboden, wäre nach 82 bis 133 Minuten dahin, die Katastrophe nicht aufzuhalten.

Störfälle von 1974 bis heute:

- 1974, der Block I war erst kurze Zeit mit Vollast gefahren, ließ sich der Reaktor nicht mehr kontrollieren, die Temperaturen stiegen. Nach Öffnen des Reaktordeckels bot sich ein Bild der Verwüstung: Etliche Brennelemente (DDR-Fachwort: "Kasetten") waren geborsten, die Zirkon-Ummantelung einzelner Brennstäbe geplatzt; der wie in Pillenröhrchen angeordnete Uranbrennstoff war teilweise zusammengebacken, verklumpt oder verstreut.

Die Zeitbombe tickt

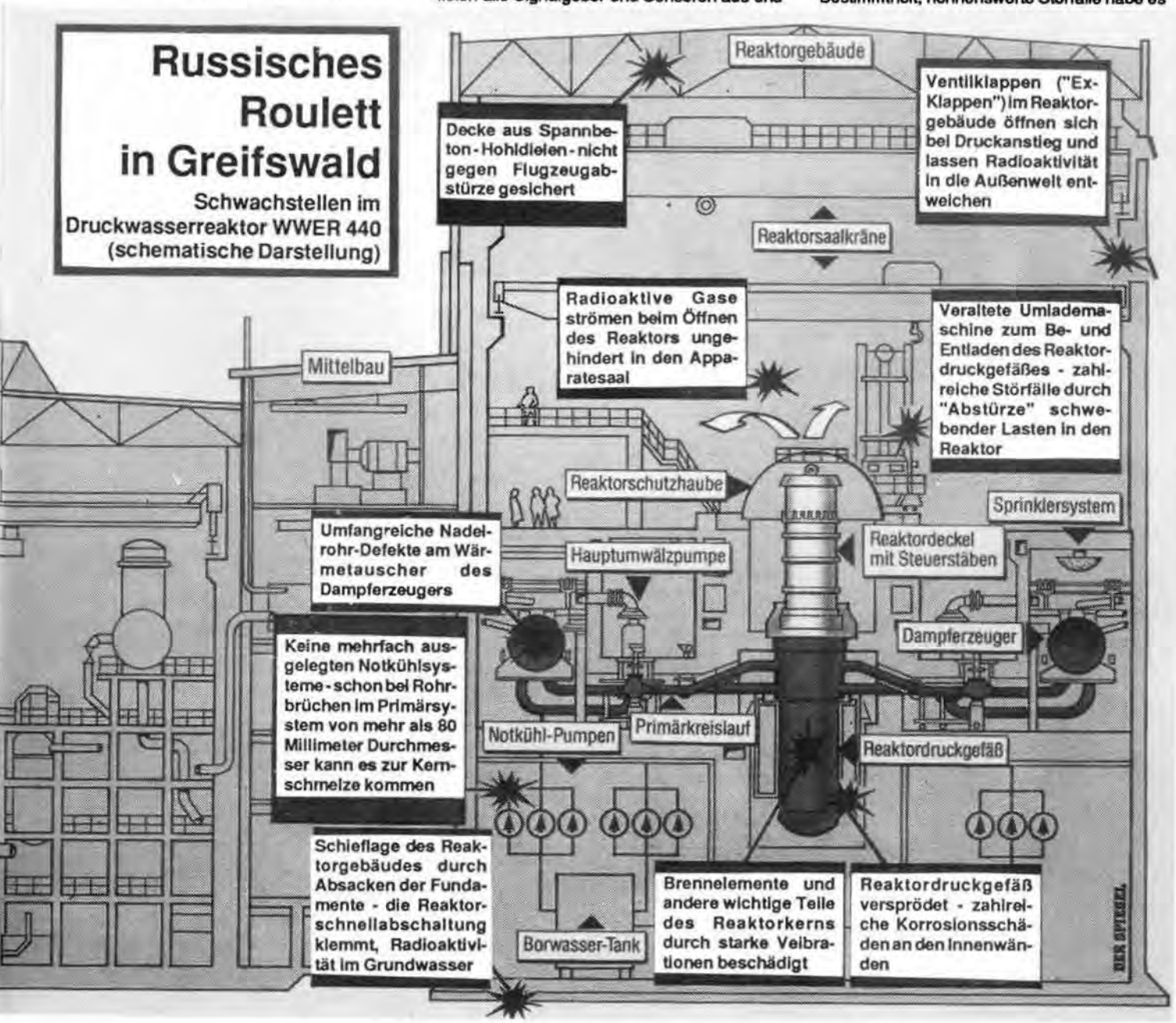
- Im selben Jahr wurde bei der Entladung von Block I eine Katastrophe knapp vermieden. Irrtümlich war eines der schweren Steuerelemente (DDR-Fachwort: "Absorberkassette") aus dem offenen Druckgefäß gezogen worden und baumelte über dem vollgeladenen Reaktorkern. Der Absturz aus 15 Meter Höhe drohte - verhindert wurde er nur, weil es gelang, ein Feuerwehrsprungtuch unter die freihängende Kassette zu spannen.
- Bei einem Störfall Mitte der siebziger Jahre war, nach Meinung von Greifwalder Augenzeugen, nur noch *"ein technisches Wunder"* hilfreich.

Bei Wartungsarbeiten hatten die Kraftwerker, aus purer Schlamperei, sechs Schutzdeckel im Reaktorinneren vergessen. Als der Atommeiler wieder angefahren wurde, riß der Mahlstrom des Kühlmittels die 2,5 Millimeter dicken Stahldeckel mit sich und fetzte sie, wie Stasi-Akten in einen Reißwolf, durch die gurgelnden Riesenpumpen. Eine Schnellabschaltung gelang. Alle sechs Hauptumwälzpumpen gingen kaputt.

1981 wurde ein Durchgehen des Reaktor gerade noch vermieden. Durch Vertauschen zweier Rohrleitungen gelange 40 Minuten lang sogenanntes de-ionisiertes Wasser ("Deionat") in die aktive Zone des Reaktors.
Der Kernspaltungsprozeß wurde dadurch beschleunigt - die Temperatur stieg unkontrolliert. Schnellabschaltung und Zuführung von neutronenbremsendem Bor stoppten die Überwärmung.

- Ein Störfall am 2.Januar 1985 ging auf die chronisch miserable Arbeitsdisziplin zurück. Ein Arbeiter, der die Auslaufkanalschleusen vom Turbinenhaus in Richtung Ostsee überwachte, fiel in Schlaf. Der Kanal lief voll bis an den Rand. Nur weil das Erdreich der Dämme hart gefroren war, wurde eine Überflutung des Kraftwerksgeländes vermieden.
- 1988 kam es zum Ausfall des Reaktorblocks III, weil das Notstromsystem versagte. Während die Stromzufuhr unterbrochen war, fielen alle Signalgeber und Sensoren aus und blieben beim Augenblickswert stehen - vier Minuten lang steuerten die Techniker den Reaktor im Blindflug.

Blindflug-Bedingungen herrschen mitunter auch, wenn alle Meßgeräte funktionieren. So wurde eines Nachts im Wendemonat Oktober '89 ein komplettes Schichtkollektiv im volltrunkenen Zustand angetroffen. Es handelte sich um elf junge Männer der B-Schicht, zuständig *"für die Befundung von Reaktor- und Primärkreislaufkomponenten"*. Die alkoholisierten Kraftwerker zerstörten ein Schleusendrehkreuz, beschmierten die Wände mit Fäkalien und ließen eine Kontrollkamera mit einem Sprühstrahl roter Farbe erblinden.
Nach Mitte Januar diesen Jahres, als zum erstenmal westdeutsche Fernsehteams durch den Greifswalder Atomkomplex geführt wurden, erklärte Kombinatsdirektor Reiner Lehmann mit Bestimmtheit, nennenswerte Störfälle habe es



in Lubmin nicht gegeben.
Doch aus der geheimen Störfallstatistik, die dem SPIEGEL vorliegt, ergibt sich ein anderes Bild. Danach gab es allein im Jahr 1988 in den Blöcken I-IV des VE Kombinats Kernkraftwerke "Bruno Leuschner"
- 242 *"unplanmäßige Ereignisse"*,
- 122 Störungen, davon
- 18 Schnellabschaltungen

Eine Schadensbilanz, die bundesdeutsche Reaktorexperten das Gruseln lehren mag.
Der vorerst letzte schwere Störfall im AKW Greifswald ereignete sich am 24. November letzten Jahres. Bei sogenannten Schieflast-Tests, am nagelneuen Reaktorblock V wurden drei Hauptumwälzpumpen abgeschaltet, um die automatische Schnellabschaltung zu prüfen. Doch der Havarieschutz funktionierte nicht. Der simulierte Störfall geriet außer Kontrolle, als eine weitere Umwälzpumpe versagte. 40 bis 50 Sekunden vergingen, ehe die Schnellabschaltung schließlich manuell ausgelöst wurde.
In der Zwischenzeit war es bei schätzungsweise 10 bis 30 Brennelementkassetten zu gefährlicher Überhitzung gekommen.
Bis zum Besuch des westdeutschen Umweltministers Klaus Töpfer in der vorletzten Woche war das Druckgefäß des havarierten Blocks noch nicht geöffnet, der genaue Schaden nicht bekannt. Die Verkabelung, die zu dem Störfall geführt hatte, stammte von einer polnischen Firma. Rund zehn Kilometer Kabel müssen nun neu verlegt werden. Vor Mitte 1990 kann der Probebetrieb im Block V nicht weitergehen.

Für die Atomanlagen am Greifswalder Bodden bleibt, soll die Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands nicht einem unverantwortlichen Risiko ausgesetzt sein, nur noch eines übrig: Abschalten!!!!!

8 : 3 für die Atommafia

Gorleben Diskussion stieß in Lenzen auf großes Interesse

Schon auf den ersten Blick wirkte das Podium im Kulturhaus Lenzen unausgewogen. Doch an dieser Fülle, es saßen 12 Personen vorne, ließ sich nichts mehr ändern, denn Bürgermeister Frank-Michael Voß hatte beschlossen alle Vertreter der Pro-Atomseite vorn zu plazieren. Im Verlauf des Abends mag er selber darüber nicht sehr glücklich gewesen sein, denn die einseitige Übermacht wurde vom Publikum mit Unmut quitiert. - Sicher aber auch keine einfache Aufgabe allen Interessenten gerecht zu werden, denn es war ja auch der erste Versuch dieses brisante Thema öffentlich kontrovers zu diskutieren.
In Zukunft, und dieses Angebot von Bürgermeister Voß gilt für beide Seiten, stehen jedenfalls weiterhin Räumlichkeiten zur Verfügung um den begonnenen Diskussionsprozeß fortzusetzen.

Pünktlich um 20.00 Uhr stelle Bürgermeister Voß im Lichte der Scheinwerfer des NDR das Podium den etwa 200 Interessierten, davon etwa 20 aus der Bundesrepublik vor. Auf der einen Seite Prof. Dr. Fröhner, Dr. Fenzel, Herr Gozeina und ein weiterer Mitarbeiter der BLG, Dr. Meyer und Herr Brinkmann von der BDE, Dr. Viehl vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) und Herr Schulze als Vertreter des DDR-Atommülllagers in Morsleben. Auf der anderen Seite von der Gruppe Ökologie Dipl. Physiker Wolfgang Neumann, die Bundestagsabgeordnete Lilo Wollny und Dieter Schaarschmidt von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg.
Die Eingangsreferate waren auf 10 Minuten begrenzt und wurden gleich von den ersten Referenten Prof. Dr. Fröhner und Dr. Fenzel um mehr als das doppelte überzogen. Der Inhalt bezog sich auf die Zwischenlager und die geplante Konditionierungsanlage in Gorleben.
Eine beherzte Frau aus Perleberg machte dann als erste ihrem Unmut Luft. Diese Form von einseitiger Information kenne man seit über 30 Jahren und habe man jetzt endlich hinter sich gebracht. Sie die DDR-Bürger wollten jetzt mit ihren Ängsten und Bedenken ernst genommen werden und nicht so schulmeisterisch behandelt werden.
Einige Bundesbürger, besonders aus dem benachbarten Höhbeck, denen schon vorher beinah der Kragen geplatzt war, sparten nicht an Kritik, was Teilweise in Gegenvorträge ausartete, die natürlich auch die Zeit für Fragen der zurückhaltendereren DDR-Bürger/innen beschnitt. So war auch das Interesse am Gegenreferat von Wolfgang Neumann nicht mehr so groß und er versuchte sich kurz zu fassen. Die neue brisante Erkenntnis, daß die sogenannten "Spaltstoffflußkontrolle" mit einer Ungenauigkeit von 12 % belastet sei und mit theoretisch über 35 kg Plutonium unbemerkt verschwinden könnten, wurde vom Publikum genauso hingenommen, wie viele der anderen für sie neuen Informationen. Die Betreiberseite hielt sich bedeckt.

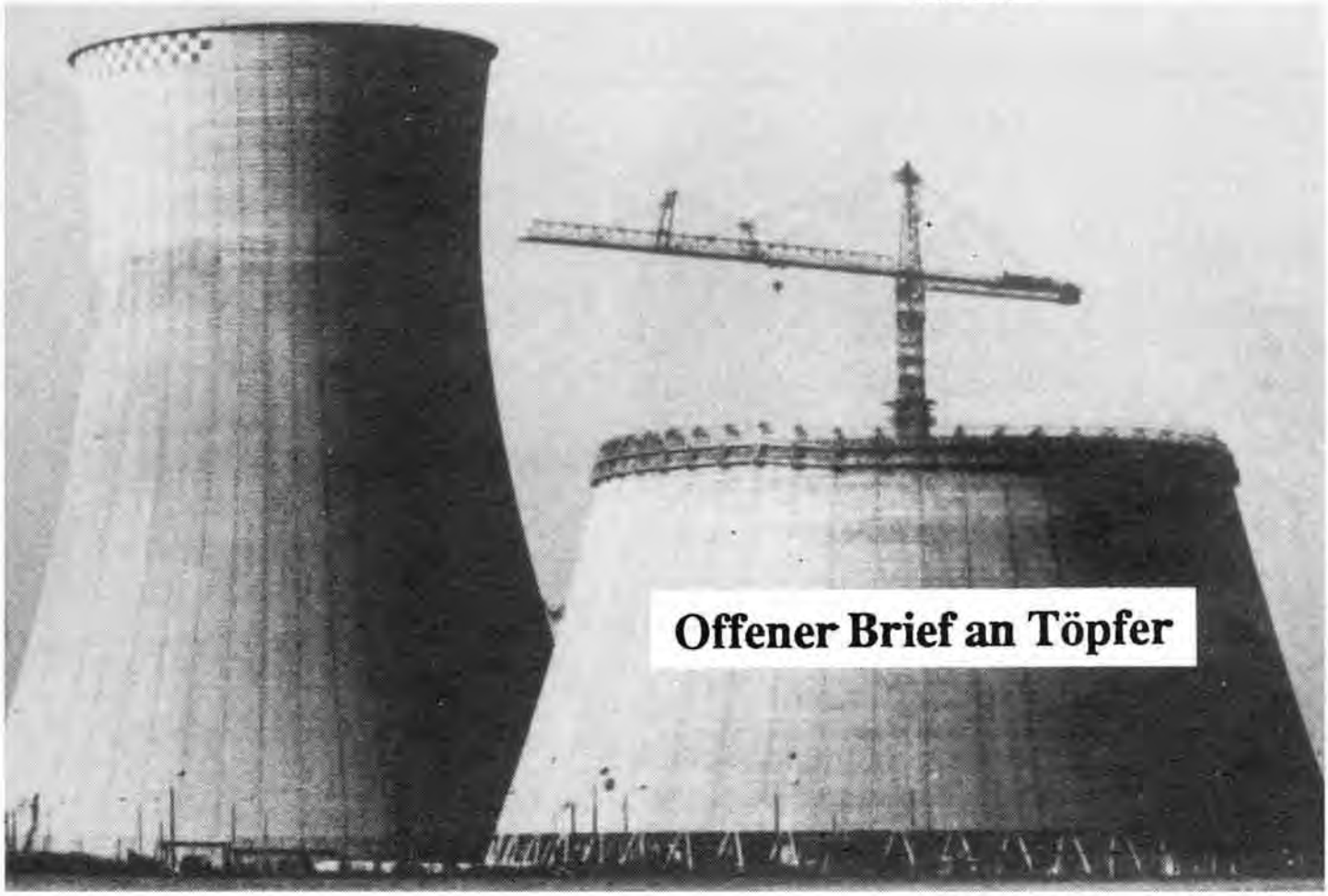
Auch als von einer DDR-Bürgerin einige klare drängende Fragen gestellt wurden, fühlte sich Herr Dr. Viehl (BfS) nunmehr berufen sein halbstündiges Referat zu halten und die Frage, warum denn der Standort Gorleben überhaupt ausgewählt wurde, wo doch bekannt war, daß der Salzstock zur Hälfte auf DDR-Gebiet liege und die Bundesregierung drei andere geologisch geeignetere Standorte vorgeschlagen hatte, zu umgehen.

Mit Erstaunen wurde vom Publikum festgestellt, daß man zwar keine Erkenntnisse über den DDR-Salzstockteil habe, aber doch wisse, daß er eine grundlegend andere Struktur habe die aber keine negativen Einfluß auf die Gorlebener Seite habe.
Die Frage nach Erkenntnissen aus DDR-Erdgasbohrungen und besonders über die Bohrturmexplosion 1969 bei Lenzen, brachte auch keine klaren Ergebnisse.
Ein Disput über auf DDR-Seite vorhandene Salzbracks wurde mit der ironischen Bemerkung eines Lenzeners beendet, er wolle gleich morgen dort angeln gehen, um zu sehen, ob er dort Salz- oder Süßwasserfische fange.
Zu der Frage, ob die BLG mit dem Baubeginn unter Zeitdruck stehe und wenn nicht, warum das Genehmigungsverfahren nicht noch einmal für Einsprüche aus der DDR geöffnet werde, um alle Bedenken auf einem Erörterungstermin besprechen zu können, wurde lange geschwiegen. Erst nach mehrmaligen Nachfragen sagte Dr. Fenzel die BLG meine es sei an der Zeit die PKA jetzt zu bauen, weil man eine entsprechende Erprobungszeit brauche. Ansonsten müsse man die Frage der Beteiligung von DDR-Bürger/innen an die zuständigen Stellen des Umweltministeriums stellen, die in diesem Aufgebot fehlten.
Wegen der fortgeschrittenen Zeit gab Bürgermeister Voß dann dem Vertreter des Endlager Morsleben Herrn Schulze die Gelegenheit über die bisher in Ost und West weitgehend unbekannten Anlagen zu berichten.
1970 wurde das ausgediente Salzbergwerk übergeben und bis 1978 als Atommüllager, nach den Kriterien wie jede andere Atomanlage in der DDR, ausgebaut. Seitdem wurden 8.000 m^3 flüssiger Atommüll, der in einer Salzstockkaverne mit Braunkohlefilterasche verfestigt wurde, und 500 m^3 fester Atommüll eingelagert.
Die schwachaktiven Fässer werden in Stollen aufgestapelt, mittelaktive Abfälle werden in eine Kaverne gestürzt.
Hochradioaktive Abfälle gibt es in der DDR nicht, weil die abgebrannten Brennelemente bisher zurück in die UdSSR gingen. Jetzt müssen sie allerdings zwischengelagert werden, weil die Verträge abgelaufen seien. Ein anderes Bergwerk, nur 300 m entfernt, daß "abgesoffen" war gefährde das Atommüllager nicht, die Lauge werde abgepumpt, wurde auf Publikumsfragen betont.
Viele Fragen, so die nach den Alternativen zur Atomenergie mußten auf Folgeveranstaltungen vertagt werden.
Möglicherweise wird dies mit dem Schwerpunkt Salzstock / Endlager am 2. März mit Prof. Grimmel geschehen.
Lilo Wollny, die das Schlußwort erhielt, gab allen die Frage mit auf den Heimweg, ob es denn richtig sei für 30 Jahre Strom und Nutzen der Atomkraft kommende Generationen über 10.000ende von Jahren mit der Hypothek unserer Zeit zu belasten. Nach ihrer Meinung müsse die Produktion weiteren Atommülls sofort gestoppt werden, um dann nach der besten der schlechten Lösungen zu suchen.

Dieter Sch.

An
Herrn Prof. Dr. Klaus Töpfer
Bundesminister für Umwelt
Bundesrepublik Deutschland

Bürger von Stendal und Umgebung
i. V. Erika Drees
Beethovenstr. 1
Stendal 3500
Tel. 216267



Offener Brief an Töpfer

Stendal, 16. Jan. 1990

Die beiden Elektrizitätsversorgungsunternehmen der Bundesrepublik **Preussen-Elektra** und **Bayernwerk** führen bereits informelle Verhandlungen mit Energie-Experten der DDR über den Ausbau des Stromverbundes. Die Verhandlungen zielen darauf ab, vier Konvoi-Kernkraftwerke von je 1300 Megawatt zu errichten (das sind 5200 Megawatt).
Ziel dieser Großprojekte soll sein:

- eine Verringerung der Umweltbelastung und der hohen Abhängigkeit von der Braunkohleverstromung
- Sicherung der Energieversorgung in der DDR
- Steigerung des extrem niedrigen Wirkungsgrades des veralteten Kraftwerkparkes in unserem Land.

Sehr geehrter Herr Minister!
Wenn Sie jetzt die DDR bereisen und in Greifswald und Stendal die Kernkraftwerke sowie das sogenannte Endlager Morsleben besuchen, fürchten wir, daß Sie im Interesse der oben dargestellten Projekte unterwegs sind. Vielleicht wollen Sie Absprachen mit unserer nicht mehr legitimierten Regierung treffen, die folgenschwere Schäden verursachen könnten. Derartige Entscheidungen wären von einer am 6. 5. 1990 legitimierten Regierung nicht rückgängig zu machen.

- Auch Sie, Herr Minister, können keine befriedigende Antwort auf die Frage geben, wie der entstehende radioaktive Müll, der jahrtausendelang weiter strahlen wird, jemals unschädlich gemacht werden kann.
- Auch können Sie keine Garantie geben, daß eine Havarie mit Kernschmelze mit hier noch viel schrecklicheren Folgen als 1986 in Tschernobyl vermieden werden kann.
- Sie wissen auch, daß eine so gigantischen Kernenergieanlage ein ideales atomares Angriffsziel für Terroristen und im Kriegsfalle ist.

Bitte nehmen Sie als Politiker der Christlich Demokratischen Union zur Kenntnis, wie die Ökumenische Versammlung der DDR-Kirchen in der energiepolitischen Verantwortung 1989 geurteilt hat und hören Sie die warnenden Stimmen der betroffenen Bürger von Stendal und Umgebung:

"Kernenergie darf nicht Grundlage unserer zukünftigen Energieversorgung sein. Wegen ihrer sozialen, technischen, ökologischen und militärischen Risiken ist der Ausstieg aus dieser Technik unumgänglich. Wir sind uns bewußt, daß eine solche Forderung erhebliche Bedenken und Widerstände hervorruft. Wir können diesen Verzicht nur glaubhaft fordern, wenn wir auch bereit sind, Konsequenzen mitzutragen (...) Wir haben die Vision einer Zukunft, die sich im wesentlichen auf regenerative Energiequellen stützt. Der Abbau der Energieverschwendung in Wirtschaft, Gesellschaft und im privaten Bereich sowie die Anwendung moderner Verfahren bei der rationellen Energieumwandlung und -anwendung sind unerläßliche erste Schritte zur Realisierung dieser Vision."

Sehr geehrter Herr Minister!
Wenn Sie Ihr Amt als Beschützer der Mitwelt ernst nehmen, so bringen Sie uns bitte nicht die teure sogenannte Sicherheitstechnik und nicht den Nuklearteil von Kernanlagen, sondern helfen Sie uns mit Ihren ökonomischen und technischen Möglichkeiten, die nötigen Energie s p a r maßnahmen zu realisieren. Helfen Sie uns zum Beispiel anstelle unserer veralteten zentralen Großkraftwerke kleine und mittelgroße hocheffiziente, gasgefeuerte Block-Heiz-Kraftwerke einzuführen. In späterer Zeit brauchen wir eine gute Kooperation mit den Energieversorgungsunternehmen der Bundesrepublik zur Entwicklung **regenerativer Energiequellen.**
Helfen Sie uns, da wir uns energiepolitisch am Null-Punkt befinden, bei der **Energiewende,** damit wir nicht um eines kurzfristigen Vorteils willen kommenden Generationen die Lebensmöglichkeiten rauben!

Im Auftrage von Bürgern der Stendaler Region
(Dr. Erika Drees)

Töpferbesuch in Stendal

Ein Erlebnisbericht

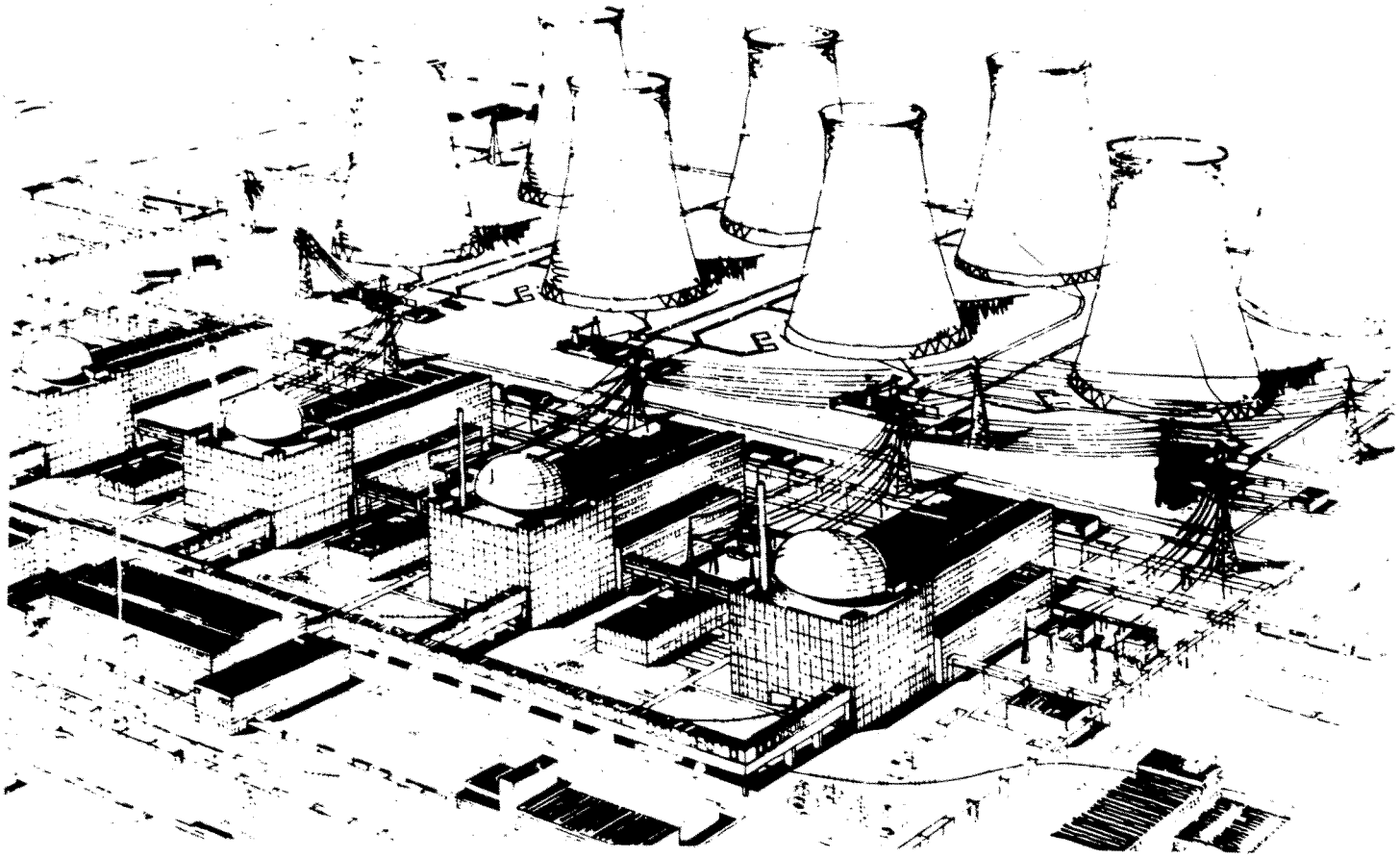
Am 16. 1. 90 traf Bundesumweltminister Töpfer, nach seinem Besuch im DDR-Endlager für schwach und mittelaktiven Atommüll in Morsleben, kurz vor 14 Uhr in Stendal ein. Polizei war so gut wie nicht zu sehen und beschränkte sich auf die Verkehrsregelung. Eine kleine Schar von DemonstrantInnen aus Ost und West versperrte die Zufahrt zur AKW-Baustelle, um Töpfer zur Rede zu stellen. Frau Dr. Erika Drees, der sich Töpfer schließlich im Gewühl der JournalistInnen zuwandte, verlas eine Erklärung der Stendaler AtomkraftgegnerInnen und forderte Töpfer auf, keinesfalls vor dem 6. Mai mit der Übergangsregierung irgendwelche Verträge in Sachen Atomenergie abzuschließen. Nachdem der Umweltminister dies zugesagt hatte, bewegte sich der ganze Haufen zu Fuß in das Baugelände. Eine Kontrolle fand nicht statt. In zwei Bussen, einer für die Offiziellen, einer für Presse und Medien, wurden verschiedene Stationen der Baustelle angefahren. Gunter Matzinke, der verantwortliche Direktor der Baustelle, erklärte die verschiedenen Teile und Sicherheitsvorkehrungen, die einen GAU, einen Flugzeugabsturz und Erdbeben Stärke 7 aushalten sollen. Dies gilt zumindest für die 120 cm starke Sicherheitskuppel, wobei das sogenannte Wallmannventil zwar noch nicht vorgesehen sei, aber ja nachgerüstet werden könnte, wie Töpfer meinte. Mit einer Beurteilung des Baustellenzustandes und des Sicherheitsstandards hielt sich Töpfer allerdings sehr zurück, er wolle sich erst einmal nur informieren.

Erstaunlich war die Offenheit, mit der auch die Bauarbeiter z. T. kritisch zur Atomproblematik Stellung bezogen. Dies war auch bei den draußen verbliebenen DemonstrantInnen der Fall, wo keinerlei Agressionen, sondern eher großer Informationsbedarf geäußert wurde und angeregte Gespräche mit den Arbeitern liefen.

Unter den westlichen Offiziellen waren auch der niedersächsische Umweltminister Remmers und sein Ministerialrat Horst zur Horst, der das PKA-Genehmigungsverfahren leitet. - Auf den Hinweis, daß hier in der DDR wenigstens ein offener Meinungsaustausch möglich sei, ganz im Gegensatz zur Sitzung der "Gorleben Kommission" vor einer Woche in Gorleben, distanzierte sich zur Horst sogleich, denn für diese Einschränkung seien allein Grill und die "Gorleben Kommission" verantwortlich. - Als ich von Werner Remmers befragt, was denn meine Patentlösung der DDR-Energieprobleme sei, auf die Studie der ev. Kirche der DDR "Mit Braunkohle und Kernkraft in die Krise" verwies und ihm sogleich die Kurzfassung überreichte, wurde Protest einiger DDR-Ministerialer laut, Teile dieser Studie seien inzwischen widerlegt worden. Auf mein Bitten, mir diese Kritik doch zugänglich zu machen, wurde mehrfach großes Interesse bekundet, diese Punkte doch später einmal sachlich in Berlin (Ost) weiterzudiskutieren. Als ich jedoch darauf verwies, daß die Kernenergie keine Lösung des Braunkohleproblems ergeben könne, weil man für den Ersatz des gesamten Braunkohlebedarfs der DDR etwa 100 Reaktoren dieser 1000 MW-Klasse bauen müßte, da protestierten die Offiziellen von Ost und West gemeinsam. , gaben dann allerdings zu, daß dies beim Ersatz auch allen Braunkohlehausbrandes durch Atomstrom doch möglich sei. Daß Investitionen in die rationelle Energieanwendung und Energieeinsparung viel effektiver sei als Kraftwerksneubauten, wurde von keiner Seite bestritten, jedoch seien diese Maßnahmen viel zu langwierig und langsam greifend, wurde betont... wobei auf die "Schnelligkeit" des 17jährigen AKW-Baus nicht weiter eingegangen wurde. Schon allein die jetzt geplanten Kürzungen der Energiesubventionen werden einen Spareffekt hervorrufen, voll zur Wirkung kommen kann dieser aber erst, wenn auch eine individuelle Heizkostenabrechnung der einzelnen Haushalte möglich wird.

Dieter Schaarschmidt
3131 Kapern Nr. 37

AKW Stendal - Bauruine oder Katastophenreaktor ?



BESICHTIGUNG DER MARODEN BAUSTELLE AM 13.1.90

Es ist kaum zu glauben: Seit 1974 wird an dieser Atomanlage, dem 4000 MW Vorzeige-Projekt der DDR, gebaut. Zu sehen ist nur Beton und ein wenig Stahl. Das Reaktordruckgefäß steht offen dem Wetter ausgesetzt. Empfindliche Schweißnähte rosten vor sich hin. Es sieht eigentlich nicht wie auf einer aktiven Großbaustelle aus. Auf Antrag des Neuen Forums in Stendal bot sich erstmals die Gelegenheit, dieses Mammutprojekt zu besichtigen.

16 Jahre lang blieb die Baustelle des AKW Stendal den Bürgerinnen fest verschlossen. Alles um die Atomenergie herum war ein streng gehütetes Staatsgeheimnis. Jetzt konnte eine kleine Gruppe von 30 Leuten, mobilisiert von Mitgliedern des Arbeitskreises Energie im Neuen Forum und begleitet von ein paar unentwegten AKW-Gegnerinnen aus dem Westen, das erste mal hinter die Kulissen schauen, angeführt von Herrn Werner Schmidt, dem Leiter des neuen Büros für Öffentlichkeitsarbeit beim KKW Stendal (vorher war er SED-Sekretär).

Er lieferte die Zahlen und Informationen zum Kraftwerk, und ihm dürfen wir auf den Zahn fühlen. Es war deutlich zu spüren, daß es die Einrichtung noch nicht lange gibt. Im Vergleich zur ausgefeilten Propaganda der westdeutschen Atommafia war die Informationsvermittlung zurückhaltend und eher unprofessionell. Mit der Umsiedlung und dem Abbruch der Gemeinde Niedergörne an der Elbe fing alles an. Heute ist dieser Ort eine umgewühlte, industriekomplexartige Baustelle von ca. sieben Quadratkilometer Größe. 10 000 Beschäftigte arbeiten zur Zeit auf der Baustelle, davon kommen zur Zeit ca . 2 000 Werktätige "aus den sozialistischen Bruderstaaten" Sowjetunion, Polen, Ungarn, Kuba und Vietnam. Das hat soziale Auswirkungen auf die Stendaler Region. Die mittelalterliche Stadt verfällt wegen mangelnder Baukapazität., die im Neubaugebiet Stendal Stadtsee zum Wohnungsbau, den sog. Arbeiterschließfächern, für einen Großteil der AKW-Arbeiter eingesetzt sind. Die Infrastruktur und die Kultureinrichtungen der Stadt sind nicht mitgewachsen. Die Bauarbeiter des AKW verdienen rund 400 Mark mehr als anderswo. Einige der ausländischen Arbeiter erhalten einen Teil ihres Gehaltes in Westdevisen ausgezahlt, eine Ursache für böse Spannungen zwischen Deutschen und Polen, die schon fast an Rassismus grenzen.

Neben dem AKW Lubmin bei Greifswald mit vier Reaktorblöcken a 440 MW (Typ WWER 440) und dem völlig überalterten AKW Rheinsberg bei Berlin mit 70 MW, das schon seit 1965 in Betrieb ist, sollte das AKW Stendal helfen, die latente Energiekrise der DDR abzubauen. Die Parole: "Mit unserer Kraft für die Energie der Zukunft." Die DDR hatte schon immer einen hohen Grad an Eigenversorgung an Energie. Während Westeuropa 43% und Japan 85,7% ihres Energiebedarfs 1983 durch Energieimporte decken konnte (Erdöl und Erdgas), mußte sich die DDR zu über 70% aus einheimischen Energiequellen, vor allem Braunkohle, versorgen. Seit Anfang der achtziger Jahre ist die Tendenz wegen der wachsend negativen Außenhandelsbilanz der DDR sogar noch steigend. Für die Gesamtkomplexe des 4 000 MW AKW-Giganten Stendal sind zwei Bauphasen geplant, in denen insgesamt vier Reaktorblöcke mit acht 150 m hohen Kühltürmen, vier Dampferzeugern mit Turbinen, den entsprechenden Nebenanlagen zur Wasseraufbereitung und anderen Versorgungsgebäuden. Die erste Bauphase (Block I und II) soll laut Plan Mitte der neunziger Jahre abgeschlossen werden und die zweite (Block III und IV) irgendwann im Jahre 2050 (?) Für die zweite Bauphase gibt es noch keine Planungen bzw. Lieferverträge mit Reaktorherstellern. 194 sollen nach offiziel-

len Angaben der erste Reaktorblock in Betrieb genommen werden. 60% des Bautenstandes sind fertiggestellt. Damit sind wohl vor allem die großen Verwaltungsgebäude gemeint, denn Reaktorgebäude und Turbinenhalle scheinen das Rohbaustadium noch nicht erreicht zuhaben. 1990, so wird gehofft, soll der erste Dampferzeuger mit Turbine und 1991 dann endlich der erste Reaktor WWER 1 000 aus der Sowjetunion geliefert werden. Daß diese Zeitplanung nicht zu halten ist, bezweifelt eigentlich niemand.

Ein auf der Baustelle beschäftigter Ingenieur bestätigte, daß doch bisher nur Beton verbaut worden ist. Der sei so schlecht, daß niemand dafür eine Sicherheitsgarantie übernehmen könne. Technische Ausrüstung war noch nicht zu sehen.

Bisher hat die DDR runde 6 Millionen Ostmark verpulvert. Insgesamt sind für die erste Ausbaustufe 17,4 Millionen Ostmark veranschlagt. Block III und IV sollen dann nochmal dasselbe kosten. Es ist aber schon heute klar, daß die 34 Mrd. Ostmark nie ausreichen werden, um das Projekt jemals fertigzustellen. Daran glaubt allerdings auch kaum noch jemand.

Es scheint überhaupt zweifelhaft, ob die SU jemals die beiden vereinbarten Reaktoranlagen liefern wird. Selbst auf Nachfragen bei Herrn Schmidt ernteten wir nur Schulterzucken mit dem Hinweis: "Es gibt Verträge dazu zwischen der SU und der DDR. Die müssen eingehalten werden." Nicht nur sicherheitstechnische und Konstruktionsprobleme verzögern die Lieferung, sondern auch die Kapazitäten der SU-Wirtschaft. Der o.g. Ingenieur ist überzeugt: "Wenn die Sowjets nicht liefern, passiert hier nichts mehr!" Ganz anders sieht es für die Blöcke III und IV aus. "Es ist durchaus möglich, daß sich da noch etwas anderes ergibt", meint der Strahlenschutzdirektor Kurze. Gemeint ist damit das Angebot der Preußen Elektra und Bayernwerke vier AKWs in der DDR zu bauen, deren Abzahlung für die DDR 50% des erzeugten Stroms kostenlos an die BRD zu liefern hätte. Dieses Angebot klingt fast so, als ob die Perspektiven der westdeutschen Energiepolitik in der DDR lägen.

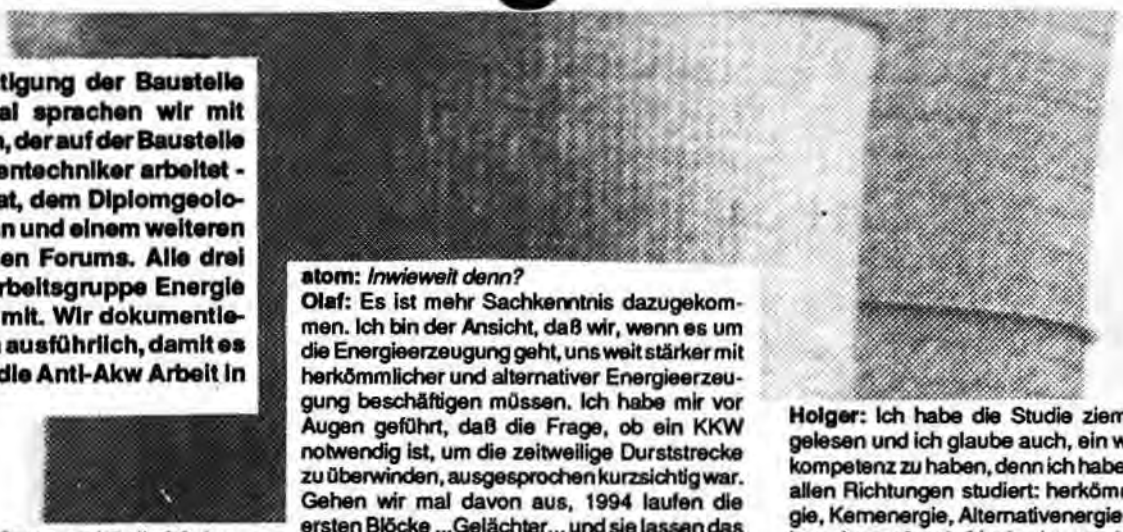
In der BRD sind schon lange keine neuen AKWs mehr in Auftrag gegeben worden. Der letzte Versuch, die standortunabhängige Genehmigung eines Hochtemperaturreaktors (HTR-Typ mit 100 MW) in Niedersachsen, ist durch einen breiten Widerstand quer durch alle Bevölkerungsgruppen gescheitert. Erst im letzten Jahr forderte der Wackersdorf-Aussteiger Bennigsen-Foerder, vor kurzem verstorbener VEBA-Chef, ab 1994 den Bau von neuen AKWs als Ersatz für dann stillgelegte (z.B. Stade und Würgassen). Preußen Elektra, Bayernwerke und KWU/Siemens hoffen in der DDR einer strahlenden Zukunft entgegen sehen zu können. Sie glauben, daß die vom Braunkohlen-Smog gebeutelten Menschen in der DDR ihre Atomkraftwerke akzeptieren werden.

Hierin liegt ein Ansatzpunkt, an dem Anti-AKW-GegnerInnen aus BRD und DDR der Atommafia die Stirn bieten können. Die ersten gemeinsamen Demonstrationen am 3.2. gegen die Atomanlagen in Gorleben und am 11.3. gegen das AKW Stendal sind nur der Anfang zur Stillegung der Atomprogramme in Ost und West.

Peter M.

Aller Anfang ist schwer

Nach der Besichtigung der Baustelle des AKW Stendal sprachen wir mit Holger Bachmann, der auf der Baustelle als Energieanlagentechniker arbeitet - jetzt gekündigt hat, dem Diplomgeologen Olaf Hartmann und einem weiteren Mitglied des Neuen Forums. Alle drei arbeiten in der Arbeitsgruppe Energie im Neuen Forum mit. Wir dokumentieren das Gespräch ausführlich, damit es einen Einblick in die Anti-Akw Arbeit in der DDR bietet.



atom: *Zu welcher Gruppe gehört ihr? Seit wann und in welcher Größe arbeitet ihr, und was sind eure Themenschwerpunkte?*
Olaf: In der eigentlichen Aufbruchsphase in wurden im Rahmen des Neuen Forums Arbeitsgruppen gebildet, u.a. mit den Thema "Energie". Wir haben uns dann in einem ersten Gespräch vorgestellt. Es kam zu einen Positionsbestimmung: Wer ist für´s AKW? Wer ist dagegen? Bei diesem ersten Versuch - wir waren etwa 15 Leute - war es ungefähr halbehalbe, wobei das "Für" nicht ohne Bedingungen war. Das war nicht rückhaltlos, sondern auch mit dem Gedanken: Vielleicht ist es eine zeitweilige Möglichkeit, denn wir wissen alle, wie es um die Energiesituation in der DDR steht. Ich muß sagen , daß mir persönlich diese Einteilung in zwei Gruppen per Befragung eigentlich nicht gefallen hat, weil ich selbst zu der Zeit für das "Zeitweilig" (Nutzung der Atomenergie) auch gut zu haben war. Na ja, dann gab es auch Kollegen wie du, Holger, die im Kernkraftwerk arbeiten und eine entsptechende Ausbildung haben. Die haben gesagt: Ja, wir sind dafür! Wir haben aber trotzdem nicht zwei Arbeitsgruppen gebildet, sondern gesagt, daß das Kontroverse in dieser Gruppe vielleicht nicht das schlechteste sei. Daraufhin führten wir eine Reihe von Diskussionen. Die Probleme fingen ja schon: Wo sollen wir uns treffen? Solch große Wohnungen, in denen sich 20 Leute zusammensetzen können, hat niemand von uns. Eine wesentliche war Herr Gerlach, in dessen Werkstatt wir uns jede zweite Woche treffen und diskutieren. Im Laufe der Zeit erarbeiteten wir uns ein Konzept, in dem wir zum einen zu Fragen des Kernkraftwerkes äußern und zum anderen - es muß ja nicht immer ausgewogen sein- uns auf die Fragen der Energiepolitik im allgemeinen konzentrieren: Wie können wir in der gegenwärtigen Situation versuchen, mit der Energie auszukommen? Welche Chancen haben wir mit alternativer Energie? und ähnliche Fragen.
Holger: Hauptsächlich arbeiten wir zu Stendal. Globale Probleme spielen immer mit rein, aber die globalen Probleme wollten wir
aus uns zur Verfügung stehenden Studien auswerten.

atom: *Inwieweit denn?*
Olaf: Es ist mehr Sachkenntnis dazugekommen. Ich bin der Ansicht, daß wir, wenn es um die Energieerzeugung geht, uns weit stärker mit herkömmlicher und alternativer Energieerzeugung beschäftigen müssen. Ich habe mir vor Augen geführt, daß die Frage, ob ein KKW notwendig ist, um die zeitweilige Durststrecke zu überwinden, ausgesprochen kurzsichtig war. Gehen wir mal davon aus, 1994 laufen die ersten Blöcke ...Gelächter... und sie lassen das Ding, weil es gut gelungen ist, 15 bis 30 Jahre laufen. im Jahre 2024 haben wir dann, symbolisch gesehen, ein leuchtendes Denkmal in der Gegend stehen. Dazu kommen noch die Probleme der Wiederaufarbeitung, der Endlagerung etc, sodaß ich heute wesentlich stärker gegen Kernkraft tendiere, wobei ich da sicherlich noch nicht endgültig zu einem Schluß gekommen bin.

atom: *Bedeutet das, daß ihr euch nur mit Stendal beschäftigt und nicht auch mit dem AKW Lubmin bei Greifswald?*
Olaf: Nein, es ist in erster Linie Stendal. Das Endlager Morsleben sollte nicht aus unserer Sicht ausgeklammert werden (Morsleben liegt 2,5 km vom Autobahnübergang Helmstedt/ Marienborn entfernt, d.Red.). E ist ein ehemaliges Kalibergwerk, das bis heute trocken geblieben ist. Dies ist eigentlich schon eine Seltenheit. Tja, das sind die Dinge, die laufen.
Ich möchte sagen: Wir haben im Laufe der Zeit auch durch sachliche Diskussionen bei einigen Leuten die Gedanken in Bezug auf das Kernkraftwerk schon verändert. Ich habe auch zu denen gehört, die ihre Einstellung dazu verändert haben.

atom: *Sind die Leute aus wirtschaftlichen oder aus technischen Gründen dagegen?*
Olaf: Ein großer Teil hat erst einmal Angst. Das ist sicherlich ein ganz wesentliches Motiv, aber es muß mit Sachkenntnis gekoppelt werden. Hier wäre eine ganz wesentliche Aufgabe für uns. Na ja, die Angst verliert sich nicht mit der Sachkenntnis, aber daraus resultierende Aktionen werden besser gelenkt, wenn wir wissen, worum es geht, oder auch wogegen es geht.
atom: *Dazu gibt es doch die Studie "Energie und Umwelt" von der evangelischen Kirche (auch in dieser Zeitung zu finden, d.Red.), die eine Rechnung darüber aufstellt, wie die AKW-Milliarden sinnvoller und kurzfristiger eingesetzt werden können.*

Holger: Ich habe die Studie ziemlich genau gelesen und ich glaube auch, ein wenig Fachkompetenz zu haben, denn ich habe so etwas in allen Richtungen studiert: herkömmlich Energie, Kernenergie, Alternativenergie. Die Studie hat mir gezeigt, daß in den letzten Jahren in der DDR in Sachen Energiepolitik sehr subjektiv herangegangen wurde. Wenn man jetzt mit Leuten spricht, ob die für oder gegen Kernenergie sind, dann sagen die: Eigentlich bin ich dagegen, aber wir müssen ja dafür sein, denn wir haben ja nichts anderes. Oder willst du den gesamten Leipziger Raum noch umackern für die Braunkohle? Wenn ich sage: Und die Energieeinsparungen, die Gelder, die eigentlich gebraucht werden, um neue Maschinen zu kaufen, die weniger Energie verbrauchen und um die Kohlekraftwerke, die weiterhin bestehen müssen, mit Rauchgasentschwefelungsanlagen zu versehen - wo wollt ihr das hernehmen? Nehmen wir es doch erst einmal dafür. Dann sagen die: Das sind doch nur wenige Prozente! Das ist nicht viel! Die Studie weist aber eindeutig daraufhin, daß in der DDR 50% der Energie durchaus eingespart werden kann, z.B. durch Umänderung der Wirtschaftsstruktur, bei vernünftiger Lebensweise und vor allem vernünftigeren Wohnungsbauten. Wir waren ja heute in dem Bürogebäude des AKW´s drin. Von Wärmedämmung ist da nichts zu sehen, außer den Thermoscheiben. Sonst aber ist das Ding undicht und frißt Energie. So sieht der gesamte Bautenstand in der DDR aus. Da könnte wirklich viel getan werden. Es ist Energiepolitik betrieben worden, in dem so billig wie möglich gebaut wurde, um überall einzusparen. Komfortable Lösungen wurden fast nie angestrebt. Es wurde sogar totgeschwiegen.
In den siebziger Jahren hat sich an der TU Dresden eine Arbeitsgruppe zur Wärme-Kraftkopplung entwickelt, die dort popularisiert wurde. Den Energiezweig gibt es nicht mehr, denn der wurde totgemacht durch die Kernenergie. VEB Bergmann/Brosig stellt keine Kleinturbinen mehr her. Es wurde gesagt: Jetzt kommt die Kernenergie, und damit können wir alles lösen. Es ist eine schwierige Tatsache, daß wir nun auf Hilfe angewiesen sind, welche aber, ist jetzt wirklich fraglich.
Wir müssen vieles anpacken. Warum sollen wir uns solch eine Investruine aufladen, wo wir nicht einmal wissen, ob sie überhaupt fertig wird?

atom: *Wird die Sowjetunion die Anlagenteile für Block I und II überhaupt liefern? Bei der Besichtigung gab es dazu beim Herrn Schmidt (Leiter für Öffentlichkeitsarbeit im AKW Stendal) nur ein Schulterzucken. Was ist denn an dem Gerücht, daß Thyssen Stahlbauteile für den Weiterbau liefern will?*

Holger: Das werden die nicht machen, daß sie diesen Bau hier mit westdeutscher Grundlagentechnik wie z.B. Turbine, Dampferzeuger oder anderen wichtigen Bauteilen ausrüsten. Auch wenn sie den Bau stoppen, damit KWU/Siemens oder Thyssen sich das Ding anschauen, um zu sehen, was noch draus zu machen ist. Die werden sich nicht in dieses Ei setzen, denn die wissen nicht, was verbaut worden ist, Das wissen wir doch auch schon nicht mehr, weil dort Materialien verbaut wurden, auf die keiner geachtet hat. Sachen sind entstanden, von denen niemand weiß, woher sie kamen. Es wurde einfach drauflos gebaut und improvisiert.

atom: *Was denn z.B.? Der Beton?*

Holger: Beton, ja es ist häufig gar nicht klar, welcher Beton verwendet und mit welchen Zuschlagsstoffen gearbeitet wurde. Bei bestimmten Bauteilen ist es doch sehr wichtig zu wissen, woraus das Material besteht. Ein anderer Sand z.B. im Beton hat auch eine andere Festigkeit. Wenn an diesen Stellen Meßgeräte angeschlossen werden, reagieren die auch darauf. Es wird groß behauptet daß die Qualität in Ordnung sei, aber wenn man sich ansieht, wieviele Qualitätsleute auf der Baustelle rumrennen und was die machen, dann kann man nur sagen, daß es die nicht gibt.

atom: *Wenn die SU nicht liefert, wird dann der Bau eingestellt?*

Holger: Hier würde dann nichts mehr passieren!

atom: *Was spricht denn dafür, daß die nicht liefern? Gibt es da konkrete Hinweise?*

Holger: Herr Schmidt hat mir folgende Zahlen gegeben: Von 1,7 Mrd. Mark-Ost, die dieses Jahr an Bauleistungen geplant sind, sind 1,2 Mrd. Mark untersetzt. Da fehlen 0,5 Mrd. Mark, von denen sie nicht wissen, woher sie das Zeug nehmen sollen und vor allem wann. Wenn da Ausrüstungen dabei sind, die sie dringend brauchen, verzögert sich der Bauablauf immer mehr. Wer die wirtschaftliche Situation in der SU kennt, weiß, daß die zur Zeit am Boden sind. Die haben zu kämpfen, damit sie ihre eigene Wirtschaft aufrecht erhalten können. Und noch solche riesigen Exportaufträge? Der Fehler ist schon in den siebziger Jahren begangen worden, als keine eigene Kernkraftindustrie mehr gewollt wurde. Stattdessen sollte alles importiert werden. Alle Entwicklungen wurden gestoppt. In den den sechziger Jahren existierte an der TU Dresden eine Fakultät für Kerntechnik. Die wurde Ende der sechziger Jahre aufgelöst. Mitte der achtziger Jahre begannen sie wieder, eigene Gedanken an die Kernenergie zu verschwenden.

atom: *Besteht nicht jetzt die Gefahr, daß das Angebot der Preussen Elektra und der Bayernwerke, vier AKW's in der DDR umsonst zu bauen und dafür 50% des Stroms gratis Retour zu verlangen, unheimlich populär werden kann?*

Olaf: Ich sage erst einmal noch was zur Geschichte: Es hat ja in der DDR ein Machtwechsel stattgefunden. Die alte Regierung um Erich Honnecker war eher etwas gegen Kernenergie eingestellt, während die, die heute an der Macht sind, dafür sind. Die Professoren, die dafür sind, haben unheimlich viel Einfluß in der Regierung. In diesem Moment habe ich große Angst, daß solch ein Abkommen dann befürwortet und unterzeichnet wird.

atom: Was wird an Öffentlichkeitsarbeit geleistet? Wen erreicht ihr und wieviele?

Holger: Erstmal haben wir versucht, uns zu finden. Wir müssen unbedingt Öffentlichkeitsarbeit machen, denn die Kernindustrie holt zum Schlag aus. Die Veröffentlichungen der letzten Tage in der Volksstimme, die Berichte der Aktuellen Kamera und alle Parteizeitungen der SED sind für Kernenergie. Die haben das Meinungsmonopol. Dagegen müssen wir unbedingt auftreten. Wie, weiß ich auch noch nicht. Ich weiß nicht, wie die Volksstimme darauf reagieren wird, wenn wir ihnen einen Artikel zur Veröffentlichung vorlegen, der ein Gegenartikel zum AKW Stendal ist.

Olaf: Das müssen wir doch probieren!

Holger: Im Sächsischen Tageblatt in Leipzig wird es z.B. so gemacht, daß sie einen Befürworterartikel reinnehmen und darunter gleich einen dagegen.

Olaf: Wir haben relativ spät vom Besuch des Bundesministers Töpfer erfahren. Daraufhin haben wir sehr kurzfristig einen Brief an ihn geschickt, mit der Bitte, ihn sprechen zu wollen, wobei ich für diesen Brief als Hauptargument

das Angebot sehe, bei uns vier AKW's zu errichten. Dies hat mich auch ausgesprochen stark bewegt.

Der Dritte: Ich glaube, daß die Bevölkerung, die jetzt nichts gegen Kernkraftwerke hat oder denen eingeredet wurde, daß es keine Alternativen gibt, da zustimmen würde, weil sie sich sagen: Das wird schon sicherer gebaut als dieses hier. Ein westdeutsches AKW ist für die meisten ein durchdachtes Bauwerk.

Holger: Politische Hintergründe sehen wohl die wenigsten.

atom: *Jedes AKW, auch die bundesdeutschen, hat seine Macken. Es kann nie so gebaut und betrieben werden, daß es garantiert sicher ist. Die Störfallliste ist bei uns endlos lang.*

atom: *AKW's umsonst und 50% des Stroms zurück ist doch für die westdeutsche Atommafia ganz klar ein Geschäft ohne Altlast.*

Holger: Dazu kommt, daß die westdeutsche Kernenergiewirtschaft am Boden ist. Die haben keine Aufträge mehr, deshalb wollen sie sich damit über Wasser halten. Die Regierung wird wahrscheinlich auch noch mal 30% der Kosten übernehmen.

atom: *In der BRD müssen sie 93/94 wieder anfangen zu bauen, weil die ersten Kraftwerke bald stillgelegt werden müssen.*

Olaf: Die Ersatzwerke kommen zu uns.

atom: *Da addieren sich die Interessen. Die KWU will mal wieder was verkaufen, und die EVU's spekulieren schon darauf, ihre Konzessionsgebiete auf die DDR auszuweiten.*

Olaf: Es gibt Standorte, die diskutiert wurden, z.B. Dessau ...

Holger: Dessau ist raus!

Olaf: Das ist doch ein untersuchter Standort. Warum soll der nicht wieder zur Diskussion stehen?

Holger: Standorte, die zur Diskussion stehen: Das KKW 4 bei Dahlen zwischen Leipzig und Dresden (Standort "Schwarzer Kater"). Dieses KKW war so geplant gewesen, daß es die Städte Karl-Marx-Stadt, Halle, Leipzig und Dresden mit Fernwärme beschicken sollte. Wärmeauskopplungen in Größenordnungen von 1500 MW. Deshalb der zentrale Standort. 1987 gab es einen Politbüro-Beschluß, in dem die weitere Entwicklung der Kernenergie dargestellt wurde, so daß bis zum Jahre 2000 wohl noch sechs Reaktorblöcke in Betrieb gehen sollen. Dieser Beschluß ist nie bekannt geworden, da er oberste Geheimsache war. Ich habe davon nur zufällig auf einem Lehrgang im Januar '88 erfahren. Für das KKW 4 waren in diesem Jahr die ersten Gelder eingeplant. Die Anti-KKW Bewegung in der Dahlener Gegend ist wesentlich größer als hier in Stendal. Die treten da sehr massiv auf.

atom: *Gibt es Verbindungen zwischen Stendaler und Leipziger Gruppen?*

Olaf: Wir wissen davon noch nichts. Diejenigen, die schon seit Jahren Anti-KKW Arbeit leisten, sind heute nicht dabei.

atom: Gibt es Kontakte und Absprachen mit Greifswalder Initiativen, wenn Töpfer dorthin fährt?

Der Dritte: Nee, soweit ist es noch nicht, denn wir haben erstmal versucht, eine Richtung in unserer Arbeit zu finden.

Holger: Das Neue Forum fordert eigentlich einen Baustopp von KKW's. Der Verfasser der Studie "Energie und Umwelt" (der Physiker Pflugbeil) ist am Runden Tisch mit dabei, um die Verhandlungen zur Energiewirtschaft in die

richtige Richtung zu lenken. Wir wollen alle nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden, sondern in aller Öffentlichkeit mit allen Bürgern darüber diskutieren. Die Energiesituation ist nicht Sache einzelner Gruppen, sondern die eines jeden Menschen. Hinter der Steckdose steckt vielleicht ein KKW.

atom: *Ist der Baustopp eher als Bedenkzeit gedacht, oder soll damit eine Aussage über die Zukunft der Energiepolitik getroffen werden?*

Holger: Wir wollen Bedenkzeit für die Zukunft haben. Man kann nicht von heute auf morgen sagen, daß wir keine Kernenergie brauchen. Wenn eine Mehrheit der Bevölkerung dafür ist, KKW's zu bauen, dann müssen wir genügend Gelegenheit haben, diese Leute davon zu überzeugen, daß wir das nicht brauchen. Wir müssen ihnen doch zuerst klarmachen, daß es überhaupt KKW's gibt. Bis vor wenigen Monaten dachten viele, daß das KKW Stendal schon seit zwei Jahren läuft. In den Schulbüchern stand schon vor 15 Jahren, daß das KKW Stendal in Bau ist. Die müssen doch irgendwann mal fertig sein, denken sich die Lehrer und sagen ihren Schülern: KKW Stendal ist in Betrieb!

Olaf: Beim KKW Rheinsberg (70 MW, nördl. Berlin,d.Red.) machen wir uns Sorgen um die Stillegung. Es ist das erste, welches jetzt ausläuft (seit 1965 in Betrieb,d.Red).

Holger: Block 5 in Greifswald macht große Schwierigkeiten. Das ist praktisch ein Sorgenkind, und das wird es auch immer bleiben.

Olaf: Große Meldung: In Betrieb gegangen! Nächsten kleine Meldung: Außer Betrieb.

Holger: Die haben den Block 5 mit einer Mängelliste von über 100 Punkten in Betrieb genommen (letzter schwerer Störfall im Nov.89,d.Red.). Da ist das Projekt noch verquerer gelaufen. Es ist nicht zu erkennen, daß in Stendal nicht die gleichen Fehler gemacht werden. Sie lernen nicht aus Greifswald, obwohl der Kraftwerksanlagenbau ein und derselbe Betrieb (riesiges Kombinat,d.Red.) ist. Die aus Greifswald und die aus Stendal kennen sich wahrscheinlich nicht einmal.

Olaf: Ich will doch noch mal auf die Alternativen zu sprechen kommen. Neulich kam die Frage von Leuten aus dem Westen: Warum verbrennt ihr denn die Braunkohle, und warum baut ihr denn KKW's? Warum kauft ihr nicht Gas und Öl? Das ist ganz einfach zu beantworten, denn wir haben kein Geld. Solche Alternativen haben wir nicht sofort. Deshalb müssen wir uns auch die Frage stellen: Brauchen wir soviel Energie, wie wir verpulvern? Ich bin der Ansicht, daß wir die nicht brauchen. Warum muß die DDR beispielsweise ein Exportland für Zement und Kalk sein?

Holger: Es ist doch Humbug, daß wir als kleines Land Schwermaschinen bauen und exportieren. Das machen wir seit 30 Jahren unverändert.

Olaf: Warum müssen wir mit einem ungeheuren Aufwand Aluminium herstellen
Warum müssen wir Karbid herstellen und ähnliches? Dort brauchen wir Einsparungen. Dann können wir auch Alternativen aufzeigen, denn indirekt haben wir dadurch mehr Geld.

atom: *Also eine gesamte Umstellung der Produktions- und Exportpalette.*

Holger: Ja, angefangen bei Kühlschränken, bei Wohnungsisolierungen über energiesparende Glühbirnen, die angeboten werden müssen, bis hin zur Hochsetzung der Energiepreise, der Messung der vergeudeten Energie. Jede fernwärmebeheizte Wohnung zahlt einen Pauschalpreis von 20 bis 30 Mark im Monat. Ich zahl 55 Mark warme Miete für eine 32 qm Wohnung.

atom: *Wird die Raumtemperatur dort mit dem Fenster geregelt?*

Olaf: In den Wohnungen sind an den Heizungen die Absperrventile und Kurzschlußstrecken herausgenommen worden. Wenn's zu warm ist, Fenster auf!

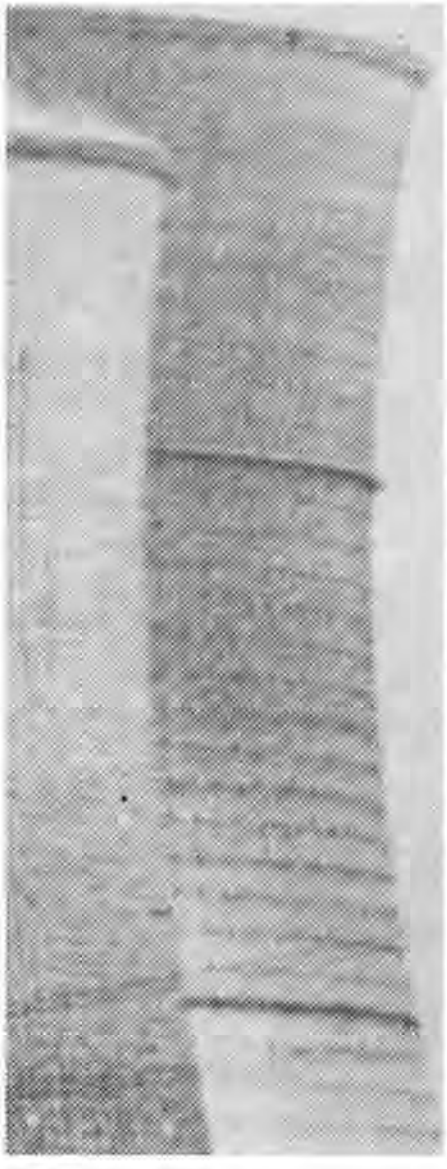
Holger: Wenn ich meine Wohnung wärmetechnisch messen wollte, bräuchte ich vier Wärmemengenzähler, weil ich vier Heizungsstränge durch meine Wohnung zu laufen habe. So veraltet ist fast die gesamte Wohnbausubstanz.

atom: *Wird die Fernwärme pauschal bezahlt, egal wieviel geheizt worden ist?*

Holger: Pauschal!

Der Dritte: Dasselbe gilt für's Wasser. Ob du nun jeden Tag fünfmal oder nur einmal badest ist egal, denn beim Warmwasser ist alles mit drin.

Holger: Wir haben einen durchschnittlichen Warmwasserverbrauch von ca.110 l pro Kopf. Es wurde festgestellt, daß in Wohnungen, in denen sie die Temperatur drosseln mußten, die Badewanne mit Heißwasser gefüllt wurde, um damit zu heizen.



atom: *Na ja, das sind wohl eher Ekzesse als die Regel.*

Holger: Ja, das sind schon Extreme, ...

Olaf: ... die aber Beweis für eine verfehlte Energiepolitik sind.

atom: *Auch die Umstrukturierungen dauern ihre Zeit. Ihr kommt einfach nicht um die Frage herum, womit ihr eure Energie erzeugen werdet. Bei allen Einsparungen, aber irgendwo muß die ja herkommen? Atom und Braunkohle?*

Holger: Es bestehen zwei Möglichkeiten: Einmal sind die Braunkohlekraftwerke, die noch eine gewisse Lebensdauer haben, so zu verbessern und den Bedingungen der Kohle anzupassen, daß sie nicht einen Wirkungsgrad von 22% haben, sondern einen internationalen Wirkungsgrad von 35%. Das wäre schon mal eine Kohleeinsparung. Zweitens: Wir müssen uns überlegen, woher wir unsere Energierohstoffe importieren. Statt Brennelemente für die Kernreaktoren können wir auch Steinkohle importieren und dafür andere Sachen exportieren. Das ist alles nur eine kurzfristige Lösung. Danach müssen wir die alternativen Energiequellen erschließen, in die noch große Forschungsmittel reingesteckt werden müssen.

atom: *Ich möchte noch etwas zu den Stromlieferungen sagen. Mit der Stromtrasse nach Berlin und dem Angebot der Preussen Elektra und Bayernwerke stehen die vor der Tür. Ein weiterer Deal soll sein, Grassleben (ein Braunkohlekraftwerk i.d. DDR östl. Helmstedt,d.Red.) stillzulegen und die Braunkohle nach Buschhaus zu liefern, das wiederum Strom in die DDR zurück schickt. Für eine Übergangszeit zur Überwindung der Engpässe kann es vielleicht tolerabel sein, Strom zu liefern. Die Bedingungen sollten aber ganz klar sein, so daß z.B. nicht landesweite Netzstrukturen aufgebaut werden, die damit Teile der DDR in Demarkationsbereiche der Bayernwerke und Preag aufteilt. Andererseits würde eine dauerhafte Stromlieferung, Anreize zur Umstrukturierung lahmlegen. Es bräuchte sich dann nichts zu ändern.*

Holger: Nee, nee, so wollen wir das auf alle Fälle nicht.

atom: *Das ist aber Strategie unserer EVU's: Erst den Markt übernehmen und anschließend die Bedingungen diktieren.*

Holger: Wir können nicht unsere Umweltprobleme exportieren. Die Versorgung der Städte mit Strom und Wärme kann nur mit dezentralen Heizkraftwerken, egal ob mit Öl, Gas oder Kohle befeuert, sichergestellt werden. Nach und nach sollten die bestehenden Kernkraftwerke zurückgefahren werden bzw. Greifswald noch ein paar Jahre in Betrieb bleiben, aber nur solange wie wir das nötig brauchen (dies sagte er, bevor der Beinahe-Super-GAU bekannt geworden ist,d.Red.).

Olaf: Wir verdienen ja doppelt, wenn wir weniger Braunkohle benötigen, um sie zu verbrennen. Dann könnte der Irrsinn in den Braunkohle-Tagebaugebieten reduziert werden. Selbst kleinere Flötze könnten abgebaut werden, wenn nicht mehr die Massenproduktion im Nacken liegt. Kohle aus dünnen Lagen oder aus Unebenheiten geht nicht mehr auf die Kippe. Solche Maßnahmen führen kettenreaktionsartig zu Vorteilen an verschiedenen anderen Stellen. Was wir hier mit der Braunkohle gemacht haben, ist ganz einfach eine große Schweinerei!

Holger: Es ist wichtig, daß die Energiepolitik im ganzen Land diskutiert wird!

Im Jahr 1989 sind die "Entsorgungs"-Strategien für bundesdeutsche Atomkraftwerke kräftig durcheinandergewirbelt worden. Die Wiederaufarbeitung von Brennelementen (BE) aus Leichtwasserreaktoren war - zumindest nach gängiger Interpretation - durch das Atomgesetz und die Entsorgungsgrundsätze von 1979 die quasi vorgeschriebene Art des Umgangs mit bestrahlten BE. Das Ganze wurde "schadlose Verwertung" genannt und als nationale Aufgabe bezeichnet. Zwei Ereignisse sorgten jedoch 1989 für dumme Gesichter bei Politikern und Bundes- bzw. Landesregierungen. Die Energieversorgungsunternehmen (EVU) kippten zunächst die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf und rüttelten schließlich im Herbst an der Wiederaufarbeitung als Zukunftsperspektive grundsätzlich. Letzteres geschah in einem Strategiepapier der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW), das im folgenden durchleuchtet werden soll.

"Strategieüberlegungen zur Brennelemententsorgung und Verwertung von Plutonium und wiederaufgearbeitetem Uran - Gegenwärtige Situation und langfristige Perspektive -" heißt das Papier, das seit Frühjahr 1989 von den Gremnien der VDEW erarbeitet und im Oktober der Bundesregierung übergeben wurde. Neben der teilweisen Infragestellung der Wiederaufarbeitung werden Forderungen bezüglich Genehmigungserteilungen und Entsorgungsnachweisen erhoben und ein Versuchsballon für eine neue Brennelementart gestartet.

Inhalt der Strategieüberlegungen

In zwei Szenarien für das künftige Atomprogramm in der BRD wird die "Entsorgung" der AKWs und die Verwertung von bei der Wiederaufarbeitung gewonnenem Plutonium (Pu) und Uran (U) entwickelt. Ausgangspunkt für die Szenarien ist die gegenwärtig installierte Gesamtleistung aller bundesdeutschen Atomkraftwerke und eine Betriebszeit pro AKW von 35 Jahren. Ein Zubau über die gegenwärtige Gesamtleistung hinaus wird zwar für nötig, aber im momentanen gesellschaftlichen und politischen Umfeld nicht für möglich gehalten.

Die Atomkraftwerksbetreiber wollen in den nächsten 20 Jahren den Abbrand der BE (d.h. deren Aufenthaltszeit im aktiven Reaktorkern) um mehr als die Hälfte (auf 50 GWd/tSM) erhöhen. Dadurch soll sich die Zahl der gebrauchten BE verringern. Für die anfallenden BE ist für die nächsten 20 Jahre überwiegend die Wiederaufarbeitung vorgesehen. Für die Zeit danach sollen zwei Optionen offengehalten werden :

" - die unmittelbare Wiederaufarbeitung mit anschließender Verwertung der Reststoffe und Lagerung der Abfälle

- die längerfristige Zwischenlagerung der Restmengen und spätere Wiederaufarbeittung oder Direkte Endlagerung. "

In diesem Zusammenhang fordern die Betreiber praktisch eine Änderung des Atomgesetzes, indem der "Entsorgungsnachweis" auf die direkte Endlagerung ausgeweitet werden soll und bereits kurzfristig die Pilotkonditionierungsanlage in Gorleben als solcher anerkannt wird.

Die Mengen der BE die "entsorgt" werden müssen sind für die beiden Szenarien unterschiedlich.

Das Szenario 1 geht von einer konstanten Atomkraftskapazität für den betrachteten Zeitraum bis zum Jahre 2024 aus. D.h., die aus Altersgründen stillgelegten AKWs werden durch neue ersetzt. Insgesamt müßten dann in den nächsten 35 Jahren 19 neue 1300-MW-AKWs gebaut werden. Die Bauentscheidung für das erste soll etwa 1995 getroffen werden. Für den BE-Anfall bedeutet dies insgesamt eine Menge von ca. 20500 t bis 2024. Nach Angaben der VDEW sind davon 5700 t durch feste Wiederaufarbeitungsverträge und 1000 t über die PKA und "Direkte Endlagerung" (DE) abgedeckt. Es bleibt also eine Restmenge von ca. 14000 t, für die noch ein Entsorgungsweg festgelegt werden muß.

Im Szenario 2 wird unterstellt, daß die nach 35-jähriger Betriebszeit stillgelegten Anlagen nicht durch neue ersetzt werden und damit 2024 das letzte AKW abgeschaltet wird. Für dieses Szenario werden zwei Varianten betrachtet.

Bei Variante 1 des Szenario 2 sollen die bestrahlten BE in dem Umfang wiederaufgearbeitet werden, wie das dabei anfallende Pu in den AKWs des jeweiligen EVU als Mischoxid (MOX)-BE wieder eingesetzt werden kann. Dies bedeutet durchschnittlich, daß die bestrahlten BE der letzten 10 Betriebsjahre jedes AKW nicht mehr wiederaufgearbeitet werden, sondern nach längerer Zwischenlagerung direkt endgelagert werden müssen. Die insgesamt anfallende Menge an bestrahlten BE beträgt ca. 16400 t von denen dann knapp 10000 t bisher keinen festgelegten "Entsorgungsweg" haben. Über die Hälfte davon kann aber im Rahmen dieser Variante auf keinen Fall wiederaufgearbeitet werden.

In Variante 2 des Szenario 2 sollen mit Ausnahme der für die PKA vorgesehenen BE alle anderen zunächst wiederaufgearbeitet werden. Das dabei gewonnene Pu wird zunächst in MOX-BE und in den letzten Betriebsjahren (10-15 ?) einiger AKWs in sogenannten Pu-Brenner-Elementen eingesetzt. Diese neue BE-Art müßte jedoch erst noch entwickelt werden. Sie soll Plutoniumoxid und abbrennbare Neutronengifte (z.B. Hafnium) enthalten. Je nach Länge der Einsatzzeit wird mehr oder weniger Pu "verbrannt". Die bestrahlten Pu-Brenner-Elemente sollen der DE zugeführt werden.

Die Verwertung der aus der Wiederaufarbeitung gewonnenen Reststoffe (Pu und U) wird in dem VDEW-Papier ebenfalls betrachtet. In 18 der in Betrieb befindlichen 21 AKWs (für 10 bereits genehmigt) sollen MOX-BE eingesetzt werden. Die Fertigungskapazität für MOX-BE im Hanauer Siemens-Werk soll bis 1995 von jetzt 30 t auf 120 t pro Jahr ausgebaut werden. für diesen Fall wird eine Ausgewogenheit zwischen dem Plutoniumanfall aus der Wiederaufarbeitung und der Verarbeitung zu BE postuliert. Die Isotopenzusammensetzung des Pu aus Hochabbrandelementen (die angestrebt werden) und aus bereits wiederaufgearbeiteten MOX-BE bereitet allerdings bei der BE-Herstellung Probleme. Darüberhinaus stellt die VDEW fest :

" Die Verarbeitung des Pu zu MOX-BE in der neuen Siemensanlage führt ohne Berücksichtigung der Wiederaufarbeitungskosten zu MOX-Fertigungskosten, die gemittelt bis 1998 (Vertragslaufzeit mit Siemens) ca. 1000 DM pro kg (heutiger Preisstand) über den Kosten eines energieäquivalenten Uranbrennelementes liegen werden."

Die Verwertung von wiederaufgearbeitetem U hat im Gegensatz zu Pu (1988 wurden MOX-BE bereits in 7 AKWs eingesetzt) bisher in der BRD keine Rolle gespielt. Eine Verwendung auch des Urans, das in den nächsten Jahren aus Frankreich und England zurückkommt, ist vorerst nicht vorgesehen und für das U aus den Hochabbrandelementen *"auch langfristig nicht absehbar"*.

Auswirkungen auf bundesdeutsche Atomanlagen

Wiederaufarbeitungsanlagen.

Eine neue ist nicht vorgesehen und ein Weiterbetrieb der in Karlsruhe wird zahlenmäßig nicht berücksichtigt.

Konditionierungsanlagen.

Für die PKA wird die kurzfristige Anerkennung als Entsorgungsvorsorgenachweis gefordert. Die jährliche Kapazität von 35 tSM wird voll in die Szenarien für die BE eingerechnet. Dies vernachlässigt jedoch den Pilotcharakter der Anlage und unterschlägt die anderen Aufgaben, wie die Herstellung zwischen- und endlagergerechter Gebinde aller Abfallarten (einschl. HAW-Glaskokillen).

Die Option DE würde spätestens für das Jahr 2000 den Bau einer Konditionierungsanlage in großtechnischem Maßstab erfordern.

Zwischenlager.

Die Kapazitäten der Zwischenlager Ahaus und Gorleben werden für beide Szenarien voll ausgelastet. Neben den HAW-Kokillen und den BE die ohnehin nicht für eine Wiederaufarbeitung vorgesehen sind (HTR, Forschungsreaktoren usw.), können sich nach gegenwärtigem Vertragsstand bis 2000 etwa 2500 t BE ansammeln, die zwischengelagert werden müssen. Für das Szenario 2,Variante 1 könnte in der zweiten Hälfte des betrachteten Zeitraumes sogar ein Druck für zusätzliche Kapazitäten entstehen.

Endlager.

Für die beiden vorgesehenen Endlager würden sich bei Übergang zur DE die Mengen und relativen Anteile einzulagernden Atommülls nach dem Jahr 2000 ändern. Für Schacht Konrad fielen in den letzten zehn Jahren des Betrachtungszeitraumes der Szenarien ca. 30 % weniger nichtwärmeentwickelnder radioaktiver Abfall an. Für Gorleben würde sich vermutlich während des Betrachtungszeitraumes keine Änderung ergeben, da die Inbetriebnahme des Endlagers frühestens für 2008 vorgesehen ist.

AKWs.

Hier wird durch das VDEW-Papier ein starker Genehmigungsdruck aufgebaut. Einmal für die Möglichkeit des Einsatzes von MOX-BE in weiteren 8 AKWs und zum anderen für die Abbranderhöhungen.

BE-Fabrik.

Die Siemens-MOX-Fertigungsanlage soll ihre Kapazität auf 120 tSM pro Jahr erhöhen (bereits in Bau). Zusätzlich müssen durch die Verarbeitung von wiederaufgearbeiteten Pu aus MOX-BE und Pu aus Hochabbrandelementen die Genehmigungswerte für die Neutronenquellstärke erhöht werden.

Politische Bewertung

Für die Analyse der gegenwärtigen Situation in der Atomenergiewirtschaft müssen auch die neuen Verträge mit Cogema und BNFL berücksichtigt werden, die z.Z. (Anfang Januar 90) bei Töpfer zur Bewertung liegen. Auch wenn diese, entgegen den Erwartungen, nur eine kurze Laufzeit (bis 2.005) haben und das VDEW-Papier dicke Fragezeichen hinter die Wiederaufarbeitung setzt, so wäre es nach meiner Meinung falsch, wenn die Anti-AKW-Bewegung das Thema Wiederaufarbeitung zu den Akten legt. Es ist davon auszugehen, daß in den nächsten 15 Jahren ca. 10.000 t BE (SM) im Ausland wiederaufgearbeitet werden. Damit ändert sich mittelfristig nichts an den Problemen (Kontrolle des anfallenden Pu, Mengenvergrößerung des radioaktiven Abfalls, Konditionierungs- und Endlagerungsprobleme usw.), die für die BRD damit verbunden sind. Die langfristige Perspektive wollen sich die EVUs offen halten :

"Wie weit später die direkte Endlagerung als zusätzlicher
Entsorgungsweg in Betracht kommt, hängt im wesentlichen
davon ab, wie schnell dieser Weg technisch, rechtlich und
politisch abgesichert werden kann und wie sich die Kosten für
die beiden Entsorgungswege (einschließlich Endlagerkosten)
im Verhältnis zueinander entwickeln."

Durch diese Haltung sind die EVUs in der Lage, wirtschaftlich und politisch flexibel zu reagieren. Das Tor für die SPD zum neuen Energiekonsens ist damit offen. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Partei verhält.

Da Cogema und BNFL zur Kapazitätsauslastung ihrer Anlagen auf Verträge angewiesen sind, sind die EVUs auch hier in der Lage sich durch Knebelverträge größtmögliche Flexibilität zu erhalten.

Damit beide Optionen, "Direkte Endlagerung" und Wiederaufarbeitung, für die Zukunft offen sind, muß die Betreiberseite natürlich die Gleichstellung (Atomgesetzänderung) der DE fordern. Die Wirtschaftlichkeitsfeststellungen im VDEW-Papier und Verlautbarungen einzelner EVUs zeigen im Moment eine Tendenz gegen die Wiederaufarbeitung, dies kann sich jedoch durch eine Neuordnung der EVUs in der BRD und weiteren Veränderungen durch EG-Binnenmarkt bzw. fortschreitender Europäisierung der Atomindustrie, sowie internationaler Wettbewerbsfähigkeit wieder ändern.

Die weiteren Schritte von Politik und Wirtschaft sollten von uns genau analysiert werden, um zu sehen welche Tendenz sich verstärkt. Dabei sollte sich die Anti-AKW-Bewegung davor hüten, einen der beiden "Entsorgungswege" aus dem Auge zu verlieren.

Eine Bemerkung zum Schluß:

Die Variante 1 des Szenario 2 wäre nach schwedischem Vorbild ein Vorgehen, das in bestimmten Kreisen in der Bundesrepublik auf Interesse stoßen könnte. Allein die Menge des dabei noch anfallenden Atommülls läßt jedoch für Gegner der Nutzung von Atomenergie nur die Forderung nach dem sofortigen Ausstieg zu.

Wolfgang Neumann,
Gruppe Ökologie Hannover

Weihnachtsgeschenk für Industriekunden

Die großen Stromkonzerne RWE, Preussen-Elektra, Isar-Aperwerke, VEW, und HEW bereiten der Industrie ein Weihnachtsgeschenk: Die Strompreise sollen zu beginn des neuen Jahres (Preussen-Elektra ab 1.7.1990) um 5 oder mehr Prozent gesenkt werden Die Strompreise für die Haushalts- und Kleingewerbekunden werden indes beibehalten.

Dieses "Geschenk" wird für die Industrie zu niedrigeren Stromkosten in Höhe von rund einer Milliarde DM pro Jahr und zu einer weiteren Stromverschwendung durch Wärmeanwendungen in der Industrie führen. Für die Umwelt bedeutet dieses "Geschenk" mehr Emissionen an Luftschadstoffen und damit mehr Umweltschäden.

Möglich werden diese Strompreissenkungen aus zwei Gründen: Da ist zum einen der geringere Kapitalbedarf der EVU zu nennen. Die Stromnachfrage ist in den letzten Jahren wesentlich langsamer als erwartet angestiegen, so daß derzeit kaum neue Kraftwerke gebaut werden und zudem die Kosten für die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf entfallen. Zum anderen werden die Strompreissenkungen durch die extrem hohen Strompreise bei den gewerblichen Tarifkunden möglich. Das Preisniveau dieser Kundengruppe liegt um 136 % höher als bei den Industriekunden! (Quelle Elektrizitätswirtschaft, 21/1989, S. 1452).

Über 50 % dieser Kleingewerbekunden zahlen Strompreise, die vier mal höher sind als die der Industrie! Unter politischen und energiewirtschaftlichen Aspekten ist diese einseitige Strompreissenkung ein Skandal:

- Trotz drohender Klimakatastrophe und weiterhin bestehendem Risiko bei den den Atomkraftwerken sollen die Industriekunden verstärkt von der rationellen Energienutzung und der Eigenstromerzeugung in industriellen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen abgehalten werden.
- Anstatt die von den Kunden erwirtschafteten Erlöse für die Erschließung regenerative Energiequellen und für den Einsatz rationeller Nutzungstechnologien einzusetzen, soll nun die Bilanz der Industriebetriebe weiter verbessert werden.
- Das Weihnachtsgeschenk kann auch nicht damit begründet werden, daß die Industrie diese Preissenkungen bräuchte, weil sonst die internationale Wettbewerbsfähigkeit gefährdet sei. noch nie waren die Exportüberschüsse der bundesdeutschen Wirtschaft so hoch wie in den vergangenen Jahren. Zudem betragen die Stromkosten in den meisten Industriebetrieben nur 1 bis 2 % der gesamten Produktionskosten, so daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit durch die Strompreise kaum beeinflußt wird.
- Auch der "billige" Atomstrom, der aus Frankreich ins Land zu drängen droht ist eher ein harmloses Schreckgespenst: Derzeit importiert Frankreich mehr Strom aus der Bundesrepublik als es liefert. Mangels Kühlwasser muß die Stromproduktion vor allem in den französischen Atomkraftwerken eingeschränkt werden.

Die Stromkonzerne treiben mit ihren Strompreissenkungen das alte Spiel mit ihren falschen Karten auf die Spitze: diejenigen Verbraucher, die keine oder geringe Ausweichmöglichkeiten für eine eigene Stromproduktion haben (wie z.B. Haushaltskunden oder Kleingewerbekunden), werden verstärkt zur Kasse gebeten. Die Industrie hingegen, die aufgrund des dort vorhandenen technischen Know-hows eigene, effiziente Stromerzeugungsanlagen betreiben könnte, wird durch Dumpingpreisangebote geködert.

Die Energieaufsichtsbehörden, die für die Höhe der Tarifpreise zuständig sind, schlafen weiterhin ihren Dornröschenschlaf. Das Öko-Institut fordert die Aufsichtsbehörden auf zu prüfen, wie es möglich ist, daß dieselben Kraftwerke für die einen Kunden nun billiger Strom produzieren, während sich diese Kostensenkung bei andren Kunden (Haushalt, Gewerbe und Landwirtschaft) angeblich nicht auswirken soll.

Das Öko-Institut fordert weiterhin, diese Preissenkungen für die Industrie rückgängig zu machen und die überschüssigen Erlöse in einen Sonderprogramm einzubringen, aus dem regenerative Energiequellen, Technologien der rationellen Stromnutzung und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen gefördert werden.

Gleichzeitig wendig sich das Öko-Institut an die Verbraucherverbände und schlägt ihnen vor, gemeinsam gegen diese provozierende Preispolitik der Verbundunternehmen vorzugehen.

Öko-Institut e. V.,
Binzengrün 34a, 7800 Freiburg i. Br.
(Für Rückfragen stehen beim Öko-Institut Herr Kohler und Herr Seifried zur Verfügung)

GNS folgt DWK

Als Ersatz für die schrumpfende DWK wird zum 1. Juni die Gesellschaft für Nuklearservice (GFN) von Essen nach Hannover übersiedeln mit rund 80 Mitarbeiter, zu denen zunächst weiter 70 von der DWK kommen werden, die bis zum Auslaufen noch rund 20 Mitarbeiter beschäftigen dürfte. Die Essener Gesellschaft soll dann auch Träger des Projekts der Pilotkonditionierungsanlge in Gorleben werden. Die Gesellschaft bringt drei Geschäftsführer mit, deren Sprecher Dr. Baatz ist

Sie dürfte ihren Personalbestand im Ergebnis auf 200 bis 250 aufstocken. Die DWK wird als Geschäftsführer in der Zeit der Abwicklung die beiden bisherigen Prokuristen Schulz und zur Nedden haben. Der DWK Vorstand Strassburg wechselt zum 1. Februar zu RWE, wo er zuständig für das gesamte DDR-Geschäft sein wird. Das kaufmännische Verstandsmitglied Wölfel geht zum 1. Januar nächsten Jahres zur bayerischen

OBAG, einer Tochter des Bayernwerks. Das technische Vorstandsmitglied Prof. Höhlein scheidet Mitte des Jahres aus, das Vorstandsmitglied Weinländer dürfte zuständig werden für die kleine Wiederaufarbeitungsanlage in Karlsruhe. Die Entscheidung darüber dürfte im DWK-Aufsichtsrat am 24 Januar fallen.

(entnommen aus Rundblick v. 12.1.90)

Thesen zur »Entsorgung«

Ein Diskussionspapier aus der »Gruppe Ökologie«

In den „Ökologischen Briefen" 2/90 ist auszugsweise ein Papier dokumentiert, das nicht zur Veröffentlichung gedacht war. Durch eine Indiskretion ist eine (als solche gekennzeichnete) interne Diskussionsvorlage zu dieser Zeitschrift gelangt und falsch interpretiert worden. Das Papier wurde im September '89 geschrieben und sollte dazu dienen, im Arbeitskreis Europäisierung (Gruppe von Einzelpersonen aus der Anti-AKW-Bewegung) über Ansätze zu möglichen Schritten zu diskutieren, die einen neuen Energiekonsens in der BRD verhindern. Ein Punkt dieser Diskussion sollten Überlegungen sein, ob es sinnvoll ist, die Forderung der Anti-AKW-Bewegung nach sofortiger Stillegung aller Atomanlagen durch Konkretisierung der Machbarkeit und Aufzeigen des Brennelementmengenproblems zu ergänzen. Wären die Ansätze des Papiers im Arbeitskreis positiv diskutiert worden, hätte der nächste Schritt die Diskussion mit den Standortinitiativen (Zwischen-, Endlager, AKW) sein sollen und **danach** gegebenenfalls eine Veröffentlichung. Aus verschiedenen Gründen hat jedoch bisher keine Diskussion stattgefunden. Eine Veröffentlichung, noch dazu bei der Zielgruppe der „Ökologischen Briefe", stand also nicht an und das Papier ist in seiner Form auch nicht dazu geeignet, da es im Bewußtsein der begleitenden mündlichen Erläuterung geschrieben ist und nicht zur kommentarlosen Verbreitung. Wir (Gruppe Ökologie) haben uns jedoch unter den jetzt gegebenen Umständen entschlossen, das Papier der Anti-AKW-Bewegung bekannt zu machen und danken der „atom" für die Möglichkeit. Damit sollen Mißverständnisse untereinander vermieden werden. Es handelt sich nicht um einen abschließenden Vorschlag für eine Naßlagerung am Standort, sondern – wie an mehreren Stellen erwähnt – um Denkansätze, die auch innerhalb der Gruppe Ökologie nicht eingehend auf ihre Realisierungschancen untersucht sind. Vielleicht entsteht jetzt trotzdem eine fruchtbare Diskussion, die etwas mehr Bewegung bringt. Wir haben jedoch nicht die Absicht (wie es der Art der Veröffentlichung in den Ökologischen Briefen entnommen werden könnte), die Strategie der Anti-AKW-Bewegung vorzubestimmen. Vielmehr wollen wir (auch mit diesen Ansätzen) beratend und natürlich mit eigenen Vorschlägen an der Diskussion teilnehmen.

Gruppe Ökologie Hannover, Januar 1990

„Entsorgung" nach Abschalten aller AKW's (Diskussionsvorlage)

Die Anti-AKW-Bewegung hat bezüglich der sogenannten Entsorgung seit vielen Jahren einen Grundkonsens: Über Behandlung und Verbleib der radioaktiven Stoffe wird erst nach dem definitiven Ausstieg aus der Atomenergie diskutiert. Mit dieser generellen Position ist in der gegenwärtigen diskussion um einen neuen Energiekonsens zwischen Parteien und anderen gesellschaftlichen Gruppen nur eine defensive Argumentation möglich, d.h. es besteht die Gefahr, daß wir uns auch weiterhin nicht konstruktiv an der Lösung von Problemen zur Endlagerung (Einlagerungstechnik, Wirtsgestein, Standort usw.) beteiligen, solange noch ein AKW am Netz ist. Um den kurzfristigen Ausstieg in die gegenwärtige Diskussion mit Nachdruck und offensiv einbringen zu können, ist es jedoch notwendig, auch aufzuzeigen, wie wir nach dem Abschalten die nötige Zeit gewinnen wollen, um die Endlagerung in Ruhe zu diskutieren.

Hier soll ein erster Versuch in diese Richtung gemacht, einige Gedanken und Ansätze formuliert werden. Das Dilemma einer solchen Diskussion ist natürlich die Gefahr des Mißbrauchs von Teilen der Überlegungen durch Befürworter der Atomenergie. Diese könnten sie für ihre Argumentation nutzen. In der breiten Bevölkerung könnten so bestimmte Schritte (wie z.B. Zwischenlagerung, direkte Endlagerung) durchsetzbarer gemacht werden und damit der Weiterbetrieb der AKW's gesichert werden. Wir dürfen uns deshalb nicht für bestimmte Schritte im Sinne eines sicherheitstechnisch ausreichenden Konzeptes aussprechen. Es muß klar bleiben, daß auch unsere Vorschläge Sicherheitsrisiken beinhalten, die allerdings durch die Betreiber der AKW's zu verantworten sind. Im übrigen werden die Risiken umso größer, je länger die AKW's in Betrieb bleiben (u.a. Mengenprobleme).

Eine Position zum Verbleib des Atommülls nach dem Abschalten muß folgende Kriterien berücksichtigen:

1. Die Zahl der Entsorgungsschritte muß möglichst gering sein.
2. Die nicht zu vermeidende Freisetzung radioaktiver Stoffe muß insgesamt minimiert werden.
3. Der Atommüll muß kontrollierbar und für Eingriffe zugänglich bleiben.
4. Die Strahlenbelastung für Betriebspersonal, d.h. die Zahl der menschlichen Tätigkeiten bei Überwachung und Handhabung soll unter Berücksichtigung von 3. so gering wie möglich sein.
5. Das Volumen des Atommülls muß in Abwägung von Sicherheitsrisiken gering gehalten werden.
6. Für die Entscheidung über die relativ ungefährlichste Endlagerungstechnik und -art soll genügend Zeit zur Verfügung stehen.

Im folgenden soll der beim Betrieb der AKW's entstehende radioaktive Abfall nicht behandelt werden. Vielmehr gilt die Konzentration dem problematischsten Produktstrom, den bestrahlten Brennelementen (BE). Das Entsorgungskonzept der Bundesregierung sieht nach Entnahme der BE aus dem Reaktorkern folgende Schritte vor:

a) Lagerung der BE im Naßkompaktlager am AKW-Standort.
b) Zwischenlagerung der BE in Trockenlagern Ahaus/Gorleben) und/oder Eingangs(naß)lager der Wiederaufarbeitungsanlagen (La Hague, Sellafield).
c) Wiederaufarbeitung (WA) der BE.
d) Konditionierung der WA-Abfälle (HAW, MAW, LAW) mit evtl. anschließender Zwischenlagerung.
e) Endlagerung.
f) 3-4 Transport- und damit Verpackungsvorgänge.

Eine im Moment in der öffentlichen Diskussion wieder auftauchende zweite Möglichkeit ist die direkte Endlagerung. Sie erspart die technisch komplizierte WA und die daraus folgenden Gefahren beim Umgang mit den abgetrennten Produkten (z.B. Proliferation). Hier sind die von den Betreibern vorgesehenen Schritte:

a) Wie oben.
b) Zwischenlagerung in Trockenlagern.
c) Konditionierung der BE.
d) Evtl. erneute Zwischenlagerung.
e) Endlagerung.
f) 3-4 Transporte.

Um die Kriterien 1-5 zu erfüllen, muß auf die Schritte WA, Konditionierung (mindestens bezüglich Aufhebung der Integrität der Brennstäbe) und externe Zwischenlagerung verzichtet sowie die Zahl der Transporte auf einen begrenzt werden. Grundlage eines Konzeptes zum Umgang mit den bereits vorhandenen bestrahlten BE wäre damit deren Lagerung am jeweiligen AKW-Standort und den unmittelbaren Transport zum Endlager mit sofortiger Einlagerung. Je

nach Lagerart und Endlagerkonditionierung können die BE entweder bereits in den Endlagerungsbehältern transportiert oder am Endlagerstandort umgepackt werden. Die Art der Lagerung von BE am AKW-Standort muß für sich ebenfalls die Kriterien 2-6 (s.o.) erfüllen. Hierüber muß ausführlich diskutiert werden. Es gibt zwei (Zwischen-)Lagerkonzepte, die von der Industrie entwickelt worden sind und hier zunächst gegenübergestellt werden sollen. Im Anschluß werden Ansätze genannt, die für die Entwicklung eines eigenen Konzeptes benutzt werden können. Die Machbarkeit der einzelnen Punkte muß natürlich noch im einzelnen überprüft werden.

ben und Flugzeugabsturz der höchsten Kategorie ausgelegt und mit bestmöglichen Filtern ausgestattet.

● Die Einlagerung der BE in dieses Naßlager könnte in verschiedenen Stufen erfolgen

1. Die zum Zeitpunkt des Abschaltens im Reaktorkern befindlichen BE bleiben dort für eine festzulegende Zeit, bis zu der ein Teil der kurzlebigen Spaltprodukte zerfallen ist und die Wärmeentwicklung auf einen bestimmten Wert zurückgegangen ist. Das Reaktorkühlsystem bliebe für diese Zeit in Betrieb (aktive Kühlung mit – für Lagerung – hoher Redundanz).

	Naßlager (kompakt)	Trockenlager
Kühlung	aktive Kühlung durch 3 Wasserkreisläufe mit rel. hohem Wartungsaufwand	passive Kühlung durch nat. Luftkonvektion mit geringem Wartungsaufwand
insges. notw. Überwachungstätigkeit	groß	weniger groß
Belastung d. Brennstabhüllrohre	gering	hoch
Freisetzungen i. d. Luft (Normalbetrieb)	vorhanden	zunächst sehr gering, mit Lagerdauer evtl. zunehmend
Abfälle durch Lagerung	größere Mengen Schlämme aus Kühlwasserreinigung und Filter	geringe Abfälle durch Prüfmethoden
Rückhaltung d. Radioaktivität im Falle langfristiger Vernachlässigung	gering (Freisetzung aus allen BE mögl.)	begrenzt (Freisetzung „nur" aus einigen Behältern)
aktivierbares Gefahrenpot. bei EVA	sehr hoch	hoch
Einschätzung von Unfallfolgen	möglich	schwer möglich (mehr Unsicherheiten)
Lagererfahrungen	umfangreich	gering
Kontrollmöglichkeiten	gut	nicht so gut
Diebstahl (Pu)	kompliziert	relativ einfach
Sabotage	möglich	mit größerem Aufwand möglich
Freisetzung bei Endlagervorbereitung	relativ gering	höher
mögliche Lagerzeit	30 - 40 Jahre	30 - 40 Jahre
sonstiges	Vermaschung zwischen Kühlkreisläufen des Reaktors und des Lagers	

Diese Gegenüberstellung zeigt, daß beide Lagerarten mit hohen Gefahren verbunden sind. Es muß also eine Lagerart gefunden werden, die die Nachteile der beiden obigen z.T. ausschließt bzw. zumindest verringert. Das Konzept könnte für den Fall der Abschaltung aller AKW's eine Übergangslösung mit mehreren Zwischenschritten am jeweiligen AKW-Standort vorsehen. Die Abschaltung wäre dabei auch technisch die notwendige Voraussetzung, um das Problem mengenmäßig noch so gut es geht in den Griff zu bekommen. Kernpunkt der Vorschläge ist eine Naßlagerung mit veränderten Randbedingungen. Hier nun einige skizzenhafte Ideen, die nebeneinandergestellt sind. Diese könnten zum Teil oder ganz in das Konzept eingebaut werden.

● Für alle BE wird zur „Langzeitzwischenlagerung" am jeweiligen Standort ein Naßlager eingerichtet, dessen Becken so dimensioniert ist, daß die passive Kühlung der BE durch die Menge an Flüssigkeit und die Abführung von Wärme über die Beckenauskleidung nach außen gewährleistet ist.

● Das zu errichtende Gebäude für dieses Naßlager am Standort wird gegen Erdbe-

2. Die BE aus den Kompaktlagern und später die aus dem Reaktorkern (evtl. auch mit Zwischenschritt Reaktorkern - Kompaktlager) kommen dann nach einer festzulegenden Abklingzeit in das Naßlager. Die jeweilige Abklingzeit hängt davon ab, wieviel Wärme die BE noch entwicklen dürfen, ohne daß die Kühlfähigkeit der Flüssigkeit im Lagerbecken überbeansprucht wird.
3. Sind alle BE eingelagert, kann das System mit Ausnahme der Überwachung von Spaltprodukten im Wasser und der Reinigung des Wassers in bestimmten Abständen sich selbst überlassen werden.

● Sollte nach Ablauf der verantwortbaren Zeit für eine Naßlagerung noch kein tragfähiges Endlagerkonzept gefunden sein, könnte die Lagerung der BE am gleichen Ort ohne Flüssigkeit fortgesetzt werden. Voraussetzung wäre natürlich auch hier eine entsprechende Abnahme der Wärmeentwicklung, so daß eine Kühlung über Natukonvektion durch Liner an den Wänden des Gebäudes erfolgen kann.

● Für die Endlagerung wird untersucht, inwieweit es möglich ist, die Behälter, in die die BE am Standort zum Transport geladen werden, gleich als Endlagerbehälter zu nutzen. Die dabei auftretenden Probleme sind gegenüber den heutigen Transporten von BE geringer, da die Wärmeentwicklung dann längst nicht mehr so stark ist.

Zusammenfassend könnte sich mit der Forderung noch sofortigem Ausstieg folgende Position ergeben:

0. Abschalten.
1. BE aus Reaktorkern und Kompaktlager kommen nach bestimmter Zeit in passive Naßlager am Standort.
2. Diskussion und Prüfung über die relativ ungefährlichste Art der Endlagerung.
3. Transport zum Endlager, wenn sofortige Einlagerung gewährleistet ist.
4. Endlagerung.

Gruppe Ökologie Hannover,
11. September 1989

Den für diese atom-Ausgabe angekündigten ausführlichen Artikel über die Energiepolitik der UdSSR müssen wir noch einmal verschieben. Der Autor, der zwischen den Jahren das Manuskript endgültig fertigstellen wollte, hat es nun doch nicht geschafft. Stattdessen veröffentlichen wir eine Rede des sowjetischen Historikers und atom-Mitarbeiters Wadim Damier über die „Informelle Bewegung in der UdSSR" sowie ein Tschernobyl-Streitgespräch zwischen sowjetischen Wissenschaftlern und Journalisten, das in der Dezember-Ausgabe der Zeitschrift „moscow news" (mn) erschien.

Die informelle Bewegung in der UdSSR

Vortrag am 25.11.1989 im FB Politische Wissenschaft der FU Berlin

Zuerst wollte ich nur über die ökologische Bewegung in der Sowjetunion reden, doch dieser Teil der Bewegung ist heute sehr eng, sogar untrennbar, verbunden mit anderen Teilen der sogenannten informellen Bewegung. Hier in der BRD nennt man diese informelle Bewegung in der Sowjetunion oft „Alternative Bewegung", obwohl das nicht ganz korrekt ist. Die Grünen und Alternativen (im Sinne alternativer Lebensweise, alternativer Produktion usw.) bilden nur einen Teil der informellen Bewegung. Man kann sie auch nicht alle als **politische** Bewegungen bezeichnen – da gibt es z.B. solche, die erklären, mit Politik hätten sie nichts zu tun. Korrekt wäre eher **soziale** Bewegungen, weil sie gesellschaftliche (kollektive) Forderungen auf die Tagesordnung setzen und direkt oder indirekt bestimmte soziale Positionen ausdrücken. (...)

Zunächst will ich, wenn es auch ein bißchen kurz und oberflächlich erscheint, die in der Sowjetunion real existierenden Probleme beschreiben, um zu verdeutlichen, in welcher gesellschaftlichen Situation diese Bewegungen tätig sind. Was die Wirtschaft betrifft, so ist die Lage, (...) ziemlich schwierig. Die bürokratische Planung von oben hat sich als ungenügend erwiesen. (...) In der Phase der anfänglich forcierten Industrialisierung konnte die etatistisch-zentralistische Methode nützlich für ein System sein, obwohl hier natürlich nicht die Rede von Produktionseffektivität im kapitalistischen Sinne, sondern sozusagen über die Macht-effektivität des Systems selbst ist. Später erwiesen sich die etatistischen Methoden für die Weiterentwicklung als störend und die technokratische Bürokratie begann mit ihren Modernisierungs- und Effektivierungsansätzen. Das Weiterexistieren der etatistischen Methoden bedroht wegen systematischer Produktionsdefizite und Disproportionen die Systemstabilität. Aufgrund dieser Disproportionen entstand eine Schicht des Spekulantenbürgertums, der Schwarzmärktler, der Mafiosi, die mit ihrem Luxus – wie die Bürokratie mit ihren Privilegien – den einfachen Menschen reizen. Die soziale Ungleichheit ist extrem hoch. Laut der Wochenzeitung „Argumenty i fakty" sind ungefähr 85 % der Sowjetfamilien arm und die Mehrheit der anderen hat ihr Vermögen auf ungerechte Weise erworben. Man muß davon ausgehen, daß die Erweiterung der Marktwirtschaftsorientierung in der Sowjetunion zu schweren sozialen und wirtschaftlichen folgen führen wird. Das westliche marktwirtschaftliche Modell mit seiner hohen (sogar überhohen) Effektivität und mit der Überschußproduktion ist auf unserem Boden kaum übertragbar. (...)

Es ist charakteristisch, daß die neuen sowjetischen Privat- und Kollektivunternehmer es bevorzugen, nicht in die Produktion sondern eher in Spekulationen zu investieren. (...) Das Verhältnis von Nachfrage und Angebot ist seit Jahrzehnten chronisch gestört. In der Situation der scharfen sozialen Unterschiede kann das alles nur zur Verschlechterung der sozialen und materiellen Lage der Lohnempfänger führen – infolge der Modernisierung, Effektivierung, sogenannter Arbeitskraftfreisetzung, Preiswachstum, galoppierender Inflation und äußerer Verschuldung. In einem sowjetischen Zeitungsartikel wurde die Einschätzung eines Mafiosi wiedergegeben, daß die Marktwirtschaftler den Weg für sie bereiten würden. In einem anderen Artikel spricht ein prominenter Wissenschaftler über „positive Elemente des schwarzen Marktes", die unbedingt legalisiert werden müssen. Damit ist der Kreis geschlossen. Die Situation ähnelt der in Lateinamerika.

Noch ein paar Worte speziell über die ökologische Situation. Die Sowjetunion leidet meines Erachtens gleichzeitig einerseits an schweren Folgen der Industrialisierung, die in der ganzen Welt eigentlich identisch erscheinen (d.h. Herrschaft, die entfremdete Technologie, Gigantomanie, Überzentralisierung u.a.) – und zweitens an deren etatistisch-bürokratischer Form der Zentralleitung von oben. Letzteres vertieft noch mehr die für die industrielle Entfremdung übliche Gleichgültigkeit derer, die Entscheidungen bezüglich der langfristigen Interessen der Natur und der Betroffenen treffen. Die Umwelt ist schon jetzt ruiniert. Das Hauptproblem besteht inzwischen darin, daß das den Disproporz zwischen Nachfrage und Angebot korrigierende Produktionswachstum durch die Entwicklung der Marktbeziehungen, joint-ventures, Effektivierung und Modernisierung die ökologische Lage noch stärker verschlechtern wird.

In dieser Situation sind prinzipiell (d.h. in reinen Formen) drei Entwicklungswege mög-

lich:
▷ die Rückkehr zum neostalinistischen Etatismus (diese Menschen nennt man in der Sowjetunion „Konservative"),
▷ die rasche Entwicklung der Marktwirtschaft (etwa im neoliberalen Sinn) oder – aufgrund der Erkenntnisse der Verderblichkeit beider dieser Wege –
▷ der Versuch, einen dritten, sozialeren, gerechteren und ökologischeren Weg zu finden.
Diese allgemeine theoretische Schlußfolgerung soll uns jetzt bei der Charakterisierung der politischen Positionen und Organisationen innerhalb der informellen Bewegung nützlich sein.
Beginnen wir also von rechts nach links, weil in der Sowjetunion schon jetzt das gesamte politische Spektrum von Monarchisten bis Anarchisten vertreten ist. Früher konnte man im rechten Flügel drei mehr oder weniger klare Tendenzen finden: das waren Rechtsextremisten, Stalin-Nostalgiker und ein mehr oder weniger moderner rechter Populismus. Jetzt schließen sie sich in vielen Zügen zusammen. Zum Beispiel geben Monarchisten oder profaschistische „Pamjat"-Gruppierungen zu, daß Stalin nicht so schlimm war, da er die Traditionen der großrussischen Macht weiterentwickelte. Andererseits ist es auch für manche Stalinisten charakteristisch, die alte Vergangenheit Großrußlands zu idealisieren. Und was die Rechtspopulisten anbetrifft, so verneinen sie mehrheitlich ihre neostalinistische Orientierung, obwohl ihre Gesellschaftskonzepte genauso orientiert sind.
Die erklärten Monarchisten sind eine relativ kleine Tendenz, in der die sogenannte Volksmonarchistische Partei, die eng mit einigen konfessionellen Kräften verbunden ist, die Bewegung für die Heiligsprechung der Zarenfamilie und eine „Pamjat"-Fraktion vertreten sind. Sie lehnen Sozialismus offen ab und verherrlichen das Zarenrußland. Die rechtsextremistische Tendenz, die mit verschiedenen Gruppierungen von „Pamjat" vertreten ist, bevorzugt das nicht offen zu tun, sondern den Begriff „Sozialismus" mit großrussisch-chauvinistischen, antisemitischen, oft christlichen oder ökologischen Parolen zu vereinigen. Die ökofaschistische Argumentation zur Rettung der Nation und ihrer Umwelt ist hier sehr stark ausgeprägt, und die „Pamjat"-Fraktionen, besonders z.B. aus Nowosibirsk, nehmen manchmal an den ökologischen Initiativen aktiv teil.
(...) Doch am gefährlichsten ist z.Z. der rechte Populismus. Oft fragt man: was machen die konservativen Bürokraten in der Sowjetunion? Sie warten auf ihre Stunde und führen inzwischen die rechtspopulistische Agitation. Inzwischen ist eine große Organisation mit dem Namen „Vereinigte Front der Werktätigen" gegründet worden. Im Unterschied zu streng hierarchischen, zentralistischen, führerorientierten Rechtsextremen ist diese Front fast demokratisch – mit einem Koordinationsausschuß, ohne Einheitsvorsitzende usw. Die Führung vereint die Vertreter der Gewerkschaftsbürokratie, die neostalinistische Ökonomie und Gesellschaftswissenschaftler und Intelligenz, manchmal ehemalige Militärs oder sogar Basisaktivisten und ist eng mit den Organisationen der russischen Minderheit in den Nationalrepubliken sowie – am rechten Rand – mit Menschen, die „Pamjat" nahe stehen, verbunden. Besonders muß man die Position der vielen Schriftsteller der Russischen Republik erwähnen. Solche Menschen wie Rasputin, Below, Astutjew sind natürlich nicht offiziell mit „Pamjat" verbunden, doch ihre großchauvinistische, antisemitische und das alte Dorf verherrlichende Anschauung bildet eine Art politische Grundlage für manchen „Pamjat"-Gedanken.
Alle rechten Gruppierungen setzen z.Z. auf den rechten Populismus. Obwohl sie manchmal an formell verschiedene soziale und politische Schichten appellieren (so z.B. „Pamjat" an die „russischen Patrioten", die „Vereinigte Front der Werktätigen" vorwiegend an die Arbeiterklasse usw.), ist ihre Position in vielen Zügen ähnlich. Sie sind die Befürworter der Großmacht und der festen Machtorganisation. Am ehesten lehnen sie die westliche Marktwirtschaft und die westliche Kultur ab, sind etatistisch orientiert. Dabei können auch Verschiedenheiten existieren, z.B. sind die Ökonomen der „Vereinigten Front der Werktätigen" die Befürworter der Zentralplanung, andere treten für die individuelle Bauernwirtschaft im Lande ein. Das eigentlich Charakteristische ist eine Orientierung an jenen Menschen, die durch die Modernisierung – subjektiv oder auch objektiv – verloren haben. Sie führen eine intensive Kampagne gegen „Kooperatoren"-Unternehmer, Spekulanten usw. Wenn sich die wirtschaftliche Lage verschlechtert, so sind diese Rechten sehr gefährlich und haben ein spürbares Potential.
Das Lager der Befürworter der Erweiterung der Marktwirtschaft im westlichen Sinne kann man als „liberal" bezeichnen. Hier ist eine Vielzahl von Gruppierungen tätig. Einige von ihnen versuchen dabei die Traditionen der sowjetischen Dissidentenbewegung der 70er Jahre weiter zu entwickeln. Doch in der letzten Zeit hat sich eine liberale Gruppierung heftig verstärkt und zwar die „Interregionalen Deputierten". Das ist die Fraktion im Obersten Sowjet, die de facto schon erste Schritte auf dem Weg zur Partei gemacht und die den offenen Machtkampf mit der KP begonnen hat. Inzwischen baut sie eine parteiähnliche Infrastruktur auf, in die sie auch andere gesellschaftliche Organisationen mit generell demokratischer Orientierung („Wählerclubs" in Stadtvierteln, „Memorial", „Volksfront" in verschiedenen Städten Rußlands usw. mit Erfolg integriert. Sie sind auch eng mit dem Rat der Kooperativen verbunden und ihre Mitglieder haben als Deputierte erhebliche Geldzuschüsse und vielleicht auch materialle Hilfe vom Westen. Die Interregionalen hoffen, bei den Lokalwahlen im Frühjahr zu siegen. Dabei nehmen sie eine diktatorische Position im Bezug zur gesamten demokratischen Bewegung ein und fordern die allgemeine Unterstützung ihrer Kandidaten und Parolen. Die Führung der Fraktion ist kollektiv, die Prominenten sind dabei Boris Jeltzin (der eigentlich kein Liberaler, sondern populistischer Pragmatiker mit Charisma ist), Ökonomen (wie Popow, Schmeljow usw.), J. Afanasjew usw. Die politische Position dieser Gruppe kann einfach beschrieben werden: Marktwirtschaft, Entwicklung des Privateigentums und des Privatunternehmens, westlicher Parlamentarismus, Begrenzung des Streikrechts, das Volk wird als Hemmnis verstanden.
Außer dieser Gruppe, die sich überwiegend an den Intellektuellen und Teilen der technokratischen Intelligenz orientiert – sie verpaßt aber auch keine Möglichkeit, unter den Arbeitern zu agitieren –, gibt es eine Vielzahl von kleineren, liberalen, politischen und unpolitischen Gruppen und Bewegungen. Hier sind die „Demokratische Union" (eine Parteisammlung verschiedener Kräfte von Eurokommunisten und Sozialdemokraten bis zu offen bürgerlichen Kräften), die „Demokratische Partei", die radikal-pazifistisch-liberale „Vertrauen-Gruppe" (viele ihrer Mitglieder haben inzwischen eine sowjetische Abteilung der Radikalen Partei gebildet u.a.m.), sowie die Klubs der Ökonomen und die sowjetischen Yuppies, Karrieremacher usw. zu erwähnen.
Besonders muß man das National-Liberale Spektrum in den Nationalrepubliken erwähnen. Das sind verschiedene Volksfronten oder politische Parteien aus dem Baltikum, der Ukraine und Georgien u.a.m. Auf dem wirtschaftlichen Gebiet sind auch sie stark marktwirtschaftlich-kapitalistisch orientiert. Der Unterschied besteht darin, daß sie nationalstaatlich orientiert sind. Dabei begrenzen sie oft drastisch die Rechte der nationalen Minderheiten in ihren Republiken, obwohl im Prinzip ihr Recht auf die Selbstbestimmung völlig gerechtfertigt ist, aber das darf natürlich nicht auf Kosten der anderen gehen.
Und jetzt endlich zu den Befürwortern des 3. Weges, d.h. zur Linken in der Sowjetunion. Obwohl es natürlich ganz verschiedene linke Organisationen und Bewegungen – von Sozialdemokraten bis Anarchisten – gibt, wäre es noch zu früh, über eine starke linke Gegenkraft zu sprechen. Man kann lediglich die ersten Ansätze aufzeigen.
In der letzten Zeit gab es drei Versuche, eine sozialdemokratische Gesamt-Unions-Partei zu gründen. Die erste ging von den verschiedenen kleinen örtlichen Gruppen und Klubs aus, die eine Sozialdemokratische Konföderation CSDK erklärten. Der mehr auf die akademischen Intellektuellen orientierte Moskauer Klub „Demokratische Perestrojka" hat dann zusammen mit Teilen der SDK eine SD-Assoziation gebildet. Im Herbst erklärte im Obersten Sowjet der Arbeiterdeputierte aus Litauen, Uoka, der ein bißchen früher eine unabhängige Gewerkschaft organisiert hat, das Existieren der SDP. Die Programme dieser Gruppierungen sind ähnlich: gemischte Wirtschaft mit starker sozialer Politik, demokratischer Parlamentarismus. Im Grunde ist das keine grundsätzliche Alternative – diese Gruppen kann man für eine Abart des 2. Weges halten.
Die „sozialistische Initiative" in Moskau um B. Kagazlitzky arbeitet eifrig im Rahmen der Moskauer regionalen Volksfront und versteht sich jetzt als eine Initiative für die neue linke sozialistische Partei. Die Ideen dieser Gruppe erscheinen als ein Gemisch aus westlicher linker Sozialdemokratie und westlicher Neuer Linker. Im Prinzip ist ihr Programm mehr sozialistisch als bei den SD, doch lassen auch sie Privateigentum und gemäßigte Erweiterung der Marktverhältnisse zu. Die Gruppe ist relativ klein.

Sogenannte marxistische oder marxistisch-leninistische Gruppierungen sind gespalten, zahlreich, stark sektiererisch und fast ausschließlich auf die traditionelle industrielle Arbeiterklasse orientiert. Viele von ihnen verstehen den Marxismus sehr schlecht und wissen nichts über die neuesten westlichen Arbeiten (und wenn sie sie kennen, so zählen sie diese zum Revisionismus). Die Extremen versichern sogar, daß die Intelligenz und alle, die keine materiellen Güter produzieren, die Ausbeuter der Arbeiterklasse sind.

Kölner Stadt-Anzeiger

Noch eine andere linke Gruppierung heißt KAS – das Komitee der Anarcho-Syndikalisten. Obwohl sie sich anarchistisch nennt und für die sozialen Rechte der Lohnempfänger eintritt, ist sie mehrheitlich für die Marktwirtschaft. Die Parolen der Selbstverwaltung der Produzenten, der Emanzipation und der Selbstbestimmung der Menschen sind natürlich gut und richtig, doch können sie nicht helfen, wenn man die Masse der Modernisierungsverlierer von der Seite der Rechten zur Linken heranziehen muß.

Erste Ansätze zur Schaffung unabhängiger Gewerkschaften gab es schon in den 20er Jahren, sie wurden jedoch unterdrückt. (...) Neue Ansätze sind noch in den Anfängen – sie kommen von den Sozialdemokraten, ML, KAS oder gehen von den Streikkomitees der Bergleute aus. Die letzten sind am hoffnungsvollsten und von den spontanen Gefühlen der mehr sozialen Gerechtigkeit, Abschaffung von Privilegien, Bekämpfung des spekulativen Unternehmertums durchgedrungen. Doch das Bewußtsein ist auch hier relativ niedrig: Die Forderungsliste der Bergarbeiter hat viele, manchmal sich gegenseitig ausschließende oder sogar antisolidarische Forderungen (z.B. das Recht, den Überschuß der Produktion für freie Marktpreise zu verkaufen).

Die Bewegung für die alternative Lebensweise hat bisher keine positiven Erfahren gemacht, obwohl gerade hier in Rußland und in der Sowjetunion reiche Traditionen existieren. Einige Versuche, Kommunen zu schaffen, waren mißlungen. Doch gibt es einen Arbeitskreis „Bewegung für die Kommunen" und verschiedene Ansätze der alternativen Lebensweise in Gestalt der Hippies, Green-Hippies, Öko-Lager und selbstverwaltete Jugendwohnungen mit Selbsthilfe. Dasselbe kann man über Alternativprojekte sagen. Zwar existieren welche (selbstverwaltete Gruppe, soziale und ökologische Kooperativen), sie haben jedoch keine eigentliche Organisation und unterscheiden sich von der Masse des „kooperativen Unternehmertums" noch nicht sonderlich.

Die größten Hoffnungen erweckt jetzt die ökologische Bewegung, obwohl es auch hier nicht ohne empfindliche Schwierigkeiten geht. Schon vor Perestrojka entstanden mehrere lokale Bürgerinitiativen, Bürgerkomitees der Betroffenen, ökologische Gruppen, Vereine usw., weil die formalen Umweltorganisationen tatenlos waren. Perestrojka beschleunigte diese Prozesse, indem sie für diese Entwicklung neue Freiräume schuf. Schon jetzt existieren zahlreiche Regionalverbände sowie etwa 20 ökologische Bündnisse auf Unionsebene. Leider gibt es bisher kein Bündnis der Anti-AKW-Initiativen. Die Kampfformen sind im Prinzip identisch mit denen, die man in der BRD verwendet. Es hängt von der lokalen Situation ab und manchmal entwickeln sie sich im Prozeß der Entfaltung des Protestes. Das sind: die Arbeit in der Öffentlichkeit, die Verbreitung von Informatioen, manchmal alternative Expertisen, Unterschriftensammlungen, Petitionen und Appelle an die Behörden, Demonstrationen und schließlich auch Blockaden. Sehr wichtig für ein Emanzipationspotential der Bewegung sind die Versuche der ökologischen Kontrolle von unten sowie die Ansätze der Stadtentwicklungsverwaltung. Das erste Selbstverwaltungskomitee war 1988 in Moskau gebildet worden. Es entwickelte sich aus der Umweltinitiative, die in einem überindustrialisierten und ökologisch ungesunden Stadtviertel gegen ein Projekt des Polygraphie-Kombinats kämpfte. Seit dieser Zeit wurden solche Komitees in vielen Stadtteilen gegründet, doch das erste bleibt als Vorbild, obwohl inzwischen auch andere Organisationsstrukturen erprobt wurden. Dieses erste Komitee beginnt bei der Hausteil- und Hausselbstverwaltung, dann folgt die Assamblee und dann das Komitee selbst. Dabei entwickelt man auch die Selbsthilfe. Inzwischen gibt es natürlich auch Versuche, diese Selbstverwaltungskomitees zu unterwerfen oder zu integrieren.

Die größten der Gesamtunionsorganisationen im Bereich der Ökologie sind die Sozial-Ökologische Union und die Grüne Bewegung, die viele lokale und regionale Bürgerinitiativen vereinigen. Die Sozial-Ökologische Union wurde 1988 gegründet und hat bereits 1989 die erste Gesamt-Union-Aktion gegen den Kanal Wolga-Tschograj durchgeführt. Die Grünen Bewegung wurde Anfang 1989 gegründet, wobei die liberale Zeitschrift „Seljiskaja molodjosh" teilnimmt. Man muß jedoch berücksichtigen, daß sich die meisten sowjetischen Ökologisten für unpolitisch halten und auch diese Organisation als unpolitisch verstehen. Das heißt, sie haben noch nicht begriffen, daß die Rettung der Umwelt die radikale ökologische Gesellschaftsumwälzung voraussetzt. Auf der Gründungskonferenz der Sozial-Ökologischen Union war der Antrag gegen AKW abgelehnt worden. Teilweise taktisch, teilweise wegen fehlendem Bewußtsein. In dieser Situation haben die informellen Gruppen aus mehr als einem Dutzend Städten eine politische Organisation gegründet: die „Bewegung zur Gründung einer Grünen Partei in der UdSSR", in der meines Erachtens auch die radikale Linke ihre Heimat finden könnte.

Langfristig ist es klar, daß nur die Selbstverwaltung von unten Probleme lösen kann. Und die ökologischen Bewegungen in der Sowjetunion sind jetzt ein möglicher Schritt in diese Richtung. Ökologie kann als gemeinsamer linker und sozialer Nenner dienen, der auch möglicherweise erlauben wird, eine linke Perspektive für die Emanzipation der Menschen zu eröffnen.

Zum Schluß wieder zum Problem der Begriffe. Wie kann man diese neuen Bewegungen in der Sowjetunion eigentlich identifizieren? Meines Erachtens sind hier ganz verschiedene politische und soziale Erscheinungen angesprochen, die jetzt nur darum ähnlich sind, weil sie **informell**, d.h. meistens von unten tätig sind, und weil die Kristallisation der politischen Kräfte noch gar nicht beendet ist. Wenn die Alternativen Bewegungen im Westen etwa **eine Art der neuen alternativ-zivilen Gesellschaft** sind, so sind einige Bewegungen in der Sowjetunion dabei auch diesen Alternativen Bewegungen im Westen ähnlich, weil es hier ebenfalls um die Selbstverwaltung und Selbstorganisation, um neue Menschenverhältnisse geht. Diese Bewegungen und Prozesse muß man jedoch strikt von den anderen unterscheiden, die kaum etwas mit der Emanzipation zu tun haben, die eigentlich „normal" parteipolitische, parlamentarisch oder lobbyistisch sind und nur darum „von unten" laufen, weil sie noch nicht anders laufen können.

Dr. Wadim Damier

Im Juli 1988 berichtete *MN* erstmals von den Leiden der Menschen, über die der radioaktive Regen von Tschernobyl niedergegangen war. Seither hat die sowjetische Presse dieses Thema mehrmals aufgegriffen und dabei verdeutlicht: Die Unterschlagung der Wahrheit erfolgte nicht in Einzelfällen, sondern war für Tschernobyl beinahe die Regel. Inzwischen hat sich dazu so viel Tatsachenmaterial angehäuft, daß man bereits von einem vor unser aller Augen begangenen und noch immer andauernden Verbrechen reden kann. Wie aber konnte es dazu kommen? Wer steht dahinter? Das wollte *MN* herausfinden und bat deshalb Menschen in die Redaktion, die Licht in das Dunkel bringen können. Es kamen: Ales Adamowitsch, Schriftsteller und Volksdeputierter der UdSSR (Belorußland), Valentin Budko, Erster Sekretär des Bezirksparteikomitees Naroditschi (Ukraine), Juri Woroneschzew, Volksdeputierter der UdSSR (Gomel, Belorußland), Wladimir Kolinko, Korrespondent der Presseagentur *Nowosti*, Juri Schtscherbak, Schriftsteller, Mitglied des Obersten Sowjets der UdSSR und Vorsitzender des Unterausschusses für Energiewesen und nukleare Sicherheit des parlamentarischen Komitees für Umweltschutz und rationelle Nutzung der Naturressourcen (Kiew), Alla Jaroschinskaja, Journalistin und Volksdeputierte der UdSSR (Schitomir, Ukraine).

J. Schtscherbak: Die Lüge hat vor dreieinhalb Jahren angefangen. Ich vermute, daß wir die wichtigste Wahrheit über den Unfall noch immer nicht kennen.

Erstens. In der Gesellschaft hat sich eindeutig der Gedanke festgesetzt, schuld sei das Personal, das die Vorschriften gröblichst verletzte. Es hat ein Gerichtsverfahren gegeben, das hat das Strafmaß festgelegt, ein paar Leute sitzen, einer ist gestorben, einer verrückt geworden, einer leidet unter schwerer Strahlenkrankheit. Nun aber sind etliche namhafte und verantwortungsbewußte Experten zu dem Schluß gelangt, die Hauptursache für den GAU habe in den Konstruktionsfehlern im Sicherheitssystem des Reaktors RBMK – 1000 selbst gelegen. Ich verfüge über ein einmaliges Dokument, angefertigt vom Sicherheitsingenieur des Kursker KKW, Jadrichinski, in dem er dies, wie ich meine, mit sehr klaren Argumenten beweist.

Daher sollte meiner Ansicht nach die Frage der Verantwortung der Konstruktionsgruppe unter Anatoli Alexandrow [1] geprüft werden, die den inkriminierten Reaktor entwickelt und für dessen Serienfertigung plädiert hat. Daß der Reaktor, gelinde gesagt, nicht ganz perfekt ist, war schon vor der Katastrophe von Tschernobyl offensichtlich. Ähnliche Unfälle, ich meine jetzt deren technischen Ursprung, hat es schon früher gegeben. Etwa im Leningrader KKW 1976. Diese Havarie, die glücklicherweise gut auslief, wurde zur Verschlußsache. Niemand vom Bedienungspersonal des KKW Tschernobyl wußte etwas davon. Übrigens zieht der gleiche Jadrichinski, und nicht nur er, auch die Meßwerte der tatsächlichen Emissionen aus dem havarierten Tschernobyl-Reaktor in Zweifel. Nach Schätzung des Staatlichen Komitees für Hydrologie und Meteorologie (SKHM) und laut in der Sowjetunion veröffentlichten offiziellen Angaben lagen die radioaktiven Gesamtemissionen bei 50 Millionen Curie. Eine ganze Reihe anderer Experten, etwa des Unionsforschungsinstituts für Kernkraftwerke, schätzen die Emissionen auf eine Milliarde Curie, Jadrichinski schätzt etwa 6,4 Milliarden Curie! Das bedeutet, daß wir mitten in Europa eine Atomkriegszone haben. Laut der Zeitschrift *Science* betrugen allein die Cäsiumauswürfe von Tschernobyl 60 Prozent aller Atombombentests in der Atmosphäre.

Zweitens ist die Frage zu klären, wohin die Unfallmeldungen gingen, wie sie aussahen und in welchen „Etagen" sie frisiert wurden. Hier haben wir es mit einer echten Detektiv-Aufgabe zu tun. Ich hielte es für angebracht, den Rentner Alexander Ljaschko, also den einstigen Ministerratsvorsitzenden der Ukraine, und den Rentner Wladimir Schtscherbizki, bis vor kurzem Erster Sekretär des ZK der KP der Ukraine, zu fragen, was eigentlich in der Unfallnacht vorging, welche Informationen sie erhielten, welche sie weitergaben und schließlich, wer die Entscheidung traf, der Öffentlichkeit die globale Katastrophe zu verhehlen? Das wäre äußerst wichtig. Außerdem weiß man bis heute nicht, wann denn die höchste politische Führung des Landes von der Havarie erfuhr.

Die unvollständigen Meldungen über die Havarie im KKW Tschernobyl führten auch dazu, daß nicht rechtzeitig beschlossen wurde, die Evakuierungszone von zehn auf 30 Kilometer auszudehnen. Also die Evakuierung des 14 km vom Reaktor entfernten Tschernobyl sowie vieler Ortschaften, in denen die radioaktive Strahlung immens war. Der Beschluß kam erst am 2. Mai: Einzig das Eintreffen von Nikolai Ryschkow und Jegor Ligatschow am Unfallort veranlaßte die Führung der Ukraine, sich endlich nach Tschernobyl aufzumachen.

Und die 1.-Mai-Demonstration in Kiew? Ich besitze etwas Haarsträubendes: Eine Einladung zum Festumzug für Junge Pioniere. Und ein weiteres Dokument, unterschrieben vom stellvertretenden Leiter des ukrainischen SKHM, Tscheljukanow. Es handelt sich um die Meßwerte der Radioaktivität in Kiew Ende April/Anfang Mai 1986, die der höchsten Führung der Republik operativ zugänglich gemacht wurden. Darin heißt es, die Radioaktivität sei ab dem 30. April gestiegen und habe in einigen Bezirken Kiews das 100fache der höchstzulässigen Norm erreicht. Aber die Bevölkerung wurde nicht gewarnt. Übrigens: Auf der Tribüne standen Schtscherbizki und Ljaschko. Was ist das – Dummheit? Oder ein Pflichtgefühl, das befiehlt: Lieber selbst Opfer der Radioaktivität werden, als den Leuten die Wahrheit sagen? Wie auch immer, diese Genossen tragen die direkte Verantwortung für die Kinder, die sie an jenem Tag aufmarschieren ließen.

A. Adamowitsch: Ähnlich sah es auch in Belorußland aus. In den ersten Tagen nach dem GAU legte der belorussische Kernenergie-Experte, Professor Nesterenko, der Führung der Republik eine Liste von Sofortmaßnahmen vor, einschließlich der Evakuierung der Einwohner. Als Gedächtnisstütze, da wir hier mit Name und Adresse reden: Gemeint sind der damalige Erste Sekretär des ZK der Belorussischen KP, heute Politbüromitglied und Sekretär des ZK der KPdSU, Nikolai Sljunkow, und der jetzt dessen Funktion einnehmende frühere Vorsitzende des Ministerrats Belorußlands, Michail Kowaljow. Nesterenko also wurde von oben in dem Sinne beschieden, er solle seine Nase nicht in fremde Dinge stecken, und einfach aus dem Zimmer komplimentiert. Na, Nesterenko ist ja kein Dummkopf. Er griff sich ein Meßgerät, durchforstete damit die Räume der Sekretärinnen und versetzte die in helle Panik, so daß die Obrigkeit irgendwie reagieren mußte. Zehntausende in radioaktiven Dunst gehüllte Menschen verblieben jedoch an ihren Wohnorten, wo sie bis zum heutigen Tage sind.

V. Budko: Auch wir sind geblieben ... Ich war damals Vorsitzender des Exeku-

Welch eine Verantwortungslosigkeit, welch eine Menschenverachtung: Ein Kindergarten in Polessje, Gebiet Kiew. Die mit einem Kreuz gekennzeichnete Stelle weist eine stark erhöhte radioaktive Strahlung auf. Aber die verantwortlichen Behörden hüllen sich in Schweigen, denken nicht an eine Schließung oder Verlegung.

EIN VERBRECHEN IN PERESTROIKA-ZEITEN

DIE GROSSE LÜGE ÜBER TSCHERNOBYL

tivkomitees des Bezirkssowjets von Naroditschi. Daß da ein Unfall passiert war, hörten wir so nebenher, obwohl der Reaktor nur 68 Kilometer entfernt liegt. Wir erfuhren davon, weil sich an der Bezirksgrenze Busse stauten. Als wir deshalb im Bezirksparteikomitee anriefen, wurde uns gesagt, in Tschernobyl habe es irgendeine Havarie gegeben. Und bei uns war gerade Jahrmarkt ...

Der Abtransport der Kinder wurde erst am 7. Juni beendet. Kein Wunder, daß wir so viele kranke Kinder im Bezirk haben, besonders mit Hyperplasie der Schilddrüse. Gesunde Kinder gibt es praktisch überhaupt nicht. Ich stelle also die Frage: Wer konkret trägt die Schuld?

MN: **Damit ist also klar: Gelogen wurde von Anfang an. Im ersten Jahr der Perestroika, als Glasnost gerade den Frostboden des Stalin-Sozialismus aufbrach, lief der eingespielte Mechanismus der Geheimhaltung und der Halbwahrheiten sozusagen noch wie geschmiert. Verzeihlich ist das sicher nicht. Doch man kann es — in Kenntnis unserer Wirklichkeit — irgendwie verstehen. Danach aber? Die Situation im Lande schien doch Unwahrheiten nicht mehr zu dulden?**

A. Adamowitsch: Ich möchte jetzt sagen, daß der Frevel, der 1986 begann, weiterging und geht. Seine Formen haben sich zwar gewandelt, aber geringer ist er nicht geworden. Ich frage mich, warum drei Jahre lang nicht von den Ausmaßen der radioaktiven Verseuchung Belorußlands, der Ukraine und des Bransker Gebiets der Russischen Föderation gesprochen wurde? Warum die lokalen und die Moskauer Wissenschaftseinrichtungen, insbesondere das vom Vizepräsidenten der Akademie der Medizinischen Wissenschaften der UdSSR Iljin geleitete Institut für Biophysik des Gesundheitsministeriums, zur Bestärkung dieses Schwindels herhalten mußten? Lediglich drei Jahre nach Tschernobyl wurde endlich ausgesprochen: Ein Drittel Belorußlands ist verseucht, ein Fünftel der Ackerflächen „verendet". Das sind die Zahlen: In der russischen Föderation 1000 Quadratkilometer verseuchten Bodens, in der Ukraine 1500, in Belorußland 7000 Quadratkilometer! Weitergelogen wurde selbst dann noch, als die Dinge ans Licht kamen. So wurde behauptet, daß die Strahlung für niemanden tödlich sei. Als aber Personen obduziert wurden, die angeblich anderen Krankheiten erlegen waren, z. B. Ischämie, stellte sich heraus, daß deren Lungen — wie der belorussische Professor Petrjaew indizierte — große Mengen sogenannter heißer Teilchen enthielten. Bis zu 15 000! 2000 solcher Teilchen erzeugen garantiert Krebs.

A. Jaroschinskaja: Die Wahrheit wollten sie gar nicht wissen. Hier ein Dokument: „Im Gebiet Kiew, in den Bezirken Polessje und Iwankowo, wird die Obduktion Verstorbener und Totgeborener wegen des in diesen Bezirken fehlenden Pathologiedienstes nicht vorgenommen. Von 353 Personen, die 1987 verstarben, wurde nicht eine obduziert. Auch in Slawutitsch werden Verstorbene nicht obduziert. Im Gebiet Schitomir wurde ein bezirksübergreifendes Pathologiezentrum eingerichtet, obduziert werden jedoch nur in Kliniken Verstorbene." Woher wollte man also wissen, ob man an Radioaktivität stirbt oder nicht?

Ich denke, der Hauptgrund für die große Tschernobyl-Lüge liegt in der Politik der Geheimhaltung und wahlweisen Glasnost. Hier die von einer Regierungskommission unter der Nr. 514 vom 29. 2. 88 bestätigte „Aufstellung von Daten zur Havarie im KKW Tschernobyl, die keiner Veröffentlichung in der frei zugänglichen Presse, in Rundfunk- und Fernsehsendungen unterliegen". Der damalige Kommissionsvorsitzende hieß Boris Schtscherbina [2]. Ich zitiere: „Verschlußsache sind Angaben über den Grad der radioaktiven Verseuchung in einzelnen Ortschaften, der den zulässigen Stand überschreitet, sowie Kenndaten für eine Verschlechterung der physischen Leistungsfähigkeit, Verluste der Berufseigenschaften des unter besonderen Bedingungen des KKW Tschernobyl arbeitenden Bedienungspersonals und der zur Folgenbeseitigung der Havarie eingesetzten Personen." Als ich Marjin, ebenfalls Mitglied der Regierungskommission, nach dieser Anordnung fragte, antwortete er mir, daß es niemals Verbote gegeben habe, und jeder Kolchosbauer — das sind seine Worte! — könne in den Dorfsowjet gehen und dort alle Daten erhalten. Stellen Sie sich vor, ich als Journalistin durfte zwei Jahre lang keinen Artikel über Naroditschi bringen, trug heimlich Daten zusammen, dagegen ein Kolchosbauer ...

Und ein weiteres Dokument, die „Erläuterung der zentralen Militärärztekommission des Verteidigungsministeriums der UdSSR vom 8. 7. 87, Nr. 205": „Bei der Erfassung von Aussagen über Erkrankungen von früher bei Arbeiten im KKW Tschernobyl eingesetzten und nicht von OLB" (intensive Form der Strahlenkrankheit — A. J.) „betroffenen Personen, ist unter Punkt 10 die Heranziehung zu den genannten Arbeiten und die Gesamtdosis der Bestrahlung, die kein Stadium der Strahlenkrankheit erreichte, nicht darzustellen."

Schließlich ein drittes Papier mit dem Vermerk „Geheim", datiert vom 12. 6. 89: „Entsprechend der Anweisung des Staatlichen Komitees für Hydrologie und Meteorologie der UdSSR übermitteln wir Informationen über den Zustand der radioaktiven Situation im Bezirk Luginsk, Ge-

biet Schitomir, anhand zusätzlicher Untersuchungsergebnisse. Anlage: Angaben über die radioaktive Verseuchung des Bezirks Luginsk. Geheim." Was ist denn daran heute noch geheim? Ich habe den stellvertretenden Vorsitzenden des SKHM, Zaturow, gefragt. Der sagt: „Das kann doch nicht wahr sein." Dieser Lügner! Und ich denke mir: Da reden und schreiben wir, aber das Räderwerk läuft nur noch raffinierter, und produziert neue, noch geheimere Anweisungen, während man uns versichert, es gebe keine ...

A. Adamowitsch: Auf dem Kongreß der Volksdeputierten konnten wir alle das Wortgefecht zwischen dem Vorsitzenden des SKHM, Juri Israel, und dem Präsidiumsvorsitzenden des Obersten Sowjets der Ukraine, Valentina Schewtschenko, verfolgen, in dem sie versuchten, sich gegenseitig die Schuld in die Schuhe zu schieben. Schewtschenko beschuldigte Israel, er habe der Republik nicht die richtigen Informationen zukommen lassen, während Isreal jetzt die Zeitungen mit angeblichen Beweisen dafür eindeckt, daß er stets die Wahrheit und nichts als die Wahrheit gesagt habe. Unser Wissenschaftler Borissenko hat mir erzählt, er habe Israel Daten über die katastrophale Lage in sechs Bezirken des Gebiets Mogiljow übermittelt, wofür inzwischen viele Beweise vorliegen. Israel aber hat ihm Papiere unterbreitet, die besagten, daß dort alles in bester Ordnung sei. Und es würde mich nicht wundern, wenn morgen bei ihm plötzlich genau umgekehrte Unterlagen auftauchten.

Ich würde allerdings nicht nur die Apparatschiks und Bürokraten verantwortlich machen. Obwohl solche Leute wie Schtscherbina, der der Regierungskommission vorstand, eine enorme Schuld tragen. Einen nicht geringen Schuldanteil müßten auch unsere Wissenschaftler, Physiker und Mediziner, mit ihm teilen. Wie konnten die Mediziner Dokumente unterschreiben, die den Menschen die Wahrheit vorenthielten und sie damit zu Leiden verdammten? Meine Antwort: Hier herrscht ein Clandenken. Das gibt es überall. Nur hat es bei uns überzogene Ausmaße angenommen, weil es ideologisch unerhört gestärkt wurde.

J. Schtscherbak: Wissenschaft und Medizin sind bei uns zu Lakaien des politischen Systems geworden. Das ist das Schlimmste, was der Wissenschaft passieren kann.

***MW:* Bald nach dem Tschernobyl-GAU war also klar, wie unheilvoll die Verheimlichung der Wahrheit ist. Doch auch das machte den Leuten wenig aus, die in der Überzeugung verharrten, eine Glasnost sei für alle, eine andere — für die Elite. In den Gebieten mit erhöhter Radioaktivität erkrankten Kinder. Erwachsene starben oder begingen Selbstmord. Das Land aber las inzwischen den bis dahin verbotenen Wassili Grossman und wartete auf die Werke von Solschenizyn — erfuhr die Wahrheit über die Vergangenheit und wollte glauben, daß es keine Sperrzonen für Glasnost gebe. Aber die Zone der Lüge um Tschernobyl blieb. Jetzt ist auch das offensichtlich. Welche Konsequenzen wurden daraus gezogen?**

A. Adamowitsch: Wer einmal die Unwahrheit sagt, kann schwerlich damit aufhören. Eine neue Unwahrheit, die über die gequälten Menschen hereinbricht, die nicht mehr wissen, wem sie glauben sollen und nun keinem mehr glauben, ist die sogenannte Konzeption 35 ber. Diese höchstzulässige Dosis, die man im Leben erhalten dürfe, haben Wissenschaftler aus dem von Akademiemitglied Iljin geleiteten Zentrum für die verseuchten Gegenden festgelegt. Und zwar für alle. Für gesunde Männer und für schwangere Frauen, für Greise und Kinder. Gegen diese Konzeption wandten sich sowohl belorussische als auch ukrainische Wissenschaftler, die nachwiesen, daß diese Rechnung, gelinde gesagt, nicht aufgeht, daß sie nicht berücksichtigt, wieviel Radioaktivität die Menschen in den ersten Tagen und Monaten nach der Havarie abbekommen haben, daß sie den Grad der radioaktiven Verseuchung von Boden und Wasser nicht in Betracht zieht und schließlich außer acht läßt, daß die Leute „betroffene" Lebensmittel essen müssen. Das nicht zu beachten ist jedoch unmöglich! Möglich ist einzig, die Augen davor zu verschließen! Denn bei über 35 ber müßten die Menschen umgesiedelt werden.

Die belorussischen Wissenschaftler werden der Inkompetenz bezichtigt, da die Kommission der WHO diese Konzeption akzeptiert habe. Das hat sie tatsächlich. Als aber Professor Pelleren in Belorußland gefragt wurde, warum er die Konzeption befürworte, antwortete er ganz einfach: „Sie haben doch sowieso kein Geld für eine Umsiedlung." Das ist wenigstens ehrlich. Übrigens: Kürzlich sprach ich auf der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR mit Akademiemitglied Welichow, der im Beisein von Gorbatschow und Ryschkow sagte, die Sache mit den 35 ber sei aus der Luft gegriffen. Klar ist: Dort, wo sie keine Kartoffeln vom eigenen Acker essen und keine Milch von ihrer Kuh trinken können, dürfen die Menschen nicht leben.

V. Budko: Professor Pelleren war bei uns in Naroditschi, und als ich in meinem Vortrag erwähnte, daß unsere Dörfer in saubere und unsaubere eingeteilt werden, das heißt, die einen „saubere Nahrungsmittel" erhalten und die anderen nicht, war er ganz erschüttert und fragte über den Dolmetscher dreimal bei mir nach, ob es stimme, daß wir in unserer Gegend mit einem radioaktiven Meßwert teilweise über 100 Curie pro Quadratkilometer nicht vollständig mit „sauberen" Nahrungsmitteln versorgt werden. Das konnte er einfach nicht glauben.

J. Schtscherbak: In der UdSSR gibt es das Dokument „Normen der radioaktiven Sicherheit" — verabschiedet unter anderem von dem besagten Iljin —, in dem es heißt, eine Überziehung der Strahlennormen müsse strafrechtlich geahndet werden. Die Konzeption der 35 ber steht in direktem Widerspruch zu diesem Dokument. Und weiter: Vom internationalen Strahlenschutzkomitee wird die Schwelle der zulässigen Höchstdosis ständig gesenkt. In einem Vortrag vor Parlamentariern sagte der Wissenschaftler Jores Medwedjew, für Profis, also für das Personal von KKW, sei die Höchstgrenze auf 20 ber herabgesetzt worden. Und bei uns gelten für Kinder 35!

W. Kolinko: Mehrere Gruppen von Wissenschaftlern, darunter auch bei uns in Kiew, beschäftigen sich mit den Auswirkungen geringerer Strahlungsdosen auf das menschliche Immunsystem. Angestellt wurden zum Beispiel sorgfältige medizinische Untersuchungen an Soldaten, die in der KKW-Zone eingesetzt waren und höchstens 25 ber erhielten. Als sie ein halbes Jahr später erneut untersucht wurden, zeigte sich, daß ihre Immunität nicht vollständig wiederhergestellt war.

J. Woroneschzew: Ich halte hier ein Gutachten der Belorussischen Akademie der Wissenschaften in der Hand. Ich zitiere: „Medizinisch-biologische Untersuchungen haben eine Veränderung des Immun- und Endokrinosystems des Organismus, die Störung einiger Stoffwechselprozesse sowie Chromatidenabberationen ergeben. Auf dem von Radionukleiden verseuchten Territorium ist die Tendenz einer Mehrung des Anämiesyndroms, der vegetativen Gefäßdystonie, von Hypertonie sowie Hyperplasie der Schilddrüse ersten und zweiten Grades festzustellen." Akademiemitglied Iljin übrigens behauptet, auf dem gesamten radioaktiv verseuchten Gelände sei eine Jodprophylaxe vorgenommen worden. Ich war vor einer Woche in Narowla und habe alle medizinischen Karteikarten durchgesehen und festgestellt, daß kein einziges Kind eine derartige Prophylaxe durchgemacht hat. Das gleiche im Bezirk Wetkow. Aber vielleicht sollte ich das hier lieber nicht sagen, sonst werden womöglich morgen die ganzen Karteikarten neu beschriftet ...

Von radioaktiven Fallout Betroffene fordern in Minsk, Belorußland, finanzielle Entschädigungen, medizinische Betreuung und Versorgung mit strahlungsfreien Lebensmitteln oder eine Evakuierung. – Die beiden alten Frauen jedoch wollen lieber in ihrer Heimat bleiben, auch wenn sie verseucht ist.

Fotos Alexej Fjodorow, Juri Iwanow

Noch zwei Worte zum angeblich fehlenden Geld für die Umsiedlung. Das wird doch einfach eingebuddelt! Nehmen wir den Bezirk Wetkow, das Dorf Bartolomejewka — das ist in das Umsiedlungsprogramm der Belorussischen Republik aufgenommen. Im Augenblick aber sind dort Bulldozer am Werk, um Baufreiheit für ein neues Objekt zu schaffen. Kostenpunkt 1,5 bis 2,5 Millionen Rubel. Oder die in der *Prawda* geschilderte Ortschaft Maiski? Da haben sie zwölf Millionen reingeschustert, weil sie kurz mal vergessen hatten, daß in Tschudjany die Meßwerte der Radioaktivität pro Quadratmeter 140 Curie übersteigen. Nach Ansicht der Belorussen hat das der ehemalige Präsidiumsvorsitzende des Obersten Sowjets der Republik und jetzige Vorsitzende der Kommission der Nationalitätenkammer des Obersten Sowjets der UdSSR für nationale Politik und zwischennationale Beziehungen, Georgi Tarasewitsch, zu verantworten.

J. Schtscherbak: In der Ukraine wird heute auf jeder Kundgebung gefordert, den Gesundheitsminister der Ukraine, Romanenko, zur Verantwortung zu ziehen. Und noch ein paar Worte zur jetzigen Situation in Tschernobyl und im KKW. Vor mir liegt die im Raum Tschernobyl erscheinende Zeitung *Trudowaja Wachta* (Arbeitsschicht) vom 20. Juli 1989. Bericht über die Parteikonferenz der Kommunisten der Produktionsvereinigung *Kombinat*. Zitat: „... steht eine Neubewertung der Tragödie von Tschernobyl bevor, und zwar dann, wenn die Gesellschaft das Joch der offiziellen Meinung abwirft, wenn Schtscherbina, Tschasow, Iljin, Lukonin, Israel und allen, die mit ihnen am gleichen Strang ziehen, die Druckhebel genommen werden. Wann hören die Einlullungsberichte des Gesundheitsministeriums auf? Wir sollten endlich auch die Namen

derer erfahren und bekanntgeben, die den Bauplatz für Slawutitsch[3] ausgewählt und uns veranlaßt haben, komplizierte psychologische Probleme zu lösen und beträchtliche zusätzliche Mittel aufzubringen." Gemeint ist, daß die Stadt Slawutitsch an einer cäsiumverseuchten Stelle errichtet wurde, weshalb es die Mehrheit des Personals, das über entsprechende Meßgeräte verfügt, ablehnt, dort zu leben.

A. Adsmowitsch: Und lassen Sie uns mal sehen, wozu diese Lüge geführt hat. Inzwischen schon zu einem großen Frevel gegenüber dem ganzen Land. Statt, als Beispiel, die Strahlung rechtzeitig einzugrenzen, wurde sie erst mal nach Belorußland getragen – während es in der Ukraine noch irgendwelche Kontrollpunkte gab, hatten wir überhaupt keine oder sie wurden schnell wieder aufgehoben. Und dann breitete sich die radioaktive Seuche im ganzen Land aus. Wir hören bereits, daß man im Norden, in Mittelasien und in anderen Gegenden kein belorussisches Fleisch will. Wir aber steigern fröhlich die Butter- und Fleischproduktion in den radioaktiv verseuchten Zonen. Hier Unterlagen dafür: Der Bezirk Choinikski gehört zu denen, die sofort als gefährdet eingestuft wurden. Dort ist alles verseucht, von Landwirtschaft dürfte da keine Rede sein. Aber: 1985 lautete der Plan für Milch 32 500 t, 1989 36 000 t, für Fleisch waren es 7500 t, heute 7800 t. Der Direktor des Staatsguts *Sudakowo*, Sadtscheko, drängte darauf, 500 ha verseuchten Bodens abzuschreiben, statt dessen haben sie ihm noch 124 ha draufgegeben. Die Planauflagen für Milch und Fleisch wurden auf das 1,5fache erhöht. Dabei verzeichnen seine Dörfer Lomatschi und Tulgowitschi – das haben Wissenschaftler gemessen – eine Plutoniumdecke von 5,4 Curie je Quadratkilometer, während die Norm bei 0,1 liegt! So funktioniert vor unser aller Augen der bürokratische Mechanismus des Völkermords weiter, eines blinden, sinnlosen, nicht einmal böswilligen Mordes, ganz einfach die übliche Funktionsweise des bürokratischen Räderwerks.

W. Kolinko: Ich besitze Unterlagen dafür, daß Getreide und Kartoffeln geliefert werden, die über alle Maßen verseucht sind. Und nicht etwa illegal, ganz offiziell.

V. Budko: Wissen Sie, ich höre Ihnen hier zu und denke dabei: Da ist also etwas Entsetzliches über uns hereingebrochen. Ja, wir wurden nicht rechtzeitig gewarnt, die Kinder nicht evakuiert. Aber wir hatten doch erwartet, daß die Wissenschaftler, die Ärzte, die Führung der Republik uns helfen würden. Wir haben ihnen vertraut. Sie halfen nicht. Wir schlugen Alarm. Ein Dankeschön an die Presse. Sie hat es dazu gebracht, daß endlich jemand hellhörig wurde. Aber wann werden wir von Worten zu Taten gelangen? Wird es dazu einmal kommen? Ich erbitte Ihre Hilfe. Mir selbst sind bereits alle Türen verschlossen, sogar im Ministerrat in Kiew – ich habe den Ruf des ärgsten Aufrührers.

Wir hatten den Vorsitzenden des SKHM, Israel, zu Besuch, der uns sagte, die durchschnittliche Verseuchung betrage bei uns fünf Curie, es ließe sich also leben. Was aber heißt durchschnittlich? Was heißt das, wenn es Dörfer gibt, wo 170 Curie gemessen werden? Ich kann Ihnen Unterlagen präsentieren, die ganz offiziell ausweisen, daß alle Kinder im Dorf Malije Menki in drei Jahren 20 ber aufgenommen haben.

J. Schtscherbak: Begreifen Sie, was das für den kindlichen Organismus bedeutet – 20 ber? Das bedeutet künftige Leukämie, Krebs, Mutationen ...

V. Budko: Man hat uns zugesagt, daß 1989 338 Familien mit Kindern ausgesiedelt würden. Inzwischen ist es Herbst, und wir mußten in Dörfern mit 170 Curie erneut Kindergärten und Schulen öffnen. Die Umsiedlung des Bezirks wird schon über vier Jahre hingezogen. Deshalb muß unverzüglich dafür gesorgt werden, daß der ganze Bezirk reine Nahrungsmittel erhält! 1500 Kinder essen „verschmutzte" Speisen! Soviel ich weiß, ist das Papier mit dieser Entscheidung jetzt zur Begutachtung beim stellvertretenden Gesundheitsminister der UdSSR, Sergejew, steckengeblieben. Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich habe mein Leben hinter mir! Mir tut es leid um die Kinder!

A. Jaroschinskaja: Ich habe auf einer Versammlung eine Frau erzählen hören: „Ich komme nach Hause und sehe meinen Jungen mit einer Tasse Milch vor sich. Als er mich sieht, kriegt er einen Schreck, denn er weiß ja, daß ich schimpfen werde, weil man keine Milch trinken darf, und heult los: ‚Mutti, bitte schimpf' doch nicht, ich habe ja nur meinen Finger in die Milch gestippt ...'

A. Adsmowitsch: Lassen Sie mich, da unser Gespräch ja offenbar zu Ende geht, zum Schluß noch eines sagen: Die Leute, die an alle diesen Verbrechen, an dem ganzen Schwindel und Betrug, am Unterschlagen der Wahrheit schuld sind, diese Leute werden an der Situation nichts ändern können. Daher werden sie, um ihre Lügen zu verbergen, weiter lavieren und weiter lügen. Deshalb müssen die, die noch nicht pensioniert wurden, von ihren Posten abtreten.

Mit diesem Rundtischgespräch beabsichtigt die Redaktion, das ganze Lügengewebe um Tschernobyl von Anfang bis Ende darzustellen und dessen Webart zu erkennen. Das ist uns, wie Sie sehen, nicht gelungen. Vor allem deshalb, weil bisher unbekannt ist, wer persönlich und aus welchen Motiven (oder auf Grund welcher und von wem stammenden Anweisungen) das Ausmaß des GAU verheimlichen und die Öffentlichkeit irreführen will. Wer die Menschen weiter in den stark verseuchten Zonen leben, besser siechen ließ. Ohne Antwort auf diese Fragen ist es unmöglich festzustellen, wer der Urheber des Verbrechens und wer lediglich (keineswegs im entschuldigenden Sinne „lediglich") Vollstreckungsgehilfe war. Und schließlich, wie diese Rollen heute verteilt sind.

Aber wir müssen der Wahrheit unbedingt auf den Grund gehen. Ein ungestraftes Verbrechen kann ansteckend wirken. Informationssperren, Umdeutungen, Versuche, Glasnost zu dosieren, sind besorgniserregende Symptome, die auch nach Tschernobyl auftreten.

Das Gespräch führte
JEWGENIA ALBAZ

1) Anatoli Alexandrow (1903) – ehemaliger Präsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Kernphysiker
2) Boris Schtscherbina (1919) – stellvertretender Ministerratsvorsitzender der UdSSR
3) Slawutitsch – 1987 nach dem GAU errichtete Stadt für das Personal des KKW Tschernobyl

Argentiniens

Das argentinische Atomprogramm wird von dem neuen peronistischen Präsidenten Carlos Menem mit ungebrochenem Optimismus weiterentwickelt. Die Teil-Privatisierung von Atucha II, das geplante Endlager in Patagonien und die Fertigstellung der Wiederaufarbeitungsanlage in Ezeiza, die bombenfähiges Plutonium abwirft, sind die wesentlichen Punkte der „atomaren Zukunft" des Landes, Nachdem Menems Vorgänger Alfonsín nach 1983 versuchte, den Militärs die Kontrolle über den Nuklearbereich zu entziehen, indem er eine zivile Präsidentin an die Spitze der nationalen Atomenergiebehörden CNEA setzte, gewinnen die Militärs unter dem Peronisten wieder an Terrain.

Eigentlich hatte Präsident Menem den Chef der argentinischen Atomenergiebehörde CNEA während der Militärdiktatur, Carlos Castro Madero, erneut als Präsidenten der Behörde vorgesehen. Doch dieser wollte den Posten nicht annehmen, solange seine Freunde, die verurteilten Militärs der letzten Diktatur, noch in den Gefängnissen säßen. So avancierte der weniger bekannte Dr. Manuel Mondino zum neuen Vorsitzenden der CNEA. Castro Madero bleibt allerdings als Berater von Mondino auch weiterhin ein wesentlicher Drahtzieher des Atomprogramms. Somit ist den Militärs nach wie vor die entscheidende Rolle in diesem Sektor gesichert. Deren Ambitionen auf ein Atom-U-Boot und der Traum von der argentinischen Atom-Bombe sind hinlänglich bekannt. Die Trägersysteme für eine solche Bombe hat Argentinien in Form des Mittelstreckenrakete „Condor" bereits entwickelt. Präsident Menem erklärte im Oktober dieses Jahres, daß er nicht im geringsten daran denke, den Atomwaffensperrvertrag (NPT) zu unterzeichnen bzw. den Vertrag von Tlatelolco, der eine atomwaffenfreie Zone in Lateinamerika vorsieht, zu ratifizieren. Diese Verträge stellen für ihn eine Diskriminierung der sogenannten „Entwicklungsländer" von seiten der Industrienationen dar.

Atomare Privatisierung mit viel Energie

Eine der dringlichsten Aufgaben der CNEA ist die Fertigstellung des dritten Atomreaktors Atucha II. Der in Kooperation mit der deutschen Firma Siemens/KWU im Bau befindliche Reaktor sollte eigentlich schon 1987 in Betrieb genommen werden. Finanzielle Schwierigkeiten verzögerten den Bau jedoch so sehr, daß Atucha II im letzten Jahr als halbfertige Bauruine zu enden drohte. Doch die Privatisierungspläne der neoliberalen Regierung Menem (LN 185) sollen auch Atucha II retten: eine vorübergehende Union von sieben in- und ausländischen Firmen soll unter dem Vorsitz der Firma ENACE (75 % CNEA, 25 % Siemens/KWU) einen Teil der fehlenden 1,3 Mrd. US-Dollar für die endgültige Fertigstellung des Reaktors bis 1994 zur Verfügung stellen. Somit summieren sich die Gesamtkosten für Atucha II auf 2,7 Mrd. US-Dollar (!) – der Reaktor mit dem teuersten Strom der Welt.
Mit von der Partie bei diesem Geschäft sind Siemens/KWU und die italienische Firma Techint. Als Gegenleistung werden die beteiligten Firmen einen Anteil an der kommerziellen Nutzung von Atucha II erhalten. Die schon unter Präsident Alfonsín geplante aber nicht durchgeführte Atomare Privatisierung (LN 174) nimmt konkrete Formen an. Pikant an dem Geschäft ist, daß das Firmenkonglomerat sich weigerte, die Steuerzahlungen für den Bau des Reaktors zu übernehmen, die allein 250 Millionen Dollar betragen. Diese werden nun von der CNEA übernommen.

Argentinien – internationales Atomklo?

„Den Atommüll in adäquaten geologischen Strukturen unterzubringen ist eine moralische Pflicht, die wir nicht als ungelöstes Problem an die zukünftigen Generationen weitergeben dürfen." Mit diesem moralischen Exkurs versucht der Vizeadmiral a.D. und Sekretär der Nationalakademie der Wissenschaften für Nuklearenergie Carlos Castro Madero das Projekt eines Endlagers für hochradioaktiven Atommüll in Argentinien zu verteidigen.
Dieses Projekt hat eine lange Geschichte. Bereits 1979 während der Militärdiktatur wurde mit dem „Nationalen Energieplan" der CNEA unter der damaligen Leitung von Castro Madero dieses Kind geboren. Eine „SpezialistInnengruppe" der Universität San Juan wurde beauftragt, eine Studie über mögliche Standorte für ein solches Endlager in Argentinien anzufertigen. 198 mögliche Standorte schlug sie vor, aus denen dann die „Sierra del Medio" in der Nähe der Ortschaft Gastre in der Provinz Chubut als *der* Standort des Endlagers ausgewählt wurde. Dort wurden in der Folge Detailstudien erstellt, um die genauen Standortbedingungen auszuloten. Eine abschließende Studie über den Bau des Endlagers wurde 1988 mit 15 Millionen US-Dollar Finanzmitteln in Auftrag gegeben. Das Ergebnis dieser Erforschung und somit der mögliche Startschuß für den Bau des Endlagers wird in 2-3 Jahren erwartet.
Doch Castro Madero kennt schon heute das Ergebnis: „Das Endlager ist nicht gefährlicher als jedes funktionierende Atomkraftwerk." Dieser Auffassung widersprechen die Umwelt- und Anti-Atomgruppen in Argentinien, die gegen das Endlager mobilisieren. Nach ihren Angaben liegt Gastre inmitten eines erdbebengefährdeten Gebietes. 1960 fand nicht einmal 400 km davon entfernt das schwerste Erdbeben dieses Jahrhunderts, weltweit gesehen, statt. Selbst ein anerkanntes Gremium von argentinischen Geologen erklärte 1988, daß in dem Gebiet der Sierra des Medio auch künftig Erdbeben wahrscheinlich sind. Auch das Eindringen von Grundwasser in das Endlager sei nicht mit Sicherheit ausgeschlossen. Gerade dieser Punkt ist brisant, da Radioaktivität aus einem Endlager über die unterirdischen Gewässerbewegungen am wahrscheinlichsten freigesetzt wird.
Ungeachtet dessen gehen Castro Madero und seine KollegInnen von der Sicherheit des Endlagers aus. So ist die konkrete Planung für das Projekt schon sehr weit fortgeschritten: „Das Endlager ist konzipiert für die Aufnahme des Atommülls, der von sechs Kernkraftwerken in 30 Jahren produziert wird", verriet Elias Palacios, ein Techniker der CNEA. Die abgebrannten Brennelemente sollen in Gals eingegossen werden und in einem Container aus nicht rostendem Stahl, der durch eine Bleischicht geschützt wird, untergebracht werden. Zunächst werden die Container in Wasserbekken oder Kühlkammern gelagert, um die Wärmeabgabe zu verringern. Danach sollen sie im Granitgestein von Gastre 500 Meter tief endgelagert werden. Nach Castro Madero kann der Atommüll dort 100.000 Jahre bedenkenlos lagern – ein völlig utopischer Zeitraum. Seriöse Wissenschaftler gehen mit realistischen Schätzungen über eine relativ gesicherte Endlagerung von allerhöchstens 1000 Jahren aus.
Die Kosten des Projekts werden auf 500 Millionen US-Dollar veranschlagt – für Argentinien in der derzeitigen ökonomischen Situation kaum finanzierbar. Deshalb wurde in der Vergangenheit auch des öfteren über eine Finanzierung durch ausländische Firmen spekuliert, die dann als Gegenleistung ihren Müll in Gastre lagern können – Argentinien als internationale Atommülldeponie. „Ich denke, daß das Endlager eine wichtige Devisenquelle darstellt. Wenn ein Land geeignete Standorte besitzt, um den Atommüll anderer Länder zu lagern, die diese Möglichkeiten nicht haben und seine Möglichkeiten der Welt zur Verfügung stellt, würde der Eingang (der Devisen) sehr wesentlich sein. Argentinien hat Ressourcen, die es zur Verfügung stellen kann (...) Jemand sagte, wenn ein einziges Land allen Atommüll der Welt endlagern würde, würde es eine jährliche Rente von 10 Mrd. US-Dollar haben", erläutert Castro Madero in einem Interview mit der argentinischen Tageszeitung Página/12 (23.09.1989) die Lukrativität eines solchen Projekts für Argentinien. Auch wenn Argentinien wohl kaum das Atomklo der ganzen Welt werden kann, scheinen Vermutungen über eine Endlagerung von ausländischem Atommüll durchaus realistisch.
In Europa wird von Seiten der Atom-Mafia auf die direkte Endlagerung des Atommülls gesetzt, nachdem sich Projekte der Wiederaufbereitung (Beispiel Wackersdorf) als zu teuer oder undurchführbar erwiesen haben. Deswegen sind „geeignete Standorte" inter-

strahlende Zukunft

taz, 27/1/90

AKW Atucha I ist wieder am Net

Der Defekt, der das argentinische AKW für 16 Monate stillegte, ist behoben, aber nicht geklärt / Siemens warnt: Der Reaktor könne kaputtgehen, eine atomare Gefährdung gebe es aber nicht

Buenos Aires / Berlin (taz) — Nach sechzehn Monaten Unterbrechung ist das argentinische Atomkraftwerk Atucha I wieder am Netz. Bisher werde das AKW nur „zur Probe" betrieben — so beruhigte der Präsident der Nationalen Kommission für Atomenergie (CNEA), Manuel Mondino. Wenn alles gutgehe, solle es auf 50 Prozent hochgefahren werden. Wann die Reparaturarbeiten soweit abgeschlossen sind, daß das 340-Megawatt-Kraftwerk vollständig ausgelastet werden kann, sagte der CNEA-Chef nicht.

Das 100 Kilometer vor der 12-Millionen-Stadt Buenos Aires gelegene AKW war aufgrund eines Defekts im Kühlsystem im August des vergangenen Jahres abgeschal- [illegible] Reparaturarbeiten [illegible] schwierig her-

sei. Ihre Katastrophenwarnung wollen die Siemensexperten allerdings nur auf die Betriebstüchtigkeit ihres Reaktors bezogen wissen: Wenn Atucha I ohne das zusätzliche Kühlsystem gefahren würde, laufe man Gefahr, daß es aufgrund der zu erwartenden Defekte schließlich gar nicht mehr funktioniere. Ein umweltbedrohendes Sicherheitsrisiko, so beteuert Siemens gleichzeitig, bestünde jedoch nicht.

Die CNEA-Experten haben sich die Siemens-Einwände als „unzumutbare Einmischung" verbeten. Der Einbau eines neuen Kühlsystem, der zwei Jahre dauern und 15 Millionen Dollar kosten soll, wurde abgelehnt. „Hinter dem Siemens-Vorstoß", spielte der CNEA-Präsident Mondi[illegible] Warnungen des Geschäftspartners herunter, „stehen nur wirtschaftliche Interessen." In den letzten Monaten war aus dem argentinischen Energieministerium heftiger Druck auf die CNEA ausgeübt worden, Atucha I wieder in Betrieb zu nehmen, weil sonst in den Sommermonaten tägliche Stromsperren nicht zu vermeiden sein werden.

Während in Argentinien — auch innerhalb der Linken — immer noch eine Pro-Atom-Stimmung herrscht und sich selbst die grüne Partei für die Nuklearenergie ausgesprochen hat, regt sich inzwischen im Nachbarland Widerstand. Der uruguayische KP-Abgeordnete Carambula fragte im Außenministerium n[illegible] welches Restrisiko Atucha I [illegible] Land darstelle.

national gefragt. Der wachsende Atommüll wird darüberhinaus in den kommenden Jahren das dringlichste Problem auf dem Gebiet der Nukleartechnologie werden, denn die Kapazitäten für eine Zwischenlagerung sind erschöpft – und der Müll muß irgendwo hin. Somit kommt das Endlager in Argentinien sicher gelegen. Die Financial Times berichtete am 8. Juni 1988 gar von angeblichen Kooperationsgesprächen zwischen der Schweiz und Argentinien für den Bau des Endlagers. Auch wenn in Argentinien für den Bau keine Eile besteht – die CNEA plant den Bau des Endlagers für das erste Jahrzehnt des kommenden Jahrtausends – ist Besorgnis über dieses Vorhaben gerade jetzt angebracht.

Die Wiederaufbereitung läuft an

Problematischer vom zeitlichen Gesichtspunkt her ist eine andere Entwicklung im argentinischen Nuklearbereich: Die Wiederaufarbeitungsanlage in Ezeiza, nahe dem Flughafen von Buenos Aires, ist so gut wie fertiggestellt. In dieser WAA werden die Kernbrennstäbe der AKWs wiederaufbereitet, wobei bombenfähiges Plutonium anfällt. In diesem Jahr hat der Probebetrieb der Anlage begonnen.

Im vollen Betrieb soll die Anlage 15 kg Plutonium im Jahr aus den Brennelementen separieren. Die Anlage selbst ist nicht der Überwachung durch die Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) unterstellt. Nur wenn Brennelemente aus überwachten Reaktoren wie zum Beispiel Atucha I aufbereitet werden, untersteht die Anlage den SafeguardKontrollen durch die IAEO. Bevor Argentinien die Brennelemente aus Atucha I aufbereiten kann, muß die Bundesregierung dafür eine Genehmigung erteilen, da Atucha I von Siemens geliefert wurde. Diese Genehmigung wird Bonn sicherlich erteilen, in dem Wissen darüber, daß die Sicherheitsüberwachungen aufgrund finanzieller und personeller Mängel der IAEO keine wirkliche Gewährleistung zur Verhinderung der militärischen Nutzung des Plutoniums darstellen.

Unabhängig von dieser militärischen Nutzung der WAA hat Argentinien ein Interesse daran, seine Wiederaufbereitungskapazitäten international zur Verfügung zu stellen, um so Devisen zu erwirtschaften – Argentinien übernimmt die Drecksarbeit der Nukleartechnologie.

Des weiteren kann allerdings das gewonnene Plutonium entweder für Mischoxid-(MOX-)Brennelemente für die Kernreaktoren oder aber direkt als Brennstoff für einen schnellen Brüter verwendet werden. Daß diese Brüter-Technologie in den nächsten Jahren einen starken internationalen Aufschwung erhält, ist sehr wahrscheinlich. Angesichts der drohenden Klimakatastrophe durch Ozonloch und Treibhauseffekt gewinnt die Atom-Lobby international wieder an Ansehen. Eine forcierte Weiterentwicklung der Brüter-Technologie ist daher für die kommenden Jahre durchaus auch in Argentinien möglich. Die Internationalisierung der Atomgeschäfte schreitet weiter voran – eine internationale Antwort der Anti-Atom-Bewegung ist zwingend geboten.

Roman Herzog

Die Bundesregierung trägt keine Verantwortung

"Das Bundeskabinett hat heute die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der Grünen zur bundesdeutschen Beteiligung am weltweiten Uranabbau und Uranhandel, Menschen und Landrechte der Betroffenen beschlossen. Zu 79 Einzelfragen wird zu den Themen Uranabbau und -bedarf, Uranminen mit bundesdeutscher Beteiligung, Uranabbau in den Comecon-Ländern, Uranhandel und -lagerung, Exploration, Tailings (Abraumhalden und -bekken) und Endlager, Auswirkungen auf die Gesundheit von Lebewesen sowie Menschen und Landrechten Stellung genommen.

Nach Auffassung der Bundesregierung schließen es die gesetzlichen Regelungen der Förderländer für die Genehmigung, den Betrieb und die Überwachung von Uranexplorations- und Abbauprojekten aus, daß beim Uranabbau - wie die Anfrage unterstellt - "riesige" Mengen gesundheits- oder umweltgefährdender Atommüll produziert werden.

Die gesetzlichen Regelungen der Förderländer umfassen auch die Anerkennung und den Schutz der Rechte indigener Völker. Danach können in den meisten Förderländern Exploration und Abbau nur mit Einwilligung der einheimischen Bevölkerung in Angriff genommen werden. Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland, die an der Exploration oder den Abbau im Ausland beteiligt sind, halten nach Kenntnis der Bundesregierung diese Bestimmungen ein."

So die Erklärung des Regierungssprechers auf die Große Anfrage der Abgeordneten Frau Wollny, Dr. Daniels, Brauer u.a. und der Fraktion Die Grünen am 23.11.89 in Bonn.

Die Anfrage war im Frühjahr unter Mitwirkung von Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen erstellt worden, mit der Hoffnung, die Bundesregierung müsse sich mit dem Thema des Uranabbaus stärker als bisher beschäftigen und Informationen veröffentlichen, die ihr über Unfälle und die Verseuchung der Umwelt vorliegen.

Doch die Bundesregierung gab nur sehr unkonkrete Aussagen von sich und versteifte sich immer wieder in ihre Unwissenheit. So glaubt der Wirtschaftsminister Herr Hausmann die Anfrage ausreichend beantwortet, und zeichnet in der Antwort ein Bild des Uranabbaus, das so nicht stehen bleiben kann. Das von der Bundesregierung vorgelegte Papier zeigt deren Ignoranz gegenüber den jahrzentelangen Einwänden indigener Vertreter, die sich wiederholt und vehement gegen den Abbau des Urans auf ihrem Land ausgesprochen haben. Untersuchungen der letzten Jahre zu den Folgen der Radioaktivität, wie aus der Neubewertung der Atombombenauwürfe von Hiroshima und Nagsaki, aber auch aus dem Reaktorenunfall von Tschernobyl scheinen für die Bundesregierung gar nicht existent oder werden aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus einfach nicht berücksichtigt.

Die Positionen zu den Fragen der Rechte indigener Völker scheinen dem 19. Jahrhundert entliehen zu sein und berücksichtigen in keinster Weise deren Ansprüche auf Selbstbestimmung. In diesem Punkt muß sich die Bundesregierung den Vorwurf gefallen lassen, daß sie eine neokolonialistische Wirtschaftspolitik betreibt und auch weiterhin betreiben will.

versorgung aus Kernenergie notwendig sei. Um dies auch in Zukunft zu gewährleisten, plädiert sie für die Fortsetzung der Exploration und die Inbetriebnahme zusätzlicher Produktionskapazitäten."

Dies zeigt sehr deutlich, daß die Bundesregierung auch langfristig nicht auf den Ausstieg aus der Kernenergie setzt, denn die Exploration, die heute durchgeführt werden, kommen erst im nächsten Jahrhundert zum Tragen.

Um die Versorgung der bundesdeutschen AKW´s mit Kernbrennstoff zu sichern, hat die Bundesregierung schon frühzeitig angefangen, deutsche Uranabbaubetriebe mit aufzubauen und bestehende stark subventioniert. *"Diese*

Die Karten auf dieser und den folgenden Seiten sind einem Flugblatt des Arbeitskreises gegen Atomanlagen Frankfurt entnommen. Sie geben einen Überblick über die Orte der Aktivitäten der "Urangesellschaft".

= Exploration
= Beteiligungen
= Neue Technologien

BL	= Baker Lake
HB	= Hosta Butte
CC	= Eypress Creek
E	= Espinharas
S	= Somair
R	= Rössing
Ra	= Ranger
W	= Westmoreland
Y	= Yeelirrie

Um die vorgebrachten Vorwürfe zu bekräftigen, werden wir zu einzelnen Punkten der Anfrage Stellung nehmen.

In der Vorbemerkung erklärt die Bundesregierung, *"daß eine gesicherte Energieversorgung die Nutzung aller zu Verfügung stehender Energieträger erfordert und die Strom-Unternehmen"*, so erklärt die Bundesregierung, *"seien an die gesetzlichen Bestimmungen der Förderländer gebunden und unterliegen somit der Aufsicht der dortigen Institutionen; es sei nicht Aufgabe der Bundesregierung diese zu überwachen."*

Aus der in der Vorbemerkung gegebenen Erklärung zur Rechtslage in den Förderländern zeigt sich, daß die Bundesregierung nur kaum oder keine Vorstellung über die Verhältnisse in diesen Ländern besitzt, wie könnte sie sonst behaupten, daß die Einigung über die Respektierung religiöser Stätten die Voraussetzung für eine Erlaubnis zur Exploration oder zum Abbau ist. Wenn man weiß, daß die meisten Regierungsvertreter sich immer wieder geweigert haben, Vertreter indigener Völker zu empfangen, erklärte sich eine solche inkompetente Einschätzung der tatsächlichen Lage dieser Völker in den Förderländern.

Die Anfrage ist in acht Hauptbereiche gegliedert, die wir je nach unserem Bezug kürzer oder länger behandeln. Dies stellt keine Bewertung der einzelnen Fragen oder Bereiche dar.

I. Uranabbau und Bedarf

Im ersten Bereich wird die Fragen nach dem bisher produzierten Uran und dem zukünftigen Bedarf, sowie dessen militärischer Verwendung gestellt. Die Bundesregierung erklärt, *"daß ihr keine Daten zu der militärischen Verwendung von Uran vorliegen und sie auch keine Abschätzung für die Zukunft geben kann. Von 1950 bis 1988 belief sich die kumulierte Bergwerksförderung auf 936.000 t U, davon ca. 590.000 t in der Zeit von 1970 bis 1988; der zivile Bedarf lag in diesen 18 Jahren bei 470.000 t. Der Bedarf der deutschen Energieversorgungsunternehmen für die 22 Leistungsreaktoren beträgt derzeit jährlich 3.500 t U 308."*

Zur Frage nach der Herkunft des Urans für die Zeit von 1970 bis 1988 erklärt die Bundesregierung, *"daß 38 % aus Australien, 33 % aus Südafrika, 11 % aus Kanada, 7 % aus Namibia, 7 % aus Niger und 4 % aus den USA bezogen wurden."*

Interessant ist, mit welcher Offenheit der Bezug von Uran aus Namibia zugegeben wird, da dies ja unter dem Dekret Nr. 1 des UN-Rates für Namibia stand (in dem der Bezug von Rohstoffen aus Namibia untersagt ist). Doch da dieses Dekret nicht in ihrem Interesse ist, erkennt die Bundesregierung es nicht an. So erklärt sie, *"da das Dekret völkerrechtlich nicht bindend sei und nicht in innerstaatliches Recht umgewandelt wurde"*, kann die Regierung von Namibia auch diesbezüglich später keine Schadensersatzansprüche stellen.

II. Uranminen mit bundesdeutscher Beteiligung

Zur Frage "Wie beurteilt die Bundesregierung als ehemalige Mitinhaberin (bis 1989 direkt über die VEBA) der Firma Urangesellschaft mbH in Frankfurt (Main) die Absicht der Firma, in der Dauerfrostregion des nördlichen Kanada (Baker Lake, Nord West Territories) eine Uranmine zu eröffnen?" und zur Frage "Welche Untersuchungen technischer wissenschaftlicher Art über die Auswirkungen des Uranabbaus und die Sicherung des radioaktiven Abraums im Perafrost sind ihr bekannt. z.B. über Minen in Port Radium und Nordsaskatchewan, Kanada oder Minen in der Sowjetunion?" erklärte die Bundesregierung, *"daß dies Angelegenheit Kanadas sei und daß die Strahlenbelastung außerhalb des unmittelbaren Bergwerk-Abbaugebietes minimal sei."*

Dies bestätigt unsere Vermutungen, daß der Bundesregierung keine verwertbaren Untersuchungen über die Belastung von Uranminen in der Permafrostregion vorliegen. Die geplante Mine am Baker Lake entsteht somit, ohne daß die Betreiber über ausreichende Information über die erhöhten Gefahren eines Abbaus in diesem Gebiet verfügen. Es ist jedoch zu befürchten, daß durch die geplanten Maßnahmen das empfindliche ökologische Gleichgewicht in der Region nachhaltig gestört wird. Immerhin umfaßt der gesamte Komplex zwei Open Pit Mines (Offene Tagebaugruben), Uranmühlen, eine Uranerzverarbeitungsanlage, ein System zur Abwasserbehandlung, Tailings für flüssigen und festen Abfall, Unterkünfte für 250 Beschäftigte und eine zwei km lange Landebahn für Düsenflugzeuge. Dies umfaßt alleine ein Gebiet von ca. 50 qkm, außerdem ist eine Hafenanlage an der Hudson Bau für 10.000 t-Tanker inkl. Lagereinrichtungen und eine 200 km lange Straße vom Hafen zur Mine vorgesehen.

Da dieses Gebiet mit die stärksten Windaufkommen in Kanada besitzt, würde das beim Abbau und von den Tailings entstehende Radon die Siedlungen der Inuit radioaktiv verseuchen, zusätzlich droht eine radioaktive und chemische Verseuchung der Gewässer, da sich die Mine oberhalb vieler Seen und Flüsse befindet. Eine Abtrennung der bei der Uranverarbeitung entstehenden Flüssigabfälle von den Feststoffen ist bereits in Nordsaskatchewan während der Frostperiode wirtschaftlich nicht mehr durchführbar. In der subarktischen Region von Baker Lake ist der Boden zehn bis zwölf Monate im Jahr gefroren und so ist geplant, die Flüssigabfälle einfach ungetrennt auf den Halden zu lagern. Die Urangesellschaft Canada Ltd. erwartet. laut ihrer eigenen Projektbeschreibung, keinerlei Oberflächen- oder Grundwasserbelastungen. Als einzige Sicherheitsmaßnahme wird vorgeschlagen, flußabwärts einen Damm auf aufgefrorenem Boden zu errichten, dies würde allerdings eine dauerhafte Stabilität des Untergrunds voraussetzten, auch für die Zeit nach Beendigung des Abbaus. Es ist vorauszusehen, daß die drohende langfristige Veränderung des globalen Klimas auch vor den Nord West Territories nicht haltmachen wird. Nachfolgenden Generationen werden die Abraumhalden hinterlassen, die auch nach Jahrzehnten oder Jahrhunderten Seen und Flüsse verseuchen. Besonders für die von der Karibujagt lebenden Inuit wird der Uranabbau nicht ohne Folgen bleiben. Aus diesem Grund hat sich die Inuit Circumpolar Conference auf ihrer 5. Vollversammlung im Juni dieses Jahres noch einmal ausdrücklich gegen jeglichen Uranabbbau ausgesprochen.

Auch dies scheint der Bundesregierung nicht bekannt zu sein. Wenn sich die Bundesregierung überhaupt Gedanken über die Belastungen der Umwelt durch den Uranabbau in anderen Ländern machen würde, dann müßte sich auch dazu beitragen, daß unabhängige Wissenschaftler die Gelegenheit (und die finanziellen Möglichkeiten) erhalten, regelmäßig die radioaktive Belastung des Bodens und der Gewässer in Abbaugebieten zu kontrollieren, denn die uns vorliegenden Zahlen (Bericht von Miles Goldstick, The Swedish University Of Agricultural Sciences, Department of Ecology And Environmental Vesearch, Uppsala, Sweden) zur radioaktiven Belastung in dem Abbaugebiet nahe des Wollaston Lake zeigen deutlich eine gefährlich hohe Belastung der Gewässer und insbesonders auch der Wasserpflanzen. Letztere werden von Fischen und Elchen gefressen und gelangen somit in die Nahrungskette und schließlich zum Menschen.

Wenigstens gab die Bundesregierung zu, *"daß ihr bekannt sei, daß es vor ca. 6 Jahren im Bergwerk Key Lake in der Anfahrphase der Aufbereitungsanlage einen Zwischenfall gegeben hat, bei dem Abwässer aus einem Auffangbecken ausgelaufen sind. Eine Belastung der Umwelt sei dabei jedoch nicht aufgetreten"* - wie dies bei 100 Millionen radioaktiv kontaminiertem Wasser vor sich gehen soll, ist uns allerdings rätselhaft. Entgangen scheint ihr jedoch zu sein, daß dies nicht der einzige Unfall bei Key Lake gewesen ist, so nämlich erst wieder Anfang April dieses Jahres, als zwei Sicherheitssysteme versagten und beim Bruch einer Pipeline radioaktives Material in den Wolf Lake gelangte.

Zu den Landrechten der Inuit vertritt die Bundesregierung grundsätzlich die Position, daß dies Angelegenheit Kanadas sei. Sie vertraut der kanadischen Regierung, die ja selbst an den Uranabbauunternehmungen beteiligt ist. Dazu muß man wissen, daß Kanada die Existenz indigener Völker innerhalb seiner Grenzen faktisch ignoriert und sie allenfalls als ethnische Minderheiten toleriert. Mit dieser Einstellung versucht die kanadische Regierung auch immer wieder innerhalb der UN, Resolutionen zu Fall zu bringen, die sich mit den Rechten indigener Völker beschäftigen. Das kanadische Recht ist eine einseitige Angelegenheit und keine Vereinbarung zwischen zwei freien, gleichberechtigten Vertragspartnern. Die Indianer und Inuit erfahren allenfalls eine Art Besatzungsrecht, unter dem sie gewisse Rechte besitzen, das Selbstbestimmungsrecht wurde ihnen jedoch nie gewährt.

III. Uranabbau in den COMECON-Ländern

Zu den Fragen des Uranabbaus in der DDR finden wir es wichtig, daß die Bundesregierung seit 1976 über Statistiken verfügt, die der Berufskrankheitendokumentation entstammen und Angaben über aus der DDR übergesiedelte Uranbergarbeiter enthalten. Danach wurden bis 1988 in insgesamt 73 Fällen Berufskrankheiten anerkannt, die durch Uran verursacht wurden. Dabei handelt es sich um im Erzgebirge eingesetzte Uranbergleute.

Von diesen 73 Patienten sind zwischenzeitlich 61 verstorben. Nach Auskunft der zuständigen Berufsgenossenschaft wurde überwiegend ein

durch die Strahlung bedingtes Lungenkarzinom als Todesursache angegeben.

IV. Uranhandel und -lagerung

Laut Angaben der Bundesregierung *"haben die bundesdeutschen Unternehmen zusammen einen Anteil von rd. 10 % am Weltmarkt"*, dies sind die Interuran GmbH, NUKEM GmbH, STEAG Kernenergie GmbH, Urangesellschaft mbH und last but not least die Uranerzbergbau GmbH. Die Bundesregierung geht davon aus, daß die Uranpreise nach den z. Zt. relativ niedrigen Preisen wieder ansteigen werden und bis zum Jahr 2.000 der kumulative Verbrach ca. 550.000 t U betragen wird. Für das Jahr 2.005 wird eine Ausweitung der Förderkapazitäten auf 53.000 t U pro Jahr für möglich gehalten.
Über die Beteiligung deutscher Bergbaugesellschaften an der Entwicklung von Uranlagerstätten scheint die Bundesregierung jedoch nur unzureichend informiert zu sein. So nennt sie folgende Beteiligungen:
- Kiggavik (Baker Lake, NWT, Kanada: Urangesellschaft mbH;
- Midwest, Saskatchewan, Kanada: Uranerzbergbau GmbH;
- Eagle Point N, Saskatchewan, Kanada: Uranerzbergbau GmbH;
- Crow Butte, Nebraska, USA: Uranerzbergbau GmbH.

Aus dem Jahresbericht der Saskatchewan Minin Gevelopment Corporation (SMDC) von 1987 gehen jedoch noch andere Beteiligungen an Projekten hervor. So nämlich für die Uranerzbergbau GmbH:
Hughes Lake 20 %, Mann Lake 25 %, Mc Arthur River 29,444 %, Close Lake 21,67 %, Martin Lake 15 %, Taylor Bau 6,67 %, Cree Zimmer 33,33 %, Kowalchuk L. 6,67 %, Martin Lake 16,67 %, Read Lake 25 % und Russel Lake 16,67 &; wobei sie bei den letzten fünf genannten Projekten als Betreiber auftritt. Oder für die Interuran (vormals Saarberg Interplan): Cree Extension 20 %, Mc Arthur River 9 %, Moon Lake 25 % und Moore Toblin unter ihrer Führung mit 50 %.
Diese Zahlen entstammen dem Geschäftsbericht der SMDC und zeigen eigentlich nur die Minen auf, an denen die SMDC beteiligt ist, das heißt, er zeigt nicht, ob die Uranerz noch weitere Projekte mit anderen Unternehmen zusammen betreibt.

V. Exploration

Zur Frage der Förderung der Exploration durch Mittel des Bundes (des Steuerzahlers) erklärte die Bundesregierung, *"daß das BMFT (Bundesministerium für Forschung und Technologie) für die Uranexploration im Ausland von 1966 bis 1982 254 Mio. DM bewilligte. Das BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft) begann 1978 mit der Unterstützung der Uransuche."*
Was nicht in der Antwort steht, auch nach 1982 wurden die Uransucher weiter gefördert, so wurden der Bonner Uranerzbergbau GmbH 1985 500.000 DM bewilligt für *"die Methodenentwicklung zum Untertägigen Abbau extrem reicher Uranlagerstätten - Phase I"* sowie *"Entwicklung und Prüfung eines Modells der neuartigen polymetallischen Uran-Kupfer-Lagerstätten"* (1985 - 87).

VI. Tailings, Endlager

Zur Frage der Abschottung der Tailings gegenüber Luft und Wasser behauptet die Bundesregierung, *"daß diese gesichert seien. Während des Betriebs der Minen würden die Tailings durch Nässe und überstehendes Wasser gegenüber der Atmosphäre gesichert, nach Beendigung des Betriebes der Minen würden die Abgänge mit einer mindestens 2 m dicken Erdschicht abgedeckt."*
Den Herren in Bonn empfiehlt sich dringend, einmal die Abbaugebiete in den USA und Kanada zu besichtigen, dort könnten sie feststellen, daß es mit der Abschottung der Tailings nicht zum besten steht und die Abdeckung mit Wasser auch nicht die Lösung des Problems bietet (siehe Unfall bei Churchrock). Aber sogar die relevanten öffentlichen Untersuchungen des Department of Energy zeigen, daß der gute Glaube der Bundesregierung an die Zuverlässigkeit und den Umweltschutzwillen der Betreiberunternehmen hier fehl am Platz ist.
Das Office of Radiation Programs in Washington D.C. mußte 1981 bereits feststellen, daß in unmittelbarer Umgebung zu den Tailings sehr hohe Radonkonzentration festzustellen sind. Dies sind auch die Ursachen, warum die US-Regierung den "Uranium Mill Tailings Radiation Control Act" erließ und das "Uranium Mill Tailings Remedial Aktion Program" startete. Dabei sollen 23 Abfallhalden abgedeckt und eingekapselt werden. Die Tailings werden mit einer 1 m dicken Tonschicht bedeckt, darüber eine etwa gleich starke Lage Gestein und darüber schließlich noch etwa 50 cm Erde. Die Kosten erwiesen sich jedoch als weit höher als man sie zuvor geschätzt hatte, und so ist auch dieses Projekt ins Stocken geraten. Desweiteren handelt es sich hier nur um ein paar Abfallhalden; die gesamten Halden zu sichern, wenn dies überhaupt möglich ist, würde zig Milliarden kosten, da dieses Programm bereits mit 963 Mio $ veranschlagt war. Bezahlt wird dies zu 90 % von der US-Regierung, die restlichen 10 % trägt der jeweilige Bundesstaat.
Über die Rekultivierung behauptet die Bundesregierung, daß die Tailings im wesentlichen abgedeckt und begrünt werden. Aber gerade hier haben neuere Untersuchungen gezeigt, daß das "Begrünen" der Tailings durch die Wurzelbildung die zuvor abgedeckten Schichten wieder durchbrechen, und so einerseits durch die Wurzeln die Pflanzen radioaktiv belastet werden, anderseits das Grundwasser verseucht wird. Es mag zwar hübsch aussehen, wenn die Tailings wieder von Pflanzen vereinnahmt werden, aber die zuständigen Stellen vergessen wohl, daß die Halden Jahrtausende radioaktiv bleiben werden, und wenn man weiß, wie sich in den vergangenen Tausenden Jahren der Pflanzenwachstum uns das Klima verändert haben, so scheinen diese Projekte eher dazu zu dienen, unseren Nachfahren ein paar Probleme mehr zu überlassen.
"Das der Dammbruch einer Halde bei Churchrock keine großflächige Verseuchung verursacht hat", will die Bundesregierung den Untersuchungen amerikanischer Behörden entnommen haben. Wir kennen diese Untersuchungen nicht.
Tatsache ist, daß 355 Mio radioaktiv kontaminiertes Wasser in den Rio Puerco geflossen sind; daß Warnschilder aufgestellt wurden, die vor dem Tränken von Schafen am Rio Puerco waren; daß die Umsiedlungkommission, die die Navajo vom Big Mountain in die "New Lands" bringen soll, uns versichert hat, daß das Wasser, der Siedlungen auf den "New Lands", die an den Rio Puerco grenzen, nicht vom Rio Puerco stammt und daß 200 Navajo in einem außergerichtlichen Vergleich von United Nuklear Corporation 1985 525.000 $ Schadensersatz erhielten. Zumindest ist der Bundesregierung bekannt, daß die Betreiber der Key Lake Mine wegen der illegalen Trockenlegung von Seen zu einem Bußgeld verurteilt wurden. *"Daß es sich dabei um ein geringfügiges Bußgeld handelte"*, empfingen wir auch - viel zu geringfügig!
"Daß über 90 % der Radioaktivität in den Halden bleibt", wie dies die Bundesregierung bestätigt, beruhigt uns keineswegs, so wie die

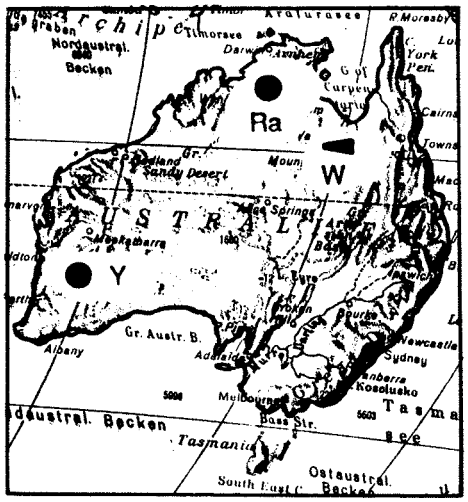
Bundesregierung, im Gegenteil ist dies gerade der Punkt, auf den wir seit Jahren hinzuweisen versuchen. Denn die Radonbelastung kommt von den Halden, und die Menschen, die in diesen Regionen leben, sind die Opfer des Glaubens an den immerwährenden Fortschritt und dieser Energiepolitik.
"Der Betreiber bzw. Rechtsnachfolger haftet nach Erlöschen der Betreiberfirma," so die Bundesregierung. Doch wer ist der Rechtsnachfolger in 10 oder 1.000 Jahren, wer kann dann wirklich haftbar gemacht werden für die Folgen des Uranabbaus, für die Opfer, die an Krebs und Leukämie erkranken und sterben, für die Mißbildungen und Totgeburten, die verursacht werden?

VII. Auswirkungen auf die Gesundheit von Lebewesen

Über die Frage zu den Auswirkungen auf die Umwelt und Lebewesen, erklärt die Bundesregierung, *"in der Umgebung der Grube auftretende Dosisleistungen und Aktivitätskonzentrationen liegen im allgemeinen im Bereich natürlich vorhandener Werte und erfordern keine besonderen Schutzvorkehrungen."*
Wie die Bundesregierung sich zu solch einer unwissenschaftlichen Aussage hinreißen lassen konnte, ist sehr verwunderlich. Erstens bestehen zwischen den Uranlagerstätten hinsichtlich des Gehalts von Uran, und damit auch der Gefährlichkeit, sehr große Unterschiede und zweitens bestehen sehr genaue Messungen über die Strahlungsaktivität der Minen. Radonmengen, die in den Abbaugebieten Saskatchewans frei werden, übersteigen die mittleren aus der Erdoberfläche ausstrebendem Radon 222-Mengen um das 20.000 - 50.000 und in ausgebeuteten Gruben noch das um das 700 - 800 fache.
Zur Frage des Auftretens von Lungenkrebs bei Uranbergarbeitern in den USA und deren Entschädigung erklärt die Bundesregierung, *"es gäbe einen vergleichbaren Entschädigungstatbestand. Ob dieser jedoch in allen Bundesstaaten der USA gilt, ist nicht bekannt. Ebenso können keine Angaben zu den dortigen Entschädigungsfällen gemacht werden."*
Der Bundesregierung sollte eigentlich bekannt sein, daß die wenigsten ehemaligen Uranbergarbeiten in den USA entschädigt wurden, und daß die Zahlen über die Häufigkeit des Auftretens von Lungenkrebs unter ihnen alarmieren sollten. So wurde 1977 bereits (und damals wurden die Folgen von Niedrigstrahlung noch geringer als heute eingeschätzt) in einer Schätzung vorhergesagt, daß von 6.000 Uranbergarbeitern 1.000 allein an Lungenkrebs sterben werden. Hinzu kommen noch die Erkrankungen an Krebs, die nicht zum Tod der Minenarbeiter führen.

VIII. Menschen und Landrechte

Zu der Frage, wie die Bundesregierung, die völkerrechtlichen Verträge zwischen den indianischen Nationen und den USA bzw. Kanada beurteilt, heiß es, *"Nach der kanadischen Verfassung sind die Landrechte der indigenen Völker als gültig anerkannt. Uranbergbau ohne Rücksicht auf diese Rechte ist in Kanada nicht möglich."*
Wir würden gerne wissen, wann die kanadische diese Rechte auch für die indigenen Völker verwirklicht hat? (siehe Lubicon Cree, Innu, Haida, Cree etc...). Der Professor of Human Justice, Jim Hardin von der Universität in Regina, Saskatchewan, schreibt dazu in einem Arbeitspapier mit dem Titel "Aboriginal Rights and Government Wrongs: Uranium Mining and Neocolonialism in Northern Saskatchewan" über den Ausschluß der Rechte von eingeborenen Völkern, daß von dem 300seitigen Untersuchungsbericht zur Cluff Lake Mine, und diese Untersuchung wird meistens herangezogen, um die Rechtmäßigkeit des Uranabbaus in Northern Saskatchewan zu dokumentieren, nur eine 1/2 Seite sich der Frage der Landrechte der Indianer widmet. In diesem Untersuchungsbericht heißt es, "die Frage der Landrechte zu einem Teil der Untersuchung zu machen, wäre ein Fehler gewesen, und wenn dies hätte untersucht werden sollen, hätte es höchstens Gegenstand einer gesonderten Untersuchung sein können."
Da das "Cluff Lake Board of Inquiry" die Landrechtsfrage nicht behandeln wollte, versagte die Federation of Saskatchewan Inians auch ihre Teilnahme an der Untersuchung. Auf ein von ihr früher vorgebrachtes Moratorium wurde ebenfalls nicht eingegangen.
Weiter erklärt die Bundesregierung *"die Beziehungen zwischen der Regierung der USA und den Indianerstämmen sind seit 1789 durch eine Vielzahl verfassungsmäßiger, gesetzlicher und verwaltungsgemäßiger Bestimmungen geregelt. Bei der Erteilung der Erlaubnis für eine Explorationstätigkeit durch die zuständigen Behörden der USA werden die danach bestehenden Ansprüche der Indianerstämme berücksichtigt."*
Dazu müssen wir feststellen, daß die Verträge zwischen den indianischen Nationen und der US-Regierung alle von Seiten der USA gebrochen wurden und daß es die Regierung der USA ab 1871 generell abgelehnt hat, Verträge zwischen den USA und den indianischen Nationen einzugehen, da sie der Meinung war, dies sei innere Angelegenheit der USA und kein Vertragsgegenstand zweier Nationen. Die Gesetze, die die USA erlassen hat, sind völkerrechtlich als verwerflich zu betrachten. Ein Indianer erklärte die so: "Ein Dieb der ein Gesetz macht, das den Diebstahl legalisiert." Und wenn man Untersuchungen über die Gesetze, die zu dem Verlust des indianischen Landes geführt haben, betrachtet, kann man dem nur zustimmen.
So war z.B. der sogenannte Dawes Act (General Allotment Act) nur dazu bestimmt, 2/3 des damals noch bestehenden indianischen Gebietsanspruches zu streichen. Die Einsetzung von sogenannten Stammesräten durch das amerikanische Innenministerium war nur ein weiterer Schritt, um an die Rohstoffe auf dem indianischen Land heranzukommen. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Aussage in einer Untersuchung der Vereinten Nationen mit dem Titel "Transnational Corporations and Constractual Relations in the World Urabnium Industry."
Dort heißt es in einer Untersuchung eines Vertrages (Vertragspartner mit den Unternehmen ist sowieso das Bureau of Indian Affairs, BIA): "die inidianischen Nationen haben kein Mitspracherecht, wie auch immer" und weiter, "das Recht für die Kündigung der Abbaugenehmigung im Falle eines Vertragsbruches durch Liezenznehmer liegt ausdrücklich beim Innenministerium und nicht bei der indianischen Nation."
Das heißt, daß selbst im Falle von großflächigen Verseuchungen die indianischen Verteter nicht das Recht besitzen, den Uranabbau zu stoppen.
Daß die Bundesregierung nicht für die Rechte der Indianer eintritt, verstehen wir bei der "Freundschaft", die sie zur USA hält, sehr gut, so weigert sie sich auch immer wieder, Vertreter/innen von nordamerikanischen Indianern zu empfangen, da sie sonst mit dem Protest aus Washington rechnen müßte. Wir verstehen nicht wie die Bundesregierung erklären kann, *"das Recht der Völker auf Selbstbestimmung werden von ihr ohne Vorbehalte anerkannt"*, wenn sie dann weiter sagt, *"in der Regel sind indigene Volksgruppen jedoch nicht Träger eines solchen Selbstbestimmungsrechtes. Insbesondere gibt es kein Recht solcher Volksgruppen auf Sezession."*



Das Selbstbestimmungsrecht, das die Bundesregierung ansonsten ständig einklagt, soll für die Indianer nicht gelten. Der Maßstab, der hier von der Bundesregierung angesetzt wird, ist rassistisch und dient lediglich der Aufrechterhaltung des Status Quo, der ihr und den multinationalen Konzernen einen Vorteil verschafft.
Die Beantwortung der Anfrage zeigte genau das Ergebnis, das wir schon vorher erwarten konnten: Die Bundesregierung erklärt sich für nicht zuständig in den Fragen, was deutsche Unternehmen im Ausland für Umweltschäden verursachen. Das Recht der eingeborenen Bevölkerung werde von den Regierungen der betroffenen Länder eingehalten, und die indigenen Völker besäßen sowieso kein Recht auf Selbstbestimmung.
So werden wir weiterhin die Bevölkerung der Bundesrepublik über die Ansichten der Bundesregierung unterrichten müssen und werden weiterhin gegen diese menschenverachtende Politik der Bundesregierung protestieren. Wir empfehlen, den genauen Text der Antwort (BT-Drucksache 11/4392) auf die Anfrage direkt von der Bundesregierung anzufordern.

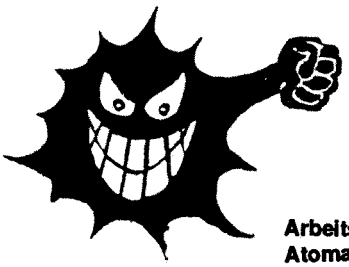
Ludwig Seiller
Big Mountain Aktionsgruppe
Franziskaner Str. 36
8 000 München 80

Protest gegen Urangeschäfte

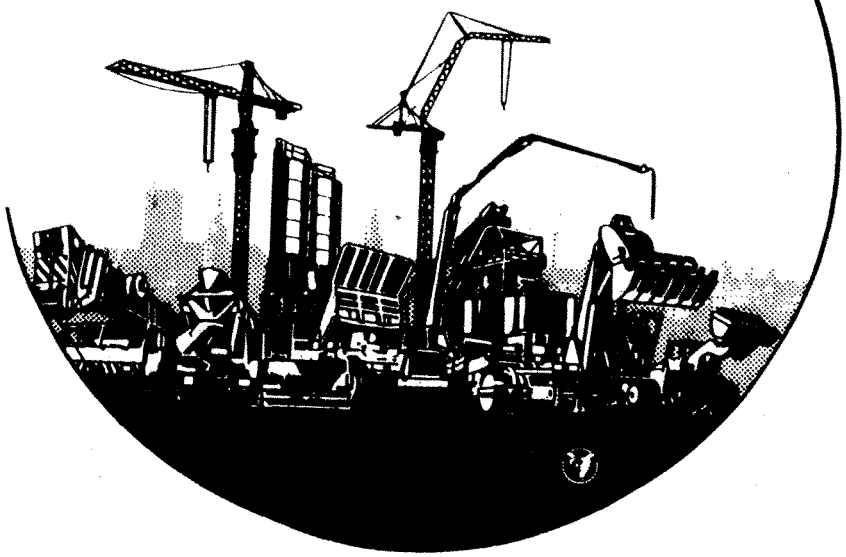
Mit einer Mahnwache am 23.1.90 hat der Arbeitskreis gegen Atomanlagen Frankfurt vor der Urangesellschaft in der Solmsstr. 2-26 (Nähe Westbahnhof) auf deren weltweiten Aktivitäten aufmerksam gemacht.
In Zusammenarbeit mit von Uranabbau bedrohten UreinwohnerInnen und dem International Uranium Congress wendet sich die Initiative gegen den Abbau von und Handel mit Uran. Durch den Abbau des Urans, das auch in bundesdeutschen Atomkraftwerken verwendet wird, werden ganze Landschaften zerstört und die EinwohnerInnen vergiftet. Mit der Mahnwache fordert der Arbeitskreis die Auflösung der Urangesellschaft sowie die sofortige Stillegung aller Atomanlagen.
Im letzten Jahr wurde die INTERNEXO Handels GmbH gegründet. Nach dem Handelsregisterauszug vom 13.9.89 hat die Firma ihren Firmensitz ebenfalls in der Somsstr. 2 - 26. Sie wurden von der Urangesellschaft und der UdSSR gegründet. Gegenstand der Unternehmung ist der Handel mit Uran in Form von Erzen, Konzentraten und Verbindungen sowie sonstige in der Atomindustrie benötigten Produkte. Dazu gehören auch alle Dienstleistungen, Materialien, Technologien und andere Produkte, die in Zusammenhang mit der Atomindustrie stehen, die für den Export aus oder Import in die UdSSR vorgesehen sind.
Die Frankfurter Urangesellschaft mit ihrer Zentrale in der Somsstraße 2 ist eine der wichtigsten Firmen im internationalen Atomgeschäft. Ihre Aufgaben sind die Ausbeutung von Uranvorkommen in aller Welt, die Aufbereitung von und der Handel mit Uran, dem Brennstoff für Atomkraftwerke.
Schon vor zehn Jahren haben wir las ein Teil der Anti-Atom-Bewegung hier in Frankfurt, bundesweit und international eine Kampagne gegen die Urangesellschaft geführt. Damals ging es um die Bedrohung der australischen Aborigines durch den dortigen Uranabbau, der deren Lebensgrundlagen zerstörte und immer noch zerstört. Heute rufen die Indianer am kanadischen Bakers Lake um Hilfe. Sie kämpfen gegen die Pläne der Urangesellschaft, sie dort zum Zwecke des großflächigen Uranabbaus zu vertreiben.

Urangesellschaft - Aktiv im Dienste der internationalen Atommafia

Nicht nur dort, auch bei vielen anderen Schweinereien des Uranabbaus ist die Urangesellschaft dabei.
In Australien, Kanada, Namibia, Niger und anderswo unterdrückt die Urangesellschaft nicht nur die dort lebende Bevölkerung, sondern macht sich auch schuldig an dem Leiden und Sterben der Arbeiter und Arbeiterinnen, die durch den Uranabbau radioaktiv verseucht werden. Nicht zuletzt wurden auch ganze Landstriche ökologisch zerstört.
Wofür das alles? Uran ist der Brennstoff für die Profite der Atommafia. Hinter der Urangesellschaft steht die VEBA, einer der größten europäischen Energiekonzerne. Dieser und die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) beherrschen das BRD-Atomgeschäft. Für die RWE arbeitet die Uranerzbergbau GmbH in Bonn; sonst gibt es in der BRD nur noch die Interuran GmbH in Saarbrücken, die hauptsächlich für den französischen Konzern Compagnie Generale des Matieres Nucleaires (COGEMA) arbeitet.
Diese Monopoliesierung, die als "Entflechtung" ausgegeben wird, basiert auf dem Herrhausen-Töpfer-Konzept, das nach den Skandalen der letzten Jahre die Weichen stellen soll für das europäische Atomprogramm bis ins nächste Jahrtausend. Denn die europäische Energiepolitik setzt vor allem auf Atomkraftwerke, die durch europäische Arbeitsteilung weiterbetrieben und neu durchgesetzt werden sollen.
Dabei wird auch auf Kooperation mit dem bisherigen Ostblock gesetzt. Seit einiger Zeit schon betreibt die Urangesellschaft die Anreicherung namibischen Urans, das von Südafrika völkerrechtswidrig ausgebeutet werde. Dieses Uran machte in den vergangenen Jahren bis zu 50 % des in bundesdeutschen AKW's verheizten Urans aus. Diese Importe sind illegal, da sie gegen Beschlüsse der Vereinten Nationen verstoßen. Aber kriminalisiert wird nicht die Atommafia, sondern unser Protest und Widerstand gegen sie.
Nicht erst wegen der internationalen Hilferufe, oder wegen der Atomanlagen in Hanau und Biblis und der in Frankfurt ansässigen Konzerne sind wir aktiv. Ein großer Teil der Atomtransporte fährt nicht nur quer durch Europa und die Welt, sondern auch per Bahn direkt durch Frankfurt (über Westbahnhof, Sachsenhausen, Ostbahnhof) zu und von den Hanauer Atombetrieben wie auch durch das ganze Rhein/Main-Gebiet.
Wir wehren uns gegen die Atommafia und ihre Programme in allen ihren Bestandteilen, weil wir keine andere Chance für eine menschlichere Gegenwart und Zukunft sehen. Wer den Stoff, aus dem die Atomprofite gemacht werden, besorgt und verdealt, muß zur Zielscheibe unseres Protestes und Widerstands werden !



Arbeitskreis gegen Atomanlagen
Dritte-Welt-Haus
Friesengasse 13
6000 Frankfurt 90



Vorbrereitungsgespräche zur 2. Weltstrahlenopfer-Konferenz

Der Menschheit in der heutigen Welt bleibt nur eine Chance des Überlebens: den Nuklearkreislauf zu durchbrechen. Ergreift sie diese jedoch nicht, wird sie nicht nur Zuschauer eines absterbenden Planeten, sondern als Teil des Zerstörungsprozesses mit vernichtet werden - vergiftetes Wasser, verseuchte Nahrung und kontaminierte Luft werden jedes menschliche Leben auslöschen.

Der "Kreislauf des Todes" beginnt mit dem Uranabbau, und jeder weitere Schritt der Uranverarbeitung hinterläßt tödliche Spuren. Zu den Geopferten zählen indigene Völker weltweit, denn bis zu 80% des Urans werden auf ihren Gebieten abgebaut. Doch sind sie nicht allein vom Beginn der Zerstörungskette betroffen, sondern auch von daraus entwickelten Produkten; nicht zufällig finden die Atomtests auf dem

Land der Indianer in Nevada oder auf Moruora statt. Der Protest der eingeborenen Völker gegen die Zerstörung ihres Lebens und der Natur dringt kaum bis zu den Mächtigen vor, und isolierte Aktionen gelangen allenfalls mit viel Glück als winzige Meldung in die Presse, können jedoch dem Wahnsinn kein Ende bereiten. Die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki hinterließen abertausende Tote als sichtbaren Beweis dieses Zerstörungspotentials, und noch heute werden Kinder geboren, die über vierzig Jahre danach Opfer dieses Schreckens sind. Im Gegensatz zu anderen betroffenen Regionen haben sich die Opfer in Japan zu gut organisierten Verbänden zusammengeschlossen, denen mehr als 50 000 Menschen angehören. Diese treffen sich einmal jährlich im August zu einer Konferenz der "Hibakushi" (=Strahlenopfer), die von GENSUIKIN (Japan Congress Against Atomic and Hydrogen Bombs) vorbereitet werden.

1985 schlug Ichiro Motitake, selbst Opfer des Atombombenabwurfs auf Hiroshima, während dieses Treffens vor, eine weltweite Strahlenopferkonferenz zu organisieren - eine Idee, die allgemeine Zustimmung erfuhr. Ziel dieser Global Radiation Victims Conference war, Opfer aus allen Teilen der Erde zusammenzuführen und sich allen Aspekten der nuklearen Bedrohung zu widmen.

Ein internationales Vorbereitungskomitee wurde gegründet, um diese Konferenz vorzubereiten, die sich folgende Ziele setzte:

- keine zusätzlichen Strahlenopfer aus den existierenden Kernbrennstoff/-waffen-Zyklen
- Stop des Uranabbaus
- Aufbau einer weltweiten Strahlenopferbewegung
- Schaffung einer nuklearfreien Welt

Als Veranstaltungsort entschied man sich für New York, und das "Energy&Health Institute" mit Sitz in Washington übernahm die konkrete Organisation vor Ort, da aufgrund finanzieller Kapazitäten keine gemeinsamen Sitzungen des internationalen Vorbereitungskomitees möglich waren, was zu Problemen der Koordination und Diskussion über den Rahmen der Veranstaltung führte. Die ursprüngliche Konzeption einer dreiteiligen Konferenz, die nacheinander Foren für Geschädigte, Mediziner und Naturwissenschaftler sowie Juristen vorsah, wurde auf der Konferenz selbst auf Drängen der deutschen Vorbereitungsmitglieder und der Konferenzteilnehmer dahingehend modifiziert, daß mehr Zeit für Diskussionen eingeräumt wurde, die entgegen der anfänglichen Planung auch Aktivisten der Anti-Atom- und Menschenrechtsbewegung einbezog.

An der GRVC vom 26.09. bis 3.10.87 waren über 500 Teilnehmer anwesend, darunter auch bekannte Wissenschaftler wie Dr. Rosalie Bertell und der Initiator der Idee, Ichiro Moritake. Die Zahl der Wissenschaftler führte jedoch auch zu Kritik an der Veranstaltung , so beklagten einige Teilnehmer, daß die Wissenschaftler zu dominierend und andererseits zu wenig Aktivisten- und Basisgruppen vertreten seien. Auch hätten sich viele indigene Repräsentanten mehr mehr Zeit und detaillierteres Fakten- und Hintergrundmaterial zu ihrer Problematik gewünscht, ferner sind anfallende Kosten für Reise, Verpflegung und Unterkunft etc. für eine große Zahl von indigenen Vertretern nicht tragbar.

Tom LaBlanc, Mitglied des International Preparatory Committee und Leiter des im Vorfeld der Konferenz gegründeten Indigenous Uranium Forum, verkündete eine präventive Strategie für den Umgang mit Uran und brachte das Anliegen der nordamerikanischen Indianer auf die Formel: Laßt das Uran in der Erde! Moritake betonte in seinen Reden die Bedeutung eines wirksamen und weltweiten Netzwerkes zur Schaffung einer nuklearfreien Welt in der Verantwortung gegenüber jetzigen und kommenden Generationen.

Bei allen Schwächen, mit denen jedes jedes neue Projekt zu kämpfen hat, war die 1. Global Radiation Victiums Conference ein historisches Ereignis, das dem Kampf gegen den "Kreislauf des Todes" neue Kraft gab und neue Wege der Zusammenarbeit ermöglichte.

Diese positive Bewegung sollte sich daher nicht in einem einmaligen Treffen erschöpfen, sondern eine Kontinuität entwickeln und eine effektive Koordination und Zusammenarbeit einleiten, um die Resolutionen der Konferenz zu verwirklichen.

Herbe Kritik gab es an der Vorbereitung und Durchführung der 1. GRVC von Seiten der indigenen VertreterInnen, die in ihren eigenständigen Interessen nicht wahrgenommen werden sollten, wie auch von Seiten der anwesenden Bewegungsmenschen, die sich mit dem Charakter der Konferenz in den ersten Tagen nicht einverstanden erklären konnten. Deshalb kam es zu einer Umgestaltung . Es bildeten sich Diskussionsforen zu Schwerpunktbereichen, die einen gegenseitigen Austausch ermöglichten. In diesem Kontext gründete sich auch das Indigenous Uranium Forum. Diesen Entwicklungen wurde in einer am Ende der Konferenz verabschiedeten Resolution Rechnung getragen. Die Forderungen beinhalten eine klare Position gegen jeden Schritt der zivil-militärischen Brennstoffkette und forderten den sofortigen Stop des Uranabbaus, der nicht nur zur Verseuchung von Land und Menschen führt, sondern auch die Landrechte der indigenen Völker verletzt und ihnen jedwede Lebensgrundlage entzieht. Ferner sprach man sich gegen die Atomenergienutzung aus und verwies auf die Bedeutung der Alternativ - Energien.

Überwunden werden müßte auch die alte Politik im Umgang mit Nuklearmüll. In Zusammenhang mit allgemeiner Abrüstung und Berücksichtigung des Non-Proliferation Treaty muß ein sofortiges Ende der Atomtests erfolgen. Neben der Forderung nach Entschädigung und Versorgung der Strahlenopfer sollen die Regierungen das Selbstbestimmungsrecht indigener Völker respektieren und fördern. Nicht zuletzt muß die Öffentlichkeit auf die atomare Bedrohung und das Schicksal der Strahlenopfer aufmerksam gemacht werden.

Als mögliches Austragungsland der nächsten Konferenz 1992 wurde die BRD in Erwägung gezogen, da sie eine führende Rolle in der Atomwirtschaft spielt. Auf Initiative von Teilnehmern der 1. GRVC wurde in diesem Sinne zu einem ersten Vorbereitungstreffen im Oktober nach Münster eingeladen, um über die Möglichkeit der Organisationsübernahme für eine zweite Konferenz zu diskutieren, sowie Vorschläge über konkreten Zeitpunkt und Ort zu erarbeiten und diese dem Internationalen Komitee zur Entscheidung vorzulegen.

Während des ersten Treffens in Münster zeigten sich jedoch Meinungsverschiedenheiten, die sich bereits an der zu geringen Zahl der eingeladenen Personen und Gruppen entzündeten, sowie in unterschiedlichen Auffassungen über die Ausgestaltung und Zielrichtung der Konferenz. Entgegen dem ursprünglichen Auftrag, die Durchführung einer Nachfolgekonferenz von New York in der BRD zu erörtern, sprachen sich einige Teilnehmer für eine Konferenzform aus, die in keiner Kontinuität zur 1. GRVC steht, sondern ein eigenes Projekt darstellen würde.

Dies lag nicht zuletzt an der mangelnden Kenntnis dieser Teilnehmer über Ziel und Zweck einer 2. GRVC, sowie der Ignoranz gegenüber spezifischen Problemen, z.B. der indigenen Völker. Zwar wurden diverse Programmpunkte aufgelistet, doch erwies sich die Herangehensweise jener Gruppe von Teilnehmern an die Ausgestaltung einer solchen Konferenz als zu uneinsichtig in die Problematik des nuklearen Kolonialismus, um zu einem tragfähigen Beschluß zu kommen.

Daher sollte die weitere Aussprache zu diesem Thema bei einem zweiten Treffen am 25./26. November bei München erfolgen.

Jedoch wurde dieses Treffen von vorhergehenden Ereignissen und

Aktionen überschattet, mit deren Hilfe die Befürworter einer Nachfolgekonferenz von New York diffamiert werden sollten.

Als Gast dieses Treffens waren TomLaBlanc und Dorothee Piermont vom International Preparation Committee anwesend, die hier die Vorstellungen des Komitees darlegen sollten, so wie sie in New York für die Folgekonferenz entwickelt wurden. Wünschenswert und notwendig sei eine Anknüpfung an die bisher geleistete internationale Vernetzungsarbeit und die Umsetzung der in New York gemachten Erfahrungen. Doch genau dies wollten diejenigen nicht, die eigentlich ein eigenständiges Projekt im Kopf hatten, daß man doch eigentlich als Folgekonferenz von New York bezeichnen könnte. Tom LaBlanc und Dorothee Piermont widersprachen dieser Auffassung. Es entbrannte eine emotional geführte Debatte, in deren Verlauf klar wurde, daß eine Zusammenarbeit unter diesen Voraussetzungen derzeit nicht möglich ist. Die anwesenden Mitglieder des internationalen Vorbereitungskomitees und jene, die mit ihnen gemeinsam auf eine 2. GRVC hinwirken wollten, machten den Voranschlag, die BRD als Austragungsort zu streichen und ein anderes Land in Erwägung zu ziehen.

Bei einem anschließend in Bonn geführten Auswertungsgespräches wurde der Vorschlag von Tony Webb aus England, ebenfalls Mitglied des Preperatory Comitees aufgegriffen, einen Fragebogen zu erstellen, der an alle TeilnehmerInnen der 1. GRVC versandt werden soll, mit der Bitte um Rückmeldung und Vorschläge. Pfingsten 1991 findet in Kopenhagen das World Uranium Hearing statt, an dem aller Voraussicht nach die meisten Mitglieder des Internationalen Vorbereitungskommitees in Europa sein werden. Im Anschluß daran würde sich eine gute Gelegenheit bieten, einen Treffpunkt mit den Teilnehmern der 1. GRVC und der Preperatory Comitees sowie weiteren interessierten Menschen zu veranstalten.

Monika Seiller
Big Mountain Aktionsgruppe
Franziskanerstr. 36
8000 München 80

Der atomare Irrweg

Kohlendioxid (CO_2) als Argument für die Atomenergienutzung mißbraucht

Die friedliche und unfriedliche Nutzung der Atomenergie und der drohende "Treibhauseffekt" sind die größten und buchstäblich grenzenlosen Risiken, denen die Menschheit je gegenüberstand. die Berufung auf zukünftig möglichen, aber noch weitgehend abwendbaren Treibhauseffekt kann aber keine Legitimation dafür bieten, der Menschheit das sofort vermeidbare und relativ wahrscheinliche Risiko von Atomkatastrophen zuzumuten. Nicht "Risikostreuung" (Helmut Schmidt), sondern eine Energiestrategie der Risikominimierung ist notwendig und möglich.

Ein weltweiter Ausbau der Atomenergie wäre als Reduktionsstrategie von Kohlendioxid (CO_2) viel zu teuer sowie wegen fehlender Akzeptanz und wegen überlanger Planungs- und Bauzeiten viel zu langsam; zusätzlich würden die Proliferationsgefahren sowie das ungelöste Atommüllproblem enorm verschärft und das weltweite Supergau-Risiko katastrophal auf die Spitze getrieben: Selbst im statischen Sinne ist das sogenannte Restrisiko schon jetzt ein erschreckend wahrscheinliches Ereignis. Multipliziert man die zum Beispiel von der Nuclear Regulatory Commission (NRC) der USA angenommene mittlere Kernschmelzhäufigkeit pro Reaktorjahr mit der Anzahl der Reaktoren und Reaktorjahre, so ergibt sich für die USA bis zum Jahr 2.000 rechnerisch eine Chance von etwa 45 %, weltweit von über 80 Prozent für einen katastrophalen Kernschmelzunfall.

Für die Atomgemeinde war Tschernobyl vor allem deshalb eine Katastrophe, weil sie Millionen von Betroffenen den nicht vermeidbaren Risikorest der Atomenergie erfahrbar gemacht hat. Von Umdenken wurde viel geredet, gemeint war nur anders begründen: Das Klimaproblem scheint hierfür prädestiniert. Nur eine weltweite Steigerung der Kernenergienutzung um den Faktor sechs bis sieben bis zum Jahr 2.030 - so die Argumentation der Kernkraftbefürworter - könne die Menschheit vor dem Treibhauseffekt retten. Wolf Häfele hat der Weltklimakonferenz in Toronto folgendes CO_2-Reduktionskonzept für die Bundesrepublik vorgelegt: Mit einem Atomenergieanteil von 71 % am Energieverbrauch , einer Atomkapazität von 130 bis 180 Gigawatt (derzeit 24 GW) und durch Ausstieg aus dem Kohlestrom in der Grund- und Mittellast würden bis 2.40 die CO_2-Emissionen auf etwa ein Drittel gegenüber heute gesenkt.

Eine weltweite Strategie der Risikominimierung ist jedoch nur möglich, wenn schnell, aber solide vorbereitet, eine Politik der vo rationellen Energienutzung durchgesetzt wird. Die Fortsetzung der bisherigen Politik führt dagegen zu einer Kumulierung von Risiken, das heißt im schlimmsten Fall zum Supergau und zur Klimakatastrophe. Diese Politik wird durch angebotsorientierte Szenarien legitimiert, die Enegieprobleme aus der Verkäuferperspektive - durch Ausweitung und Diversifizierung des Energieangebotes - angehen. Hierfür sind die von Wolf Häfele 1981 entwickelten IIASA-Szenarien Paradebeispiele. Im hohen IIASA-Szenario nehmen zum Beispiel - trotz eines exorbitanten Ausbaus der Atomenergie - die CO_2-Emissionen bis 2.30 um das 3,4 fache zu: ein Katastrophenszenario.

Deshalb haben nun auch Kernkraftbefürworter wie Professor Wolf Häfele die rationelle Energienutzung als CO_2-Reduktionsstrategie entdeckt - neben der Substituion von Kohle durch Erdgas (selbst ein potentiell klimawirksames Spurengas) sowie neben der stark ansteigenden Nutzung der Kernenergie und "aller anderen Regenerierbaren" Energiequellen. Seine

Behauptung ist, daß wirklich nur dann, wenn alle Möglichkeiten genutzt werden, in etwa eine Halbierung des jetzigen CO^2-Ausstoßes möglich sein könnte. Diese Kernaussage ist unhaltbar;
Auch und gerade bei einem Ausstieg aus der Atomenergie kann in einem forcierten Effizienzszenario die CO^2-Emission bis 2.30 auf weniger als ein Drittel gesenkt werden.
Der Welt-Primärenergieverbrauch lag 1985 bei etwa 10,5 Terawatt (TW). Die Bandbreite der Schätzungen für das Jahr 2.30 liegt etwa zwischen 35 TW und 5 TW. Technisch machbar sind beide Energiezukünfte, obwohl sie sich um den Faktor 7 unterscheiden. Hieran zeigt sich: Der Zuwachs des Energieverbrauchs, nicht das Energiemix des Angebots, ist entscheidend für das Klima-Problem. Von Professor Häfele wird diese elementare Erkenntnis nur scheinbar berücksichtigt: Seine neue Formel lautet im Kern: angebotsorientierte Energieproduktion und Trendsparen. Aber das schlichte Einrechnen des Trendsparens (das vom Markt im Selbstlauf trotz aller Hemmnisse realisiert wird) in antiquierte angebotsorientierte Szenarien ist als politische Entscheidungsgrundlage wertlos. Statt dessen ist zu erforschen: Wie kann der (fossile und atomare) Energieaufwand pro Energiedienstleistung, zum Beispiel pro Quadratmeter beheizter Wohnfläche, technisch minimiert, kosteneffektiv gedeckt und sofort bei Neuinvestitionen sowie schrittweise im Bestand realisiert werden? Bis zu neunzig Prozent der Heizenergie und bis zu fünfzig Prozent des Stromverbrauchs könnten schon beim Stand der Technik durch rationellere Nutzung vermieden werden und bei offensiver Energiepolitik (strategisches Energiesparen) auch effektiv eingespart werden. Trendsparen erschließt dagegen höchstens zwanzig bis dreißig Prozent der vorhandenen, aber insbesondere durch falsche Preissignale gehemmten Potentiale.

Atomenergie plus Einsparen, lautet das neue Werbekonzept zur Wiederbelebung der Atomenergie. Da einzelne Atomkraftwerke kein CO^2 emittieren, ergeben sich für Kraftwerkssysteme rechnerisch immer geringere CO^2-Emmissionen, wenn fossil gefeuerte Kraftwerke eins zu eins durch Atomkraftwerke ersetzt werden. Aber dies ist eine Milchmädchenrechnung, die ohne Systemanalyse mehr verschleiert, als die erklärt. Entscheidend ist, ob und in welchem Umfang bestehende CO^2-Reduktionspotentiale und innovative Techniken in ein atomares Kraftwerkssystem in der Praxis integriert werden können.

Unsere These ist: Die immanente Funktionslogik des großtechnischen (Atom)-Energiesystems wird durch technische, betriebswirtschaftliche und organisatorische Systemzwänge beherrscht, die eine forcierte Effizienzsteigerung unmöglich machen. Hierfür sind sechs Gründe verantwortlich.

Erstens: Die Konzernstrukturen von AKW-Betreibern sind für eine nur örtlich mögliche Mobilisierung vieler CO^2-Reduktionspotentiale (kummunale und industrielle Nah-, Fern- sowie Abwärme, regenerative Energien und insbesonders Energiesparen) kontraproduktiv. Deren Realisierung verlangt eine kleinräumige Erfassung und Umsetzung durch kommunale oder regionale Energiekonzepte. Ein großer Stromverkäufer wie beispielsweise die Preag hat daran kein Interesse. Eher schon eine von Preag belieferte Stadt wie Bremen.
Nach Studien des Bremer Energiebeirats könnten hier durch eine Effizienzstrategie bis 2.10 etwa vierzig Prozent CO^2 eingespart, mehr als 2.400 Dauerarbeitsplätze geschaffen und dennoch der Gewinn der Stadtwerke gesteigert werden.
Zweitens: Die fixkostenintensive Kostenstruktur von Atomkraftwerken zwingt betriebswirtschaftlich zu ständiger Vollauslastung. Dadurch besteht ein starker ökonomischer Anreiz, Absatzmärkte aggressiv zu erobern und zu verteidigen, das heißt die Ausschöpfung von Energiesparpotentialen durch die Kunden oder den Marktzutritt für Newcomer (für Heizkraftwerke und regenerative Energie) zumindest nicht aktiv zu fördern.
Drittens: Die langen unflexiblen Planungs- und Bauzeiten für Großkraftwerke (ohne simultane offensive Einsparplanung und -förderung) und die wegen der Blockgrößen angehobenen Reservemarken (25 statt 8 %) führen zu höheren (als beim Stand der Energietechnik notwendigen) Kapazitäts- und Verbrauchszuwächsen.
Viertens: Leichtwasserreaktoren (LWR) sind nur für reine Stromerzeugung und nur in der Grundlast wirtschaftlich einsetzbar. Selbst der nach Betreiberzahlen errechnete Kostenvorsprung von Atomstrom gegenüber Steinkohlestrom (reine Stromerzeugung) verkehrt sich ab einer Ausnutzungsdauer von unter 4000 Stunden ins Gegenteil. LWR sind daher nur für den geringen Anteil des Stromspezifischen Endenergieverbrauchs (etwa 8% für Licht, Antrieb, Kommunikation) und keinesfalls für den weitüberwiegenden , aber auf den Winter konzentrierten Wärmebedarf eine wirtschaftlich in Frage kommende CO^2 - Reduktionstechnik. Jede Kilowattstunde Atomstrom bedeutet zudem tendenziell die Verhinderung von Heizkraftwerken, die - nach der Effizienzsteigerung - die wirtschaftlichste Form der CO^2- Verminderung und gleichzeitige Erzeugung von Strom- und Nah- bzw. Fernwärme darstellen. Der Einsatz von Kohle (und Gas) in Heizkraftwerken und nicht die Atomenergie ist die entscheidende sozialverträgliche Übergangstechnologie zur Sonnenenergiewirtschaft.
Fünftens: Internationale Studien zeigen, daß die Reduktion einer Tonne CO^2 durch neue Atomkraftwerke um den Faktor fünf bis sieben teurer ist als durch effizientere Nutzung. Das volkswirtschaftliche Kapital für mehr Atomenergie steht für Energiespartechniken aber nicht mehr zur Verfügung.
Sechstens: Die insbesondere durch den AKW - Ausbau systematisch verursachten Stromüberkapazitäten (mindestens zehn Gigawatt) wirken defacto als Investitionsblockade auch wirtschaftlicher CO^2-Reduktionstechniken. Dies zeigt ein Blick auf den "Strommarkt 2000" : Ein repräsentatives Prognos - Szenario (1986) rechnet für das Jahr 2000 mit einem Stomverbrauch von 477 TWh (Zuwachs pro Jahr von plus ein Prozent ab 1985). Die vorhandene Kraftwerkskapazität von etwa hundert könnte diese Nachfrage befriedigen. Andereseits ermittelte Prognos für Kraft - Wärme - Kopplung (KWK) in einer sehr vorsichtigen Abschätzung bis zum Jahr 2000 ein zusätzliches wirtschaftlich erschließbares Potential von 98 TWh (41 TWEh industrielle und 57 TWh kommunale KWK), das auf dem Strom-Markt 2.000 keine Durchsetzungschance hat.

Verstärkt gilt dies für eine zusätzliche Stromerzeugung aus regenerativen Energiequellen oder für rationellere Stromnutzung, (die Umsetzung des vorhandenen Einsparpotentials mit etwa ein Prozent pro Jahr ergäbe im Jahr 2.000 einen Stromverbrauch von nur 350 TWh).
Erst der Ausstieg aus der Atomenergie schafft in volkswirtschaftlicher Hinsicht einen rentablen Markt für Erzeugungs- und Nutzungsalternativen zum Atomstrom - und zwar um so wirksamer, je schneller ausgestiegen wird. Daß zum Beispiel das RWE mit zwei Milliarden Mark liquiden Mitteln Texaco kauft, statt in die genannten Alternativen zum Atomstrom zu investieren, bestätigt unsere These.

Ein Ausstieg aus der Atomenergie in der Bundesrepublik bis zum Jahr 2.000 erbringt nach einer Prognos-Studie (1987) gegenüber einer unveränderten Energiepolitik ausschließlich positive Effekte hinsichtlich Beschäftigung, Emissionsbilanz (ohne CO^2) und wirtschaftlicher Entwicklung. Bei einem kurzfristigen Verzicht auf Atomenergie könnte nach einem Szenario der ÖKO-Instituts für Einspartechniken, für Heizkraftwerke sowie für Wind-, Wasser- und Solarenergie ein Markt geschaffen werden, der es erlaubt, die CO^2-Emissionen bis zum Jahr 2.010 um dreißig Prozent (CO^2-Reduktionspotential von rund 200 Millionen Tonnen) unter das Niveau zu senken, daß sich bei unveränderter Energiepolitik und bestehender AKW-Kapazität (24 Gigawatt) ergibt.
Generell gilt: Ein Effizienzstrategie weist neben der CO^2-Endlastung zahllose positive Nebeneffekte auf (zum Beispiel weniger klassische Emissionen von Schwefeloxid, Stickoxid, mittelfristig Senkung der Energiekostenbelastung und positive Beschäftigungseffekte). Insofern ist der notwendige Umstieg in ein Energiesystem, das die Risiken mindert, in gesellschaftlicher Hinsicht kein Opfer, sondern eine vielleicht letzte historische Chance. Eingriffe in die Besitzstände der Energieanbieter sind allerdings unvermeidlich. Die verselbständigte Kapitalverwertung im Energiegeschäft wird schrittweise auf ihren eigentlichen Gebrauchswert, die Bedarfsdeckung gesellschaftlich notwendiger Energiedienstleistungen, reduziert werden müssen.
Aber Energiesparer haben keine Lobby. Statt die Energieverkäufer zu kontrollieren, könnten die Politiker weiter auf deren Machtverstärkung setzen. Ein Atomkraftwerk kann man vorzeigen, ein "Einsparkraftwerk" (Lovins) nur als kumulierten Minderverbrauch messen. Hinzu kommt: Eine Effizienzrevolution bedeutet eine tatsächliche Revolutionierung zumindest der gesamten Energietechnik, die politisch gewollt und als Bruch mit der bequemen (Trend-)Spar- und Energiepolitik durchgesetzt werden muß. Aber gemessen an der in zwanzig bis dreißig Jahren komplett umsetzbaren, wirtschaftlich und gesellschaftlich vorteilhaften sowie umwelt- und klimaverträglichen Effizienzrevolution wäre der Ausbau der Atomenergie zum Plutoniumsystem eine Konterrevolution. Der drohende Treibhauseffekt liefert kein Argument für die Atomenergie, sondern für eine radikale Wende in der Energiepolitik - ohne Atom.

Peter Hennicke
ist Professor und Mitglied im Vorstand des Öko-Instituts; Sachverständiger in der Bundestags-Enquéte-Kommission "Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre"

in eigener Sache:

Liebe Freundinnen und Freunde!

In der Vergangenheit gab es immer wieder Klagen über unsere Berichterstattung zu den Standorten. Meistens ging es darum, daß bei einzelnen Gruppen das Gefühl aufkam, in der atom nicht berücksichtigt zu werden und das, obwohl uns Materialien zugingen.
Zum Teil war dies auch unser Verschulden. In letzter Zeit haben die Proteste jedoch erheblich zugenommen und einzelne Gruppen haben die atom auch schon abbestellt.
Wir in der Redaktion bedauern dies sehr, können jedoch versichern, daß wir nichts aus bösem Willen unter den Tisch fallen lassen.
Manchmal liegt es daran, daß wir von einzelnen Standorten überhaupt kein Material bekommen, selbs jedoch keine Kontakte in die entsprechenden Regionen haben. Da können wir auch nur auffordern, uns Berichte über Eure Aktionen etc. zu schicken.
Problematischer ist es aber bei jenen Gruppen, die uns z. T. einen ganzen Stapel an Papieren zusenden und trotzdem nicht berücksichtigt werden. Dazu müssen wir folgendes erklären: Die Redaktion der atom hat einen festen Kern von derzeit neun Personen aus Göttingen und Lüneburg. Diese neun Personen sind fast alle voll berufstätig und erstellen die atom in ihrer Freizeit. Wir haben in der Redaktion keine/n einzige/n hauptamtliche/n Mitarbeiter/in. Dadurch sind wir in der Regel überfordert, einen Artikel über die ortsspezifischen Hintergründe, die aktuelle Situation oder gar über die Stimmung an Eurem Standort aus den uns zugesandten Zeitungsausschnitten, Presseerklärungen oder Flugblättern zusammenzuschustern. Das können wir nicht leisten und sehen das auch als Eure Aufgabe an.
Ein weiteres Problem ist die Aktualität zugesandter Materialien. Oft handelt es scih um Flugblätter, Ankündigungen von Veranstaltungen, Demoaufrufen etc. Diese sind zum Zeitpunkt des Erscheinens der atom meistens schon überholt und veraltet und werden von uns deshalb auch nicht mehr berücksichtigt.
Hier bitten wir Euch dringend, ruft bei uns an und sprecht die Sachen mit uns ab (tagsüber in Lüneburg bei Günter 04131/38707 oder in Göttingen bei Bernd 0551/7700557).
Oft könnten wir Euch dann u. U. sagen, schickt uns an Stelle der Ankündigung lieber einen Bericht über die Aktion...
Nichtsdestotrotz an dieser Stelle vielen Dank für Eure bisherige aktive Mitarbeit, ohne die wir die Zeitung, egal welchen inhaltlichen Bereich das betrifft, gar nicht machen könnten.
Deshalb die große Bitte an Euch: Schreibt Artikel für die atom und wenn irgend möglich, sendet Fotos und anderes Lay-Out-Material mit. Aber sprecht das mit uns ab, das erhöht die Wahrscheinlichkeit, daß es in der atom erscheint ungemein.

Eure atomis

Wallmann Ventil

Entwurf einer Pressedarstellung zum Wallmann-Ventil in Krümmel und zu dem dazugehörigen Gutachten des Diplom-Physikers Bernhard Fischer

von Klaus Gärtner

Mit der 16. Teilerrichtungsgenehmigung wurde den Betreibern des Atomkraftwerks Krümmel in Geesthacht/Elbe erlaubt, das sog. "Wallmann-Ventil" einzubauen. Es soll im Falle einer Kernschmelze das Platzen des Sicherheitsbehälters verhindern und die radioaktive Katastrophe, die dann schon nicht mehr zu vermeiden wäre, wenigstens verzögern. (1) Gegen diese Genehmigung, die inzwischen vollzogen ist, wurde geklagt. Die Kläger Frahm/Rhode gaben bei dem Reaktorspezialisten Bernhard Fischer ein Gutachten in Auftrag, das den Sinn oder Unsinn des "Wallmann-Ventil" untersuchen soll. Dies Gutachten liegt nun vor.

Das wichtigste Ergebnis ist kein technisches, sondern ein grundsätzliches: Betreiber und Genehmigungsbehörden gingen bislang davon aus, daß die Sicherheitseinrichtungen deutscher Atomkraftwerke so ausgelegt sind, daß eine Kernschmelze nicht eintritt. Damit wird nicht behauptet, daß sich nicht eintreten kann, was auch wissenschaftlicher Unsinn wäre, sondern daß der Eintritt zum *Restrisiko* gehört, also zu Vorfällen, die so verrückt neben jeder Realität liegen, daß dafür keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden müssen, d.h. vergleichbar sind mit Vorfällen, als wenn ein großer Meteorit Hamburg träfe oder alle gasbeheitzten Wohnungen Hamburgs auf einmal explodierten.
Nach Gerichtsentscheidung ist das *Restrisiko* ein Risiko, das *jenseits der praktischen Vernunft* liegt. Gegen solche Risiken werden vernünftigerweise keine Vorsorgemaßnahmen ergriffen. (2)
Nach Tschernobyl aber werden genau gegen Unfälle, die angeblich nicht eintreten, Gegenmaßnahmen geplant. Die Folgen eines Super-GAU´s, der gar nicht passiert, sollen wenigsten abgemildert werden. Milliarden DM werden dafür ausgegeben. Die Behauptung der Betreiber (einschließlich ihres Vereins TÜV) und den Genehmigungsbehörden, mit dem Wallmann-Ventil werde die Sicherheitsphilosophie nicht in Frage gestellt, sondern *"das ohnehin kleine Restrisiko nur noch weiter verkleinert"* , ist ein Betrug, denn ein Restrisiko liegt jenseits der praktischen Vernunft, kann also nicht weiter vermindert werden. Dafür gibt man nicht Millionen aus. Nur reale Risiken lassen sich vermindern.
Die Wahrheit ist:
Die Betreiber des Atomkraftwerks Krümmel (wie auch der anderen Atomkraftwerke) und der Regierung sind nach Tschernobyl zu dem Schluß gekommen, daß die Kernschmelze, der Super-GAU, ein durchaus ernstzunehmendes Risiko ist. Da die Katastrophe in solchem Fall nicht verhindert werden kann, soll ihr Ablauf

wenigstens verzögert werden, um Zeit für Evakuierungsmaßnahmen zu gewinnen. Damit ist die Kernschmelze auch aus Behördensicht nicht mehr dem *Restrisiko* zuzuordnen, das *jenseits der praktischen Vernunft* liegt. Die Bevölkerung kann also nach geltender Rechtsprechung eine Absicherung gegen den Kernschmelzunfall verlangen. Die ist aber in allen bestehenden Atomkraftwerken unmöglich.
Das Gutachten vom Öko-Institut zeigt anhand der zu erwartenden Werte für Temperatur- und Druckverlauf, Massenströme und Versagensbetrachtungen bei verschiedenen möglichen Unfallabläufen die Lächerlichkeit des "Wallmann-Ventil's" auf. Es bietet nicht nur keinen Schutz gegen Kernschmelzunfälle - das behaupten ja auch die Betreiber nicht -, sondern ist noch nicht einmal für den geplanten Einsatz tauglich.
Der Grund: Es wurde unter dem Eindruck von Tschernobyl schnellstens mit der heißen Nadel zusammengebastelt und paßt einfach nicht zur Konzeption der Anlage, die eine Kernschmelze nicht vorsieht. So hat man das Entlastungsrohr einfach an ein bestehendes, aber zu ganz anderen Zwecken erstelltes Rohr angebunden und das Ventil selbst nebst Filter im obersten Stockwerk des Reaktorgebäudes untergebracht, weil bei der für diese Art Siedewasser-Reaktoren typischen räumlichen Enge nur noch dort ein Platz zu finden war. Das Endrohr für die radioaktiven Abgase endet dann einfach auf dem Dach.
Nach dem Gutachten können die Unzulänglichkeiten des "Wallmann-Ventils" in zwei Gruppen eingeteilt werden. Zum einen bleibt das System bei sehr vielen Unfallabläufen völlig wirkungslos.
Es ist also nur für wenige, relativ sachte angehende Unfallabläufe kontriert. Zum anderen gibt es eine hohe Versagenswahrscheinlichkeit selbst für die Abläufe, für die es gebaut ist, teils wegen technischer Konstruktionsmängel, teils wegen zu erwartender Bedienungsmängel, die manche Unfälle noch dramatischer ablaufen lassen könnten, als sie ohnehin schon abliefen.
Im folgenden soll versucht werden, dafür allgemeinverständliche Beispiele zu finden.

1. Unfälle, die auch mit "Wallmann-Ventil" zur schnellen Katastrophe führen

Die Druckentlastung durch "Wallmann-Ventil" kann nach Herstellerangaben höchstens 1 % der Reaktorleistung, und das, wie zu zeigen ist, auch nur unter bestimmten Bedingungen, abführen. Die Nachwärmeleistung eines gerade abgeschalteten Reaktors (der sich ja nie vollständig abschalten läßt) ist aber wesentlich höher. Gerade in dem Siedewasser-Reaktor der Baulinie 69 gibt es so wenig Sicherheitsreserven, daß schwere Unfälle schnell und dramatisch ablaufen. Das "Wallmann-Ventil" kann das Platzen des Sicherheitsbehälters weder verhindern noch verzögern, wenn nach dem Ausfall der Hauptkühlung

- die Abschaltung der Kettenreaktion nicht gelingt. Es gibt keine Notkühlmaßnahme, die mit der dann auftretenden Wärmeleistung fertig wird. Die Probleme der Schnellabschaltung wurden aber gerade bei dieser Baulinie immer wieder diskutiert. In Würgassen (3) (1972) blieben mehrere Steuerstäbe hängen.
- die S/E-Ventile (Sicherheits- und Entlastungsventile) versagen. Diese Ventile müssen bei jedem Gebäudeabschluß anspringen und den Dampf aus dem Reaktor in die Konsationskammer leiten. Da der Eingang für das "Wallmann-Ventil" in der Kondensationskammer ist, bleibt das ganze System bei dem schwerwiegenden Versagen der S/E-Ventile wirkungslos. Erst kürzlich wurde ein meldepflichtiges Vorkommnis in Krümmel von Kategorie N (normal) in Kategorie E (eilt) nachträglich heraufgestuft, weil drei der 11 S/E-Ventile nicht öffneten. (Datum?)
- die Kondensationskammer leck schlägt. Das gilt sowohl für die sehr problematischen Rückschlagklappen, um die lange Prozesse geführt wurden, für das Abreißen nur eines der 72 Kondensationsrohre oder auch ein Leck im Boden der Wasserwanne, letzteres ist 1972 in Würgassen (3) geschehen. In allen solchen Fällen versagen Druckabbau und Notkühlung. Die Kernschmelze und die Zerstörung des ganzen Sicherheitsbehälters sind dann unausweichlich.
- der Strom ausfällt und die Notstromversorgung nicht in Gang kommt. In solchem Fall arbeitet fast keine Pumpe mehr, und die Katastrophe ist in 3 Stunden (TÜV-Gutachten) zu erwarten. Beispiele für reihenweisen Ausfall der Notstromaggregate sind die Vorfälle in Würgassen (3) und in Bugey (1985).

2. Unfallabläufe, die durch das "Wallmann-Ventil" eher verschlimmert als vermindert werden

Wie schon erwähnt, wurde das "Wallmann-Ventil" nach Tschernobyl in aller Eile konzipiert und eingebaut. Es beinhaltet grobe Ungereimtheiten, die aus dem notwendigen Anschluß an vorhandene, aber nie für solche Zwecke vorgesehenen Systeme herrühren.
So mußten aus Platzgründen Rohrleitungen verkleinert und solche mit verschiedenen Belastbarkeiten miteinander kombiniert werden. Ein Beispiel: Das "Wallmann-Ventil" wurde an das Kondensationskammer-Spülluftsystem angeschlossen, dessen Rohleitung für einen Druck von 4,1 bar ausgelegt sind. Das Ventilsystem selbst ist für einen Druck von 4,6 bar ausgelegt.
Das paßt wenigstens einigermaßen. Aber bei dem Druck kann bei weitem nicht *"1 % der Reaktorleistung"* abgeführt werden. Erst bei 8 bar wird soviel Dampf durch das "Wallmann-Ventil" gedrückt, daß es 1 % der Reaktorleistung entspricht. Bis dahin sind aber die Leitungen hoffnungslos überlastet. Auch der Sicherheitsbehälter ist dann weit über seine Auslegung, ja sogar über seinen Prüfdruck belastet. "Man" nimmt aber an, daß er erst bei 9 bar platzen würde, allerdings gibt es dafür nicht den geringsten Beweis.
Also_ Entweder führt das "Wallmann-Ventil" viel weniger Energie ab, als in der Planung vorgesehen, oder die Leitungen reißen, und es wird völlig unbrauchbar.
Mit dem Reißen der Leitungen entsteht aber ein Leck im Sicherheitsbehälter, das ohne "Wallmann-Ventil" noch gar nicht aufgetreten wäre.

Die unübersichtlichen Verhältnisse bei der Druckbelastung machen es auch nötig, das "Wallman-Ventil" im **richtigen Moment** zu öffnen.
Zu früh ergäbe sich ein unnötiges Leck, zu spät eine Zerstörung durch Überdruck. Eine automatische Zuschaltung gibt es nicht, daß das "Wallmann-Ventil" im Sicherheitssystem nicht vorgesehen war. Also muß die Bedienungsmannschaft genau den richtigen Moment abpassen, und das im Streß eines auslegungsüberschreitenden Störfalls!
Die Wahrscheinlichkeit, daß das im Ernstfall nicht gelingt, ist sehr groß.

Daß der TÜV Norddeutschland trotzdem eine *"Wirksamkeit des Druckentlastungssystems"* errechnet, ist wie so oft dort nur mit unwissenschaftlichem Vorgehen zu begründen. Der TÜV ist und bleibt eben der e.V. der Betreiber und ist eigentlich als *unabhängige* Gutachter völlig unbrauchbar.

(1) Beschreibung des Druckentlastungs-Systems für den Sicherheitsbehälter im Falle auslegungsüberschreitender Unfälle ("Wallman-Ventil") siehe Rundschreiben Klaus Gärtner vom 22.11.87)
(2) Vergleiche die Betrachtung "Risiko und Restrisiko", Klaus Gärtner, 1989
(3) In Würgassen war 1972 der Super-GAU sehr nahe. Alle wichtigen Systeme versagten, aber es lag kein auslösender Störfall vor. Der Vorfall ereignete sich anläßlich eines Tests (wie in Tschernobyl). Die Hauptkühlung blieb also erhalten).

Klaus Gärtner

Würgassen endgültig

Was Ende letzten Jahres scheinbar harmlos begann, hat sich mittlerweile zu einem der dicksten Hämmer in der an Skandalen nun wirklich nicht armen AKW-Pannengeschichte in der Bundesrepublik entwickelt. Um die Wiederinbetriebnahme des Atomkraftwerks Würgassen, einem der Fossilien unter den westdeutschen Reaktoren, ist ein heftiger politischer und juristischer Streit entbrannt, der unter Umständen sogar das Aus für den Atommeiler bedeuten kann.
Wegen des Versagens von Druckentlastungsventilen mußte das AKW Würgassen Anfang Dezember vom Netz genommen werden. Zwei vom nordrheinwestfälischen Wirtschaftsministerium als atomrechtlicher Genehmigungsbehörde daraufhin anberaumten Gesprächsterminen zu den Themen „Ventil-Störfall" und „Brandschutz" blieben die Vertreter der Betreiberfirma Preussen Elektra fern; einen dritten Termin ließen sie absagen. Stattdessen erhoben sie am 21.12. Klage gegen die Genehmigungsbehörde und versuchten, den Reaktor noch am gleichen Tag wieder anzufahren.
Das Wirtschaftsministerium reagierte, wohlmöglich pikiert von dem frechen Verhalten der PREAG, mit ungewöhnlicher Schnelligkeit und verfügte nur einen Tag später, am 22.12. also, eine einstweilige Stillegung. Gegen diesen Stillegungsbeschluß wiederum strengten die Betreiber noch Heiligabend ein Eilverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht Münster an; die PREAG wollte den Reaktor zumindest bis zur Entscheidung im Hauptverfahren weiter betreiben. Doch die Münsteraner Richter entschieden anders: Am 2. Januar bestätigte das OVG die Stillegungsverfügung der Landesregierung und stellte damit, man lese und staune, die allgemeinen Sicherheitsinteressen über die Kapitalinteressen des Unternehmens.

Eklatante Sicherheitsmängel

Sachkundige Kritik am Reaktor von Würgassen ist nicht neu, fand aber in der Vergangenheit wenig Gehör bei den politisch Verantwortlichen. Zur Erinnerung:
Im Herbst '88 erstellte das Elektrowatt-Ingenieurunternehmen (EWI) im Auftrag der nordrheinwestfälischen Landesregierung ein Sicherheitsgutachten über alle Atomanlagen dieses Bundeslandes, also auch über Würgassen. Die wesentlichen – wenn auch bei weitem nicht alle – Kritikpunkte waren das Fehlen eines Brandschutzkonzeptes, das Fehlen einer Erdbebensicherung und das Fehlen eines Berstschutzes gegen Flugzeugabstürze (siehe Kasten „Tiefflieger über Würgassen").
Ein dreiviertel Jahr später, im Juni 1989, wurde zu einem Gutachter-Kolloquium geladen, bei dem ein erlauchter und abgeschotteter Experten-Kreis die aus dem EWI-Gutachten ersichtlichen Mängel diskutierte. Auch hier soll mit Nachdruck gefordert worden sein, ein Gesamt-Brandschutz-Konzept zu erstellen.
Die Würgassen-Klagegruppe, die bereits seit dem März '88 einen langwierigen Prozeß gegen das nordrheinwestfälische Wirtschaftsministerium führt, um eine endgültige Stillegung von Würgassen zu erreichen, wertet die am 22.12. verfügte Abschaltung lediglich als einen Teilerfolg. Kläger und Bürgerinitiativen befürchten zu Recht, daß der angeordnete Stillstand des AKW nicht von Dauer ist.
So reduziert die Genehmigungsbehörde in der Stillegungsverfügung die schweren sicherheitstechnischen Mängel allein auf das Problem des Brandschutzes und beschränkt sich dabei auf Teilprobleme, die nachrüstbar sind:
„Es handelt sich nicht um eine Stillegung auf Dauer, sondern nur um eine einstweilige Maßnahme bis zur Befestigung des gefahrenträchtigen Anlagezustandes. Außerdem haben Sie (Preußen Elektra) es in der Hand, durch Nachweis und Durchführung geeigneter Brandschutzmaßnahmen selbst die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß die jetzt angeordnete Maßnahme hinfällig wird."
Daß alle übrigen Mängel – s.o. – ausgespart werden, hält Peter Eichenseher, der Sprecher der Klagegruppe, für eine „grobe Aufsichtspflichtverletzung":
„Obwohl jeder dieser schweren sicherheitstechnischen Mängel zur Kernschmelzkatastrophe führen kann, hat die Atomaufsicht NRW es versäumt, die Ergebnisse der Sicherheitsprüfung in angemessener Zeit eigenständig zu bewerten, Auflagen unter Fristsetzung zu erteilen und gleichzeitig die Anlage bei erkannten Mängeln, die eine Gefahr darstellen, sofort stillzulegen."
Auf einer gut besuchten Pressekonferenz des Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) in Hannover äußerte der niedersächsische BUND-Vorsitzende Konrad Buchwald: „Ein solches Verhalten kann nur als Taktik der SPD-Landesregierung gewertet werden, die sich durch die einstweilige Stillegung einen politischen Wahlerfolg verspricht. Es ist zu befürchten, und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß das AKW Würgassen möglicherweise schon nach der Landtagswahl im Mai 1990 wieder in Betrieb genommen werden soll."

Redaktion „atom"

stillegen!!!

Tiefflieger überm AKW Würgassen

Der Sprecher der Klägergruppe gegen Würgassen, Peter Eichenseher, verfügt über umfangreiches Foto- und Video-Material, das zahlreiche Verstöße gegen das militärische Überflugverbot über das AKW beweist. Tagelang hielt sich Eichenseher in der Umgebung der Atomanlage auf, um sämtliche Flugbewegungen akribisch zu dokumentieren. Das Ergebnis der Beobachtungen: Gegen den vom Bundesverteidigungsministerium angeordneten „erweiterten Sicherheitsabstand" von horizontal 1.500 Metern und vertikal 600 Metern wird routinemäßig verstoßen. Eichenseher registrierte Dutzende von Militärmaschinen, die innerhalb dieser Sicherheitszone über das AKW donnerten.
Direkte Überflüge registrierte der Atomgegner z.B. am 6., 14. und 15. Juni letzten Jahres. Zwischen 9.20 Uhr und 15.30 Uhr notierte Eichenseher am 14. Juni 22 militärische Tiefflugbewegungen am Himmel über Würgassen. Am Tag darauf waren es sogar 29 Flugzeuge, die innerhalb von nur drei Nachmittagsstunden in unmittelbarer Nähe des AKW auftauchten.
Eichensehers Beobachtungen sind deshalb so brisant, weil der Reaktor noch nicht mal gegen den Absturz kleiner Privatmaschinen gesichert ist. Beim Absturz schnell fliegender Militärflugzeuge kann – so ein Sicherheitsgutachten des Münchener Professors Jochen Benecke – „bei bestimmten Aufprallbedingungen der Sicherheitsbehälter zerstört werden und das Reaktordruckgefäß durch die Einwirkung von Wrackteilen zerbersten." „Beim Eintritt eines solchen Ereignisses", heißt es in der Studie weiter, „könnten sich Auswirkungen einstellen, die jene der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl übertreffen."

Die schwerwiegendsten Sicherheitsmängel des ältesten Siedewasser-Reaktors der BRD, Würgassen (Baulinie 69)

- Das AKW ist nicht gegen Flugzeugabsturz gesichert, wird trotzdem von Tieffliegern überflogen.
- Das AKW ist nicht gegen Erdbeben ausgelegt.
- Viele Sicherheitseinrichtungen sind nicht nach den heutigen Sicherheitsanforderungen entmascht.
- Notstromdiesel sind räumlich nicht getrennt aufgestellt.
- Redundante Kabelverbindungen – wenn überhaupt in der erforderlichen mehrfachen Auslegung vorhanden – sind nicht getrennt verlegt, sondern in gemeinsamen Kabeltrassen. Im Brandfall bedeutet das Totalausfall von vielen Notfalleinrichtungen.
- Der Stahl und die Fertigungsmethode des Reaktordruckgefäßes sind heute nicht mehr genehmigungsfähig. Die Stahlsorte ist veraltet, das RDB längsgeschweißt, was nach heutigen Sicherheitsregeln nicht zulässig ist.
- Der Sicherheitsbehälter (Containment) ist vergleichsweise sehr klein. Bei der Kernschmelze ist in extrem kurzer Zeit Containmentversagen zu erwarten.
- Das AKW ist der einzige bundesdeutsche Reaktor mit externen Treibwasserschleifen. Diese Rohre sind korrosionsgefährdet und führen bei einem Bruch zu noch schnellerem Kühlmittelverlust als der Bruch einer Frischdampfleitung, der ansonsten für Siedewasserreaktoren als schwerster Unfall angenommen wird.
- Der Einbau von Kreuzdüsen im Druckabbausystem wurde bis heute nicht vorgenommen, obwohl gerade die Erkenntnisse beim Beinahe-Gau vom 12.4.72 in Würgassen diese Nachrüstung aller vergleichbaren Anlagen ausgelöst haben.
- Tankleitungen des Schnellabschaltsystems sind teilweise nicht getrennt verlegt und stellenweise nicht prüfbar. Dazu Prof. Benecke, München, im EWI-Gutachten: „(...) somit muß beim Bersten einer Tankleitung im Bereich des Ringraumes der komplette Ausfall der Schnellabschaltung und – mit hoher Wahrscheinlichkeit – gleichzeitig ein Leck im Druckabbausystem unterstellt werden."

Würgassen-Kontaktadressen:

1. BUND
   Landesverband Niedersachsen
   Goebenstraße 3a
   3000 Hannover 1
   Tel.: 0511/663095
2. „Gewaltfreie Blockaden am AKW Würgassen"
   Postfach 2022
   3400 Göttingen
   Tel.: 0551/7702945
3. Würgassen-Klagegruppe
   Peter Eichenseher
   Große Straße 14
   3490 Bad Driburg
   Tel.: 05253/529
4. Initiative „Unser Recht auf Stillegung" (UNRAST)
   Traute Kirsch
   Zum Buchholz 6
   3472 Beverungen 1
   Tel.: 05273/1377

Schacht Konrad

Zur Demo 1990:

Der Aufruf zu den beiden Demos in Gorleben am 3.2.90 und in Stendal am 11.3.90 enthält ja bereits (nicht ganz zufällig) vieles von dem, was wir in Hannover diskutiert hatten. Ist ja nicht verkehrt. Trotzdem gehe ich davon aus, daß die beiden Demos von Art, Breite und Mobilisierungszeit her etwas anderes sind, als die von uns diskutierte Großdemonstration.
Mittlerweile hat auch das Bayerische Anti-AKW-Plenum Interesse an der Demo 1990 bekundet und will sie tatkräftig unterstützen, wenn es sich nicht nur um eine "beliebige Standortdemo" handelt. Geschrieben haben dazu auch Gruppen aus der DDR. Aus meiner Sicht sollten wir deshalb unbedingt an dem Projekt einer großen, überregionalen Demo in diesem Jahr festhalten. Davon ausgehend, daß eine letztendliche Entscheidung auf der Märzkonferenz hier in Braunschweig fällt, sollten wir uns Anfang Februar (evtl. nach der Demo in Gorleben) nochmal im kleinen Kreis zusammensetzen, um einen Aufruf auszuarbeiten und Mitte Februar nochmal ein größeres Treffen stattfinden lassen. Das wäre dann rechtzeitig, um den Aufruf noch in den Reader aufzunehmen.

Terminhinweis:

Märzkonferenz der Anti-AKW-Bewegung:

Am 17./18. März oder 31.3./ 1.4.1990 in Braunschweig

Schwerpunkte: Ost-West Forum mit Gruppen aus der DDR, Asse II, evtl. Stand und Perspektiven der Energiewendegruppen; Beschlußfassung über Demo 1990 usw.
Redaktionsschluß für den Reader ist Mitte Februar 1990.

Beiträge und Vorschläge zur Konferenz sind erwünscht, bitte an
Peter Dickel,
Sophienstraße 14, 3300 Braunschweig, Tel.: 0531/891632, Telefax: 0531/895610.

(obiger Text ist die Wiedergabe eines Schreibens der AG Schacht-Konrad an den BUND-Niedersachsen)

Anmerkung atom:

Das letzte Vorbereitungstreffen für die Demonstration in Hannover fand wegen eines gleichzeitigen Treffens in Gedelitz nicht statt.

Neuer Erörterungstermin: AKW

Presseerklärung

Die Bürgerinitiativen um das AKW Mülheim-Kärlich. 12. 12. 1989

Gemeinsam mit den VertreterInnen der Kommunen Neuwied, Bendorf, Andernach und Mayen und gemeinsam mit ihren Rechts- und Sachbeiständen haben die Bürgerinitiativen den "fortgestzten" Erörterungstermin zur Neugenehmigung des AKW Mülheim-Kärlich verlassen. Seit dem ersten Tag des "fortgesetzten" Erörterungstermins hat sich gezeigt, daß RWE und Umweltministerium, im Gegensatz zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes Berlin vom September 1988, entscheidende Gutachten und Studien gegenüber der Öffentlichkeit zurückgehalten haben, so z. B. ein "geotechnisches Gesamtgutachten" vom Juni 1989. Verhandlungsleiter Wolf sagte den EinwenderInnen zwar zu, daß sie nachträglich in die bisher nicht veröffentlichten Gutachten Einsicht nehmen könnten. Auf diese weiteren Gutachten sollen die EinwenderInnen jedoch nur schriftlich antworten können. Vor diesem Hintergrund wird erneut deutlich, daß auch der gegenwärtig "fortgesetzte" Erörterungstermin eine Farce ist. Die entscheidenden Gutachten sollen offenbar gar nicht öffentlich erörtert werden.

Zwar hatten vor ca. 150 EinwenderInnen in der Rheinland-Halle Dr. Lothar Hahn vom Öko-Institut Darmstadt und Eduard Bernhard vom BBU aufgezeigt, daß die Lage des AKW Mülheim-Kärlich zwischen mehreren vielbefahrenen Verkehrswegen unvorhersehbare Risiken birgt, da sowohl auf dem Rhein als auch über die Bahnlinien Gefahrengüter transportiert werden. Dieter Trennheuser, Bürgermeister der Stadt Dendorf, macht mit drastischen Beispielen deutlich, wie mangelhaft bis jetzt der Katastrophenschutz im Koblenz-Neuwieder Becken organisiert ist.
Prof. Armin Weiß aus München und der Rechtsbeistand der Bürgerinitiativen, Rechtsanwalt Wolfgang Baumann, hatten dann erneut die sofortige Herausgabe der bisher zurückgehaltenen Gutachten und eine Neuansetzung des Erörterungstermins gefordert. Die Weigerung der Genehmigungsbehörde führte dann dazu, daß private und kommunale EinwenderInnen für sich den "Erörterungstermin" aussetzten.

Mühlheim-Kärlich

Die EinwenderInnen aus Kommunen und Bürgerinitiativen haben in fünf Tagen Erörterungstermin ihre Argumente vorgebracht. Sie haben nachgewiesen, daß auch die bisher ausliegenden Gutachten des RWE unvollständig und von schwerwiegenden Mängeln behaftet sind. Der Verlauf der beiden Erörterungstermine hat für die Bürgerinitiativen deutlich gezeigt, daß das Mainzer Umweltministerium beabsichtigt, das AKW Mülheim-Kärlich um jeden politischen und juristischen Preis erneut zu genehmigen. Offenbar spekuliert das Umweltministerium darauf, daß es das AKW Mülheim-Kärlich per Sofortvollzug ans Netz bringen kann und daß Klagen gegen den Betrieb des AKW erst nach Jahren wirksam werden.
Demgegenüber erneuern die Bürgerinitiativen die Forderung, das Genehmigungsverfahren abzubrechen und das AKW Mülheim-Kärlich endgültig stillzulegen. Der juristische Weg kann dabei nur eine Form des Widerstandes sein. Die Bürgerinitiativen rufen deshalb die EinwenderInnen auf, ihre Ablehnung der Atomkraft auch durch die Teilnahme an den regelmäßigen "Sonntagsspaziergängen" und anderen Aktionen am AKW Mülheim-Kärlich öffentlich zu zeigen.

Spendenkonto >Aus für Mülheim-Kärlich<, Joachim Scheer
Volksbank Lahnstein, Konto-Nr. 2500, BLZ 570 928 00

Liebe Leute!

Am 16. 12. 89 fand das zweite Treffen des europäischen Komitees gegen den Superphenix statt. Neben Vertretern aus der Schweiz, Frankreich, Italien und den Niederlanden waren diesmal auch Vertreter aus Spanien dabei. Dort hat die anti-Atom Bewegung nach dem Unfall von Vandellos starken Auftrieb erhalten. Aus der Bundesrepublik war ich leider der einzige Vertreter.
Der Aufruf des Komitees wurde bisher von 46 Gruppen unterschrieben, darunter nur zwei aus der BRD. Die bundesdeutschen AtomgegnerInnen sind hier also eindeutig unterrepräsentiert, während die Atomwirtschaft (wie so oft) in der europäischen Zusammenarbeit weit voraus ist: Das RWE hält über seine 68, 85% Beteiligung an der SBK 11% am schnellen Brüter von Malville. Der von den Gruppen getragene Aufruf soll nun zur Unterschriftensammlung eingesetzt werden. Parallel dazu wünscht man sich Informations-Aktionen in ganz Europa.
Um den Bezug von Schnellen Brütern und Wiederaufarbeitung deutlich zu machen und um das Komitee nicht nur auf Malville festzulegen, hat sich das Komitee einen neuen Namen gegeben: "Les européens contre Superphénix/ Comité européen contre la surgénération et le retraitement" (Europäer gegen Superphenix/ Europäisches Komitee gegen Schnelle Brüter und Wiederaufarbeitung).
Bisher sind folgende Termine festgesetzt bzw. folgende Aktionen ins Auge gefaßt:

- Ab **Mitte Januar** wird wieder mit der Auslieferung von Teilen für Malville bei der Firma ANSALDO in Mailand gerechnet: Die Italiener bereiten sich wieder auf eine Blockade vor (Im Mai 89 konnte dort die Auslieferung eines Wärmetauschers verhindert werden).
- **Ende Januar/ Anfang Februar** wird in Mailand ein Treffen stattfinden, zu dem auch Gruppen aus dem Ausland eingeladen sind.
- **13. 2. 90** in Strasburg: Übergabe der Unterschriften, die die Genfer Gruppe "L´avenir est notre affaire" gesammelt hat, an das Europäische Parlament.
- **26. 4. 90**: Am Tschernobyl-Jahrestag Aktionen überall in Europa.
- **Samstag, 28. 4. 90** in Bern: Demo gegen das Uralt-AKW Mühleberg (bei Bern) und den Schnellen Brüter Malville.

Daneben werden im Grenzgebiet F/CH/I weitere Aktionen vorbereitet.

Nun noch einige Hinweise auf Infomaterial und Literaturhinweise:
In der Dezemberausgabe der französischsprachigen "ContrAtom" finden sich mehrere Artikel zur aktuellen Lage und dem Widerstand gegen Malville. Eine auszugsweise Übersetzung aus dem Editorial liegt bei. Bezug: ContrAtom, Case postale 107, CH-1227 Carouge.

In der Nr. 4/89 der ebenfalls französischsprachigen "Gazette de l'APAG" ist ein Artikel von Klaus-Gerd Giesen zur Weiterverbreitung der Schnellen Brüter in die Dritte Welt am Beispiel Indien abgedruckt: Gazette de l´ APAG, Case postale 506, CH-1212 Grand-Lancy 1.
Und ein neues Buch: Klaus-Gerd Giesen: L'Europe des Surgénérateurs, Paris, Nov. 89. Adresse des Verlages: Presses Universitaires de France, 108, boulevard Saint-Germain, F-75006 Paris.

Peter Diehl
Schulstr. 13
D-7881 Herrischried
Tel. u. Fax: 07764-1034

Lingen: Erweiterung der

Wegen zahlreicher Nachfragen wollen wir an dieser Stelle noch einmal ausführlicher über die Erörterung zur geplanten Erweiterung der Lingener Brennelementefabrik berichten. Die Advanced Nuclear Fuels GmbH (ANF), eine 100%ige Siemens-Tochter, plant neben dem Bau einer sogenannten Trockenkonversionsanlage (zur Herstellung von Urandioxidpulver UO 2 aus Uranhexafluorid UF 6) eine Verdoppelung der derzeitigen Lager- und Umgangsmenge (von 300 auf 600 t Uran). Dabei soll u.a. auch die "Gesamtabgabeaktivität mit der Fortluft von derzeit 5,55 x 10 5 Becquerel im Jahr auf maximal 1,2 x 10 6 Becquerel" verdoppelt werden.

Ca. 6.000 BürgerInnen hatten dagegen Einwendungen erhoben. Vom 18. bis 20. Oktober fand hierzu in Lingen ein Erörterungstermin statt. In der BI Emsland gegen Atomanlagen (BEgA) bestand Konsens darüber, daß diese Veranstaltung eher den Charakter einer Farce haben würde. Das Genehmigungsverfahren soll vorangetrieben werden. Die Genehmigungsbehörde (nieders. Umweltministerium) bekundet, daß sie die ausgelegten Planungen für genehmigungsfähig hält. Die Einwendungen werden bloß noch erörtert. Für die Ansetzung des Termins dürfte nach Einschätzung der BEgA auch der für November erwartete Richterspruch in Sachen Alkemgenehmigung ausschlaggebend gewesen sein. Das nieders. Umweltministerium unterstreicht damit, daß es solche Anlagen genehmigen will.

Es bestand auch Konsens, den Erörterungstermin zu nutzen. Uns war klar, daß der Erörterungstermin stattfinden würde. Die Oberverharmloser sollten nicht die Gelegenheit haben, eigenmächtig die Schwerpunkte zu bestimmen und die Aussagen allein zu werten. Es sollte verhindert werden, daß der Eindruck entsteht, alles ist nur halb so schlimm. Das machte unsere Anwesenheit erforderlich. Es haben sich zwar auch Einzelpersonen und andere Gruppen an dem Erörterungstermin beteiligt, doch sind wir überzeugt, daß diese das allein nicht leisten würden.

Die Themen, die an diesen drei Tagen auf dem Erörterungstermin zur Sprache kamen sind sehr vielfältig und umfangreich. Wer es genau wissen will, sollte sich ein Wortprotokoll besorgen. Für EinwenderInnen:
Umweltministerium - Herr Lorenz - Archivstr. 2, 3000 Hannover 1. (Das Ministerium will Unkosten geltend machen). Hier sollen nur einige Themen angerissen werden, um einen Eindruck vom Erörterungstermin zu vermitteln.

Der 1. Tag

Am ersten Tag ging es fast ausschließlich um Verfahrensfragen. Zu Beginn stand natürlich die Frage, ob der Termin überhaupt stattfinden dürfte. Alle EinwenderInnen waren sich einig: Nein !!!

Die Genehmigungsbehörde sah das offensichtlich anders. Obwohl die Vollständigkeit der Antragsunterlagen gerügt wurde ! Und obwohl die Niederländer als betroffene Dritte nicht korrekt über die Vorhaben informiert wurden. Die BEgA hatte das schon im Vorfeld gerügt. Das Bundesverwaltungsgericht hat im Dezember 1986 entschieden, daß der Niederländer Coen Hamers im Genehmigungsverfahren als betroffener Dritter zu betrachten ist. Demnach hätte die Bekanntmachung auf niederländischer Seite in gleicher Weise erfolgen müssen wie auf deutscher. Das ist nicht geschehen! Für die BEgA ist es ein Skandal, daß eine weitere Atomanlage genehmigt werden soll, noch bevor die Folgen der Altlasten geklärt sind. Gerade die Auswirkungen (Kindersterblichkeit?) des schon seit Jahren stillgelegten Atomkraftwerkes Lingen I sind völlig ungeklärt. Diese Klärung müßte in jedem Fall Vorrang haben.

Außerdem wurde bemängelt, daß es lediglich um einen "einfachen" Änderungsbescheid geht. Die neuartige Technik und der Umgang mit anderen (neuen) Stoffen mache aber eine Neubewertung der gesamten Anlage erforderlich.

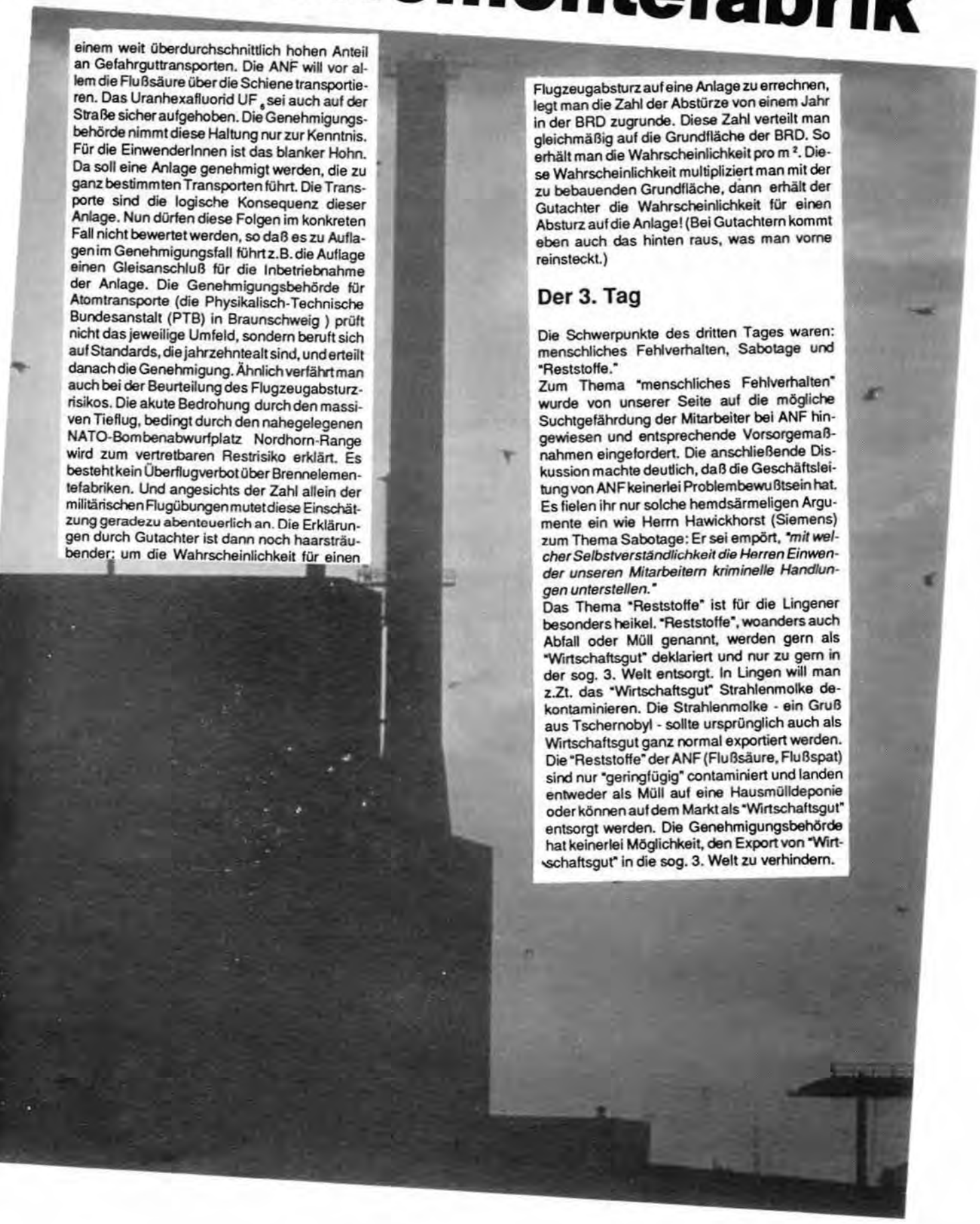
Der 2. Tag

Am zweiten Tag standen vor allem die Auswirkungen von Niedrigstrahlung, die Freisetzung von Fluor / Fluorverbindungen und ihre Folgen, sowie Transportrisiken und die Gefahren bei Flugzeugabstürzen im Vordergrund. An allen vier Punkten wurde deutlich wie absurd diese Art von Genehmigungsverfahren ist.

Zunächst wurde festgestellt, daß es so etwas wie einen Grenzwert als Schwellenwert nicht gibt. Trotzdem werden nicht die tatsächlichen Belastungswerte zugrunde gelegt. In der BRD sei höchstrichterlich festgelegt, daß z.B. die Vorbelastung durch Tschernobyl u.a. Unfälle nicht zu berücksichtigen ist. Von dem Gutachter für die Auswirkungen von Fluor/verbindungen erfuhr mensch, daß Fluor z.B. gut für die Zähne sei. Für die Bewertung der Auswirkungen auf Dritte wird ein "ungünstiger Aufpunkt" angenommen. Der "ungünstige Aufpunkt" ist immer die Grundstücksgrenze. Nur dort könnten Dritte beeinträchtigt werden. Im konkreten Fall ANF ist es höchst unwahrscheinlich, daß Neugierige an der Eigentumsgrenze stehen bleiben. Die Absperrungen liegen weit zurück. Die Gutachter betrachten die toxischen Auswirkungen immer bei einem dynamischen und gesunden 25jährigen. Unabhängig wie schief die Altersstruktur und wie vorbelastet die Leute in der Umgebung konkret sind. Für die Auswirkungen der Fluor/verbindungen müßte gerade der hohe Anteil von Allergikern für eine Beurteilung herangezogen werden. Dies unterbleibt aber ebenso wie die Berücksichtigung der Folgen durch Transporte und etwaige Flugzeugabstürze.

Die Risiken durch die Transporte wurden zwar angesprochen, aber das Umweltministerium wies gleich zu Beginn darauf hin, daß es die Transporte nicht mit in die Bewertung einfließen lassen dürfe, da für die Genehmigung der Transporte eine andere Behörde zuständig sei. Das hat verquere Konsequenzen. Selbst die ANF bemüht sich in letzter Zeit um einen Bahnanschluß, weil sie die gefahr-trächtige Situation im Straßenverkehr im Lingener Raum kennt: Gekennzeichnet mit großer Unfallhäufigkeit und

Brennelementefabrik



einem weit überdurchschnittlich hohen Anteil an Gefahrguttransporten. Die ANF will vor allem die Flußsäure über die Schiene transportieren. Das Uranhexafluorid UF_6 sei auch auf der Straße sicher aufgehoben. Die Genehmigungsbehörde nimmt diese Haltung nur zur Kenntnis. Für die EinwenderInnen ist das blanker Hohn. Da soll eine Anlage genehmigt werden, die zu ganz bestimmten Transporten führt. Die Transporte sind die logische Konsequenz dieser Anlage. Nun dürfen diese Folgen im konkreten Fall nicht bewertet werden, so daß es zu Auflagen im Genehmigungsfall führt z.B. die Auflage einen Gleisanschluß für die Inbetriebnahme der Anlage. Die Genehmigungsbehörde für Atomtransporte (die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig) prüft nicht das jeweilige Umfeld, sondern beruft sich auf Standards, die jahrzehntealt sind, und erteilt danach die Genehmigung. Ähnlich verfährt man auch bei der Beurteilung des Flugzeugabsturzrisikos. Die akute Bedrohung durch den massiven Tieflug, bedingt durch den nahegelegenen NATO-Bombenabwurfplatz Nordhorn-Range wird zum vertretbaren Restrisiko erklärt. Es besteht kein Überflugverbot über Brennelementefabriken. Und angesichts der Zahl allein der militärischen Flugübungen mutet diese Einschätzung geradezu abenteuerlich an. Die Erklärungen durch Gutachter ist dann noch haarsträubender: um die Wahrscheinlichkeit für einen Flugzeugabsturz auf eine Anlage zu errechnen, legt man die Zahl der Abstürze von einem Jahr in der BRD zugrunde. Diese Zahl verteilt man gleichmäßig auf die Grundfläche der BRD. So erhält man die Wahrscheinlichkeit pro m^2. Diese Wahrscheinlichkeit multipliziert man mit der zu bebauenden Grundfläche, dann erhält der Gutachter die Wahrscheinlichkeit für einen Absturz auf die Anlage! (Bei Gutachtern kommt eben auch das hinten raus, was man vorne reinsteckt.)

Der 3. Tag

Die Schwerpunkte des dritten Tages waren: menschliches Fehlverhalten, Sabotage und "Reststoffe."

Zum Thema "menschliches Fehlverhalten" wurde von unserer Seite auf die mögliche Suchtgefährdung der Mitarbeiter bei ANF hingewiesen und entsprechende Vorsorgemaßnahmen eingefordert. Die anschließende Diskussion machte deutlich, daß die Geschäftsleitung von ANF keinerlei Problembewußtsein hat. Es fielen ihr nur solche hemdsärmeligen Argumente ein wie Herrn Hawickhorst (Siemens) zum Thema Sabotage: Er sei empört, *"mit welcher Selbstverständlichkeit die Herren Einwender unseren Mitarbeitern kriminelle Handlungen unterstellen."*

Das Thema "Reststoffe" ist für die Lingener besonders heikel. "Reststoffe", woanders auch Abfall oder Müll genannt, werden gern als "Wirtschaftsgut" deklariert und nur zu gern in der sog. 3. Welt entsorgt. In Lingen will man z.Zt. das "Wirtschaftsgut" Strahlenmolke dekontaminieren. Die Strahlenmolke - ein Gruß aus Tschernobyl - sollte ursprünglich auch als Wirtschaftsgut ganz normal exportiert werden. Die "Reststoffe" der ANF (Flußsäure, Flußspat) sind nur "geringfügig" contaminiert und landen entweder als Müll auf eine Hausmülldeponie oder können auf dem Markt als "Wirtschaftsgut" entsorgt werden. Die Genehmigungsbehörde hat keinerlei Möglichkeit, den Export von "Wirtschaftsgut" in die sog. 3. Welt zu verhindern.

Fazit

1. Die BEgA sieht sich in allen Bedenken gegen das ANF-Projekt bestätigt, teilweise sogar bestärkt. Im Zusammenhang mit der Gefahr von Flugzeugabstürzen auf die Anlage und die notwendig werdenden T. ansporte bleibt festzuhalten, daß das nds. Umweltministerium auf Kosten der Bevölkerung Russisches Roulett spielt. Der Erörterungstermin hat noch einmal nachdrücklich deutlich gemacht, daß die Planungen von ANF/Siemens in vielen Punkten verbesserungswürdig sind. Es ist gelungen auf eine ganze Reihe von Gefahren hinzuweisen, die mit der Inbetriebnahme einer Trockenkonversionsanlage unweigerlich verbunden sind. Selbst wenn es der Atommafia gelingen sollte, die eine oder anderen Aufbesserung der Anlagen vorzunehmen, bleibt die BEgA bei ihrer grundsätzlichen Ablehnung.
2. Das Genehmigungsverfahren befindet sich in einem Stadium, in dem es sich bei normalen Vorraussetzungen nicht befunden hätte. Ein Erörterungstermin hat bereits stattgefunden, obwohl noch kein Erfahrungsbericht über die Pilotanlage in Richland (USA) vorlag. Die Notwendigkeit eines solchen Berichts wird sogar vom nds. Umweltministerium eingeräumt. Von dort heißt es, eine Genehmigung wird nicht erteilt, solange kein Erfahrungsbericht vorliegt! Dieser soll von amerikanischen Behörden erstellt werden. Wir verfügen nicht über so gute Kontakte in die USA, daß wir in der Lage wären, die Zusammenarbeit zwischen Siemens und den dortigen Behörden zu beurteilen. Wir befürchten allerdings ein Gefälligkeitsgutachten. Das Genehmigungsverfahren ist in jedem Fall wieder soweit aufzurollen, daß den EinwenderInnen wenigstens eine "Erörterung" auf der Basis eines Erfahrungsberichtes möglich ist.
3. Es hat bis jetzt schon eine solche Anzahl von Ungereimtheiten im Zusammenhang mit dem Genehmigungsverfahren gegeben, daß eine rechtliche Prüfung ratsam erscheint. Wir werden die Wortprotokolle vom Erörterungstermin schon vorweg sehr genau lesen und im Genehmigungsfall umgehend reagieren.

Wir unterstützen im Augenblick auch Klagen gegen die 2. Teilerrichtungsgenehmigung und die Betriebsgenehmigung des AKW Lingen II. Damit sind unsere finanziellen Mittel eigentlich erschöpft.

Für die Arbeit gegen ANF sind wir auch Eure Unterstützung angewiesen.

Kontakt: **BEgA**, c/o. Funke, Legericher Str. 47, 4450 Lingen (Ems), Rechtshilfekonto der BEgA, Kto.-Nr.: 333 549 00 Volksbank Bawinke e.G., BLZ: 280 699 95 Stichwort ANF.
(Wir können uns mittlerweile gut vorstellen, daß die Genehmigungsbehörde es einer zukünftigen Landesregierung (evt. SPD geführt?) überläßt, die Genehmigung zu erteilen. Man hat sich bislang nicht mit Ruhm bekleckert und eine Genehmigung vor der Landtagswahl wäre äußerst unpopulär!)

Euregio

Protokoll der deutsch - niederländischen "Konferenz gegen Atomanlagen in der Euregio und im Münsterland" vom 18.11.89 in Rheine

Auszüge:

(...)

AKW Lingen II:

Die Betreiber des AKW haben eine Änderung der Betriebsgenehmigung beantragt, die thermische Leistung soll um 2,3 % erhöht werden. Eine Öffentlichkeitsbeteiligung am Genehmigungsverfahren gibt es nicht, diese würde er erst ab einer Erhöhung von 10 % geben.
Am 13. Dez. 89 findet beim Verwaltungsgericht Osnabrück die mündliche Verhandlung der atomrechtlichen Verfahrenssache (Kläger Coen Hamers) statt. Lange nach der Inbetriebnahme geht es dabei um die 1. Teilgenehmigung!

BEZ Ahaus:

Nachdem das Bundesverwaltungsgericht die Klage gegen die BEZ - Baugenehmigung für die Lagerung von Leichtwasserbrennelementen endgültig abgewiesen hatte, hat der Kläger Lenting beim Oberverwaltungsgericht Münster seine Klage gegen die Baugenehmigung bezüglich der Einlagerung von THTR-Brennelementen zurückgenommen, um weitere Kosten zu sparen. Somit sind alle Baugenehmigungen rechtskräftig. Jetzt gibt es beim OVG Münster noch Klagen gegen die atomrechtliche Einlagerungsgenehmigigung. Leider war die BI Ahaus bei der Konferenz nicht anwesend. Die Einschätzung bei den Anwesenden über die BEZ-Perspektive gingen z.T. in eine andere Richtung, als die (leider nicht vollständig bekannte) Einschätzung der BI Ahaus. Stark vereinfacht lassen sich alle Meinungen vielleicht auf folgenden Nenner bringen:

1. es gibt keinen konkreten Bedarf für das BEZ, folglich wird es erstmal keine Einlagerungen geben;
2. es gibt einen erheblichen Bedarf für das BEZ, es darf praktisch jede Art Atommüll eingelagert werden, und die ersten Transporte werden bald zu erwarten sein.

Leider war nicht konkret bekannt, für welche Anlagen das BEZ z.Zt. konkreter Entsorgungsnachweis ist. Auch die Änderungen des § 6 Atomgesetz, bzw. die Konseyuenzen daraus für das BEZ sind unklar. Klar ist jedoch, daß der BEZ - Betrieb, bzw. die Transporte nicht alleine über den juristischen Weg auf Dauer zu verhindern sein werden.

(...)

UAA Gronau:

Ende Oktober hatte es in der UAA den ersten meldepflichtigen Störfall (Kategorie N) gegeben. Ein Faß mit angereichertem Uranhexafluorid ist innerhalb der Anlage aus 60 cm Höhen von einem Transportfahrzeug gefallen. Angeblich ist *"nur"* eine *"Schutzschürze"* verbogen worden. Der AKW Gronau nahm den Vorfall zum Anlaß, um wieder breiter für den Sonntagssparziergang zu mobilisieren, es kamen am 5.11. dann auch ca. 40 Leute. Radio Münsterland machte sogar 50 daraus.
Die Klage der NRW Grünen gegen die UAA-Ausbaugenehmigung wurde zurückgenommen, sie war völlig aussichtslos. Bemerkenswerterweise war die Klage eingereicht worden, ohne mit dem AKU Gronau Rücksprache zu halten. Erst als die Klage lief, gab es ein halbwegs klärendes Gespräch zwischen Grünen und AKU, dabei blieben jedoch einige Fragen offen, bzw. es wurden einige "Denkwürdigkeiten" klar. So hatten die NRW-Grünen der Klägerin, Marita von den Gronauer Grünen, den Eindruck vermittelt, als ob der AKU mit der Klage einverstanden wäre.
Nach wie vor ist unklar, ob Uranit in Gronau bisher für die UAA nichtgenutzte Flächen wieder verkauft.

Atomtransporte:

Dieser Punkt ergab sich u.a. aus der Diskussion über das BEZ. Dabei ging es zunächst um die Zusammenarbeit von Greenpeace Münster und der Euregiokonferenz. Grundsätzlich ist die Euregiokonferenz zur Zusammenarbeit mit anderen Gruppen/Organisationen bereit.
Prinzipiell wurde auch einer Zusammenarbeit mit Greenpeace zugestimmt. Dabei gibt es jedoch zwei wesentliche Aspekte, die beachtet werden müssen:

1. die Autonomie der Gruppen muß gewahrt bleiben, d.h., daß alle an einem Bündnis beteiligten Gruppen gleichberichtigte PartnerInnen sind, und daß sich die Gruppen gegenseitig keine Vorschriften machen dürfen. Das schließt natürlich nicht aus, daß Vorschläge gemacht werden dürfen (sollen) und z.B. bei Strategietreffen kontroverse Vorgehensweisen diskutiert werden.
2. der Informatoionsfluß muß in beide Richtungen fließen (Euregiokonferenz - Greenpeace und umgekehrt). Es geht nicht an, daß eine Gruppe von den Informationen der anderen profitiert.

Unter diesen Voraussetzungen scheint eine sinnvolle Zusammenarbeit machbar zu sein.
Der Vorschlag eines Gronauers bezüglich der Castor-Transporte nach Ahaus, bzw. der Urantransporte von und nach Gronau blieb zunächst im Raum stehen. In dem Vorschlag wurde angeregt, eine Transportkoordination interessierter BI's, Umweltgruppen, Grüner Ortsverbände etc. entlang der Bundesbahnlinie Gronau - Münster, bzw. der parallelen B 54/54n zu organisieren. In dem Zusammenhang könnten auch in den Anliegerorten Veranstaltungen durchgeführt werden, um neue BI´s zu gründen.

(...)

Euregiokonferenz
Infos auch bei BI Rheine: 05971/7686

Kann denn Schrauben Sünde sein?

Kann denn Schrauben Sünde sein...?
Ist die Überschrift eines Schreibens, in dem sich die Gruppe "Zarah Leander und die Weserfrösche" zu Folgendem bekennt:
"Wir haben in der Nach vom 9.1. zum 10.1.90 im Siemens-Hochhaus in Bremen eine Scheibe eingeschlagen, um dort einige Kilogramm Schrauben direkt endzulagern. Diese Schrauben haben wir von Hochspannungsmasten aus dem atomar verseuchten Stromverbundnetz abgeschraubt (notwendiges Handwerkszeug: zwei Ringschlüssel Größe 30/32). Wir finden schon lange, daß Siemens wie damals nach Tschernobyl den radioaktiven Müll, den sie produzieren, zurückbekommen soll."
Weiter unten heißt es: *"Um es gleich ganz klar und deutlich zu sagen: wir halten nichts vom Mythos der Konspirativität, wie er in manchen linken Kreisen zu finden ist. Erst da, wo sich Menschen massenhaft, öffentlich und entschlossen für ihr Selbstbestimmungsrecht zusammenschließen, kann der Staat entmachtet werden, ist die Polizei nur noch ein lächerlicher Haufen uniformierter Zwerge. Alleine die (scheinbare) Radikalität der Aktionsformen macht noch keine Militanz aus. Außerdem paßt es uns nicht, daß durch die Zwänge der Konspirativität unsere Offenheit in Beziehungen zu anderen Menschen und Gruppen eingeschränkt wird. Daß wir nicht während der Öffnungszeiten bei Siemens vorbeigehen, um die Geschäfte einfach zu beenden, die jederzeit tausende tote und kranke Menschen einkalkulieren, ist auch ein Zeichen unserer Schwäche. Daß wir es gerade nach Tschernobyl nicht geschafft haben, ein für allemal der Atommafia das Handwerk zu legen, hat viele AtomkraftgegnerInnen entmutigt, so daß sie heute nicht mehr mit uns auf die Straße gehen."*
Am Ende des Textes stehen die Forderungen:
"Keine PKA im Wendland und auch nicht anderswo!
Stillegung aller Atomanlagen jetzt sofort!
Kommt zur Bauplatzbesetzung bei Rodungsbeginn!
Keine Ruhe mehr für Siemens, KWU, GNS & Co.!"

Hrsg.: Tübinger Aktionsinitiative gegen Atomanlagen (TAIGA) - "Aktion Strom ohne Atom"

Aus dem Inhalt:

Alle Transporte mit abgebrannten Brennelementen aus Neckarwestheim 86-89 / **Widerstand ist immer gut: Die Aktionen** / Der Brückenskandal: Warum selbst die Bürgermeister dagegen sind / **Atommülldrehscheibe Rangierbahnhof Mannheim** / Transporte frischer Brennelemente zum GKN / **Quer durch die Republik: schwachaktiver Atommüll** / Wie gefährlich sind die Transporte? / **Europäisierung: Wie geht es weiter?** / Archiv: Pressedokumentation - Landtagsanfragen

92 Seiten, Preis: 6 DM, ab 10 Stück: 5 DM
Bestelladresse: Andreas Linder, Melanchthonstr. 23, 7400 Tübingen, 07071/ 26908

Anti-AKW-Konferenz in Saarbrücken 3.-5.11.89

Wegen der aktuellen Themenbearbeitung (Berichterstattung zur DDR), war es uns nicht möglich die Protokolle und Ergebnisse der Konferenz darzustellen.
Aus Platzgründen können wir leider keine Protokolle und Ergebnisse der Konferenz darstellen.
Wir empfehlen daher das Lesen der anti-atom-aktuell. In der Ausgabe Nov. 89 sind das Abschluß- sowie die Protokolle der Arbeitsgruppen dokumentiert.
anti-atom-aktuell, c/o. Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57, 4400 Münster, Tel.: 0251/ 521112.

Demos gegen Transport von US-Atommüll zur Asse

Es ist ein Transport von US-Atommüll von einem Nordseehafen nach Karlsruhe und dann zur Asse geplant. Die Anti-AKW-Bewegung will diesen Transport nicht zulassen.
Dieser Atommüll besteht aus hochradioaktiven Abfällen aus der Atomwaffen-Produktion der USA, der in 32 Glaskokillen eingeschmolzen ist. Diese sollen im Kernforschungszentrum Karlsruhe für die Einlagerung im Salzstock Asse (bei Helmstedt) vorbereitet werden. Es soll getestet werden, ob sich Salzbergwerk für die Endlagerung von hochradioaktivem wärmeentwickelndem Atommüll eignen.
Der Versuch ist völlig unsinnig, denn die Behälter enthalten ausschließlich die reinen Gamma-Strahler Cäsium 137 und Strontium 90, wohingegen später Abfälle ganz anderer Zusammensetzung eingelagert werden sollen – insbesondere Reststoffe aus der Wiederaufarbeitung, die zusätzlich Neutronenstrahlung abgeben.
Außerdem ist er auch noch gefährlich, denn einerseits greift das Salz die Stahlummantelung an, andererseits sind die Auswirkungen der Radiolyse (Zerfall von Salz in Natrium und Chlor) völlig ungeklärt.
Falls der Versuch wie geplant stattfindet, bedeutet dies, daß die strahlende Fracht fast zweimal durch die ganze BRD gefahren wird. Dabei besteht die Gefahr, daß durch einen Unfall ein Transportbehälter undicht wird und viele Menschen eine tödliche oer krebserregende Strahlendosis erhalten. Auch bei unfallfreiem Transport werden alle Personen, die sich in unmittelbarer Nähe des Behälters aufhalten, radioaktiv bestrahlt.
Vor diesem Hintergrund fordern wir, daß dieses Projekt **sofort** aufgegeben wird und der 40 Millionen DM teure Müll-Ankauf aufgegeben wird.

Auf der süddeutschen Atomtransporte-Konferenz am 20./21. Januar 1990 in Mannheim wurde vereinbart:
1. Es werden für Informationen, die diesen Transport betreffen, zwei Büros eingerichtet. Für den norddeutschen Raum ist dies die BBU Hamburg, für Süddeutschland die BI gegen Atomanlagen Karlsruhe (Kriegstr. 244, 7500 Karlsruhe 1). Schickt bitte relevante Informationen an diese beiden Büros, sobald sie euch erreichen und/ oder teilt mit, ob ihr noch Infos braucht.
2. Aufgrund des besonderen Charakters dieses Transportes hoffen wir, eine möglichst breite Öffentlichkeit zu erreichen. Es ist geplant, bundesweit zwei **Großdemonstrationen** zu organisieren, die am zweiten Wochenende nach Ablegen des Schiffes vom amerikanischen Festland stattfinden sollen – eine in Norddeutschland (evtl. Hamburg), die andere in Karlsruhe. (Organisation über die zwei Info-Büros). Parallel dazu wären weitere Widerstandsformen zu entwickeln.
Wir rufen alle Anti-AKW-Gruppen auf, sich an den Demos zu beteiligen (Persönlich/ ideell/finanziell) und darauf zu mobilisieren.
Da die Zeit drängt, müßte bereits in der nächsten Zeit mit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit aller Gruppen und Übertlegungen in Richtung Widerstandskonzept begonnen werden.
Zum Termin für den Transport: Aufgrund verschiedener US-Quellen erwarten wir diesen ab Anfang April! Wir sind zuversichtlich, bald genaueres zu erfahren.

Es erstes Demo-Vorbereitungstreffen findet Ende Februar in Karlsruhe statt. Ort und Datum werden noch abgeklärt, bitte nachfragen bei: BI gegen Atomanlagen, Kriegstr. 244, 7500 Karlsruhe.

„RADI-AKTIV“ hört auf

Mit dem Ende der WAA in Wackersdorf und der damit verbundenen Aufgabe der nationalen zugunsten einer europäischen Wiederaufbereitung hat das bayerische Anti-Atom-Magazin RADI-AKTIV sein Erscheinen eingestellt. Mit dieser Entscheidung trägt die Redaktion der veränderten politischen Situation seit der Bekanntgabe des Baustopps im Taxöldener Forst Rechnung.

Die Bewegung, die im Zusammenhang mit der Standortentscheidung „Wackersdorf“ insbesondere in Bayern entstanden war, ist in den letzten Monaten praktisch in sich zusammengefallen. Kurz nach Bekanntgabe des Baustopps waren es am 3. Juni dieses Jahres gerade noch 10.000, die in München gegen das Atomprogramm auf die Straßen gingen, obwohl das Anti-WAA-Bündnis für diese — bereits ein halbes Jahr früher vereinbarte — Demonstration mit über 200 Gruppen und Organisationen seine größte Breite erreicht hatte. Die aktuelle Mobilisierungsmöglichkeit etwa gegen AKWs ist dagegen verschwindend gering und überschreitet kaum den örtlichen Rahmen. Zu seinen Hochzeiten brachte der Widerstand gegen die WAA 80.000 und mehr auf die Beine, noch 1988 wurden 850.000 Einwendungen gegen die WAA unterschrieben.

Das Ende der Anti-WAA-Bewegung

Inzwischen ist auch die Zahl der Anti-WAA-BIs und der Kern der Aktiven zusammengeschmolzen. Allenthalben wird die Frage aufgeworfen, wie mensch einerseits den für notwendig erachteten Kampf gegen das Atomprogramm (Europäisierung, Entsorgung, militärische Nutzung) fortsetzen kann, wenn gleichzeitig das Interesse daran nachläßt und die Leute einfach wegbleiben. *„Trotz dieser Erkenntnis läßt sich das Interesse am Thema nicht künstlich aufrechterhalten. Bevor wir uns von Monat zu Monat mit immer weniger Leuten treffen, wollen wir grundsätzlich über die weitere Arbeit diskutieren.“* (1. Rundbrief des Anti-Atom-Büro München Okt. 89)

Überall wird über neue Themen diskutiert. Kommunale Fragen wie Wohnungsnot, fehlende Kultur- und Kommunikationszentren rücken in den Vordergrund, Hausbesetzungen werden geplant und probiert. Viele, die jahrelang in den BIs arbeiteten, haben sich zurückgezogen, in Nürnberg haben einige einen Arbeitskreis für verschiedene basisdemokratische Räte-Modelle eingerichtet. In der Oberpfalz haben sich viele Ortsgruppen der ehemals großen Schwandorfer BI aufgelöst, ein Kern von 30-50 Leuten sind übrig geblieben, die weiterhin gegen das Atomprogramm kämpfen wollen. Einige haben Kontakt mit Widerstandsgruppen in La Hague und Sellafield aufgenommen, sind dorthin gefahren, um sich zu informieren. Ansonsten wird das Aufteilen des nicht unerheblichen finanziellen Erbes sicherlich vor Ort noch einiges Kopfzerbrechen bereiten: vor einigen Monaten geriet die BI in die Schlagzeilen, weil sie bereits jahrelang im Besitz von Daimler-Benz-Aktien war und diese — entgegen klaren Beschlüssen — immer noch nicht verkauft hatte.

Das bayernweite Anti-Atom-Plenum als überregionaler Zusammenschluß existiert noch, doch hat sich das TeilnehmerInnen-Spektrum deutlich reduziert. Vor allem Organisationen wie DKP, Bund Naturschutz und die Vertreter der Friedensbewegung haben sich zurückgezogen.

Ohne Bewegung keine RADI-AKTIV

In dieser Situation hat die RADI-AKTIV ihr Erscheinen bis auf weiteres eingestellt. Seit Februar 1985 sind 19 Ausgaben erschienen. Angefangen mit einer Auflage von 1000 Exemplaren stieg die Nachfrage parallel zum Widerstand schnell an, 4.500 wurden Anfang 86 gedruckt, 8.000 zur Zeit des Höhepunktes der militanten Auseinandersetzungen im Sommer 86. Ab Herbst 86 ging die verkaufte Auflage langsam aber kontinuierlich zurück.

Ursprünglich als Organ der Landeskonferenz der bayerischen BIs konzipiert, bildete sich bald ein fester Kern von RedakteurInnen, die ein halbwegs regelmäßiges Erscheinen sicherstellten und sich für das Zusammentragen des Materials, als Anlaufstelle für Zusendungen aus den BIs und den verschiedenen Strömungen des Widerstands und für die technische Realisierung der Zeitung verantwortlich fühlten.

„In eigener Sache“ hieß es im ersten Heft: *„Doch gerade nach der Standortentscheidung Wackersdorf halten wir ein Info mit Schwerpunkt Bayern für dringend notwendig. Nachdem ... durch die Standortentscheidung voraussichtlich mehr Interesse aus dem Umfeld der Grünen, SPD, Friedensgruppen und Bund Naturschutz an Informationen besteht, wollen wir ... auch diese Leute ansprechen. Wir sehen darin einen Beitrag zur Mobilisierung gegen die WAA und das Atom-*

programm.

Wir sind keine Alternative zur ‚atom', der Zeitschrift der Anti-AKW-Bewegung, die sich mit allen zentralen Fragen der Atomtechnologie, des Widerstands ... befaßt."

Bereits in ihrer ersten Ausgabe überschrieb die Redaktion den Leitartikel „Standortentscheidung Wackersdorf — erhält Strauß das Bombenprojekt?", eine Orientierung auf die militärische Bedeutung der geplanten Anlage, die sich erst sehr viel später in der Anti-WAA-Bewegung durchsetzen sollte.

Ein Erfolgsrezept der RADI-AKTIV war sicherlich, daß sie zwar einerseits nie ein Hehl daraus machte, daß sie sich als Sprachrohr und Diskussionsorgan der linken und radikalen Teile des Widerstands verstand, andererseits aber ihre Seiten im-

Pan-Foto

mer auch den anderen Strömungen gezielt zur Verfügung stellte. Interviews mit Sozialdemokraten und Pfarrern, Schwerpunkthefte zu Themen wie „juristischer Widerstand" oder „Arbeitsplätze und WAA" bildeten nicht nur die Grundlage für eine Verbreitung der Zeitung in die sehr unterschiedlichen Verästelungen des Widerstands, sondern ermöglichten es der Redaktion immer wieder, eine Art Schnittstelle und Vermittlungsfunktion zwischen den unterschiedlichen Strömungen zu bilden.

Oberstes Prinzip blieb dabei immer: keine Ausgrenzung radikaler und militanter Teile des Widerstands, keine Unterordnung unter die Logik sozialdemokratischer Ordnungs- und Spaltungsversuche. „Das vergessen wir Euch nie" war ein Spruch, den RADI-AKTIV-Leute noch jahrelang von gestandenen SPD-Mitgliedern hören konnten: Nicht vergessen konnten sie die Rede der RADI-AKTIV-Redakteurin Anita Aschenbrenner auf der ersten großen Kundgebung in München im Herbst 85, in der sie in aller Deutlichkeit auf die Verantwortung der SPD für WAA und Atomprogramm hingewiesen hatte. Nach ihr wollte der bayerische SPD-Vorsitzende Hiersemann reden — unter einem Pfeifkonzert und Eierwürfen mußte er diesen Versuch schnell abbrechen. Von diesem mißglückten Einstieg in die Bewegung hat sich die SPD nie richtig erholt, bis zum Schluß spielte sie trotz permanenter Anläufe nur die Rolle eines mehr oder weniger geduldeten Bündnispartners unter vielen. Dazu hatte die RADI-AKTIV sicherlich nur einen kleinen Beitrag leisten können — aber dennoch, für viele Sozialdemokraten war sie ein Buhmann.

Ebenso allerdings für viele Autonome. Ihnen schmeckte oft die Bündnisorientierung der RADI-AKTIV nicht, auch wurde von ihrer Seite häufig kritisiert, die Zeitung betone zu stark den Aspekt der staatlichen Repression, so etwas wirke demotivierend und einschüchternd. Ein besonderer Dorn in ihrem Auge war sicherlich auch die Tatsache, daß der KB durch seine Mitarbeit in der Redaktion einen nicht ganz unmaßgeblichen Einfluß auf das Konzept der Zeitung ausübte. VertreterInnen autonomer Positionen haben die „RADI-AKTIV" zwar für den Abdruck ihrer Stellungnahmen, Papiere etc. genutzt, aber zu keinem Zeitpunkt konnten sie sich entschließen, sich an der zu jedem Zeitpunkt offenen Redaktionsarbeit zu beteiligen.

Der harte Kurs des Staates gegen die Anti-WAA-Bewegung ging auch an der RADI-AKTIV nicht vorbei. Zwei Tage nach dem Super-GAU von Tschernobyl 86 fanden in Regensburg und Nürnberg Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen der Ausgabe Nr. 7 statt. Von nun an ging es Schlag auf Schlag. Innerhalb weniger Monate wurden alle noch erreichbaren Ausgaben nachträglich mit Ermittlungsverfahren überzogen. Hauptanklagepunkt war der § 111 Strafgesetzbuch (Aufforderung zu Straftaten). Mit der Veröffentlichung einer „Schwarzen Liste" aller am Bau der WAA beteiligten Firmen sollen — so die Anklagekonstruktion — die verantwortlichen RedakteurInnen zu Brandstiftung und Sachbeschädigungen aufgerufen haben. Der Staatsanwalt kombinierte diese Liste einfach mit einer Aussage Anita Aschenbrenners, die sie im Rahmen eines Interviews mit der taz geäußert hatte: *„Sämtliche Firmen, die glauben, sich an der WAA eine goldene Nase zu verdienen, muß mit verschiedensten Mitteln deutlich gemacht werden, daß langfristig ihre Verluste größer sind als ihr Gewinn".*

Auch wegen Verunglimpfung des Staates (§ 90a) wurde angeklagt. Nachdem in der Berufungsinstanz zu Geldstrafen verurteilt wurde, ging die Staatsanwaltschaft in Revision — mit Erfolg. Offensichtlich reichte den Verfolgungsbehörden die Verurteilung von Anita Aschenbrenner zu einer Geldstrafe von DM 3.600 nicht aus, Freiheitsstrafe ist immer noch das Ziel. So muß nun in einer dritten Runde der Anklagevorwurf bekämpft werden, ein Termin steht noch nicht fest.

Insgesamt haben Redaktion und UnterstützerInnen der „RADI-AKTIV" an die 30.000 DM an Prozeß-, Anwalts-, und sonstige Kosten für die Verfahren aufbringen müssen, nur den kleinsten Teil bekamen sie aus dem Schwandorfer Prozeßhilfe-Fond erstattet. Das meiste konnte aus unzähligen Spenden zusammengetragen werden.

Insgesamt ging die „RADI-AKTIV" aber aus den juristischen Angriffen gestärkt hervor. Die breite Solidarisierung und die bundesweite Aufmerksamkeit, die die Prozesse verursachten, führten letztlich zu weiteren Auflagensteigerungen. Dennoch bleibt festzuhalten, daß die Unterstützung für Anita Aschenbrenner in ihrem letzten Verfahren nicht nachlassen darf. Ohne sie hätte es die „RADI-AKTIV" sicherlich in dieser Form nicht gegeben, sie war Initiatorin und entscheidende Aktivistin des Projektes. Und sie muß sich jetzt absurderweise für ein Zitat vor Gericht verantworten, dessen inhaltliche Richtigkeit die Atommafia inzwischen selbst eingesehen hat.

chr. u. m. / Nürnberg

CONTRASTE

...Aufbruch zur Ökoreform – ENERGIEGENOSSENSCHAFTEN – eine ökologische Alternative für die kommunale Energieversorgung der Zukunft? Der Kampf gegen die Energiekonzerne hat bereits begonnen!... TELEKOMMUNIKATION . ein Bericht über das 2. Aktionsseminar gegen ISDN und Computervernetzung... Wohnungsbaugenossenschaft galizischer Postbeamtinnen – ein FRAUENPROJEKT in Polen... Harmonie wie nie – oder wackeln die Fundamente? Ein Bericht AUS DEM INNENLEBEN DER TAZ ...jetzt noch umfangreicher – BUNTE SEITEN – das aktuelle Adressenverzeichnis selbstverwalteter Betriebe in der BRD, der Schweiz und Österreich...

Das Alles und noch viel mehr...
in CONTRASTE, für 6 Mark frei Haus.
Ich will die neue CONTRASTE

Meine Anschrift:

6 DM in Briefmarken. Scheck habe ich beigelegt.

Coupon bitte ausschneiden und einsenden an:

CONTRASTE, Hausbergstr. 47, Postfach 104520,
6900 Heidelberg 1 12/89

LeserInnenbrief:

Zum Beitrag von W. Ehmke möchte ich ergänzende Aspekte bringen, da jede/r ein Land unter einem anderen Blickwinkel erlebt und sich nur durch eine Kombination von mehreren Aspekten das Charakteristische und Wahrscheinliche ergibt. Aus meinem Blickwinkel, wie ich die Situation auf dem Sektor Anti-Atomenergie erfuhr, stellt sie sich etwas anders dar.

Der Beginn der japanischen Anti-AKW-Bewegung geht auf das Jahr 1954 zurück, als nach einem Wasserstoffbombentest auf den Bikinis "tödliche Asche" als radioaktiver Fallout ein jap. Fischerboot verseuchte. Einer der Fischer starb. Gleichzeitig fiel radioaktiver Regen über das Land und verseuchte Gemüse, Milch und Seeprodukte. Hausfrauen initiierten eine Petition. Bald wuchsen Bis und Friedensbewegungen gegen die Atomwaffen. Sie beschlossen, jedes Jahr im August eine internationale Konferenz abzuhalten, um einen Appell an alle Nationen für eine nuklearfreie Welt zu richten.

1. Der jap. Weltkongreß gegen A- und H-Bomben in Tokyo wurde mit folgendem Appell eröffnet. *"Die Geschichte der Nutzung der Atomkraft ist eine Geschichte der Opfer und der Bedrohung durch Ausrottung, beginnend mit Hiroshima und Nagasaki, von Nevada zu den Bikini-Inseln bis Tschernobyl. Die Erfahrungen zeigen, daß Atomtechnologie und Menschheit nicht miteinander existieren können."*

2. Einen genauen Einblick in die Strukturen der Bewegung erhielten wir bei unseren Treffen und Veranstaltungen, die oft dreimal täglich stattfanden. Sie waren vom deutsch-jap. Friedensforum in den Städten Nishinomiya, Fukuyama, Hiroshima, Nagasaki, Tokyo und im Norden Japans in Honrobe bei Sapporo organisiert. Wir diskutierten mit Bauern, Fischern, Hausfrauen, Gewerkschaftsvertretern aber auch mit Künstlern (Maler, Dichter, Schriftsteller) mit Professoren der Universitäten, Juristen und Politikern aus der SP (Tokio Doi) und der konservativen LDP wie dem Bürgermeister von Nagasaki Herrn Motoshima.

Zum Japanbericht von Wolfgang Ehmke

Bei einem Besuch im "Bürgerzentrum für nukleare Information" wurden wir dem Nuklearchemiker Dr. Takagi vorgestellt. Er berichtete. *"Ich habe in der Industrie als Wissenschaftler im Bereich der nuklearen Chemie gearbeitet. Im Laufe der Zeit bin ich mißtrauisch geworden. Sei über 20 Jahren gehöre ich einer Bürgerinitiative gegen Kernenergie an. An meinem Arbeitsplatz habe ich festgestellt, daß Plutonium und andere Spaltprodukte für den Menschen gefährlich und unkontrolierbar sind. Bis 1973 war ich Assistenz-Professor an der Uni Tokyo. Ich habe ein eigenes Institut gegründet. Es ist von der Regierung unabhängig. Am Anfang haben wir unabhängige Untersuchungen über die Folgen von Plutonium gemacht. Nach dem Unfall von Three Miles Island sind sich die Leute bewußt geworden, daß sich fachliche Informationen benötigen. Nach der Katastrophe von Tschernobyl ist dieses Bewußtsein stärker geworden. Gegenwärtig arbeiten am institut bezahlte Angestellte Die Fianzierung erfolgt durch Beiträge unserer 1.600 Mitglieder."*

3. Daß sich in Japan überall Widerstand regt und auch vernetzt erfuhren wir auch im Gouvernement Aomori, wo das Atomzentrum Rokkasho Muro im Entstehen ist. Ich zitiere einige Vertreter der Bewegung, die sich bei den Veranstaltungen in Hatshinohe und Amori, der Hauptstadt der Präfektur vorstellten. Ein Vertreter des Bauernverbandes. *"1988 faßte der Bauernverband einen Beschluß, die Entscheidung des Gouverneurs (Genehmigung des Atomzentrums Rokkasho Muro) abzulehnen, ein Ergebnis, das bewirkte, daß bei den letzten Oberhauswahlen ein Vertreter des Bauernverbandes mit 52 % der Stimmen gewählt worden ist."*

Koji Asaishi Rechtsanwalt und Vorsitzender der BI "Tödliche Asche" erklärt: *"Unser Ziel ist es, 10.000 Kläger zu sammeln, die nicht nur aus der Umgebung von R.M. stammen sondern aus ganz Japan, um so die überregionale Bedeutung des Widerstandes gegen das Atomprojekt aufzuzeigen. Wir müssen zugleich die Fischer unterstützen. Sie sind die Basis unseres Widerstandes. Wir müssen das Gesamtkonzept der Betreiber verhindern. Letzter Umfrage zufolge sind mehr als 70 % der hiesigen Bürger gegen die Anlage. Ärzte und Rechtsanwälte, Religionsgemeinschaften, Verbraucher, Arbeiter, Bauern und Fischer haben begonnen, mit verschiedenen Aktionen gegen die Anlage zu kämpfen."*

Hirano, ein Vertreter der Gewerkschaft erzählt: *" Die Stadt ist gegen AKWs. Das Stadtparlament hat einen Antragen gegen den Bau der WAA gestartet. Viele Anti-AKW-Gruppen, etwa 28 mit 650 Mitgliedern, sind entstanden. Die einen sind gewerkschaftlich und SP-orientiert, andere sind Bürgerbewegungen der Bauern, oder die Gruppe "Spaltprozesse" usw. Die Bewegung ruht auf fünf Säulen: 1. Klägergruppe = juristische Säule 2. Lebensmittelgenossenschaft = radioaktive Verseuchung der Lebensmittel 3. Bauernbewegung 4. Arbeiter- und Gewerkschaftsberwegung = Strahlenkranke 5. Bürgerbewegung = Leben bewahren.*

Die Anti- Atom Bewegung wird sicherlich durch das Projekt in R.M. stark beeinflußt werden. Sie wird und muß wachsen, um R.M. zu verhindern. Unterstützung durch Spenden für das Heft "Das andere Japan mit Reiseerzählungen und Dokumenten von Gensuikin" sollen der BI Tödliche Asche in Hatschinohe zugute kommen:

Sonderkonto Verbrannte Asche, Kto. Nr. 380 017 434 Stadtsparkasse Schwandorf Blz 750 510 40

Ich möchte es nicht versäumen, dem deutsch-jap. Friedensforum meinen Dank auszusprechen. Teilnehmer des 6. deutsch-jap. waren Landrat Schuierer und seine Frau, Stefan Stadlbauer und ich. Es ermöglichte unsere freundschaftlichen Kontoke und organisierte unsere und letztendlich auch W. Ehmkes Reise nach R.M.

Domo Arigato gozaimasu

Erna Wellnhofer

国際（市民）反原子力共同体創設協定（案）一九八九年八月

Hallo ihr,

ich finde gut, daß ihr mir/uns die "atom" schickt, allerdings bleibt die meist hängen. Kurz nach dem Streik ging ne Weile mehr durch, aber jetzt ziehen sie das Haftstatut wieder total durch, und halten formal an, wg. Überschreiten des Abokontingents - schade, weils mir natürlich wichtig ist so die Diskussionen + Vorstellungen + Initiativen mitzukriegen, von euch und allen, die Kämpfen - also viel Entschlossenheit + Power, solidarische + kämpferische Grüße, Vencevemos

Norbert Hofmeier
c/o. OLG
Ceulienallee 3, 4000 Düsseldorf 30

Informationen über Uran

Liebe atom-Redaktion,

....(...)...Ich selbst bin gerade aus Kanada zurückgekehrt, wo ich u.a. Material zum Uranbergbau mitgebracht habe und 1 Diashow von Key-Lake.
Wäret Ihr an einem Artikel oder an einer Veranstaltung zu diesem Thema interessiert? Schließlich spielen deutsche Firmen im kanadischen Uranbergbau neben den Franzosen die entscheidende Rolle heut. Wißt Ihr andere Gruppen, die eventuell daran interessiert sind?
Das andere Thema, was ich mit Gruppen dort früher diskutiert habe, ist der Bau einer riesigen Endlagerstätte für radioaktive Abfälle im kanadischen Schild, dem Norden von Kanada. Die Kapazitäten dieser Endlagerstätte umfassen mehr als Kanada selbst produzieren kann. Neben US-Interessen - dort ist das Müllproblem ebenfalls nicht gelöst - werden natürlich Europäer großes Interesse bekommen, auch wenn es zur Zeit offiziell noch verneint wird. Kanada braucht und will das Geld und überläßt sehr gerne, wie bei den Militärs und dem Uranbergbau Land dem internationalen Kapital zur "Entwicklung".
Ebenfalls werden dort Überlegungen angestellt, daß verlassene Uranminen als Lagerstätten für schwach- und mittelradioaktiven Müll herhalten sollen. Dies sollten wir schon allein der Atomtransporte wegen im Auge behalten. Leider ist zur Zeit an konkretere Informationen nicht heranzukommen. Vielleicht habt Ihr schon Hinweise?

Tschüß.
Ernst-Ludwig Iskenius
c/o. Uli Clever
Gartenstr. 16, 7800 Freiburg

BUKO-KOORDINATIONSSTELLE
»STOPPT DEN RÜSTUNGSEXPORT«
BUCHTSTR. 14/15 · 2800 BREMEN 1
TELEFON 0421 / 32 60 45

Betr.: 2. Teil des Anti-AKW-Seminars Grüne/KPdSU

Liebe Leute, wir haben die Widersprüche in der deutschen Delegation total anders erlebt.
Wir stellen fest, daß das Verhalten der offiziellen SowjetvertreterInnen gegenüber den ökologischen Oppositionsgruppen aufs Haar dem glich, mit dem hierzulande die Regierung Bewegungen zu spalten versucht: Trennung in "Vernünftige, besonnene, gemäßigte" und "radikale, militante, emotionale".
So hat ZK-Mitglied Frolow z.B. die dem reaktionär-rassistischen Pamjat nahestehenden Wissenschaftler aus Nowosibirsk hofiert und gestreichelt, dagegen die radikalen AKW-GegnerInnen aus Saratow oder von der Krim auf empörende Weise unterdrückt und lächerlich zu machen versucht.
Das ging soweit, daß er Olga aus Saratow mehrmals das Mikrophon abschaltete, u.a. als sie nach dem Uran aus Namibia fragte, das die SU unter Verletzung des UN-Boykotts verarbeitet.
Dabei sprang ins Auge, daß die deutschen Grünen den sowjetischen Gruppen als eine in 10 Jahren gereifte, besonnen und vernünftig gewordene Organisation vorgehalten wurden mit der Message: "Wenn Ihr so werdet wie die Grünen, dann können wir mit euch vernünftig reden." Soweit, so schlecht.
Das erbitternde aber war, daß einige der Grünen Promis dies schändliche Spiel mitspielten. So äußerte Bundesvorstandssprecher Fücks öffentlich "Verständnis" für Frolows Unverschämtheiten gegenüber Olga und einer Frau, die auf der Krim gegen ein AKW kämpft(!).

An Euch verstehen wir nicht, Wie Ihr einerseits so freundschaftlich mit Olga und ihren Freunden umgeht und andererseits uns als "selbsternannte Hardliner" beschimpft, weil wir uns öffentlich mit ihnen gegen ihre Unterdrükker solidarisiert haben.

Diese unsere spontane Solidarität hat mit theoretischer Erörterung über den Charakter der heutigen SU nichts zu tun.
Uns scheint aber umgekehrt, daß Ihr aus abstrakt begründeter Solidarität mit der SU-Führung dazu kommt, euch von der konkreten Solidarität mit denen zu distanzieren, die Euch und uns eigentlich am nächsten stehen.
Im übrigen: Wenn mensch bedenkt, wie unverschämt die offiziellen WissenschaflerInnen z.B. die Gesundheitsschäden von Tschernobyl leugnen, und von Strahlenhysterie reden, dreister noch als ihre westlichen Kollegen, dann sind wir eigentlich noch viel zu höflich mit ihnen umgegangen. Und wenn die offiziellen Sowjetmenschen jetzt die beleidigte Leberwurst spielen und das von den Parteien durchzuführende Folgeseminare platzen lassen, so weinen wir dem keine allzugroße Träne nach. Denn viel wichtiger ist, daß wir mit ukrainischen BIs ein Workshop vereinbart haben, bei dem wir u.a. praktische Unterstützung in Strahlenschutzdingen liefern wollen.

Birgit Kanngießer; Jens Scheer; Walter Swoboda; Heiko Ziggel

direkte aktion

verständlich, unangepaßt, praxisbezogen: aus dem grauen Alltag - für eine lebendige Zukunft!

Die Zeitung mit Gebrauchswert!

In der Nr. 78:
BRD - Enteignung der falschen Klasse!
Die Linke - Anpassung oder Krise!
FAU - Den Konflikt schöpferisch nutzen!

DDR - Welchen Sozialismus verteidigen? Perspektiven jenseits von Staats- und Privatkapital!

Roma und Sinti - Verfolgt und vertrieben!

IGM - Schaumschlagen vor der Tarifrunde 90!

Frauenemanzipation - Teilhabe am System?

Augen rechts!
Gegen die dumpfe Unterwerfung!

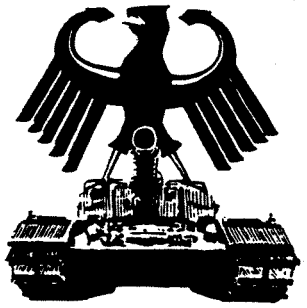
Beilage: ***"Der Syndikalist"***
Wochenzeitung der FAUD
Vollständiger Reprint einer Ausgabe von 1931

Probeexemplar kostenlos!
Ansonsten 1.50.-! Wiederverkäuferrabatte!
Adresse:
Lagerstraße 27 - 2000 Hamburg 36

direkte aktion
Anarchosyndikalistische Zeitung

Schwarzes Brett

Rüstungsexport = Mord



Rüstung wird eingesetzt ...

Mit bundesrepublikanischer Rüstung wurde bzw. wird Krieg geführt: z.B. im Iran/Irak; z.B. zur Unterdrückung der türkischen und peruanischen Opposition; z.B. zur Vorbereitung von Angriffskriegen (U-Boote für Südafrika) ...

... mit Billigung der Bundesregierung

Trotz Abrüstungseuphorie ist die Bundesrepublik das viertgrößte rüstungexportierende Land. Rüstungsindustrie und Genehmigungsbehörden scheuen zwar das Licht der Öffentlichkeit. Aber illegale Exportgeschäfte sind Ausnahmen. Die Regel ist die Genehmigung durch die Bundesregierung.

Stoppt den Rüstungsexport!

Die Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport" arbeitet gegen diese Praxis. 1988 z.B. konnte die Lieferung wichtiger MBB-Militärelektronik an Südafrika verhindert werden.
Recherche, Information der Öffentlichkeit und Aktionen sind unsere Mittel.
Wir wollen diese Arbeit weiterführen! Dazu sind wir aber auf Ihre bzw. Eure Mitarbeit angewiesen. **Über Möglichkeiten zur Mitarbeit oder Unterstützung informieren wir gerne.**

Bundeskonkreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) - Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport", Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen 1
Tel. 0421/32 60 45

- 0 Ich will erst mal Belege für die obigen starken Behauptungen sehen. Senden Sie mir entsprechende Informationen zu.
- 0 Ich will mehr über Möglichkeiten der Mitarbeit bzw. die Rüstungsindustrie in meiner Region erfahren. Für die Zusendung entsprechender Materialien lege ich 5DM in bar bei.

Absender: (Name, Anschrift, PLZ/Ort, Telefon)

***

Umweltzentrum Deister

Das Energie- und Umweltzentrum am Deister e.V. (3257 Springe-Eldagsen) hat sein Seminarprogramm für Frühjahr/Sommer 1990 fertig, mit diversen Kursen auch zu ökologischen Themen (z.B. Solarenergie). Programmheft kann unter obiger Adresse bestellt werden.

***

Baden-Württemberg

„Parlament und Bewegung - Baden Württembergs Grüne und die Anti-AKW-Bewegung seit Tschernobyl" ist der vielsagende Titel einer Studie von Josef Schmid, die für 14,80 beim Umwelt&Politik Verlag zu erstehen ist (Fiedelerstr. 11, 3000 Hannover 81)

Kunst als Widerstand

Eine Plakat-Ausstellung mit aktuellen und historischen Motiven (insges. ca. 50 A1-Tafeln) ist jetzt fertiggestellt, dazu ein Katalog mit ca. 200 Seiten und eine Postkartenserie. Die InitiatorInnen wenden sich an Gruppen im autonomen, antiimperialistischen bzw. linksradikalen Spektrum und regen die Durchführung von örtlichen Ausstellungen an. Dazu ist eine Infomappe erstellt. Sie kann bezogen werden über den Buchladen Rote Straße, Rote Str. 10, 3400 Göttingen

***

„Schwarze Texte" im ID-Archiv

Das ID-Archiv hat einen neuen Katalog seiner Publikationen erstellt.
Darin findet sich u.a. die Ankündigung der neu erschienen „Schwarzen Texte", in denen die politische Zensur in der BRD von 1968 bis 1989 dokumentiert wird, insbesondere solche gegen linke Buchläden, Verlage, Zeitschriften und Druckereien. 164 S. A4, 15 DM. Wie das ID-Verlagsverzeichnis erhältlich bei:
Edition ID-Archiv, c/o AurorA Verlagsauslieferung, Knobelsdorffstr. 8, 1000 Berlin 19.

***

Mühsam, mühsam

Liebe Freunde von Erich Mühsam, wir die Theatergruppe 3 PLUS möchten euch hiermit bitten, noch einmal auf unser Stück „Ganz schön. Mühsam" aufmerksam zu machen. Ein ungewöhnliches Theaterstück mit viel Musik rund um den Dichter Erich Mühsam. Daß wir bisher schon 35 mal auftreten konnten, ist auch ein Verdienst eurer Kurzmitteilung. Vielen Dank.
c/o Ulrich Penquitt, Augustin-Wibbelt 39, 465 Gelsenkirchen, Tel. 0209/39169

***

Das Saarland zapft die Sonne an

...ist der Titel einer 60seitigen Broschüre von BUND, Jusos, Grünen sowie einer „Peugeot-Talbot Deutschland GmbH", in der die Möglichkeiten von Alternativenergien (Sonne, Wind, Wasser) vorgestellt und konkrete Projekte im Saarland beschrieben werden. Für 4,50 DM zu beziehen über Michael Lardy, Winterbergstr. 2, 66 Saarbrücken.
Dort gibt es auch das „Energiewende-Magazin" der Bürgervereinigung Energiewende Saarland e.V.. Das Magazin erscheint regelmäßig und bringt neben AKW-Kritik ebenfalls Möglichkeiten für Alternativenergien.

Schwarzes Brett

Hannover-Demo: Es schleppt sich so

Die für den Sommer geplante Großdemonstration der Anti-AKW-Bewegung in Hannover kommt nicht so recht in Gang. Im Dezember war noch mal ein Vorbereitungstreffen in Hannover, auf dem ein gutes Dutzend Anti-AKW-Gruppen und einige andere Gruppen (Grüne, Jusos, BUND, Pax Christi) anwesend waren. Die Stimmung war mehr oder weniger skeptisch, letztlich setzte sich (analog zur Tendenz auf der Herbstkonferenz in Saarbrücken) die Linie durch, eine Demo konkret gegen die Verwandlung Niedersachsens in ein europäisches Atomklo durchzuführen und auch mit Schwerpunkt Norddeutschland zu mobilisieren. Der Termin sollte möglichst nach den niedersächsichen Landtagswahlen liegen.
Weitere Treffen kamen bis Redaktionsschluß nicht zustande, insbesondere liegt auch noch kein Aufrufvorschlag vor. Wer sich auf dem Laufenden halten will, kann sich wenden an die Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad, Bleckenstedter Str. 24, 3320 Salzgitter-Bleckenstedt, Tel. 05341-67492

★★★

Ein Meßgerät für La Hague

Ab 1999 sollen pro Jahr 500 Tonnen abgebrannter Brennelemente aus deutschen Atomkraftwerken in der französischen Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague aufgearbeitet werden. Dies bedeutet für die dort lebende Bevölkerung eine erhebliche Bedrohung durch die radioaktiven Emissionen der Anlage im Normalbetrieb sowie ein steigendes Unfallrisiko. Seit Jahren weigert sich die staatliche Betreibergesellschaft COGEMA, die Bevölkerung über die Belastung der Umgebung und der landwirtschaftlichen Produkte zu informieren. Es ist deshalb unabdingbar, daß die Bevölkerung unabhängig von der Betreibergesellschaft über die radioaktive Belastung unterrichtet wird. Die Bürgerinitiativen gegen die WAA in der Normandie wünschen sich daher ein Meßgerät, mit dem sie eine dauernde Überwachung der Umgebung vornehmen können. Die Oberpfälzer Bürgerinitiativen gegen eine WAA rufen deshalb zu einer Spendenaktion auf, als Zeichen der praktischen Solidarität.
Spendenkonto: „Meßgerät für die Normandie" bei der Sparkasse Schwandorf, Konto-Nr. 576751, BLZ 75051040.

★★★

ZARNOWIEC

Anti-AKW-Widerstand in Polen

Nach der reumütigen Rückkehr des realsozialistischen Polens in den Schoß der bürgerlich-demokratisch-kapitalistischen Weltgemeinschaft rührt sich nun auch dort der Anti-AKW-Widerstand. Erste Ansätze dazu gab es schon nach dem Super-GAU von Tschernobyl. Jetzt im November 1989 kam es zu ersten Blockade-Aktionen gegen die Einfuhr von Teilen für einen bei Zarnowiec im Bau befindlichen Reaktor. Das Ding soll übrigens von Siemens zu Ende gebaut werden. Die Blockade wurde von Hungerstreiks von Umweltschützern begleitet. Gefordert wird ein Referendum, wobei die Umweltgruppen von einem breiten Rückhalt in der Bevölkerung ausgehen.
Nähere Informationen durch die BUND-Jugend, Polen AG, Axel Horn, Hans-Leipelt-Str. 8/10, München 40, Tel. 089/323221 oder direkt in Polen:
Jersey Paczka
ul. Nowomiejskiego 16/2
80-274 Gdansk
Tel. 0/048/21-31-80

★★★

Anti-Atom-Widerständchen in der CSSR

Eine erste Diskussionsveranstaltung größeren Stils lief im November in der CSSR über Atomenergie, und zwar in Budweis über das AKW Temelin. Die Grün-Alternativen Österrichs, die an der Veranstaltung vor rund tausend ZuhörerInnen teilnahmen, werteten den Termin als Auftakt für eine breite Widerstandsbewegung in der CSSR (dies wohl umso mehr, als Greenpeace inzwischen einen schweren Atomunfall aufgedeckt hat, der sich in den sechziger Jahren in der CSSR ereignet hatte und bei dem radioaktives Wasser aus einer Urananreicherungsanlage in die Moldau geflossen war).
Kontakt: Grünes Büro Österreich, A-4690 Schwanenstadt, Tel. 0043-(0)7673/2357

Kinder von Tschernobyl

Seit Aufhebung des Informationstabus in der Sowjetunion wurde das erschütternde Ausmaß der Havarie von Tschernobyl erst bekannt. Vor allem Kinder leiden unter Anämien, geschwollene Schilddrüsen, Atemwegserkrankungen und Magenbeschwerden; das Leben in der freien Natur ist ihnen untersagt. Es gründeten sich vor Ort zahlreiche Bürgerinitiativen und Organisationen, die im Komitee „Die Kinder von Tschernobyl" zusammengeschalossen sind. Dieses Komitee fungiert als Koordinationszentrum für Spenden und prüft den Einsatz der Spenden vor Ort, insbesondere für medizinische Hilfe und Umsiedlung in unbelastete Gebiete.
Sach- und Geldspenden bitte an:
Evangelische Patmar-Gemeinde
Gritznerstr. 18-20
1000 Berlin 41
Postgiro Berlin-West 8096-103
Kernwort Tschernobyl

★★★

The Earth Flag

Mehrfarbiges NASA-Foto der Erde auf blauem, strapazierfähigem Stoff (90 x 160 cm). „Global denken, lokal handeln" ist das Motto dieses aus den USA stammenden Symbols der Bewahrung der Lebensgrundlagen auf der Erde. Jetzt auch in der BRD erhältlich; Informationen über: Dieter Schaarschmidt, 3131 Kapern Nr. 37, Tel. 05840/498

★★★

Strahlenfrisch auf den Tisch

Die Eurokratie in Brüssel mauschelt zur Zeit Bestimmungen über die radioaktive Bestrahlung von Lebensmitteln aus. Verbraucherverbände in ganz Westeuropa gehen dagegen an, in der BRD die Verbraucher-Initative, die für 20.-22. April zu einem europaweiten Treffen in Bonn eingeladen hat. Infos bei ihr (Breite Str. 51, 5300 Bonn 1). Dort gibt es für 6,50 DM auch das Buch von Gerd Billen „Strahlenfrisch auf den Tisch", Die Gefahren der Lebensmittelbestrahlung.

★★★

Stade zuerst

Die Arbeitsgemeinschaft „Atomkraftwerke abschalten – Stade zuerst" bietet anderen Gruppen fachliche Beratungen für Einwendungen, Vermittlung von Fachkontakten, Vorträge oder Gestaltung von Seminaren/Schulstunden zum Thema an. Kontakt: Uwe Voigt, Kohlhökerstr. 67, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/75562

Brett

Prozeß wg. Reaktorfrieden

Am 19.3.88, dem Tag vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg, besetzten 25 AKW-GegnerInnen aus Tübingen den Reaktor des AKW Neckarwestheim II. Nach der spektakulären Räumung durch ein SEK wurden 5 Leute angezeigt, zwei stehen nun vor Gericht: **12. Februar, 14 Uhr, AG Heilbronn, Wilhelmstr. 2. Kommet zuhauf!**
Für die Finanzierung des Prozesses bitten wir um Spenden auf das Konto T. Pflüger Nr. 540 400 00 VoBa Tübingen, BLZ 641 901 10

★★★

Prozeß wg. Börsenfrieden

Ende Dezember 1989 erschien ein Prozeß-Info zum Prozeß gegen Sven, Gabi, Siggi und Stephan. Ihnen wird vorgeworfen, die Frankfurter Börse am 12. 4. 89 mit Mollis gestürmt zu haben. Die Aktion war am 71. Tag des Hungerstreiks, kurz danach wurden Sven, Gabi und Siggi verhaftet. Zwei Monate später wurde Stephan aus einer Wohnung heraus ebenfalls verhaftet. Weil die Aktion und der Prozeß (Beginn: 16.2.90, 9.30 Uhr OLG Frankfurt) eine große politische Bedeutung kriegen wird, ist eine Prozeßgruppe entstanden, die in unregelmäßigen Abständen ein Info herausbringen will. Die erste Ausgabe ist 24 Seiten stark und dokumentiert Erklärungen zu den Festnahmen und dem Prozeßbeginn.
Postadresse: Prozeßinfo, c/o Zentrum Hinter der Schönen Aussicht 11a 6000 Frankfurt/M. 1

★★★

Das andere Japan

Der Bericht über eine Reise quer durch die japanische Atomlandschaft hat jetzt das Infobüro Altenschwand herausgegeben. Er befaßt sich mit Themen wie Widerstand gegen Atomanlagen und -waffen, japanisches Atomprogramm, Militarisierung der Gesellschaft etc.
Bestellung gegen Vorkasse von 6 DM plus Porto auf Sonderkonto Infobüro, Ch. Miller, Schmidtbank Schwandorf, Konto-Nr. 700 240 30, BLZ 750 310 70. WiederverkäuferInnen ab 5 St. 25 % Rabatt. Infobüro Altenschwand 91, 8465 Bodenwöhr.

★★★

Plakate gesucht

Plakate zur Ökobewegung usw. zu kaufen gesucht. Themen: Umwelt, Bürgerinitiativen, AKW, Grüne, Hausbesetzung, Studentenbewegung der 60er Jahre etc. Gerne auch Übernahme einer größeren Sammlung. Tel. 06381/1514 oder 089/6926501.

Euregio-Info

Das Euregio-Info ist das Regionalinfo der deutsch-niederländischen „Konferenz gegen Atomanlagen in der Euregio und im Münsterland" (EuKo). Das Info existiert seit Anfang 1985 und soll den Informationsfluß über die Atomanlagen in der Euregio sowie die Diskussionszusammenhänge über den Widerstand verbessern (auch überregional). Das Info enthält aktuelle Infos über die Standorte Lingen, Almelo, Gronau und Ahaus; Diskussionsbeiträge, Einladungen/Protokolle zu Konferenzen etc.
Interessenten wenden sich bitte an den Arbeitskreis Umwelt Gronau, Siedlerweg 7, 4432 Gronau.
Das Jahresabo für das alle 4 Wochen mit 20-30 Seiten erscheinende Info kostet 40 DM. Zahlbar auf das Konto des Arbeitskreises Umwelt Gronau, Volksbank Gronau, BLZ 40164024, Konto 140966800. Stichwort: Euregioinfo.

★★★

Handbuch Atomzeitalter

Greenpeace hat ein „Handbuch des Atomzeitalters" herausgegeben, das „Daten-Fakten-Katastrophen" aller atomaren Art verspricht, das wir nicht kennen, das mensch sich aber für 19,80 DM kaufen kann. Verlag: Knaur.

WIDER VEREINIGUNG

Aufkleber gegen 4. Reich

Alle reden von der Wiedervereinigung, wir reden wider die Vereinigung. Dazu gibt's den abgebildeten Aufkleber, zweifarbig rot/schwarz, erhältlich für DM 1,– das Stück beim **Verlag Die Werkstatt, Lotzestr. 24a, 3400 Göttingen.** Für Wiederverkäufer 30% Rabatt (ab 10 Stück).

Druckmaschinen für das

NEUE FORUM

Besonders eine friedliche Revolution braucht Informationen – Flugblätter, Plakate, eigene Zeitungen und Bücher! Was bisher durch Zensur und STASI unterdrückt wurde, kommt heute durch die Folgen von Plan- und Mangelwirtschaft noch nicht voran. Deshalb soll in Leipzig – als Hilfe zur Selbsthilfe! – der Grundstein für eine kleine Druckerei aufgebaut und das Büro des NF mit Kommunikationstechnik ausgestattet werden. ★ Das NF in anderen Städten sucht gut funktionierende elektrische Schreib- und Abzugsmaschinen, Fotokopierer, A 4- und A 3-Druckmaschinen, Druckereizubehör usw.
Wir unterstützen das NF, weil es ein sehr breites Bündnis der Volksbewegung umfaßt, und sich – bis dahin isolierte – linke, alternative und ökologische Gruppen in ihm zusammengeschlossen haben!

Solidaritätsgruppe für das NEUE FORUM
Jungstr. 13 - 6000 Frankfurt/Main 90

Spendenkonto
Rechtsanwalt Rupert v. Plottnitz, MdL DIE GRÜNEN
„Spende NEUES FORUM"
Frankfurter Volksbank
Konto 95 800-0
BLZ 501 900 00

Deutsche Koordinierungsgruppe für die

Six Nations Peace Initiative

Dr. Wolfgang Biermann (IFIAS), Prof. Dr. Karl Bonhoeffer (IPPNW), Dr. Herta Däubler-Gmelin (SPD), Prof. Dr. Hans-Peter Dürr (Max-Planck-Institut München), Gustav Fehrenbach (DGB, CDU), Gerd Greune (DFG-VK), Petra Kelly (Die Grünen), Karlheinz Koppe (Pax Christi), Prof. Dr. Horst Eberhard Richter (IPPNW), Mariele Schulze-Berndt (IKvU), Gabi Witt (GHI), Klaus-Dieter Zemlin (DPG, CDU), Andreas Zumach (AS/F)

Aktionsbüro Atomteststopp, Stralsunder Weg 50, 5300 Bonn 1, Telefon: (0228) 664442

Abrüstungsinitiative der sechs Länder

— Argentinien – Griechenland – Indien – Mexiko – Schweden – Tansania —

Atomtest-Stopp jetzt!

Die Atomwaffenarsenale sind längst bis zum Bersten gefüllt. Trotzdem wird immer weiter gerüstet. Atomwaffenversuche sind ein Motor dieses atomaren Wettrüstens. Durch sie soll die tödliche Perfektion der Waffen immer weiter entwickelt werden, auf der Erde und im Weltraum.
Die USA, Großbritannien und die UdSSR haben sich bereits 1963 im Begrenzten Teststoppvertrag verpflichtet, »**zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt**« ein Abkommen über die Beendigung aller Atomwaffenversuche zu schließen. Nach über 24 Jahren ist dieser Zeitpunkt mehr als überfällig.
Seit 1945 sind mehr als 1600 Atombomben gezündet worden, die meisten davon in den letzten 20 Jahren.
Frankreich und die Volksrepublik China haben sich bisher geweigert, über ein Verbot von Atomwaffenversuchen überhaupt zu verhandeln.
Die Sowjetunion hat vom 6. August 1985 bis zum 25. Februar 1987 einseitig auf Atomwaffenversuche verzichtet.
Der US-Kongreß berät darüber, die Mittel für die Fortsetzung von Atomtests in den USA aus dem Haushalt zu streichen. Zugleich wird eine Konferenz der Unterzeichner des begrenzten Teststoppvertrages vorbereitet, um einen umfassenden Teststopp durchzusetzen.
Es besteht also immer noch die Chance, den Wahnsinn der Entwicklung und Erprobung weiterer atomarer Waffen Einhalt zu gebieten.
Diese Chance muß jetzt genutzt werden.
Atomexplosionen sind eine dauernde Gefahr für Natur und Mensch. Die bisher eingetretenen Schäden und die schleichende radioaktive Verseuchung sind für viele Generationen bereits irreparabel.

Wir rufen dazu auf mitzuhelfen, die Erde vor weiteren Atomexplosionen zu bewahren.

- **Wir fordern die USA auf, mit den Atomtests endlich aufzuhören.**
- **Wir fordern die anderen Atommächte auf, sich einem solchen Verzicht anzuschließen.**
- **Wir fordern die UdSSR auf, erneut einseitig auf weitere Atomwaffenversuche unabhängig von anderen Nationen zu verzichten.**
- Wir unterstützen den Appell der sechs Staats- und Regierungschefs aus sechs Ländern (Argentinien, Griechenland, Indien, Mexiko, Schweden und Tansania) an die USA und die UdSSR, als vertrauensbildende Maßnahme auf jegliche atomare Tests zu verzichten, um damit zu einem Durchbruch bei den Abrüstungsverhandlungen beizutragen.
- Wir fordern unsere Regierung auf, in unser aller Namen gegen jede weitere Atomexplosion zu protestieren.
- Wir rufen auf zu Mahnwachen vor diplomatischen Vertretungen derjenigen Staaten, die Atomtests durchführen.

Wir werden zur Bekräftigung der Forderung nach einem umfassenden Atomtest-Stopp solange wiederholt unseren politischen Protest erklären oder uns an Mahnwachen beteiligen, bis die Tests eingestellt sind.

Wer Atomwaffen wirklich abrüsten will, muß jetzt auf Atomtests verzichten!

Unterstützungserklärung

Ich unterstütze die Forderung nach einem sofortigen Atomtest-Stopp und spende für die Veröffentlichung der Erklärung in überregionalen und internationalen Zeitungen und für die Aktion »Atomtest-Stopp«

DM .....
Spendenkonto: Abrüstungsinitiative,
BfG Bonn, Konto-Nr. 120552000
BLZ 380 101 11 Kennwort: »Atomteststopp«

Mit der Veröffentlichung meines Namens bin ich einverstanden:

Name: .....

Beruf / Funktion: .....

Anschrift: .....

Ort, Datum: .....

Unterschrift: .....

Ich bin an einer Teilnahme an Mahnwachen für Atomtest-Stopp interessiert.

Unterschrift: ..... Telefon: .....

Ich / Wir bestelle(n) folgende Materialien:

Stück	DM	
.....	.....	Plakat »Atomtest Stop!« DIN A 1 (2,– DM, ab 25 Stück 1,50 DM)
.....	.....	Button »Atomtest Stop!« (2,– DM, ab 25 Stück 1,00 DM)
.....	.....	Aufkleber (4farbig, 1,– DM, ab 25 Stück 0,80 DM)
.....	.....	Postkarte (1,– DM, ab 25 Stück 0,50 DM)
.....	.....	Informationsfaltblatt (0,10 DM, ab 50 Stück 0,07 DM) Geschichte der Abrüstungsinitiative aus sechs Ländern; Einwände der US- und Bundesregierung; Aufruftext
.....	.....	UN-Broschüre »Geschichte der Atomteststopp-Verhandlungen« (2,– DM, ab 25 Stück 1,– DM)
gesamt	.....	

Diesen Abschnitt bitte einsenden an: Aktionsbüro Atomtest-Stopp, Stralsunder Weg 50, 5300 Bonn 1

Fritz Storim ist frei

Brokdorfverfahren eingestellt

Am 8. Dezember wurde Fritz aus dem Knast entlassen. Für uns alle überraschend kam er in den „Genuß" der sogenannten „Halbstrafen"-Regelung: Anstatt die zweite Hälfte seiner 129a-Strafe (1 Jahr) abzusitzen, wurde er mit einer vierjährigen Bewährungsstrafe entlassen.
Doch damit nicht genug. Was sich schon seit Ende November andeutete, mündete in ein verspätetes „Weihnachtsgeschenk": Am 28.12. wurde auch das anstehende Verfahren zum Brokdorf-Mast gegen ihn vollständig eingestellt.
Im folgenden dokumentieren wir eine erste Einschätzung der Soligruppe aus Hamburg.

Die Staatsanwaltschaft Itzehoe hat jetzt das Verfahren gegen Fritz Storim eingestellt, das mit dem Vorwurf der Beteiligung an der Sprengung eines Strommastes (1984) am AKW Brokdorf eingeleitet worden war.

Sie konnte den für eine Anklageerhebung erforderlichen dringenden Tatverdacht nicht mehr aufrechterhalten, und mußte die Konstruktion um vermeintliche Indizien, Fachwissen und Gesinnung, einstmals Grundlage des Haftbefehls, aufgeben. Bei unveränderter "Beweislage" traf die Staatsanwaltschaft im Laufe des Verfahrens gegen Fritz folgende Entscheidungen:

* im Juli 1989 wurde wegen *"dringendem Tatverdacht"* Haftbefehl erlassen, zu einer Zeit, in der sich Fritz aufgrund der Verurteilung im 129a-Verfahren in strenger Isolationshaft befand.
* Ende November 1989 wurde der Haftbefehl mangels *"dringendem Tatverdacht"* wieder aufgehoben, das Verfahren dennoch fortgeführt.
* Am 28.12.89 wurde das Verfahren mangels *"hinreichendem Tatverdacht"* eingestellt.

Für uns steht fest: Dies war keine juristische, sondern eine politische Entscheidung. Auch daß Fritz, der nach 129a ein Jahr sitzen sollte, Anfang Dezember auf "Halbstrafe" mit 4 Jahren Bewährung rauskam, war eine politische Entscheidung.

Wir haben uns natürlich gefragt, warum jetzt dieses Zurückweichen der Klassenjustiz. Es gibt unter uns unterschiedliche Bewertungen und sicherlich nicht den einen Grund, der alles klärt, sondern es sind verschiedene Faktoren zusammengekommen, die nicht unabhängig von der Vorgeschichte zu betrachten sind, der langen persönlichen Geschichte von Fritz in verschiedenen Widerstandsbereichen, der offensiven Prozeßmobilisierung zum 129a-Verfahren und der breiten Solidarität.

Nach zahlreichen verschiedenen Ermittlungsverfahren gegen Fritz wurde anhand eines SABOT-Artikels, in dem es auch um die Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen ging, Ende 1988 der 129a-Prozeß hochgezogen. Im Prozeß wurde er von Presse und Justiz zur "Führungsfigur" der Autonomen hochstilisiert und entsprechend vorverurteilt: So heißt es in der Urteilsbegründung: *"... gestattet ihm seine Bildung in besonderen Maße, den gefährlichen Einfluß geistiger Urheberschaft und Förderung radikaler Gesinnung auf unzufriedene Bevölkerungsgruppen zu erkennen, ebenso die davon ausgehende Gefahr, Vorgaben an Motivation zu liefern, die Einzelne zu Gewalttätigkeit und terroristischem Treiben bereit machen."*

In Hamburg hat sich unter anderem durch den Kampf um die Hafenstraße und um die Rote Flora eine politische Kultur entwickelt, in der das Zusammenkommen unterschiedlicher politischer Gruppierungen für ein gemeinsames Ziel wichtiger wurde, als das starre Gegeneinanderhalten von Positionen. In dieser Situation ist das Ziel staatlicher Repression und solcher 129a-Verfahren - nämlich zu spalten, isolieren und zu entsolidarisieren - nicht erreicht worden. Auch mit dem späteren Vorwurf der Beteiligung an einer Mastsprengung in Brokdorf ist es nicht gelungen, die Solidarität z.B. der GewerkschafterInnen oder StudentInnen und anderer Gruppen zu schwächen.

Das Gegenteil ist eingetreten. Das offensive Vorgehen **"den Prozeß angreifen"** hat, trotz Widersprüchen dazu, auf andere politische Kreise ausgestrahlt und sie motiviert, sich mit dem Charakter des Ermächtigungsparagraphen 129a auseinanderzusetzen. Die Diskussion um den 129a erhielt durch die Mobilisierung einen neuen Schub. Viele Veranstaltungen in Hamburg und anderen Städten, sowie Veröffentlichungen in der linken und liberalen Presse haben ebenso dazu beigetragen, wie die Demonstrationen an jedem Prozeßtag und die vielfältigen begleitenden Aktionen. Das alles hat einen

starken politischen Druck entwickelt, der aber nicht ausreichte, die Verurteilung zu verhindern.

Nach der Verknastung von Fritz gab es weiter Solidarität. Neue Aktivitäten entstanden unabhängig von der Prozeßgruppe, z.B. ein Interview durch die Hamburger Lehrerzeitung im Knast oder ein Seminar zum Inhalt und zur Praxis des 129a, das JurastudentInnen dieses Semester initiiert haben.

Im Unterschied zum 129a-Verfahren, bei dem Protest und Widerstand breiter gestreut war, kam die Solidarität im Strommastverfahren stärker aus den Bezügen des Anti-AKW-Widerstandes. Seit dem Haftbefehl wegen des Strommastes fand kaum ein Treffen von Anti-AKW-Gruppen statt, bei dem das neue Verfahren nicht thematisiert wurde. In Solidaritäts-Resolutionen wurden Demos und praktische Schritte angekündigt. Allein in neun Städten wurden Veranstaltungen geplant oder durchgeführt.

Auf dem Gedelitz-Treffen im Rahmen der Aktionstage im Wendland wurde eine Resolution zu Fritz beschlossen. Darin heißt es u.a.: "
Trotz Skandalen wie der 'Transnuklear-Affäre' und Kathastrophen wie in Tschernobyl, die die Gefährlichkeit und Unbeherrschbarkeit der Atomtechnologie zeigen, wird das Atomprogramm aus wirtschaftlichen und politischen Gründen weiterbetrieben. Dies macht die Reorganisation der Atomwirtschaft auf westeuropäischer Ebene durch Staat und Kapital sichtbar und deutlich.

Auch in Zukunft wird die Anti-AKW-Bewegung deshalb zu der Aussage stehen, daß die Ausrichtung des Widerstandes auf Klagen, Massenproteste, Großdemos und Bauplatzbesetzungen allein nicht ausreichen wird, den Druck zu schaffen, das Atomprogramm zu verhindern. Seit langem hat die Anti-Atom-Bewegung den direkten Angriff auf atomare Infrastruktur und Betreiberfirmen als legitimen Bestandteil ihres Widerstandes begriffen und Teile der Bewegung ihren Widerstand gegen das Atomprogramm -in der Verbindung zu anderen Teilbereichskämpfen- als einen Teil des Kampfes gegen das System als ganzes verstanden."

Ein anderer Aspekt für die Einstellung des Verfahrens könnte sein, daß ein derartiger Prozeß nicht in die politische Landschaft Schleswig-Holsteins paßt. Bei einem verstärkten Auftreten von Anti-AKW-AktivistInnen gegen den Prozeß würde die Ausstiegslüge aus der Atomenergie der SPD in Schleswig-Holstein ins öffentliche Interesse gerückt. Es steht nicht der Ausstieg aus der Atompolitik an, sondern es wird wieder die Atomenergie gepuscht. Die Atommafia formiert sich neu auf westeuropäischer Ebene. Brokdorf soll am Netz bleiben, AKWs sollen verstärkt in den Trikont, an die osteuropäischen Länder und die DDR verkauft werden.

Hinter der Entscheidung, "Halbstrafe" und Einstellung des Strommastverfahrens, könnte auch das Kalkül stecken, den Widerstand zu verunsichern - mal hier Eine/n rauslassen und bei den Anderen die Daumenschrauben anziehen.

Klar ist, daß ein solcher Versuch ein vergeblicher Versuch ist! Es gibt unter uns ein grundsätzlich solidarisches Verhältnis zu allen, die sich diesem HERRschaftssystem nicht unterwerfen, sondern um ein befreites Leben kämpfen. So gilt unsere Solidarität auch allen, auf die seit dem Herrhausen-Knall zur Menschenjagd geblasen wird und allen politischen Gefangenen. Die Zusammenlegung aller kämpfenden Gefangenen ist für uns gemeinsame Forderung.

Soligruppe "Fritz"
Hamburg, Januar 1990

Enno Brand, Redakteur der Anti-AKW-Zeitung „atom", analysiert die Politik der „Inneren Sicherheit": Gesinnungsparagraphen 129a, 130a/b, Überwachungsstaat, Datennetze, Polizeiapparat. Dazu die Chronologie der politischen Unterdrückung 1975 bis heute – eine bundesdeutsche Gegengeschichte von Wyhl bis Wackersdorf.

»Der Autor, selbst das Objekt staatlicher Repression, weiß, wovon er spricht – eine erfreuliche, nicht selbstverständliche Tatsache. Ein wahrhaft empfehlenswertes Buch.«
(Erlanger Stadtzeitung)

»Die Darstellung der Strukturveränderungen der deutschen Poplizei in den letzten 20 Jahren lassen dem Leser keine Möglichkeit, sich den Schlußfolgerungen des Autors zu entziehen: Politischer Widerstand soll durch Gesetzesverschärfungen und Ausforschung des Protestpotentials zermürbt werden.«
(KONKRET, Hamburg)

»Auf jeden Fall ein Muß-Buch!«
(Grüne Illustrierte Nieders.)

2. Auflage, 368 S., DM 28,–
Bezug über Buchhandlungen oder direkt beim Verlag.

VERLAG DIE WERKSTATT
Lotzestr. 24a · 3400 Göttingen

BKA-Razzia wegen »radikal«

Wieder einmal mußte die Zeitung „radikal" in ihrer langen Geschichte für eine Staatsschutzaktion herhalten. Und wieder einmal – da die MacherInnen der Zeitung nicht zu fassen sind – richtete sich diese Staatsschutzaktion gegen Dritte: gegen einen linken Verlag, die Verlagsauslieferung und eine Druckerei.
Als Aufhänger wird die Broschüre „radikal 1984-1989 – ein Interview" genommen, welche im August 1989 vom Verlag Edition ID-Archiv im IISG mit dem Ziel herausgegeben wurde, längst überfällige Informationen und Diskussionen zur Geschichte und zu Zielen dieser illegalisierten Zeitung der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Dieses Vorgehen sehen die Leute vom Verlag als Selbstverständlichkeit an, weshalb die Broschüre auch von Beginn an offiziell mit ISBN-Nummer etc. erschien. Der Staatsschutz sieht dies nicht so. Im folgenden dokumentieren wir die Presseerklärung des Verlags.

Ein Interview und seine Folgen

Am 2.11.89 fand zeitgleich in Berlin und Siegen eine vom BKA inszenierte Durchsuchungsaktion bei der ‚AurorA Verlagsauslieferung', der Verlagsadresse der ‚Edition ID-Archiv im IISG' sowie der ‚Winddruck-Druckerei' statt. Beschlagnahmt wurden dabei Geschäftsunterlagen zu der Broschüre ‚radikal 1984-1989 – Ein Interview', ein vom ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte/Amsterdam schriftlich geführtes Interview mit einigen MacherInnen der seit 5 Jahren illegalisierten Zeitschrift RADIKAL. In dem Beschluß des Ermittlungsrichters beim OLG Stuttgart vom 20.10.89 wird gegen die RADIKAL Nr. 137/Mai 1989 nach § 129a StGB wegen Werbens für eine terroristische Vereinigung ermittelt.
Anlaß für die mit rund 30 Staatsschützern durchgeführte Aktion gegen die ‚Edition ID-Archiv im IISG', der ‚Winddruck-Druckerei' und der ‚AurorA Verlagsauslieferung' ist, daß die vom ID-Archiv herausgegebene Broschüre zusammen mit einigen Exemplaren der RADIKAL Nr. 138 verschickt worden sein soll. Bemerkenswert ist die Schlußfolgerung der Ermittlungsbehörden, daß die Herausgeber des Interview identisch mit den Verfassern, Herstellern und Vertreibern der RADIKAL sein sollen. Laut Beschluß des OLG Stuttgart liegt die Annahme nahe, „daß über diesen bereits einschlägig bekannt gewordenen Verlag nicht nur die Ausgaben ‚radikal 1984-1989 – Ein Interview' und RADIKAL Nr. 138 vertrieben worden sind, sondern auch frühere RADIKAL-Ausgaben, insbesondere die unmittelbar vorher erschienene und hier in Frage stehende Ausgabe Nr. 137". Nach dem gleichen Schema werden der Druckerei sowie der Verlagsauslieferung eine Mitarbeit an der RADIKAL unterstellt.
Seit 5 Jahren existiert die Zeitschrift RADIKAL trotz staatlicher Verfolgung, anscheinend genügt in diesem Fall schon die inhaltliche Auseinandersetzung in der Form eines schriftlichen Interviews über Sinn und Zweck illegaler Zeitungsproduktion, um in den Verdacht zu geraten, an Herstellung und Verbreitung der Zeitschrift beteiligt zu sein. Gegen die Broschüre ‚radikal 1984-1989 – Ein Interview' selbst wird nicht ermittelt. Sie ist, in der 3. Auflage, trotz Kriminalisierung und Einschüchterung weiterhin öffentlich in Buchläden erhältlich.

Edition ID-Archiv im IISG
AurorA Verlagsauslieferung

In einer weiteren Stellungnahme schreibt der Verlag: „Unsere Publikationen waren und sind für die öffentliche Präsentation gedacht. Wir bleiben dabei und lassen uns nicht verstecken, auch wenn wieder einmal deutlich wird, daß die Thematisierung der politischen Zensur in der BRD einigen Leuten nicht gefällt. (...) Wir behalten jedoch die Ruhe (...)."
In diesem Zusammenhang vollen wir die neueste Veröffentlichung des Verlags vorstellen:

Peter Hein: **Stadtguerilla / Bewaffneter Kampf in der BRD und Westberlin. Eine Bibliographie.**
Die Bibliographie beinhaltet rund 1000 selbständige Publikationen zum Thema. Sie konzentriert sich auf die linke Diskussion und berücksichtigt dabei besonders die schwierig zugängliche „graue" Literatur. Das Thema selbst und der allgemeine Umgang damit erklären es daß solch eine Bibliographie nie vollständig sein kann.
Die aufgeführten Bücher, Broschüren, Kopiensammlungen, Flugschriften und Zeitschriften sind in 8 Kapitel (u.a. außerparlamentarische Opposition, authentische Texte, Diskussion innerhalb der Linken, Staatsgewalt, Strategien zur Bekämpfung des „Terrorismus") unterteilt und oftmals mit Erläuterungen zum Inhalt versehen. Umfangreiche Personen- und Gruppen-/Institutionenregister erhöhen zusätzlich den Gebrauchswert dieses Nachschlagewerks. In einem Anhang werden ebenfalls noch die ersten programmatischen Erklärungen der „Roten Armee Fraktion" und der „Bewegung 2. Juni" sowie die Interviews mit den „Revolutionären Zellen" und der „Roten Zora" dokumentiert.
160 Seiten, 25,– DM
(ISBN: 3-89408-102-3)
Erhältlich im Buchhandel oder direkt bei: Edition ID-Archiv im IISG, c/o AurorA Verlagsauslieferung, Knobelsdorffstr. 8, 1000 Berlin 19, Tel.: 030/3227117

Psychiatrisierung politischen Widerstandes?

Dreiste Ermittlungsmethoden der Göttinger Kripo / Dieses Mal geht es gegen einen Schulleiter

Die Göttinger Polizei hat sich ein weiteres starkes Stück geleistet: In aller Öffentlichkeit vernahmen Kripo-Beamte einen Schulleiter und holten bei einer Nachbarin Auskünfte über den Geisteszustand des Mannes ein.
Der 49jährige Lehrer Karl Gebauer engagiert sich seit längerer Zeit gegen das Atomkraftwerk Würgassen. Er beteiligte sich an Demonstrationen und Flugblattaktionen – und er schickte Briefe und Gedichte an die für den Betrieb des Reaktors verantwortlichen Politiker. Ende April zum Beispiel, am dritten Tschernobyl-Jahrestag, gingen aus Göttingen die „Neun Lettern zum 26.4." ab, zu Händen von Johannes Rau, Klaus Töpfer und anderen. Am 27. Oktober – kurz zuvor war der Großbrand im spanischen AKW Vandellos I bekannt geworden – folgte das Gedicht „Vandellos oder Würgassen". Gebauer wies darin auf erhebliche Sicherheitsmängel in Würgassen hin, die in einem Gutachten des Elektrowatt-Ingenieur-Unternehmens (EWI) zwar aufgelistet, aber öffentlich noch nicht bekannt sind: Die fehlende Brandschutzabschottung zwischen Reaktorgebäude und Maschinenhaus sowie nicht feuergeschützte Kabelführungen zu den Sicherheitssystemen (siehe Artikel). Mit diesem Brief an die Politiker, glaubt Gebauer, habe er „wohl in ein Wespennest gestochen... Die wissen mehr als sie zugeben, deshalb die Polizei-Aktion."
Wenige Wochen nach Versand des Schreibens traten zwei Kripo-Beamte in einer Unterrichtspause an den Schulleiter heran. Ob er, Gebauer, Verfasser der fraglichen Gedichte sei, wollten die angeblich im Auftrag der Kriminalpolizei in Höxter ermittelnden Besucher wissen. Eine Einladung Gebauers, ihm auf sein Dienstzimmer zu folgen statt weiterhin auf dem stark frequentierten Pausenflur zu verhandeln, lehnten die Polizisten ab.
Andere Beamte hatten sich zwischenzeitlich zu Gebauers Haus aufgemacht und eine Nachbarin mit der Frage konfrontiert, ob der Lehrer eigentlich „noch ganz dicht sei, dem Ministerpräsidenten Gedichte zu schicken"?
Die Kripo in Höxter verwies den Vorfall in den Bereich „routinemäßiger Gefahrenermittlung im Vorfeld eines Verdachts". Die Art und Weise der Ermittlungen sei im übrigen Sache der Kollegen in Göttingen gewesen. Doch die halten sich ebenfalls bedeckt. „Erst nach der Antwort auf die Anfrage der Grünen" werde man Auskünfte erteilen.
Die Grünen-Landtagsabgeordneten Adelheid Schreiner und Jürgen Trittin nämlich wollen von der Albrecht-Regierung wissen, wegen welchen Tatvorwurfs gegen Gebauer überhaupt ermittelt wird und warum die Vernehmung „publikumswirksam" an seinem Arbeitsplatz stattfand. Die Abgeordneten fragten weiter, ob die Landesregierung die Göttinger Polizei darauf hinzuweisen gedenke, daß die Psychiatrisierung politischen Widerstandes nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch hier unrecht sei.
Auch der Verband Deutscher Schriftsteller (VS) in Niedersachsen hat gegen den Versuch protestiert, „Briefe- und Gedichteschreiben (...) zu kriminalisieren, zu psychiatrisieren."

Strafbefehl gegen Biblis-BesetzerInnen

17.12.87: Beinahe Gau im AKW Biblis, Block A. Ein Leck im Kühlsystem führt fast zur Katastrophe. Die Kraftwerksbetreiber RWE und das Umweltministerium verheimlichen den „Störfall" vor der Öffentlichkeit. Erst knapp ein Jahr später, Anfang Dezember 1988 wird dieser Skandal durch Zufall bekannt.
17.12.88: Am Jahrestag des heimlichen Fast-GAUs besetzen 30 Männer und Frauen aus den umliegenden Städten das Informationszentrum des AKW Biblis. Sie greifen die Informationspolitik der RWE scharf an und fordern die sofortige Stillegung der Atomanlagen.
18.12.88 Nach 14 Stunden Besetzung wird das Infozentrum am frühen Morgen von der Polizei geräumt. Es soll bei der am Nachmittag stattfindenden Großkundgebung als Polizeizentrale dienen. 24 BesetzerInnen werden herausgetragen, ihre Personalien werden aufgenommen.
9.8.89: Das Amtsgericht Lampertheim verschickt an die AktionsteilnehmerInnen Strafbefehle. Sie lauten auf 10 Tagessätze à 30,– DM (= 300,– DM Strafe). Die RWE hatte Anzeige wegen Hausfriedensbruch erteilt.

WIR ZAHLEN NICHT!

Gegen die Strafbefehle wurde Einspruch erhoben. Wir wollen nicht, daß die Sache stillschweigend im Sand verläuft. Wir wollen die Öffentlichkeit erreichen und auch gegenüber dem Gericht unsere Forderungen vertreten. Der Prozeß soll zu einem Tribunal gegen die Biblis-Betreiber umfunktioniert werden. Wir kämpfen an gegen das Vertuschen und Vergessen. Die Menschen rund um Biblis müssen sich jeden Tag aufs Neue bewußt machen, daß der Super-GAU möglich ist.
Der Widerstand gegen die Atomanlagen in Biblis und anderswo muß weitergeführt werden. Wir fordern die sofortige Stillegung.

Ein Prozeß kostet Geld. Wer sich gegen die Kriminalisierung von AKW-GegnerInnen wendet, kann uns unterstützen: Spendenkonto für Prozeßhilfe (Anwalt u.a.):
K.H. Noffz, Nr. 4176582, BLZ 67050101, Stadtsparkasse Mannheim; Stichwort: Biblis-Prozeß

Kontakt: Gaby Weiland, Berliner Str. 45, 6700 Ludwigshafen, Tel. 0621/813497; Jochen Stay, Fischerstr. 42a, 6800 Mannheim 24, Tel. 0621/858837

Vor dem Ende des

Die zweite Phase des Prozesses neigt sich dem Ende zu. Wahrscheinlich im Februar wird das 129a-Verfahren gegen Ina Then, Reiner Hübner und Andreas Semisch abgetrennt werden. Die sogenannte „Beweisaufnahme" zu diesem Komplex ist so gut wie abgeschlossen. Die Bundesanwaltschaft hat hier schon einen rechtlichen Hinweis gegeben, daß Reiner Hübner eventuell nach § 129 oder nach 129a verurteilt werden wird, Andreas Semisch nach 129a und evtl. „Rädelsführerschaft". Für Ende Februar werden hier die Urteile erwartet. Alle Beteiligten gehen hier von dem Schlimmsten aus – zu Recht. Erst danach werden dann die „Schüsse an der Startbahn" zum Thema der Verhandlung. Dann sitzen nur noch Andreas Eichler und Frank Hoffmann auf der Anklagebank. Auch hier wird von einer Prozeßdauer von einem halben bis zu einem ganzen Jahr gerechnet.
Doch zurück zum jetzigen Komplex. Die Art und Weise, in der dieser Prozeß bisher von der Bundesanwaltschaft und dem Frankfurter Oberlandesgericht durchgezogen worden ist, läßt keine Überraschungen erwarten.
Selbst der größte Knaller, als bekannt wird, daß das Gericht mehrere Polizeizeugen präpariert hatte (siehe letzte atom), konnte das Gericht nicht stoppen. Dabei war dies nur das I-Tüpfelchen der Ungeheuerlichkeiten in diesem Prozeß. Die Frankfurter GenossInnen nennen dies die „Unerträgliche Normalität eines von vielen politischen Prozessen".
Allein das, was sich in den letzten Monaten seit Anfang Oktober vor Gericht abgespielt hat, läßt einer/einem die Haare zu Berge stehen: vom Gericht präparierte Belastungszeugen, jede erdenkliche Hilfestellung seitens des Gerichts für diese Zeugen, Ablehnung jeglicher Anträge der Verteidigung, die Weigerung des Gerichts, offensichtliche Falschaussagen der Beamten protokollieren zu lassen, etc...
Das Gericht machte nicht einmal mehr den geringsten Versuch, den Schein der Unabhängigkeit und Objektivität zu wahren – hier galt nur noch die Arroganz der Macht.
Wir können diese schier unglaublichen / „unerträglich normalen" Prozeßtage hier nicht wiedergeben. Stattdessen empfehlen wir allen wärmstens, die hier ein Paradebeispiel deutscher politischer Justiz erleben wollen, die ausgezeichneten Prozeßinfos der BI, insbesondere die „SOLIDARITÄT" Nr. 20-32. Das ist wahre BRD-Geschichte, die leider von keiner Öffentlichkeit wahrgenommen wird.
Anstatt eines ausführlichen Berichts dazu, der diese Zeit sowieso nicht richtig wiedergeben kann, bringen wir eine Einschätzung von Frankfurter GenossInnen; obwohl darin der bittere Sarkasmus nicht mehr zu leugnen ist, sind sie der Wahrheit sehr nahe.
Zum anderen hat sich in der letzten Phase ein neuer Konflikt unter den Angeklagten angedeutet. Es geht um Aussageverweigerung bzw. Aussagen-Machen. Im Hintergrund steht die Tatsache, daß die BAW ihre Beweisaufnahme ausschließlich auf „Aussagen" stützt, die von den Aussagenden längst widerrufen worden sind, die nichtsdestotrotz aber vom Gericht als „wahr" herangezogen werden. Hier geht es jetzt darum, daß die einzige Möglichkeit, diese „wahren Aussagen" als falsch hinzustellen, darin besteht, daß die betreffenden Personen, die bereits einmal ausgesagt haben, jetzt nocheinmal vor Gericht erscheinen, und Rede und Antwort stehen und somit die in den Vernehmungsprotokollen dokumentierten „Aussagen" als unwahr herausstellen. Dazu im zweiten Teil.

Öffentlichkeit

Dieser Prozeß findet hinter verschlossenen Türen statt. Außer dem Prozeß-Info der BI, der „SOLIDARITÄT" und einigen wenigen Artikeln in den Scene-Zeitungen, wird über den Prozeß fast nicht berichtet. Die „taz" hat es in den letzten Monaten auf ganze 3 oder 4 Kurzartikel gebracht. Zu den Prozeßtagen kommen ganze 20 Personen.
Erst vor diesem Hintergrund ist es möglich, daß dieses Gericht und die Bundesanwaltschaft diesen Prozeß überhaupt so führen können, wie sie es tun. Keine bürgerlich-liberale Presse, keine unabhängigen Prozeßbeobachter, auf die (wenigstens manchmal) Rücksicht zu nehmen wäre.

Die einzige Ausnahme ist die „SOLIDARITÄT". Das Prozeßinfo ist in bisher über 30 Ausgaben erschienen und dokumentiert akribisch jeden einzelnen Prozeßtag. Herausgegeben wird es von der „Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt".

Hilferuf

Es wird dringend Geld benötigt, um die „SOLIDARITÄT" weiter erscheinen lassen zu können. Nicht nur die persönlichen Kräfte sind nach einem Jahr Prozeßarbeit fast ermüdet, auch das Geld ist versiegt. Wir rufen hier dringend dazu auf: Abonniert die „SOLIDARITÄT" und/oder spendet auf das angegebene Konto.
Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung Frankfurt Rhein/Main, c/o Helga Arnold, Wilhelm-Leusch-Str. 50a, 6082 Mörfelden; Tel.: 06105/3726.
Spendenkonto der BI: Volksbank Mörfelden, BLZ 508 636 12, Kto.-Nr. 53 00 69.

Aussagen? Aussageverweigerung?

Gegen Ende der „Beweisaufnahme" zum 129a-Komplex ist für alle Prozeßbeteiligten offensichtlich, daß das Gericht verurteilen wird. Das Urteil wird sich dabei fast ausschließlich auf Aussagen stützen, die in den ersten Wochen nach den Schüssen an der Startbahn gemacht worden sind. Unabhängig davon, ob diese von den damals Aussagenden inzwischen als falsch widerrufen worden sind, bzw. diese „Aussagen" in einer Erpressungssituation stattgefunden haben, also nicht verwertbar wären. Das Gericht hat mit seiner Prozeßführung alle etwaigen Hindernisse aus dem Weg geräumt; und an den Stellen, an denen sich Leute auf ihr Aussageverweigerungsrecht berufen, hat es einfach die früheren „Aussagen" mit Hilfe der Vernehmungsbeamten eingeführt. Diese „Aussagen" stehen heute genauso da, wie die Bundesanwaltschaft sie benötigt.
In dieser Situation stellte die Verteidigung von Andreas Semisch mehrere Beweisanträge. Unter anderem sollten noch einmal die Personen vor Gericht aussagen, die sich bisher auf eine Aussageverweigerung berufen haben und nicht vor Gericht aussagen brauchten; deren frühere Aussagen aber als Hauptbelastungsbeweise für das Urteil herhalten werden (u.a. Mike Kürth, Baldur

129/a-Verfahrens

Opificius). Diese Anträge widersprechen natürlich der bisherigen Parole von Anna und Arthur: „Keine Aussagen". In dieser Situation hat die BI folgende Erklärung veröffentlicht:

Die Bürgerinitiative ist schon wegen ihrer immer noch gültigen Zielsetzung und ihrer zukünftigen Rolle bei den anstehenden Erweiterungsmaßnahmen in Opposition zu den Herrschenden. Darüber hinaus besteht eine Gegnerschaft aufgrund der tatsächlichen politischen Praxis (Beispiele: Antimilitarismus, AKW-Gegnerschaft, Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in El Salvador, Nicaragua u.s.).
Wenn man Kriminalisierung als Angrif der Herrschenden auf eine innere Opposition rechnet, so stellt sich der Aussageboykott in Kriminalisierungsphasen als eine selbstverständliche Abwehrtechnik gegen diesen Angriff dar. Insofern lautet die Forderung immer, keine Aussagen. Dies hat ihre Begründung in der tatsächlichen unvereinbaren Interessenslage der Ermittlungsbehörden und der Opposition dar (aus BI Info Nr. 21).
Dies ist und bleibt Stand der BI. Aber, wir haben auch geschrieben, daß ein Aussageboykott sich an der Wirklichkeit messen lassen muß.
Die Beweisaufnahme zum § 129a ist so gut wie abgeschlossen. Wir stehen vor der Situation, daß Aussagen über Beamte in den Prozeß eingeführt wurden. Aussagen, die zum Teil von den früher Aussagenden widerrufen wurden, deren Inhalte willkürlich verknüpft sind, deren Widersprüchlichkeiten nicht mehr aufgeklärt werden. Aussagen, die als Falschaussagen von den Aussagenden tituliert wurden.
Doch die Einzigen, die dem etwas entgegensetzen können, sind diejenigen, die die Aussagen gemacht haben.
Zitat: „Das ging so weit, daß ich Dinge ausgesagt habe, die ganz und gar falsch waren", „In einem Gefühl der Verlassenheit wurden von mir unrichtige Angaben gemacht. Ich will und kann derartiges nicht stehen lassen, was schlichtweg falsch ist, oder wovon ich nicht hundertprozentig überzeugt bin. Auch wenn einzelne Passagen richtig sein mögen, ziehe ich meine Aussage vom 26.1.88 insgesamt zurück und werde jenes Protokoll auch in Zukunft nicht unterschreiben. Ich bleibe bei meiner Einlassung, die am 22.11.87 protokolliert wurde."

Anreas Eichler

Auch Michael Kurth, Baldur Opificius und Frank Weihermüller haben Aussagen zurückgenommen, als falsch, gelogen, falsch protokolliert und erpreßt bezeichnet.
Fakt aber ist, daß Andreas Semisch, Ina Then und Rainer Hübner genau wegen dieser Aussagen verurteilt werden.
Die bisher im Prozeß eingeführten Beweise und Aussagen sollen die 129a-Konstruktion festigen.
Das Verhalten der Anwälte Andreas Eichlers, der selbst vom § 129a betroffen ist, dem nichts entgegenstellt, läßt Raum für Spekulationen offen. Was erwarten sie dafür?

Gibt es entlastende Aussagen?

Die bisherige Beweisaufnahme stellt die Frage, ob durch Aussagen oder Einlassungen, Lügen oder falsche Kombinationen (der Vernehmungsbeamten) widerlegt oder erschüttert werden könnten.
Die Situation ist insofern vorgegeben, daß Aussagen gemacht wurden, die nicht einwandfrei als Lüge zu identifizieren sind.
Die Problematik bleibt weiterhin für jede/n die gleiche: Es besteht die Gefahr, zum Zeugen der Anklage als Handlanger der BAW zu werden.

Zeitlich parallel zu dieser Erklärung verlas Andreas Eichler am 12.1.90 vor Gericht eine Stellungnahme, ohne daß er zu diesem Zeitpunkt von der Existenz des BI-Kommentars wußte.

In dieser Stellungnahme bezieht sich Andreas Eichler auf Aussagen von Mike Kurth, insbesondere auf Aussagen, die seine jetzige Verlobte Ina Then betreffen und belasten (Ina sitzt hier wegen 129a vor Gericht).

Stellungnahme von Andreas Eichler

Es war für mich erstaunlich, was an Erzählungen von Michael Kurth öffentlich wurde. Überrascht haben mich u.a. seine Äußerungen, die Ina Then betrafen.

- *Ich bin seit Sommer 1986 mit Ina Then verlobt und kenne daher deren Lebensverhältnisse.*
- *Herr Kurth war nicht Vertrauter meiner Verlobten. Dafür gab es weder Anlaß, noch war dies zeitlich möglich.*
- *Die Kontakte zwischen Michael Kurth und Ina Then konnten aus folgenden Gründen weder eng noch vertraut sein: Herr Kurth war 1987 ganzjährig voll mit der Renovierung seiner Wohnung beschäftigt. Meine Verlobte blieb 1987, außerhalb ihrer Arbeitszeit, wegen ihrer Schwangerschaft zu Hause. Sie schränkte daher außerverwandtschaftliche Kontakte sehr ein. Werktags war Herr Kurth 1987 berufstätig, ebenso wie Ina Then und ich. Zwischen Herbst 1986 und Herbst 1987 sahen wir deshalb Herrn Kurth monatelang nicht.*
- *Wegen ihrer Schwangerschaft war Ina Then 1987 äußerst selten an der Startbahn und auf Veranstaltungen. Schon allein in ihrer damaligen Situation würde sie von niemandem eine Waffe annehmen oder gar aufbewahren.*
- *Ina Then hat mir niemals etwas von einer Waffe erzählt. Ich habe sie auch nicht im Besitz einer solchen gesehen.*
- *Es ist für mich unvorstellbar, daß Ina Then jemals im Besitz einer Waffe war, denn sie lehnt Waffen genauso ab, wie kriegerische Auseinandersetzungen.*
- *Es gab keinerlei Waffenübergabe von mir an Andreas Semisch. Ina Then war demnach bei derartigem nicht anwesend.*
- *Weder Ina Then noch ich, waren am 8.11.1986 in einer Gaststätte namens „Brückenkopf". Wir befanden uns vielmehr in Anwesenheit mehrerer Bekannter an einem anderen Ort. Wir waren nicht in Begleitung von Herrn Semisch. Auch hier trafen die Äußerungen von Michael Kurth nicht zu.*

11.1.90, Andreas Eichler

Vorgelesen am 12.1.90,
65. Verhandlungstag

Prozeß

In dieser Stellungnahme geht es darum, daß Andreas Eichler mit der Erklärung versucht, die „Aussagen" von Mike Kurth zu widerlegen, allerdings nur die Aussagen, die Ina Then belasten. Darüber hinaus widerspricht er den Aussagen Mike Kurths, wonach er, Andreas Eichler, die Waffe an Andreas Semisch übergeben hat, und daß er selber auch nicht am 8.11.86 zusammen mit Andreas Semisch in einer Gaststätte gewesen ist.
Diese Stellungnahme von Andreas Eichler vor Gericht ist Gegenstand eines neuerlichen, sehr scharfen Kommentars der BI.

Kommentar der BI zur Erklärung von Andreas Eichler

Wir schrieben bereits, daß es höchste Zeit wäre, daß bestimmte Leute endlich etwas zu dem sagen, was sie an Behauptungen und Lügen von sich gegeben haben. Sicherlich meinten wir damit auch Andreas Eichler.
Seine Erklärung veranlaßt uns zu weiteren Ausführungen. Wir zitierten auch Eichlers Erklärung (von 1988): „Das ging so weit, daß ich Dinge ausgesagt habe, die ganz und gar falsch waren." Wir stellen noch einmal fest, daß aufgrund seiner Aussagen andere Mitangeklagte verurteilt werden sollen und fragen uns noch einmal, warum die Verteidigung Andreas Eichlers nichts dafür tut, um das Konstrukt der terroristischen Vereinigung dahin zu verweisen, wo es hingehört: auf den Müllhaufen verbrauchter Wunschvorstellungen schmalspuriger Bundesanwälte.
Auch die neuerliche Erklärung von Andreas Eichler ist nicht dazu angetan, mit den windigen Behauptungen der BAW aufzuräumen. Im Gegenteil:
1. Eichler sagt in erster Linie nicht: Da und da habe ich gelogen – sondern sagt: Der Mike Kurth lügt.
2. Selbst da, wo er sagt: Es gab keinerlei Waffenübergabe von mir an Andreas Semisch – folgt als „zwingender" Rückschluß: Ina Then war demnach bei derartigem nicht anwesend.
3. In patriarchalischer Mackermanier redet er ständig über den Kopf von Ina Then hinweg und stellt „seiner" Verlobten einen „Persilschein" aus, anstatt sich auf das zu beschränken, was er gelogen und erfunden hat.
4. Er liefert der BAW Wasser auf ihre Mühlen, indem er die Behauptung glaubhafter erscheinen läßt, er wolle nur seine Verlobte decken. (Wir erinnern an das, was BAW Pflieger am 64. Verhandlungstag in seiner Stellungnahme zu Beweisantrag Nr. 17 bereits sagte: Es ging nicht um die Schluckbeschwerden des Andreas Semisch, sondern um die angebliche Aussage „Eichler will jemanden decken". Seiner Meinung nach handlte es sich dabei um dessen Freundin Ina Then.)
5. Es ist begrüßenswert, daß sich Eichler endlich entschlossen hat, seine Lügen über Ina Then richtigzustellen. Verwerflich ist es, daß er kein Wort zu seinen Lügen über andere, wie z.B. Frank Hoffmann, Ingo Herbst, Mark Steinbrück, Andreas Semisch sagt. Kein Wort z.B. zu seiner Behauptung, Andreas Semisch sei „eher Rädelsführer" als er selbst. Kein Wort zu sonst gar nichts.

Wir müssen jetzt klar feststellen:
Wenn Andreas Eichler mit solchen Erklärungen überhaupt etwas erreicht – und hierbei unterstellen wir mal, daß das Gericht seine Ausfährungen als wahr hinnimmt – dann in erster Linie doch, daß seine anderen Aussagen umso glaubwürdiger stehenbleiben.

Was soll man davon anderes halten, als daß er es darauf anlegt, daß seine Verurteilung nach §129a und die der Mitangeklagten aufgrund seiner Behauptungen ermöglicht werden soll: Laßt doch mal bitte meine Verlobte da raus, die anderen könnt ihr ja gern behalten.
Zu erwarten wäre, daß Andreas Eichler sich auch allen anderen gegenüber korrekt verhält.
Es fehlt eine Beschreibung seiner Vernehmungssituation, die erklärt, wie bestimmte Belastungen entstanden sind, u.a. gegenüber Ina Then. Dies heißt, nicht die Aussagen anderer, sondern seine eigenen stehen zur Disposition.
Spätestens in dem Moment, als die Aussage vom 26.1.88 eingeführt wurde, wäre eine Äußerung seinerseits hierzu notwendig gewesen.
Zumindest seine Anwälte hätten dafür Sorge tragen müssen, daß sie so nicht stehen bleiben.
Dies gebietet sich unserer Meinung nach aus der Verantwortlichkeit aller Anwälte für alle Angeklagten.
Die jetzige Erklärung von Andereas Eichler hat für mehr Verwirrung als Klärung gesorgt, ganz abgesehen davon, daß die Darstellung der Person Ina Then diskriminierend ist.
Alles in allem drängt sich der Eindruck auf, daß Deals in Vorbereitung sind.

Die unerträgliche Normalität dieses Prozesses

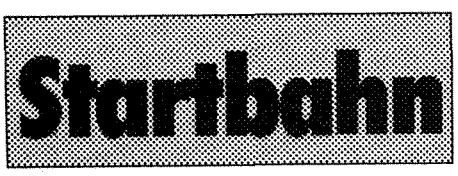
Erinnern wir uns: Wir haben vor Prozeßbeginn gesagt und geschrieben, daß der sogenannte „2.11."-Prozeß nur ein Vorwand ist, um ganz andere Widerstandsformen – im Windschatten der tödlichen Schüsse – zur Anklage und Verurteilung zu bringen. Die juristische Verkettung der Schüsse vom 2.11. mit Widerstandsformen vor allem gegen die Nuklearindustrie sollte die relativ große Breite und Sympathie für die Widerstandsformen unter allgemeinen Ablehnung der Schüsse zum Verstummen bringen.
Der Startbahnprozeß befindet sich nun im 10. Monat. Bis zum heutigen Tag hatte kein einziger Zeuge der Anklage, kein einziger Verhandlungstag die Schüsse vom 2.11. zum Gegenstand. Wieviele Festnahmen, Verhaftungen, Verhöre, Hausdurchsuchungen und Observationen den 2.11. nur als „Mordsklima" nutzten, um Aussagen zu ganz anderen Ereignissen zu erpressen, dokumentiert die Anklageschrift gegen 9 StartbahngegnerInnen selbst: Gerade 2 Startbahngegner, Andreas E. und Frank H., werden von der Anklage verdächtigt, an den Schüssen beteiligt gewesen zu sein, auf 7 StartbahngegnerInnen werden Straftaten verteilt, die mit dem 2.11. nichts, mit praktischen Widerstandsformen gegen die Atomindustrie, Startbahnbetreiber und Nutznießer sehr viel zu tun hatten (Anschläge auf Strommasten, Umspannwerke, Bauunternehmen und Banken). Wie sehr die Schüsse nur als Anlaß benutzt wurden, um eine lange vor dem 2.11. einsetzende Verfolgung nun ganz hemmungslos und offen in Gang zu bringen, beweist der Prozeßverlauf selbst.
In den ersten Monaten nach Prozeßbeginn ging es um die Verurteilung von 4 StartbahngegnerInnen, die sich zu Anschlägen auf Strommasten, die kurz nach Tschernobyl außer Betrieb gesetzt wurden, bekannt haben. Im Vordergrund stand ein schneller juristischer Erfolg, eine erste betäubende Rechtfertigung für die staatliche Repressionswelle nach dem 2.11. Urteile, die nicht gegen die Angeklagten, sondern mit deren Hilfe erfolgten. Ganz in diesem Sinne waren es sogenannte „milde" Urteile – alle Strafen wurden zur Bewährung ausgesetzt. Wie wenig es dem Gericht dabei um die so oft beschworene „Schwere der Straftat" ging, wie sehr jedoch um ein Urteil über die politische Haltung der Angeklagten, macht die Urteilsbegründung deutlich. Belohnt wurde in diesem abgetrennten Verfahren, ohne einen Hehl daraus zu machen, daß bei diesen Angeklagten eine „grundsätzlich rechtsfeindliche Gesinnung" nicht zutage getreten sei, daß sie eine „innere Umkehr" gezeigt hätten und für die Zukunft ein „geordnetes Leben" erwarten lassen. Kaum besser hätten wir den Kern politischer Strafjustiz beschreiben können: die Belohnung bzw. Bestrafung der politischen Haltung eines Angeklagten. Für die verbliebenen 5 Angeklagten heißt das nichts anderes, als daß ihre Weigerung, mit der Justiz in gewünschter Weise zu kooperieren, strafverschärfend hinzukommt. Mehr noch: in den sogenannten „milden" Urteilen wurde bereits das hohe Strafmaß für den Rest der Angeklagten StartbahngegnerInnen festgeschrieben. Wurden die 4 Angeklagten dank „innerer Abkehr" vom Gericht zu Randfiguren, Mitläufern und Verführten abgestuft, so bleibt den auf der Anklagebank verbliebenen nur noch die Rolle der Anführer, Haupttäter und geistigen Drahtzieher.

Was es also heißt, seine politische Identität in einem solchen Verfahren zu verteidigen, sie ungebrochen durch eigenes, solidarisches Handeln zu dokumentieren, läßt sich am Beispiel von Andreas S. verdeutlichen. Andreas S. hat sich wenige Wochen nach dem 2.11. selbst gestellt, u.a. in dem Glauben, daß die gegen ihn erhobenen Vorwürfe einer richterlichen Überprüfung nicht standhalten können. Doch bereits einen Tag später bestätigte der Haftrichter in Karlsruhe die von der Bundesanwaltschaft zusammengestellten Straftaten in allen wesentlichen Punkten: Bildung und Unterstützung einer „terroristischen Vereinigung" nach § 129a, Beteiligung an bis zu 13 Anschlägen, schwerer Raub einer Dienstpistole, Waffenbesitz usw. Noch am selben Tag wurde Andreas S. in den Knast Frankenthal verschubt. Ca. 5 Monate saß Andreas S. im Knast. In dieser Zeit vollzog sich – in aller Stille und jenseits der Öffentlichkeit – die Selbstauflösung des Haftbefehls. Zug um Zug wurden Anschuldigungen fallengelassen bzw. waren nicht mehr aufrechtzuerhalten. Schließlich gab die Bundesanwaltschaft den „Fall" ans Amtsgericht in Hanau ab. Der § 129a schien seine Funktion als Ermittlungsparagraph und Generalvollmacht gegen jede Form militanten Widerstandes erfüllt zu haben. Die Restabfertigung sollte nun wieder auf „normalem" Weg abgewikkelt werden. Doch dann passierte das, was bei Sondergerichten und Sonderrichtern nicht passieren kann: Andreas S. wurde mangels dringenden Tatverdachts freigelassen. Was bei der Bundesstaatsanwaltschaft mit mehr oder weniger einem Dutzend Straftatvorwürfen begann, endete beim Amtsgericht in Hanau mit dem Verdacht des Waffenbesitzes und/oder der Hehlerei. Die ganze Konstruktion des § 129a stürzte kläglich in sich zusammen.
Wie sehr jedoch der „normale" Weg der Rechtsprechung die Ausnahme, die Sondergerichtsbarkeit von Staatsschutzorganen der Regelfall politischer Justiz ist, bewies die Bundesanwaltschaft selbst. Nach Andreas S. Freilassung zog die Bundesanwaltschaft von neuem das Verfahren an sich. Plötzlich sollte ein linguistisches Gutachten etwas beweisen, was mit dem Vorwurf der Beteiligung an x Straftaten nicht möglich war.

Es stank zwar alles zum Himmel, doch der zuständige Haftrichter in Karlsruhe, ein auf seine Zuverlässigkeit hin ausgewählter und auserlesener Richter, wußte, was von ihm – im Gegensatz zu einem „dahergelaufenen" Amtsrichter in Hanau – erwartet werden kann: Er gab der ernauten Gefangennahme von Andreas S. wegen „Verbrechens nach § 129a StgB u.a." seinen richterlichen, unabhängigen Segen. Ein „Exzeß", ein „Übergriff" des Rechtsstaates?
Wie nahtlos sich Sonderhaftrichter und extralegale Sondervollmachten der Bundesstaatsanwaltschaft in die Sondergerichtsbarkeit von Staatsschutzsenaten einfügen, wie geradezu eingespielt scheinbare Ausnahmezustände Teil des geregelten Normalzustandes geworden sind, dafür legt der 5. Strafsenat am OLG Frankfurt/Main die Hände selbst ins Feuer.
Die Verteidigung von Andreas S. stellte im Prozeß einen Antrag auf Aufhebung des

Prozeß

Haftbefehls. Die Entscheidung über diesen Antrag machte das Gericht von dem Ergebnis der Zeugenvernehmung des vom BKA beauftragten Self-made-Linguisten Perret abhängig. Auf den ersten Blick einleuchtend, stützt sich ja die Begründung des Haftbefehls i.W. auf die Aussagen jenes Dr. Perret, der dank eines Selbstlaborats aus Eigenstudium und „Intuition" – wie er es nannte – Andreas S. mit „hoher Wahrscheinlichkeit" zum Autor von 2 Bekennerschreiben machte.
Linguistik als eine Art Staatsschutzwissenschaft oder wie Bundesstaatsanwalt Pflieger so versehentlich wie wahr formulierte: neue Wege der „Wahrheitserfindung". Der Tatort, der Ort des Verbrechens wird in den Kopf eines Angeklagten vorverlegt. Ein Tatort aber, zu dem – nach klassischer Kriminalistik – keine Spuren führen, verlangt nach neuen Methoden des Spurenlesens. Der Kopf als Tatwaffe, der linguistische „Fingerabdruck", der dazugehörige Beweis. Ein Akt forensischer Selbstbefruchtung. Kurzum: Man muß heutzutage keinen Anschlag mehr verüben, nicht einmal mehr in Verdacht stehen, daran beteiligt gewesen zu sein; es genügt, geistig irgendeinem Tatort nahezustehen.
Diese neue Form der Beweisschaffung wird für viele 129a-Verfahren Zukunft haben. Doch heute, wie Perret selbst einschränkte, befinde sich diese Wissenschaft „noch in den Kinderschuhen". Für diesen Prozeß noch ein paar Nummern zu klein, selbst für die FAZ: „Prozeßbeobachter fragen sich mittlerweile, weshalb die Bundesanwaltschaft ihre Anklage auf Aussagen eines Nicht-Linguisten stützt, der selbst behauptet, die von ihm begründete ‚forensische Linguistik' stecke ‚nicht nur in der Theorie in den Kinderschuhen', sondern sei auch im Hinblick auf Daten ‚rudimentär'. Es gebe noch kaum eine wissenschaftliche Diskussion, zudem fehlten Statistiken." (FAZ v. 21.6.89). Der wichtigste Zeuge für die Anklage gegen Andreas S. taumelte von einer Relativierung zur nächsten, bis ihm gar ganz der Boden unter den Füßen verloren ging, als die Verteidigung das ganze Desaster damit krönte, daß Perret in einem anderen Verfahren einen dort Angeklagten der Autorenschaft „überführte", obwohl der fragliche Text nicht von ihm, sondern aus einer Passage eines öffentlich zugänglichen Buches stammte.
Was macht nun ein Sondergericht, wenn die wesentlichste Stütze für eine Haftbefehlsbegründung vor aller Augen wegbricht? Es schert sich einen Dreck drum und denkt sich was Neues aus. In der Ablehnung der Aufhebung des Haftbefehls vom 7.7.89 kommt der Senat zum Schluß, daß nun wieder die „anderen Gründe" für die Haftfortdauer ausschlaggebend sind. Das ganze liest sich dann in der Begründung so: „Unter diesen Umständen kann es deshalb dahinstehen, ob durch das linguistische Gutachten, das Sachverständige Dr. Perret erstattet hat, der dringende Tatverdacht gegen den Angeklagten noch zusätzlich verstärkt wird. Zu einer Verringerung des gegen den Angeklagten aus anderen Gründen gerichteten Tatverdachts haben die Ausführungen des Sachverständigen jedenfalls nicht geführt." Waren es gerade diese „anderen Gründe", die beim Amtsgericht in Hanau zu Andreas S. Freilassung führten, so können dieselben eben auch in den Knast führen. Sage jetzt niemand, es sei egal, mit welcher Begründung man im Knast sitzt.
Was auf der Straße, bekannt unter dem „Hütchenspiel" verfolgt wird, genießt in der Staatsjustizszene hohes Ansehen: Man vertauscht im richtigen Moment die Gewichte, bis die Waage der Justicia wieder im „rechten" Lot ist.
Für Oktober/November war eigentlich eine weitere Abtrennung vom „Hauptverfahren" geplant. Gegen 3 StartbahngegnerInnen sollte wegen Gründung bzw. Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung" (§ 129a) separat geurteilt werden. Ziel war und ist, zumindest gegen 3 Angeklagte das Konstrukt des 129a durchzusetzen, um damit automatisch die letzten 2 Angeklagten zu deren Mitglieder oder Gründungsväter „ernennen" zu können. Mit welcher Absurdität und Normalität diese Absicht verfolgt wird, läßt sich nochmals an der Beweisführung der 11 angeklagten Anschläge verdeutlichen, die nun auf die noch verbliebenen 3 StartbahngegnerInnen verteilt werden müssen. Die bis heute vor Gericht ausgebreiteten Beweise und Indizien belegen nicht mehr, als daß sie stattfanden. Bilder vom Tatort werden nichtssagend rumgereicht, Spuren gesichtet, Kriminalisten vom BKA und LKA vernommen, um die ganze Archivate kopfnickend zu bestätigen, und fast am Rande werden die wenigen Zeugen eingestreut, die allesamt TäterInnenbeschreibungen machten, die auf ungefähr 5 Millionen Jugendliche zutreffen. – Genauso gut könnten den Angeklagten auch 11 Verkehrsunfälle der letzten 3 Jahre zur Last gelegt werden.
So groteske Züge gerade der Komplex „Anschläge" auch annimmt, – da wurde selbst das Gartenbauamt nach dem jährlichen Wachstum von Bäumen befragt, die sich einer erhofften TäterInnenpräzisierung unbotmäßig in den Weg stellten –, mit dieser juristischen Sight-seeing-Tour durch die anschlagsrelevante Landschaft bleibt einem das Lachen im Hals stecken, wenn darin nicht die legale Aufhebung des Beweisnotstandes zum Ausdruck käme. Ein wesentlicher Kern eines jeden 129a-Verfahrens: Keine einzige Tat(-Beteiligung) muß nachgewiesen werden, es genügt, als Mitglied/Gründerin einer „terroristischen Vereinigung" anerkannt zu werden.
Das einzig wirklich Belastende gegenüber jenen 3 StartbahngegnerInnen ist in der Tat, daß zur Gründung einer „terroristischen Vereinigung" mindestens 3 notwendig sind, und daß es kein Zufall sein kann, daß sie gerade drei sind. Daß aus dieser staatlich festgesetzten Mindestanforderung an eine „terroristische Vereinigung" niemand mehr ausbrechen darf, hat nicht nur – wie beschrieben – Andreas S. zu spüren bekommen. Nicht viel anders ergeht es Rainer H. und Ina T., deren Verfahren auf eine 129a-Verurteilung hinauslaufen, obwohl die „Beweise" gegen sie lächerlich sind im Vergleich zu den bereits abgeurteilten 4 StartbahngegnerInnen.
Doch der Prozeß ist auch an anderen Punkten ins Stocken geraten, hat alle gerichtlichen Terminierungen über den Haufen geworfen – der Prozeß sollten eigentlich Ende des Jahres abgeschlossen sein. Was sich vor Prozeßbeginn mit einzelnen Aussageverweigerungen und -rücknahmen andeutete, setzte sich im Prozeß mit einer unerwarteten (Eigen-)Dynamik fort. So belastete z.B. Mike K. während seiner Polizeiverhöre andere StartbahngegnerInnen schwer, doch nach seiner „milden" Verurteilung stellte er sich der Anklage nicht mehr als potentieller Kronzeuge zur Verfügung. Gerade auch der Versuch, nicht angeklagte StartbahngegnerInnen zu ZeugInnen der Anklage zu machen, scheiterte bis heute fast völlig: Achim B. verweigerte die Aussage bzw. zog gemachte Aussagen zurück, Klaus W., der noch vor dem Prozeß mit – an bürgerliche Presse verkauften – Fotos Geld machte, verweigerte die Aussage, gegen Frank W. wurde schließlich ein Zwangsgeld von DM 300,- verhängt, verknüpft mit der Drohung, in Beugehaft genommen zu werden, wenn er bei seiner Weigerung bleibt. Nun war auch Schluß mit dem anfangs liberal-entgegenkommenden Verhandlungsgeschick des Gerichts. Denn nicht alles sollte sich auf nackte Konstruktionen der Bundesanwaltschaft stützen, zumindest der Anschein von Authenzität tatsächlicher Ereignisse sollte durch Aussagen aus der Startbahnbewegung aufrechterhalten werden, wenn nötig, mit Zwang und Knast.
Doch das Gericht schlug noch einen weiteren Weg ein, um das wackelnde Gerüst der Anklage mit abstützen zu helfen. Ein Weg, der eigentlich den Verdacht einer kriminellen Vereinigung zwischen dem Gericht und der Bundesanwaltschaft nährt, wenn da nicht Richter säßen, die wissen, daß es weder auf den Geist noch den Buchstaben des Gesetzes ankommt, sondern auf die Macht ihrer Auslegung. Bisher bemühten sich die Richter, Zeugen der Anklage – die auf Befragung der Verteidigung Gefahr liefen, statt Eingeübtes aufzusagen, sich in Widersprüchlichkeiten zu verstricken – dadurch zur Hilfe zu eilen, indem sie ihnen die „richtige" Interpretation ihrer Worte so lange vorenthielten, bis auch sie diese brav übernahmen. Das klappte bislang – mehr oder weniger – gut. Nur einmal witterte das Gericht die Gefahr nicht rechtzeitig, eine kleine Unaufmerksamkeit und alles war zu spät. Der Polizeibeamte Stippich sollte zu Vernehmungsmethoden gehört werden. Inmitten der Befragung von seiten der Verteidigung machte er – zur Überraschung aller – die Aussage, daß er telefonisch vom Richter Kern detailliert auf die gehen ihn und seine Verhörskollegen erhobenen Vorwürfe „vorbereitet" wurde. Ein Akt gemeinsamer Zeugenpräparierung. Ein Skandal? Ein eklatanter Verstoß gegen das „Gebot" richterlicher Unbefangenheit? Keineswegs. Eher so etwas wie richterliche Telefonseelsorge, ganz unbesorgt und ungezwungen. Das ganze liest sich dann in der Ablehnungsbegründung des Befangenheitsantrags gegen den Richter Kern u.a. vom 23.10.89 so: „Wegen Besorgnis der Befangenheit findet die Ablehnung eines Richters statt, wenn ein Be-



schuldigter triftige, jedem unbeteiligten dritten einleuchtende Gründe für sein Begehren verbringt. Diese Voraussetzungen sind hier nicht gegeben. Weder § 58 StPO noch sonstige strafprozessuale Gesetzesvorschriften verbieten es dem Richter, einem Zeugen vor dessen Vernehmung den genauen Gegenstand seiner Vernehmung mitzuteilen. Außerdem hat der abgelehnte Richter den Zeugen den Vernehmungsgegenstand nicht von sich aus, sondern auf telefonische Nachfrage der Zeugen mitgeteilt".

Auf solch' richterliche Lebensweisheiten muß man erst kommen. Was kann ein deutscher Richter dafür, daß bei ihm ständig das Telefon klingelt und er hingeht?

Merkwürdig bleibt dann nur noch, daß dasselbe Gericht nach den „skandalösen" Aussagen des Polizeibeamten Stippich die Verhandlung sofort für unterbrochen erklärte und mit fliegenden Roben den Gerichtssaal verließ!

Und noch ein kleiner Schnitzer inmitten einer Aufregung, zu der es ja eigentlich gar keinen Anlaß gibt. Der Verteidigung war bisher nur ein Zeuge bekannt, der vom Gericht vorab instruiert wurde. In der Begründung ist jedoch von „den Zeugen" die Rede...

Eigentlicher Anlaß für diesen unfahrplanmäßigen Ausflug in die Welt richterlicher Zeugenführung ist ein anderer „Skandal" – ein Skandal, wenn man noch von der Freiwilligkeit gemachter Aussagen ausgeht, völlig normal, wenn man – nicht nur in diesem Prozeß – erlebt, wie erpreßte Aussagen als wesentliche Stütze der Anklagebegründung benutzt werden.

Baldur O. hatte in den ersten Wochen nach dem 2.11., nach stundenlangen Polizeiverhören, in denen er je nach Bedarf in den Zeugen- oder in den bedrohlicheren Beschuldigtenstatus geschoben wurde, umfangreiche, belastende Aussagen unterschrieben. Bis zu seiner Zeugenladung vor Gericht stand er für uns wie für die Bundesanwaltschaft als wesentlicher Hauptbelastungszeuge der Anklage fest. Am Tag seiner Zeugenvorladung widerrief er jedoch – zur Überraschung aller – seine belastenden Aussagen. In seiner Begründung erklärte er das erpresserische Zustandekommen seiner Aussagen, das von „ich reiß dir den Arsch auf", oder „ich schlag dir die Schreibmaschine auf den Kopf" bis hin zu Drohungen reichte, den Arbeitsplatz zu verlieren oder für x Jahre hinter Gittern zu verschwinden („In Stammheim ist noch ein Zimmer frei.").

Hatten wir bereits vor dem Prozeß die Erpressung und die Methoden von zustandegekommenen „Geständnissen" vergeblich versucht, öffentlich zu machen, hatten auch zu Beginn des Prozeß einzelne Angeklagte den erpresserischen Druck während der Verhöre angeklagt, ohne daß davon das Gericht oder die „kritische Öffentlichkeit" Notiz nahmen, so wurde erst durch Baldur O. Aussagewiderruf die Erpressung von Geständnissen Gegenstand der Gerichtsverhandlungen. Nicht weil für das Gericht etwa dieses Zustandekommen von Aussagen unerträglich wäre, sondern weil die Aussagen von Baldur O. für das Gericht wie die Bundesanwaltschaft unverzichtbar wurden. Die Verwertbarkeit dieser Aussagen, deren Einführung durch die Verhörsbeamten, setzt, laut Rechtslexika, die Rechtmäßigkeit des Zustandekommens jener Aussagen voraus. Dazu wurden im folgenden BKA- und LKA-Beamte geladen, die an den Verhören von Baldur O. beteiligt waren. So auch jener Verhörsbeamte Stippich, der bei der Glaubhaftmachung der Aussagen von Baldur U. seinen unfreiwilligen Beitrag leistete, indem er darauf bestand, daß er seine Schreibmaschine nicht auf den Kopf von Baldur O. schlagen, sondern über seinen Kopf an die Wand werfen wollte.

Was sicherlich als ein kleiner Parcour rechtsstaatlicher Souveränität angelegt war, endete verläufig mit dem „Reißen" eines vermeintlich leichten Hindernisses.

Daß all das dieses Gericht nicht daran hindern wird, nun auch, koste es was es wolle, die vorprogrammierten Verurteilungen durchzuziehen, ist kein besonderer Makel dieses Gerichts, sondern die unerträgliche Normalität eines von vielen politischen Prozessen.

Prozeß

SCHMÜCKERVERFAHREN • LOCKSPITZELSYSTEM - VOM »CELLER LOCH« ZUR METHODE MAUSS • ZUNAHME GEWALTTÄTIGER DEMONSTRATIONEN? • GESETZGEBUNG: AUSLÄNDER- & AUSLÄNDERZENTRALREGISTER-G • KATASTROPHENSCHUTZ-G • StPO-ÄNDERUNGS-G '89 • DDR: POLIZEI & PROTEST • »DROGENKRIEG« IN HANNOVER •

34

Bürgerrechte & Polizei

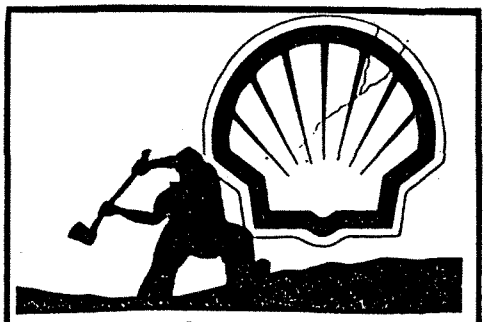
Cilip 34
Nr. 3/1989
Preis 9,-DM

Einzelheft: DM 9 p.V.
Jahresabo (3 Hefte)-
Institution: DM 40 p.V.
Personen: DM 21 p.V.

Bestellungen des Buchhandels an die Redaktion:

Bürgerrechte & Polizei
c/o FU Berlin
Malteserstraße 74-100, 1000 Berlin 46
Tel.: 030/7792-378/-462

Einzelbestellungen/Abos:
Kirschkern Buchversand
Hohenzollerndamm 199 · 1000 Berlin 31



SHELL RAUS AUS SÜDAFRIKA! KILL A MULTI!

Materialien zum Shellboykott, 88 Seiten, broschiert
Preis: 8 DM

Redaktion: Arbeitskreis Internationale Solidarität
Herausgeber: ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam
Bestellungen bitte an:
Edition im ID-Archiv
c/o AurorA Verlagsauslieferung
Knobelsdorffstr.8
1000 Berlin 19

Inhalt: Diskussionspapier für eine Anti-Shellkampagne vor dem Hintergrund der westeuropäischen Formierung
Geschichte von Shell, Shell in Südafrika, Shell und Biotechnologie, Shell und Kohlen u.v.a.
Geschichte der radikalen Anti-Shellkampagne in Westeuropa mit ausführlichem dokumentarischen Anhang

GEHEIM

GEHEIM ist kein geheimes Magazin. **GEHEIM** erscheint drei-bis viermal im Jahr.

GEHEIM enthüllt Verfassungsschutzschnüffeleien und CIA-Agenten.

GEHEIM entlarvt Polizeiwillkür und Putschversuche.

GEHEIM ist nicht geheim, sondern unbequem. Gerade deshalb schrieb **GEHEIM** über:

- die neuen Polizeigesetze und V-Leute
- CIA-Beeinflussung der Medien
- "Anti-Terror-Massnahmen" in Hamburg
- die Zusammenarbeit zwischen CIA und bundesdeutschen Geheimdiensten
- geheime CIA-Pläne gegen Spanien, Nicaragua oder Kuba
- Anwerbungsversuche des Verfassungsschutzes
- CIA in der Bundesrepublik und vieles mehr...

GEHEIM-Autoren sind Journalisten, ehemalige CIA-Agenten und Betroffene.

Und **GEHEIM** braucht Unterstützung, damit nichts mehr geheim bleibt.

Ein **GEHEIM**-Abo kostet:

45,- DM als Normal-Abo
65,- DM als Organisations-Abo
90,- DM (mind.) Förderer-Abo
22,50 DM Sonderabo für Schüler, Arbeitslose etc.

Wer **GEHEIM** erst einmal kennenlernen möchte, der schicke DM 7,50 als Verrechnungsscheck oder in Briefmarken (Stichwort: Probeexemplar) an:

GEHEIM Lütticher Strasse 14, 5000 Köln 1
Telefon (0221) 51 37 51

AUCH WENN UNS MANCHE NICHT GRÜN SIND,

SIND WIR FÜR VIELE

taz

82

DIE EINZIGE ALTERNATIVE

Deshalb: Ausfüllen, Ausschneiden, Einsenden & selbst überzeugen!

DIESE ZEITUNG KANN ICH NICHT LÄNGER LINKS LIEGEN LASSEN!

Ich teste die taz

☐ 4 Wochen für **25** Mark
☐ 8 Wochen für **50** Mark

DIESES ABO VERLÄNGERT SICH NICHT AUTOMATISCH!.

Name, Vorname: .....
Straße, Hausnummer: .....
PLZ/Ort: .....
Datum, Unterschrift: .....

☐ Verrechnungsscheck liegt bei ☐ Bargeld liegt bei

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) — bei taz-Abo, Kochstraße 18, 1000 Berlin 61.
Davon habe ich Kenntnis genommen. 116

Datum, Unterschrift: .....

DIE GRÜNEN

Ökologisch ● sozial ● basisdemokratisch ● gewaltfrei

Wochenzeitung und Mitteilungsblatt

Wir bieten

- Aktuelle Informationen aus allen Bereichen der Ökologie- und Friedenspolitik
- Berichte über die Arbeit von Parteigremien und Fraktionen der Grünen
- Unabhängige Analysen der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Entwicklung aus ökologisch-pazifistischer Sicht.
- Kommentare, die weder von den Werbeabteilungen der Großindustrie noch den Propagandazentralen der Supermächte gesteuert werden.

Wir suchen

- Leser, die sich von den etablierten Medien nicht länger manipulieren lassen wollen
- Leser, die wissen wollen, wo und wie sie sich engagieren können, um ökologische, soziale und politische Fehlentwicklungen zu verhindern.
- Leser, die wissen, daß die Unterstützung einer Parteizeitung ein wichtiges Stück Medienpolitik gegen die Kabelfernseh-Gleichschaltung ist
- Leser, die wissen wollen, was die Grünen und alternativen Basisbewegungen eigentlich machen.

Die Medien der anderen haben Millionen – damit propagieren sie die Ausbeutung der Erde und bereiten den Atomkrieg vor.

Wir vertreten die alternative Politik der Überlebensutopie – mit Informationen, Aufklärung und Kritik

Abtrennen und einsenden an
Verlag DIE GRÜNEN Postfach 20 24 22 8000 München 2

◯ Bitte senden Sie mir das kostenlose, vierwöchige Probeabonnement

◯ Bitte informieren Sie mich über Patenschafts-, Förder- und Geschenkabonnements.

◯ Ich abonniere ab sofort die Wochenzeitung DIE GRÜNEN zum Preis von DM 6.– monatlich (Kündigung: vier Wochen zum Quartalsende, schriftlich).

Zutreffendes bitte ankreuzen

Anschrift: _____

_____

_____

Ich bin damit einverstanden, daß die Abo-Gebühren vierteljährlich von meinem

Konto Nr. _____ bei der (Bank oder Sparkasse) _____

BLZ _____ abgebucht werden.

◯ ja ◯ nein (Zutreffendes bitte ankreuzen)

_____ _____

Datum und Unterschrift

DIE GRÜNEN

Ökologisch ● sozial ● basisdemokratisch ● gewaltfrei

EIGENE ERFAHRUNGEN in der Fabrik, mit Jobberkämpfen, Aktionen gegen Zwangsarbeit, Knast und beim Häuserkampf ... daher kommt und davon lebt die Wildcat.
Die PROLETARISCHEN KÄMPFE IN ALLER WELT sind unser Thema - dazu bringen wir Streikberichte, Interviews, Thesen.

ArbeiterInnenkampf im Betrieb
Wozu dienen Gewerkschaften?
Gruppenarbeit
Mehr zum Peugeot-Streik
Berichte aus England und Frankreich
Interviews zur Klasse in der Türkei
Thesen zum Sozialismus und zur DDR u.v.a.

Eine Zusammenfassung in türkischer Sprache gibt's für 2 Mark inkl. Porto

Wildcat erscheint etwa viermal im Jahr.
Einzelheft 3,50 inkl. Porto
Abo: 4 Hefte 10 Mark.
BewohnerInnen der DDR: Mark 1:1
Wer 20 Mark überweist, bekommt die nächsten vier Hefte der Wildcat bei Erscheinen zugeschickt und zusätzlich die letzten fünf Nummern. Wer die alten Nummern nicht braucht, kann mit einem Förderabo über 20 Mark unser Projekt unterstützen.
Bestellungen durch Überweisen auf:
Sonderkonto Zeitung H. Dietrich
Postgiro Berlin, Kto.-Nr. 315 02-109

Neuerscheinung Februar 90:
TheKla 12: Arbeit, Entropie, Apokalypse u. neuere Texte der Midnight Notes /USA 7,-

Außerdem sind noch erhältlich:
TheKla 5 Texte z. Arbeiteruntersuchung 7,-
TheKla 8 Militante Untersuchung.83-86, 7,-
TheKla 9 Mario Tronti, Erste Thesen, 9,-
TheKla 10 Zerowork - Intern.Klassenk. 12,-
Rote Brigaden Fabrikguerilla i. Mailand 10,-
ArbeiterInnenautonomie (Reader), 7,-
Alle Preise inkl. Porto und Verpackung

SISINA
Postfach 360 527
1000 Berlin 36

Umwelt informationen für Niedersachsen

Aktuelles zur Umweltpolitik

diesmal:

UMWELTPOLITIK IN NIEDERSACHSEN 1986-1990

Bürgerinitiativen ziehen Bilanz

Ein Umdenken in der Umweltpolitik ist notwendiger denn je. Zu diesem Ergebnis kommen die AutorInnen der UIN Nr. 25 bei ihrer Analyse der Umweltpolitik der letzten vier Jahre. An Beispielen aus den Bereichen

* Verkehrspolitik
* Giftmüllentsorgung
* Naturschutz
* Luftreinhaltung
* Altlastensanierung
* Bodenschutz

werden die eklatanten Versäumnisse der bisherigen Umweltpolitik veranschaulicht.

****

Die UIN Nr. 25 (ca. 65 S.) ist für DM 8,- + DM 2,- Versandkosten erhältlich.

****

Die U I N gibt es im Abo für DM 30,- portofrei für 4 Nummern

Herausgeber und Bezug:
Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen e.V.
Alleestr. 1 · 3000 Hannover 1
Telefon: 0511-700977

Gorleben lebt

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016